Heft 6 Juni 2003 € 4,80

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

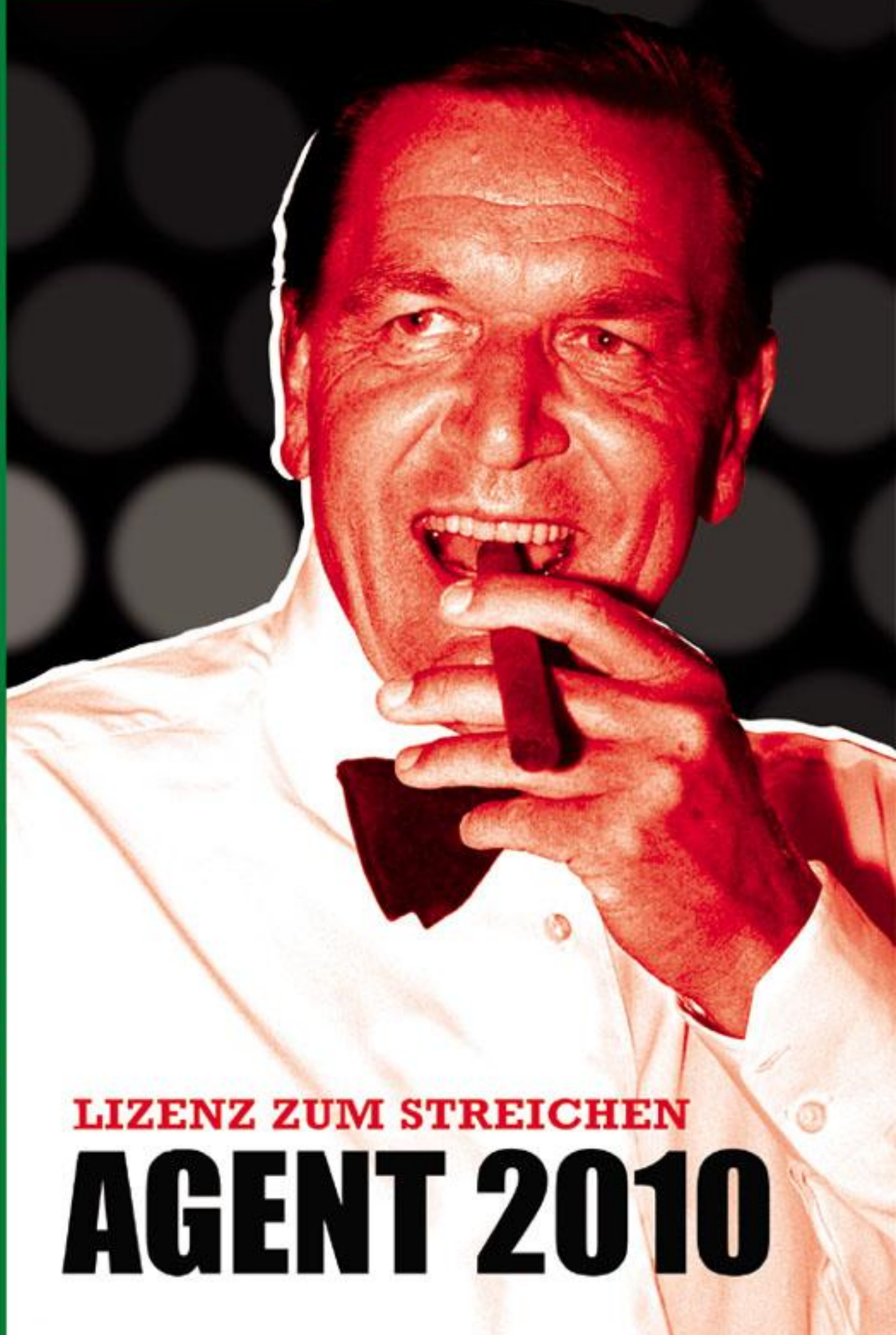
DGB: KLASSE OHNE KAMPF

17. JUNI: AUFSTAND MIT ANSAGE

DOLLAR-DÄMMERUNG

MEINHOF & DUTSCHKE RELOADED

LOVE AND WAR: AMERIKA IM KRIEGSFILM



LIZENZ ZUM STREICHEN

AGENT 2010

4 191202 704806 06

in konkret Juni 2003

hier konkret von Herta Däubler-Gmelin
Mit ihrem Vergleich der Methoden Bushs und Hitlers im Vorfeld des Irakkrieges hat Herta Däubler-Gmelin (SPD) die Amerikakritik der Deutschen erheblich verschärft. KONKRET sprach mit der ehemaligen Bundesjustizministerin, die im Herbst infolge ihrer antiamerikanischen Äußerungen zurückgetreten ist

von Konkret

an Konkret

Jenseits des Kommunismus von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Im Scheißdreck von Ralf Schröder
Seit Schröders Agenda 2010 vorliegt, drohen die Gewerkschaften mit Kampf. Ein tragikomisches Schauspiel.

Zerreißverschluß von Georg Fülberth
Was es bedeuten soll, daß sie so zerrissen sind, immer mal wieder die SPD und nun auch die PDS, weiß

Die Arbeiterklasse, erwacht von Erwin Riess

Kürzen und würgen von Bernard Schmid
Auch in Frankreich wird der Sozialstaat demontiert.

Vergangenheit mit Zukunft von Erich Später
Wann ist das Sudetenland wieder Sudetendeutschland? Wenn in Prag das »Sudetendeutsche Kontaktbüro« die Deutsche Botschaft übernimmt.

Die Nation gedenkt von Kurt Pätzold
Gesagtes und Gedrucktes um 17. Juni 1953.

Vorschlag zur Güte von Georg Fülberth
Kann Europa abrüsten?

Smart Investment von Thorsten Fuchshuber
Frankreich und Deutschland forcieren die Entwicklung einer eigenen europäischen Militärpolitik.

Humpty Dumpty vor dem Fall von Stefan Frank
Der Abstieg des Dollars hat gerade begonnen.

Interregnum von Georg Fülberth
Ist der Journalist Bob Woodward ein Totenvogel oder ein Prophet der nationalen Wiedergeburt der USA?

Progressive overthrow von Thomas Uwer
Weil die erhoffte Katastrophe im Irak ausgeblieben ist, befindet sich Deutschland auf der Flucht vor der Realität.

No more Arafat von Sylke Tempel
Hat der neue palästinensische Premier Mahmud Abbas eine Chance?

»In diesem Land ist noch immer alles möglich« von Eldad Beck, Tjark Kunstreich
KONKRET-Interview mit Eldad Beck, Deutschland-Korrespondent von »Yedioth Ahronoth«, der größten Tageszeitung Israels, über deutsche Meinungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt und die europäische Entsorgung der Vergangenheit.

Auf dem Rudiweg von Horst Pankow
Rudi Dutschkes »Tagebücher« und eine »Lebensgeschichte« Ulrike Meinhofs: _zwei Versuche, die Leistungen der 68er bei der »Zivilisierung« der Bundesrepublik zu würdigen.

Wahrheit ist einfach von Manfred Dahlmann
Der Kommunismus ist wichtig, aber Osso Buco ist auch nicht ohne. Ein Nachruf auf Johannes Agnoli.

Die niedere Kunst der Demagogie von Joachim Bruhn
Ein letztes Standbild aus dem Leben des Theoretikers Robert Kurz.

Kameraden unterm Edelweiß von Rolf Surmann
Die Deutschen seien neuerdings in der Lage, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und Täter zur Verantwortung zu ziehen, heißt es. Stimmt das?

Kunst & Gewerbe von Gerhard Henschel
Viel zu wenig Gummibärchen

Effe für alle von Fritz Tietz
Kultur-Kolumne

Kosmischer Kanon von Martin Büsser
Genie-Kult schlägt politischen Diskurs: Ein Gang durch die Baseler Ausstellung »Expressiv!«

Lau gebadet von Kay Sokolowsky
Mariam Lau gibt in ihrer Harald-Schmidt-»Biographie« die beleidigte Leberwurst.

FilmTheater von Martin Büsser
28 Days Later

FilmTheater von Felix Magin
Long Walk Home

FilmTheater von Jan Pehrke
Voll frontal

Film des Monats von Andreas Busche
Matrix Reloaded

In love and war von Georg Seeßlen
Philip Noyce hat Graham Greenes »The Quiet American« neu verfilmt.

KEIN SCHÖNER LAND - Im Herrenholz oder Kommunist sein heute von Erwin Riess
Eine Szene.

Pech und Schwefel von Christoph Horst

Glauben Sie an Engel? von Ulrich Holbein

Wie Ernst Bloch seine erste Frau, Elsa von Stritzky, heiligsprach.

Buch & Deckel von Marit Hofmann
Ernst-Wilhelm Händler: Wenn wir sterben. Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 2002, 483 Seiten, 25 Euro

Buch & Deckel von Jürgen Roth
Gerhard Henschel: Die wirrsten Graphiken der Welt. Hoffmann & Campe, Hamburg 2003, 176 Seiten, 22,90 Euro

Buch & Deckel von Michael Rudolf
Kurt Cobain: Tagebücher. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 320 Seiten, 19,90 Euro

Buch des Monats von Frank Schulz
Wolfgang Herrndorf: In Plüschgewittern. Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2002, 222 Seiten, 16,90 Euro

Spuren, Spuren, Spuren von Ludwig Seyfarth
Über Kunst, Krimi und Kino – was sie verbindet und was sie trennt.

Melodie & Rhythmus von Alexander Kasbohm
Madonna: American Life. Wea

Melodie & Rhythmus von René Martens
The Matthew Herbert Big Band: Goodbye Swingtime. Accidental/Zomba

Melodie & Rhythmus von Michael Saager
Maximilian Hecker: Rose. Kitty-Yo/Pias Coloma: Finery. Ware/Efa

Platte des Monats von Alexander Kasbohm
Paddy McAloon: I Trawl The Megahertz. Emi

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/03, S. 3

Herta Däubler-Gmelin

hier konkret

Mit ihrem Vergleich der Methoden Bushs und Hitlers im Vorfeld des Irakkrieges hat Herta Däubler-Gmelin (SPD) die Amerikakritik der Deutschen erheblich verschärft. KONKRET sprach mit der ehemaligen Bundesjustizministerin, die im Herbst infolge ihrer antiamerikanischen Äußerungen zurückgetreten ist

konkret: Frau Däubler-Gmelin, Sie haben den Irakkrieg im Vorwege scharf kritisiert. Ist die von vielen befürchtete Katastrophe nicht ausgeblieben?

Däubler-Gmelin: Leider nein. Zwar haben die USA schnell gesiegt, kein Wunder bei ihrer Militärmacht, aber für die Opfer ist Krieg immer eine Katastrophe. Und der Schaden für das Völkerrecht bleibt, zumal auch die Existenz der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen ja nicht einmal mehr von den USA behauptet wird. Es bleibt schlimm, daß Bush die UN und ihre Inspektoren gestoppt hat und ihr jetzt eine zentrale Rolle im Irak verweigert.

konkret: Sind die Probleme durch den Krieg größer geworden?

Däubler-Gmelin: Nun, Saddam Husseins Diktatur ist vorbei. Das ist gut. Aber die Zerstörung und die Toten durch den Krieg, die Leiden der Zivilbevölkerung und der tiefe Haß auf Amerika sind dazugekommen. Auch die übrigen Probleme in der Region sind nicht kleiner geworden – ohne Stärkung der Uno und des Völkerrechts wird es mehr Sicherheit und Frieden wohl nicht geben.

konkret: Im Falle des Jugoslawienkriegs gab es ja ebenfalls kein UN-Mandat.

Däubler-Gmelin: Das war schon sehr anders, weil damals auch der Aspekt einer konkreten humanitären Intervention, also des Endes weiterer »ethnischer Säuberungen« sehr wichtig war. Im Fall des Irak war der UN-Sicherheitsrat auf Erfolgskurs, als die USA ihn durch ihre rule of power beendeten.

konkret: Schwerste Menschenrechtsverletzungen sind also ein Grund, von außen in einen Staat zu intervenieren?

Däubler-Gmelin: In ganz engen Grenzen hielte ich das für vertretbar. Im Kosovo und anderswo in der Region war die Politik der »ethnischen Säuberungen« evident – solche Verbrechen beschäftigen noch heute das Jugoslawien-Tribunal in Den Haag.

konkret: Viele Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Kosovo (»Hufeisenplan«, Racak) haben sich allerdings im nachhinein als unwahr erwiesen.

Däubler-Gmelin: Die »ethnischen Säuberungen« im Kosovo nicht, das ist, auch ich war dort, noch heute an dem Haß und den zerstörten Häusern abzulesen. Aber natürlich mahnen Sie mit Recht zu Skepsis gegenüber Presseberichten in Kriegs- oder Vorkriegszeiten. Gerade auch die Berichte über den Irakkrieg, die Opfer und die Lage im Irak, waren und sind je nach Seite sehr gefärbt.

konkret: Gehörten also beide, Saddam Hussein und George W. Bush, von Rechts wegen vor den Internationalen Strafgerichtshof?

Däubler-Gmelin: Es ist schon eine Ironie der Geschichte, daß die Regierung Bush und der Irak Saddam Husseins das Statut des ICC abgelehnt haben. Ich bin überzeugt davon, daß auch in den USA die Haltung der jetzigen Administration überdacht werden muß. Auch die Amerikaner profitieren ja von der verbindlichen Geltung des Völkerrechts. So hat die Bush-Regierung natürlich die Einhaltung der Kriegsgefangenkonvention gefordert, als amerikanische Kriegsgefangene in einem arabischen Sender vorgeführt wurden. Wer aber auf die Einhaltung des Völkerrechts für seine Staatsangehörigen pocht, muß die auch selbst garantieren, z. B. in Guantanamo.

konkret: Deutschland, Frankreich und andere europäische Staaten haben die USA in jüngerer Zeit scharf angegriffen und wollen nun eine gemeinsame Verteidigungspolitik entwickeln. Droht ein neuer Kalter Krieg zwischen ehemaligen Partnern?

Däubler-Gmelin: Würde er drohen, müßte man versuchen, ihn zu überwinden. Über die unterschiedlichen Sichtweisen zur Rolle der UN und des Völkerrechts muß man reden. Der Weg der fairen transatlantischen Partnerschaft ist richtig, auch wenn er nicht ganz einfach sein dürfte. In die Verhandlungen werden sicherlich auch wirtschaftliche Aspekte einbezogen werden müssen. Wichtig ist auch, daß die USA begreifen, daß ihr Vorgehen im Irak bei Konflikten in anderen Regionen der Welt als Vorwand für Krieg und einseitige Machtausübung dienen kann und so ein schlechtes Beispiel setzt.

konkret: Es gab auf Friedensdemonstrationen in Deutschland Feindseligkeiten gegenüber den USA. Was unterscheidet die legitime Kritik an den USA vom Antiamerikanismus eines Horst Mahler?

Däubler-Gmelin: Alles. Ich halte es schlichtweg für unzulässig, die Demonstrationen gegen den Krieg, die ja für die UN und für eine friedliche Bewältigung von Konflikten überall auf der Welt Partei ergriffen, in einem Atemzug mit

hetzerischen Äußerungen von Rechtsextremisten zu nennen. Gerade die jungen Demonstranten halten es jedoch für falsch, und das mit guten Gründen, daß eine hochgerüstete Weltmacht der Uno vorschreiben kann, was sie zu tun habe und dann, wenn die nicht spurt, ihre Macht einsetzt.

konkret: Es gab aber auch Demonstranten, die den US-Präsidenten in die Nähe Adolf Hitlers gerückt haben.

Däubler-Gmelin: Bisweilen wird das auch von einer schlagzeilensüchtigen Boulevard-Berichterstattung hochgespielt. Ich habe von solchen falschen Vergleichen noch nie etwas gehalten, zumal Auschwitz nicht relativiert werden darf. Außerdem überlagert jede ungerechtfertigte Übersteigerung die Ernsthaftigkeit der nötigen Kritik an der Politik der jetzigen US-Administration.

Konkret 06/03, S. 4

von Konkret

Der für Vertiefung und Ausbau des Antisemitismus in der Zeitung »Junge Welt« verantwortliche Redakteur Werner Pirker schreibt in den am Stammtisch üblichen wechselnden Zuständen. Am 26. April, als er den folgenden Satz niederschrieb, muß er bereits ziemlich zu gewesen sein:

Für KONKRET-Herausgeber Gremliza war der Irakkrieg der »einzig moralisch unanfechtbare Krieg der letzten hundert Jahre«.

Wir wissen nicht, was daraufhin in der Redaktion los war, aber drei Tage später mußte ein ernüchterter Pirker diese »Klarstellung des Tages« unter seinem Namen ins Blatt setzen:

Der KONKRET-Herausgeber hat nicht den Irakkrieg gemeint, als er im April-Heft schrieb: »Ungezählt die Auftritte deutscher Friedensmenschen, die mit ihrem ›Wir wissen, was Krieg bedeutet‹ den einzig moralisch unanfechtbaren Krieg der letzten hundert Jahre zu einem Verbrechen erklärten und also das Verbrechen gegen die Menschheit, das ihn erzwang, leugneten.« Er meinte damit – entgegen einer falschen Auslegung in der »JW«-Kolumne am Samstag – den Krieg, den die Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland geführt hat. Präziser:

Geht das? Es geht:

Präziser: den Bombenkrieg der Westalliierten gegen deutsche Städte. »No tears for Dresden«. Und darüber hinaus: Keine Tränen für Hiroshima und Nagasaki …

Wo er das nun wieder her hat? Von seinem geliebten Gewährsmann, dem alten Nordhäuser?

Robert Kurz, statt dankbar für die glimpfliche Behandlung, die sein Coming out als journalistischer »Seuchen«-Polizist in dieser Zeitschrift gefunden hat, in sich zu gehen, übergibt sich in eine »Erklärung« nach der andern. Ihr sprachliches Gewürge vermittelt nichts als einen Eindruck von der Verwirrung ihres Verfassers, der mitten in seine Flüche (auf Gremliza: »übelste Gaunereien der neueren deutschsprachigen Publizistik«) die Träne mischt:

4. Es verdient festgehalten zu werden, daß die primitiven Anpöbeleien und Denunziationen, denen sich Robert Kurz von seiten einiger KONKRET-Autoren in der Vergangenheit immer wieder ausgesetzt sah, dem Herausgeber nie einen Kommentar wert waren. Wem seine Sympathien gehören, wird aus seiner neuesten Kolumne ohnehin erneut deutlich.

Er würde es vielleicht Ironie der Geschichte nennen, daß der Herausgeber, kurz bevor die jüngste Kurz-Mitteilung erschien, ihren Autor in einem Interview mit der Bremer Zeitung »Zett« gegen den Eindruck, den er von sich verbreitet hat, rührend in Schutz genommen hatte:

Robert Kurz ist kein großer Denker, aber manchmal ein anregender Journalist. Solange er sich und seine Ressentiments unter Kontrolle hat, kann man ihn sogar in KONKRET schreiben lassen. Aber wehe, wenn das Gefecht hitzig wird. Dann weiß er nicht mehr, was er tut. Nicht er schreibt, sondern es schreibt aus ihm heraus. »Die antideutschen Bußprediger«

ein Zitat von Kurz, das der Interviewer angeführt hatte –

das ist original »Soldatenzeitung«, das ist das pure nationalistische, und das heißt in Deutschland immer auch: antisemitische Ressentiment. Das macht den Kurz nicht zum Nazi, aber es zeigt, wieviel große deutsche Vergangenheit in ihm steckt. Und nicht nur in ihm. Psychische Formierungen und Deformationen vererben sich, sagt Goethe, wie eine ew'ge Krankheit fort, weshalb das Unbewußte der Deutschen noch heute stärker von den wilhelminischen Dorfschulen und der HJ geprägt ist als von den Erlebnissen anno 68. Bei den Besseren hält das Bewußtsein Wache, aber wenn so einer in Rage kommt, ist er vor nichts mehr gefeit.

Mal ehrlich, Robert Kurz, kann man Ihren Fall mit mehr Feingefühl diagnostizieren?

Ein letztes Standbild aus dem Leben des Robert Kurz beschreibt Joachim Bruhn in seinem Beitrag »Die niedere Kunst der Demagogie« auf Seite 38 dieses Heftes.

Der Erscheinungstermin der **konkret texte** 35, *Amerika, dich haßt sich's besser. Die USA in Wahn und Wirklichkeit*, herausgegeben von Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken, verschiebt sich auf September 2003.

Veranstaltungshinweise: Rainer Trampert und Thomas Ebermann lesen am 3. Juni um 20 Uhr im Schlachthof, Kassel, und am 8. Juni auf dem Bremer Buko-Kongreß aus ihrem Buch *Sachzwang und Gemüt* (Konkret Literatur Verlag).

Im Toten Salon von Gerhard Henschel und Rayk Wieland ist am 4. Juni in Bremen (Schlachthof, 20 Uhr) und am 5. Juni in Hamburg (Nachtasyl im Thalia-Theater, 20.30 Uhr) die Autorin Kathrin Passig zu Gast.

Das sehr Gemischte Doppel aus Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer steht wieder für Lesungen bereit, Interessenten melden sich beim Verlag.

Konkret 06/03, S. 6

an Konkret

Bildungslücke 1

KONKRET 5/03: »German think, US tank« von Ralf Schröder

Im letzten Abschnitt seines Artikels schreibt Schröder, in den sechziger Jahren hätten die USA den Ländern der Dritten Welt ein Angebot gemacht, das einiges für sie abgeworfen hat. Welche Länder in Afrika und Asien sollen das denn gewesen sein, mit denen die USA gleichberechtigte Beziehungen pflegten und es an Entwicklungshilfe und wirtschaftlicher Kooperation nicht fehlen ließen? Vielleicht Zaire unter Mobutu, Südvietnam unter Diem, Ky und Nachfolger, die Philippinen unter Marcos und Suhartos Indonesien?

Gernot Linhart

Gießen

Bildungsreise

KONKRET 5/03: »Der edelste Teil des Menschen«

Soweit ich mich entsinne, fand die Schießerei in Düsseldorf statt. Die Legende geht so: Peter-Paul Zahl hatte wegen seiner Berliner Druckerei viel Bullenterror am Hals. Der Betrieb wurde zertrümmert, die Frau und die kleinen Kinder schikaniert. Ich glaube, Zahl druckte auch das legendäre »883«. Er tauchte in Westdeutschland ab, um nicht durch getürkte Beweise einzufahren. Der Staatsschutz der BRD hatte damals (1972) die Taktik, gesuchte »Staatsfeinde« standrechtlich zu erschießen (Petra Schelm, Tommy Weißbecker, Georg von Rauch, Manfred Grashoff, Elisabeth van Dyck, Wolfgang Grams). Es gab dagegen die Meinung, man dürfe sich nicht einfach abknallen lassen. So kamen die angesichts der polizeilichen Hochrüstung ziemlich ineffizienten Handfeuerwaffen ins Spiel, durch die ein paar »Staatsfeinde« sich tatsächlich ihrer Ermordung entziehen konnten. Im Fall PPZ passierte folgendes: Er wollte unter falschem Namen ein Auto mieten, an der Tür kam es zu einem Gerangel mit einem Polizisten. PPZ konnte flüchten. Als ihm die Munition des Steuerzahlers um die Ohren pfiff, schoß er zurück. Er wurde schwer verletzt und rettete sich unter ein Auto. Ob der fragliche Polizist einem Friendly fire zum Opfer fiel, wurde nie geklärt. Der Richter fingierte wie üblich einen doppelten Mordversuch Zahls.

Das alles erwähne ich unter Vorbehalt, denn ich habe die Akten nicht mehr. Es kommt auch nicht auf Details, sondern die Struktur dieser Vorgeschichte an. Wenn nämlich eine durchgeknallte Charge des vom Grünen Fischer geführten Auswärtigen Amtes PPZ jetzt ausbürgert, so hängt das nämlich immer noch mit den alten Storys zusammen. Der Leviathan vergißt nicht und vergibt nicht.

Peter O. Chotjewitz

Stuttgart

Bildungslücke 2

KONKRET 5/03: »Kontingenter Imperialismus« von Georg Fülberth

Was Fülberth am Ende unter dem Titel »Neugruppierung« präsentiert, würde er hoffentlich keinem Studenten in einer Seminararbeit durchgehen lassen. Motto: Ich habe zwar keine Ahnung, aber noch eine halbe Seite vollzuschreiben. Dabei entstehen dann außerirdische Theorien wie die, daß Imperialisten ihre Widersprüche heutzutage dadurch lösen, daß sie einander aus dem Weg gehen.

Margret Gsella

per E-Mail

Fortbildung 1

KONKRET 5/03: »Massenhaft Mossad« von Joachim Rohloff

An die zionistischen Skribenten und den oberparanoiden Herausgeber: Wie bringt Ihr heimatlosen Schreiberlinge es fertig, immer und überall, insbesondere bei vermeintlichen Linken, Antisemitismus zu wittern? Ihre letzte Ausgabe ist ja wieder Spitzenklasse.

Damit Sie sich einmal eine etwas ausgewogenere Sichtweise verschaffen können (wobei ich glaube, daß bei Ihrer Mannschaft Hopfen und Malz verloren sind), empfehle ich Ihnen das Buch *Politizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk* von Baruch Kimmerling. Vervollständigen können Sie Ihre Kenntnisse noch durch eine Lektüre über den Mossad. Hier kann ich gleich zwei Bücher von Victor Ostrovsky empfehlen: *Der Mossad* und *Geheimakte Mossad*. Aufschlußreich ist auch das Buch *Atommacht Israel* von Seymour M. Hersch.

Paul Strang

Wesseling

Es muß endlich mal, nach so vielen Jahren Tabuisierung gesagt werden dürfen (auch wenn einen das in breiten Bevölkerungs- und Medienkreisen immer noch zur Unperson qualifiziert): Die Nazis waren eine Bande von Verbrechern und Mördern.

Matthias Reichert

per E-Mail

Kein Bildnis machen

KONKRET 5/03 »Going crazy« von Ludwig Seyfarth

Ihr engagierter Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und den alltäglichen Wahnsinn im wiedervereinten Deutschland ehrt Sie. Warum haben Sie es nötig regelmäßig die religiösen Gefühle einiger Leser und Leserinnen zu verletzen (siehe Foto S. 57)? Ein – wie auch immer inspirierter – Atheismus ist eine Sache, das Lächerlichmachen religiöser Weltanschauungen ein Zeichen von Intoleranz. Es stellt sich die Frage nach dem Erscheinungsdatum der nächsten religiösen Verunglimpfungen in Ihrer Monatszeitschrift: Wann verarschen Sie muslimische Gläubige, wann Buddhisten, wann jüdische Mitbürger?

Marco Wachter

per E-Mail

Fortbildung 2

KONKRET Allgemein

Seit vier Jahren lese ich Ihre Zeitschrift mit großen Gewinn. Niemand klärt so gut auf wo es um CIA, FBI, das Weltfinanzsystem und den Imperialismus angeht. Diese unendliche Verschwörung, Sie wissen es und Sie sagen es, Sie schreiben es so gut wie kein anderer in Deutschland und von Ihre Zeitschrift lerne ich viel. Aber Sie machen mir jetzt Sorge. Kein genug festes Wort habe ich gesehen über die US-Ölgier in den Irak. Und alle die bösartige Lügen aus »FAZ«, »Tagesspiegel«, »Taz« über Serbien und Herr Kostunica bleiben bei Ihnen nicht erwähnt! Der serbischer Nationalismus und Sozialismus, ein wunderbarer, volksnaher Projekt, von ausländische Agenten zerstört!!! Bisher haben Sie gut reagiert, wenn das grausame Leben von Slobodan Milosevic in den Händen von Den Haags Agenten anging. Sie waren Nummer Eins. Jetzt? Nichts mehr.

Alle Massengräber – Irak, Serbien – sind nur präpariert, falsche Tote, falsche Beweise, Lügen und Lügen, das weiß doch auch schon fast jeder politische Mensch, aber Sie wiedersprechen nicht. Sie könnten auch investigative Journalism engagieren, dann würden Sie es selbst herausfinden und endlich alles dieses öffentlich machen. Daß es nur darum geht: Sozialismus discreditieren!

Long live Sloba! Long live Saddam! Long live the Truth!

Timothy Lartledge-Miller

Berlin

Kein Vorbild

KONKRET 5/03: »Im Anfang war das Wort« von Jochen Stremmel

Einem, der einigermaßen aufmerksam liest, muß es tatsächlich so scheinen, als würden literarische Texte in großen deutschen Verlagshäusern bisweilen nachlässig oder von Leuten, deren Befähigung zumindest fragwürdig ist, lektoriert. Ich erinnere mich vor allem einer Stelle in der deutschen Übersetzung von Hunter S. Thompsons Roman *Fear and Loathing in Las Vegas*, in der der englische Begriff »back door« mit »Hintertür« übersetzt wurde, obwohl Analverkehr gemeint war.

Thomas Blum

Berlin

Abbild

KONKRET 5/03 »Experten im Bush-Krieg« von Gert Ockert

Wohl durch den Leserbrief von Harry Rowohlt angeregt (»wer ist Gert Ockert«), veröffentlichen Sie ein Foto, das aber nicht Gert Ockert, sondern den ehemaligen deutschen Tennisspieler Gottfried v. Cramm zeigt.

Werner Doerwald

Hamburg

Wieso sieht Gert Ockert plötzlich aus wie Edward G. Robinson?

Robin M. Hahn

per E-Mail

Konkret 06/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

Jenseits des Kommunismus

Die Pflicht des Polemikers, einem jeglichen den Kopf zu waschen ohne Ansehen der Frisur, läßt ihn im Rhythmus der Monatsenden, an denen es geschieht, als Geselle derer erscheinen, die noch auf der Wartebank sitzen oder schon unter der Trockenhaube. Leser kreiden dem Verfasser dieser Kolumne an, er habe seit einer Zeit, die bis zum September 2001 zurückreiche, vielleicht aber auch bis zum März 1991, Gradlinigkeit vermissen lassen, und er selber muß gestehen, daß er, vor die Wahl zwischen Liebhabern des amerikanischen Kriegs und Verehrern des deutschen Friedens gestellt, sich damit behalf, jeweils auf das zuletzt aufgerissene Maul zu hauen.

Gesetzt, einer ist Kommunist, will an der Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, so hofft er auf die Gelegenheit, Revolution zu machen. Die Gelegenheit ist fern. Die alte Ordnung zwar wird an allen Ecken und Enden der Erde sehr gegeißelt. Doch von den Attributen, die Marx einst dem Proletariat als ihrem Überwinder zugeschrieben hatte, ist den real existierenden »Bewegungen« keines zu attestieren oder, ohne ein Sacrificium intellectus zu begehen, auch nur anzudichten. Die Avantgarde von Literaten, deren Führung das Proletariat, als es ernst wurde, bedurfte, war problematisch genug. Und nun erst eine Avantgarde aus islamischen Gotteskriegern und evangelischen Sozialarbeitern!

Was also fängt ein Kommunist mit dem angefangenen Jahrhundert an? Reiht er sich, weil er nichts Besseres zu tun hat, dort ein, wo alle Menschen guten, ja besten Willens Seit' an Seit' schreiten für Frieden, Gerechtigkeit, Natur, Kultur, bei den Leuten von Attac? Die tun was. Sie verbreiten auf Seite eins ihrer Homepage im Mai 2003 diesen Aufruf, der sich seit über einem Jahr auf der Hitliste ihrer Anliegen hält:

Stoppt McDonald's! Seit über zwei Wochen wird im historischen Zentrum von Woronesch (West-Rußland) gegen den Bau einer McDonald's-Filiale demonstriert. Bürger der Stadt nehmen zusammen mit den Vertretern ökologischer, politischer und sozialer Organisationen an diesen Aktionen teil. Das McDonald's soll auf dem Gelände des einzigen Parks der Innenstadt erbaut werden.

Fast food ist weder besonders wohlschmeckend noch bekömmlich. Im Kommunismus wird einmal besser gekocht und gegessen werden. Wer aber je das Pech hatte, eine Woche lang den Segnungen der russischen Küche ausgesetzt zu sein, wird den Fortschritt, den McDonald's der Hygiene, der Gesundheit und dem Geschmack der Bewohner von Woronesch verspricht, nicht genug loben können. Doch geht es der »Woronesch-Koalition« und Attac ja so wenig ums Essen wie um die Grünanlage, die, wenn sie nämlich ein Park ist, gewiß einige zehntausend Quadratmeter mißt, wovon der Fast-food-Konzern gerade mal vierhundert bebauen würde. »Stoppt McDonald's!« ist eine Parole, die bloß lächerlich wäre, wollte sie auf die Verhinderung eines Gaststättenbaus hinaus und nicht auf Höheres: auf den Schutz der völkischen Sitte und der heimischen Scholle vorm Einbrechen der Moderne, der Kosmopoliten.

Dem »Stoppt McDonald's!« Anklänge an die ältere Parole »Kauft nicht beim Juden!« abzuhören – soviel Paranoia darf sein. Ein bißchen kritische Theorie tät's freilich auch, nach einem Blick in die Papiere von »Porto Alegre 3«, des »Weltsozialforums« der neuen Bewegungen. »Im Namen des Freihandels wird jeder Bereich des Lebens und der Natur verkäuflich gemacht«, heißt es da, die »biologische Vielfalt« werde »feilgeboten«. Der deutsche Professor Jörg Huffschmid, der bessere Tage gesehen hat, bereicherte das einschlägige Vokabular um einen Aufruf »gegen uneingeschränkte Gier«. Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß was ich leide, singt Tschaikowsky (West-Rußland). Nein, sie wissen nicht, was sie da schreiben, und wer ihnen sagte, aus welchen Programmen er solche Emanationen verdruckster Sexualfeindschaft (»feile Dirne«) kennt, gälte ihnen als Denunziant.

Damit aber kein Zweifel bleibt, wo die zu suchen sind, die alles verkäuflich machen, beschloß die Versammlung der Attac-Parlamentarier: »Dies hat oberste Priorität: Unverzüglich handeln, um … die israelische Besetzung palästinensischen Territoriums zu beenden.« Sowie, nun wieder der ganze Verein: »Wir appellieren an alle progressiven und sozialen Kräfte, Bewegungen und Organisationen der ganzen Welt, ihre Solidarität mit den Völkern Palästinas … zu entfalten.« An alle! Ganze Welt! Eine Milliarde Menschen hungert, Millionen Kinder verrecken – oberste Priorität aber genießt, daß die Juden nicht länger über ein paar Quadratkilometer Land am östlichen Mittelmeer bestimmen sollen.

Ein Sprecher von Attac in Deutschland hat, nachdem einige der Bewegten für Möllemann und Karsli Partei ergriffen hatten, eingeräumt, daß es in den eigenen Reihen »ein Problem mit Antisemitismus« gebe. Das Geständnis ist irreführend. Die Bewegung hat kein Problem, sie ist das Problem. Das Beste, was der Verein, dessen Guru Noam Chomsky behauptet, er sei die »wirkliche Internationale«, auf die »die Linke von ihren Ursprüngen an gehofft« habe, von sich zu sagen weiß, lautet: »Jedenfalls scheinen wir in Zeiten eines historischen Umbruchs, eines beschleunigten Wandels zu leben, in denen

Millionen Menschen aufwachen, den aufrechten Gang üben und rufen ›So nicht!‹.« Es macht den Erfolg der Bewegung, die Sozialismus durch Sozialneid und Kritik durch Ressentiment ersetzt hat, aus, daß die Millionen dieses Hohelied auf den Irrationalismus nicht als Parodie – Menschheit erwache! – lesen, sondern als Laudatio.

Die »So nicht!«-Bewegung hat ein »Sondern so«: »Isolierung der Kriegsherren im Norden«, gemeint: die USA, Kampf für »ein spezifisch europäisches Sozial- und Kooperationsmodell«, in dem »transnationale Unternehmen« nicht länger »unsere Volkswirtschaften kontrollieren« können. Deutsche Volkswirtschaft den Deutschen! Mögen sich noch so viele Menschen guten Willens in diese Bewegung gesetzt haben, die »Rebellion« gegen die »kapitalistische Globalisierung«, die da organisiert wird, ist eine von und nach rechts. Ihr Antiimperialismus ist der Antikapitalismus der dummen Kerls.

Viel Besseres kann der Kommunist mit dem angefangenen Jahrhundert nicht anfangen, als die Hauptfeinde dieser »Bewegung« vor ihr in Schutz zu nehmen: Israel und die USA, und doch gegen beide zu sagen, was nicht für sie spricht. »Bedingungslose Solidarität« mit den USA ist Sache des Bundeskanzlers, Israel-Propaganda die des Springer-Redakteurs. Wer die USA gegen die Deutschen und ihr Europa nur verteidigen kann, wenn er jede Nennung der Interessen und der in diesen begangenen Verbrechen der US-Politik leugnet, taugt als Verteidiger so wenig wie als Kritiker. Auf eine Liebe, die vor Glasauge, Hinkebein und Zahnersatz der Braut die Augen schließt, war noch nie Verlaß.

Konkret 06/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Um Gottes Willen

20. März, Pressemitteilung:

Mit Betroffenheit und großer Bestürzung nimmt die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. zur Kenntnis, daß der Krieg gegen den Irak begonnen hat, obwohl sich weite Teile der internationalen Gemeinschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und religiösen Gemeinschaften und unzählige Frauen und Männer darum bemüht haben, den bestehenden Konflikt ohne Waffengewalt zu lösen. Wir berufen uns auf Jesus Christus, der uns Kraft und Mut zur Liebe gibt, und erklären, … daß Krieg um Gottes Willen nicht sein soll.

Völkischer Alptraum

3. April, Stadtmagazin »Hamburg live« über Lila Downs:

Als Tochter eines schottisch-amerikanischen Vaters und einer mexikanischen Mutter indianischer Herkunft …

Schröder und Fischer waren gegen den Krieg von Bush, das bleibt ehrenwert.

»Neues Deutschland«

Merde alors

8. April, »Rheinische Post«:

Aus Protest gegen den Irakkrieg rufen Sprachwissenschaftler dazu auf, englische Ausdrücke im Deutschen durch ihre französischen Pendants zu ersetzen. »Billet« statt »Ticket« und »Karton« statt »Box« zu sagen, sei eine friedliche Form des Protests gegen die Politik der USA und Großbritanniens und eine Demonstration deutsch-französischer Solidarität, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft »Sprache in der Politik«, Armin Burkhardt. Einen Aufruf und eine Liste mit Ersatzwörtern hat die Arbeitsgemeinschaft im Internet veröffentlicht. Darauf empfiehlt sie etwa »Trikot« statt »T-Shirt«, »Pointe« statt »Gag«, »d'accord« statt »okay«, »Etikett« statt »Label« und »Hausse« statt »Boom«.

Die Freiheitlichen

8. April, AP:

Aus Protest gegen die jetzt in Neumünster in Schleswig-Holstein gastierende Wehrmachtsausstellung hat die örtliche FDP auf ihrer Internetseite Links zu Seiten der NPD und deren Jugendorganisation eingebaut. Die Liberalen kritisieren die Ausstellung scharf.

Generation Polo

9. April, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Pressemitteilung:

34 Prozent aller 14 bis 19jährigen geben an, gegen den Krieg zu demonstrieren. Mit 23,5 Prozent stuft sich ein überproportionaler Anteil demonstrierender Jugendlicher als »weit links« ein. Dennoch sieht Protestforscher Dieter Rucht keine »Generation Golfkrieg« heranwachsen, die sich erheblich von einer früheren und angeblich unpolitischen Generation (»Generation Golf«) unterscheide. Nur eine Minderheit werde sich längerfristig politisch engagieren.

Kanzlah akbar

15. April, »Die Welt«:

Deutschlands Firmen haben im Nahen Osten einen guten Stand. Das Nein der Bundesregierung zum Krieg im Irak hat das hohe Ansehen nach Einschätzung von Experten sogar befördert. Deutsche Firmen könnten von einem »Schröder-Bonus« profitieren. Der Absatz von deutschen Waren und Dienstleistungen in der Region nimmt seit Jahren zu. Trotzdem hat Deutschland sein Potential noch längst nicht ausgeschöpft. »Durch den hohen Ölpreis haben die Erdöl exportierenden Staaten derzeit genug Mittel für Projekte«, sagt Jochen Münker vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. »Viele

Geschäftsführer in den arabischen Staaten sind Ingenieure – mit einem Faible für Made in Germany.«

Aus der gewaltbereiten Szene

17. April, »Tagesspiegel«:

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt gegen Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK), das den mutmaßlichen Entführer und Mörder Jakob von Metzlers festgenommen hat …, wegen des Vorwurfs der Bedrohung zum Nachteil der Freundin des Tatverdächtigen Magnus G. Den Informationen zufolge ist ein Teil der Beamten, die am 30. September den Wagen von G. in der Tiefgarage des Frankfurter Flughafens gestoppt haben, maskiert aufgetreten. G. war mit seiner Freundin K. unterwegs. K.'s Vater schilderte dem Frankfurter Landgericht am 10. April schriftlich die Umstände des Zugriffs. Demnach sei seine 16 Jahre alte Tochter bei den Haaren gefaßt, über den Boden geschleift sowie »öffentlich unter Gewaltandrohung nackt ausgezogen« worden. Die Eltern schreiben, »die Professionalität« der Kommandoführung habe in der »mehrfachen massiven Androhung von Massenvergewaltigung durch die Einsatzkräfte« gegipfelt.

Im Zuge der Ermittlungen ist ein Video von der Festnahme in der Tiefgarage gesucht worden. Die Parkdecks werden ständig optisch überwacht. Dem Vernehmen nach liegen keine Aufnahmen vom SEK-Zugriff selbst vor. Insider vermuten, das Material sei vernichtet worden. Die Einheiten dokumentieren sonst alle Aktionen auf Film. Zehn Vermummte und drei Polizisten in Zivil sollen an der Festnahme beteiligt gewesen sein.

Das einzige Element der Unterscheidung zwischen Israel und dem Dritten Reich könnte Auschwitz sein.

Ernst Nolte, Vordenker

Was Juden planen

17. April, »Argument des Tages«, Referat Internationale Politik beim PDS-Parteivorstand (Wolfgang Gehrcke):

Der nächste Krieg – gegen Syrien? Weshalb sollte Syrien das nächste Angriffsziel der USA werden? Ein Krieg gegen Syrien könnte die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Falken in Israel um Sharon das Palästinenserproblem auf ihre Weise »lösen«: Durch die Fortsetzung der Siedlungspolitik und die weitgehende Aneignung palästinensischer Gebiete wird die Entstehung eines lebensfähigen Palästinenserstaates unmöglich gemacht. Der Krieg wird genutzt, um die demographische Zusammensetzung der besetzten Gebiete durch weitere Vertreibung von Palästinensern zugunsten der israelischen Siedler zu verschieben. Syrien wird zum endgültigen Verzicht auf die von Israel annektierten Golanhöhen gezwungen. Und wieder wäre man dem Traum von einem »Großisrael« einen Schritt näher. Die neokonservative Gruppe um Präsident George W. Bush, die eng mit der proisraelischen Lobby in den USA kooperiert, ist mit diesen Plänen bestens vertraut, denn sie hat sie selbst inspiriert.

Wenn Thüringer sparen

24. April, »Neues Deutschland«:

Fünf Jahre nach ihrer feierlichen Wiedereröffnung ist die Synagoge im thüringischen Mühlhausen wieder geschlossen worden. Zur Begründung verwies eine Sprecherin der Stadtverwaltung auf das fehlende Aufsichtspersonal für das aufwendig restaurierte Gebäude. Die jeweils auf ein Jahr befristete Stelle für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sei nicht verlängert worden.

Patridiotismus

28. April, »Focus«:

Bislang bekämpfte der Verein Deutsche Sprache die hiesige Anglizismenmode – weg mit Handy, Kids und Happy Hour! Doch Vereinsboß Walter Krämer, Statistikprofessor und Bestsellerautor, läßt nun auch Aufkleber gegen die »Amerikanisierung unserer Kultur« verteilen. Die Amis seien »selbstgerechte Moralapostel«, hätten »Bombenterror auf Dresden« verübt und wollten per Coca-Cola und Hollywood ihren Lebensstil weltweit »zwangsweise« einführen.

Alle Muslime und Araber fühlen sich gedemütigt und bedroht durch den Überfall auf den Irak, die mythologische und kulturelle Wiege der Menschheit.

Alice Schwarzer, Nachdenkerin

Der Preis des Friedens

29. April, Peter Handke in »News« (Österreich):

Ich habe gerade irgendwo gelesen, daß der deutsche oder ein deutscher Schriftstellerverband – vielleicht gibt es mehrere von diesen Heroen der Neuzeit – den Außenminister Fischer und den Kanzler Schröder für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels vorgeschlagen hat. Wenn das stimmt, nenne ich mich ab jetzt nicht mehr Schriftsteller, sondern Vagabund oder Straßenkehrer. Diese Leute, die den Krieg gegen Jugoslawien vor vier Jahren scheinheiligst losgebrochen haben, sagen vier Jahre später noch scheinheiliger: »Von diesem Krieg sind wir nicht überzeugt.« Ein unsterblicher Spruch von dem Herrn Fischer! Wenn es stimmt, daß man dafür vom deutschen Schriftstellerverband für den Friedenspreis vorgeschlagen wird, dann höre ich auf. Mein Beruf wird dann Rentner oder Maikäfer oder irgendwas.

Sozialismus national

Mai, »Verdi Publik«, Leserbriefe (»Wir freuen uns über jeden Leserbrief«):

Sollen doch die 3.000 Arbeitsplatzinhaber, nebst Familien, endlich in die USA rübergehen, wenn es ihnen hier nicht paßt. Natürlich unter Mitnahme der Besatzerarmee und ihres Mülls. Dann wäre der Weg frei für eine Sanierung und, soweit möglich, Renaturierung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr. Später könnten wir auf Tourismus setzen. Und das bringt auf Dauer gesehen zirka 10.000 Arbeitsplätze.

Bernhard Stangl, PDS Weiden

Drecksack dringend gesucht

Mai, Stellenanzeige in diversen Lokalzeitungen:

Im Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein in Neumünster ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters für das Sachgebiet »Koordinationsstelle für aufenthaltsbeendende Maßnahmen« im Rahmen einer Vollzeitbeschäftigung unbefristet zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt im wesentlichen die Durchführung von Vorführungen und Abschiebungen sowie die Durchführung von Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs in den Diensträumen und erkennungsdienstlicher Behandlungen im Wege des unmittelbaren Zwangs. Der Aufgabenbereich erfordert ein gesteigertes Maß an Selbstbeherrschung und Durchsetzungsvermögen. Die Durchführung von ausländerrechtlichen Zwangsmaßnahmen verlangt ein sicheres Auftreten und eine hohe physische und psychische Belastbarkeit.

Kulin-Arisches

4. Mai, »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Deutscher als deutsch soll es nun auch nicht zugehen in den Küchen des Reichstags. Coca-Cola, Champagner und Espresso werden weiterhin ausgeschenkt, auch mit Pfeffer und Basilikum darf noch gewürzt werden. Sonst aber gilt seit dem 1. Mai: Oben im Reichstag, wo die Besucher der Kuppel Zugang haben, wird fortan deutsch gegessen. Eingedeutscht – wenngleich weniger streng – ist auch das Angebot unten im Abgeordneten-Restaurant. Chiemseerenke und Nordsseesteinbutt stehen auf der Karte des Dachrestaurants, sächsisches Zicklein an Leipziger Allerlei und Beelitzer Kaninchen. Die 160 Weinpositionen stammen ausschließlich von deutschen Winzern.

Als der Münchner Gastronom Michael Käfer, Pächter beider Reichstags-Restaurants, im August vergangenen Jahres eine neue Weinkarte zusammenstellte, trieb ihn dieselbe Idee, die zur gleichen Zeit Gerhard Schröder hatte: Der deutsche Weg wurde gewählt; der Bundeskanzler plante ihn militärisch, Käfer kulinarisch.

Früher hieß es bei den Grünen: Nie wieder Krieg! Und heute: Nie wieder krieg ich so einen Job!

Günter Wohlenberg, Kabarettist

Ausländer raus

14. Mai, DPA:

Nach Deutschland kommen immer weniger Asylbewerber. Im April suchten 4.012 Flüchtlinge um Asyl nach. Das waren 7,3 Prozent weniger als im März und ein Drittel weniger als im Vorjahresmonat. Von Januar bis April beantragten 18.970 Personen Asyl, 6.258 weniger als 2002. Im April wurden 135 Bewerbungen um Asyl und damit nur 1,8 Prozent der Anträge als berechtigt anerkannt.

Strasser-Flügel?

16. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Schill setzt sich durch: Lehrmittelfreiheit bleibt. Die Eltern der Hamburger Schüler werden auch künftig nicht an den Kosten für Schulbücher beteiligt. Damit hat sich in der Koalition die Schill-Partei durchgesetzt.

Konkret 06/03, S. 12

Ralf Schröder

Im Scheißdreck

Seit Schröders Agenda 2010 vorliegt, drohen die Gewerkschaften mit Kampf. Ein tragikomisches Schauspiel.

Es macht derzeit wenig Freude, in Deutschland hauptberuflich mit der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen befaßt zu sein. Im Februar bezeichnete der FDP-Vorsitzende Westerwelle die Gewerkschaftsfunktionäre als »eine Plage für unser Land«: »Mit aberwitzigen Protestaktionen gegen Steuersenkungen veruntreuen sie zu allem Überfluß auch noch die Beiträge ihrer Mitglieder. Deutschlands Wohlstand wird zugrunde gehen, wenn wir die Gewerkschaftsfunktionäre nicht entmachten.« Um diese Entmachtung zu realisieren, so schlug der Parteifunktionär vor, solle man die frühere britische Premierministerin Thatcher zum Vorbild nehmen. Sie habe die dortige Gewerkschaftsführung auf ihre reale Bedeutung zurechtgestutzt. Dies, so halluzinierte Westerwelle weiter, sei die Voraussetzung für den »enormen Wohlstandszuwachs und die Halbierung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien gewesen«. Friedrich Merz von der CDU sah das ähnlich: »Die Gewerkschaften nehmen für sich ein allgemeinpolitisches Mandat in Anspruch, das man nüchtern zurückweisen muß.« Da in ihm nicht einmal 25 Prozent der Arbeitnehmer organisiert seien, entfalle für den DGB »jede Legitimation, für alle Beschäftigten in Deutschland zu sprechen, geschweige denn für den Sozialstaat«.

Mit der Intensivierung der Diskussion über die neuesten rotgrünen Sozialreformen wurde der antigewerkschaftliche Ton noch schriller. Ein besonders schönes Beispiel lieferte der »Spiegel«. Noch Ende 2002 hatte man in einer Titelgeschichte Schröder als »Kanzler der Gewerkschaften« entlarvt. »Seine neuen Freunde sind die DGB-Funktionäre, die im Wahlkampf für ihn geworben haben – und nun reich belohnt werden.« Mittlerweile hätten sich die »Genossen Gewerkschaftsbosse« zu einer »Art Nebenregierung aufgeschwungen«, während das »Konzept der neuen Mitte«, einst ein »Versprechen auf Zukunftsfähigkeit«, nun als »Ideensammlung von gestern« gelte. Gesetzestexte für Rotgrün würden in den Berliner Verbindungsbüros der großen Gewerkschaften »vorformuliert«. Zum Beleg für die Bevorzugung der »Genossen Gewerkschaftsbosse« konnte die Story allerdings lediglich mit der dünnen These aufwarten, die DGB-Leute hätten das Hartz-Konzept sabotiert und dabei »dicke Tarifrunden für Leiharbeiter« durchgesetzt.

Als sich der »Spiegel« jetzt, Anfang Mai, veranlaßt sah, seine Kritik an den »gewerkschaftlichen Traditionsbataillonen« zu verschärfen, fanden seine Redakteure plötzlich einen völlig veränderten Frontverlauf vor: »Mit markigen Parolen kämpfen die Gewerkschaften gegen Kanzler Schröders Reformen.« Es zeige sich aber immer deutlicher, daß der DGB eine »Lobby des Stillstands« sei und seine Organisationen »von innerer Auszehrung bedroht sind – personell, finanziell, aber auch programmatisch«. Zum Beleg für die Zerrüttung der Gewerkschaften führte man u.a. ausgerechnet die bisher intelligenteste Äußerung des designierten IG-Metall-Chefs Peters an, der die rotgrüne Agenda 2010 treffend einen »Scheißdreck« nannte.

Das Selbstreferenzielle der medialen Anti-DGB-Kampagne wurde drei Tage nach dem Erscheinen des »Spiegel« beispielhaft in einem Artikel der »Welt« deutlich. Dort entdeckte Autor Matthias Zschaler, ganz im Stil der Hamburger Kollegen, nicht nur einen »Legitimationsverlust« der Gewerkschaften, sondern auch ein Bild. Dieses Bild behandelte er als streng journalistische Fundsache – kein Gedanke daran, daß hier lediglich die diskursive Intuition eines bestimmten Berufsstandes sich selbst bestätigt: »Das alles paßt zu dem Bild, daß mittlerweile in der Öffentlichkeit vorherrscht. Dort werden die Gewerkschaften mehrheitlich als letzte Bastion der Reformblockierer wahrgenommen, mit rivalisierenden, interessen-egoistischen Betonköpfen an der Spitze.« Ex-Minister Norbert Blüm, einst von seinen DGB-Kollegen selbst als »Henker des Sozialstaates« attackiert, gab in der »SZ« angesichts solch anschwellender Agitation folgende Denkwürdigkeit zu Protokoll: »Meine Widerborstigkeit gegen Meinungsmoden treibt mich jedoch jetzt wieder an die Seite der Gewerkschaften. Wie das Wild sich einen Reibebaum sucht, an dem es seinen Juckreiz bekämpft, so suchen sich alle, die als Modernisierer gelten wollen, die Gewerkschaften als Betonwand aus, an der sie ihr Beinchen heben können. Hauptangeklagter im Standortprozeß Deutschland sind die Gewerkschaften.«

Obwohl die Denunziation der Arbeitnehmerschutzrechte und der entsprechenden gewerkschaftlichen Interessenvertretung immer hysterischer wird, spricht bisher nichts für ihren durchschlagenden Erfolg. Ende April präsentierte der »Stern« die Ergebnisse der großen Internet-Umfrage »Perspektive Deutschland«, die man gemeinsam mit dem ZDF und der Unternehmensberatung McKinsey veranstaltete. Hier hatten lediglich magere 33 Prozent der angeblich 350.000 Teilnehmer angegeben, zu den Gewerkschaften »kein Vertrauen« zu haben. Dieser Wert war deutlich besser als der für die Parteien und den Bundestag, dennoch verkündete der wunschgetriebene Kommentar ohne Umschweife, die Gewerkschaften seien »von den Menschen schon abgeschrieben«.

Angesichts solcher Suggestiv-Tricks und der gesamten obskuren Treibjagd ist zudem unverkennbar, daß die gewerkschaftsinterne Diskussion deutlich mehr Realitätsnähe aufweist. Die Zentralen verfügen über funktionierende Kommunikationsapparate, und wenn sie es für angebracht halten, rechnen ihre Experten den DGB-Mitgliedern gerne und präzise vor, welche materiellen Folgen bestimmte Reformprojekte haben. Deshalb auch gibt sich Verdi-Vorstandsmitglied

Margret Mönig-Raane bezüglich des Kampfes gegen die Agenda 2010 demonstrativ optimistisch: »Wir haben Millionen Mitglieder, die spüren, wie ihre Realität und die ihrer Arbeitskollegen aussieht. Die Leute sind nicht blöd, sie können lesen und nachvollziehen, zu welchen Auswirkungen die geplanten Gesetze führen.« Ähnlich ungerührt zeigte sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer. Sie bezeichnete die Angriffe Westerwelles als »virtuelle Provokation«, der FDP-Vorsitzende sei nicht ernst zu nehmen: Wer die Gewerkschaften so unflätig beschimpfe, isoliere sich selbst.

Das ist natürlich selbstherrlicher Unfug. In Wirklichkeit sprechen die aktuellen Attacken und auch die geplanten rotgrünen Zumutungen dafür, daß sich die Isolierung der Gewerkschaften beschleunigt – vielleicht sogar dramatisch. Daß die Arbeiterführer angesichts ihrer drohenden Ausschaltung in die gewohnte Kraftmeierei verfallen und wie in jedem Jahr auch heuer einen »heißen Herbst« ankündigen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr politisches Gewicht sinkt – sowohl strategisch als auch programmatisch, aber aus anderen Gründen, als es die marktradikalen Schreihälse verkünden.

Seit dem Ende der siebziger Jahre befinden sich die Gewerkschaften in der Defensive. Hatten sie in jenem Jahrzehnt noch einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnet, stagnierten die Zahlen in den achtziger Jahren. Nach der Angliederung der DDR sank die Mitgliederzahl bis 2002 um etwa ein Drittel von 11,8 auf 7,7 Millionen. Der Grund für die abnehmende Attraktivität der Gewerkschaften lag zuallererst darin, daß die postfordistischen Produktions- und Arbeitsverhältnisse immer weniger zu den tradierten Organisationsideen des DGB paßten, eine Kluft, die die Gewerkschaften bis heute nicht schließen konnten. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks, den die Gewerkschaften mitbetrieben und von dessen Tragweite sie völlig überrascht wurden, fiel gerade für die westdeutschen Eliten der letzte Grund weg, das eigene Proletariat durch eine halbwegs pflegliche Behandlung auch ideell von den Vorteilen der Marktwirtschaft zu überzeugen. Dennoch schafften es während der Kohl-Ära die Gewerkschaften, im Verein mit den Kirchen, den Sozialarbeitern und der SPD die gröbsten Zumutungen der Neoliberalen abzuwehren.

1998 funktionierte dann an den Wahlurnen die einzige Form des politischen Protests, den die DGB-Führung wirklich akzeptiert. Rotgrün übernahm die Regierung, und die Gewerkschaftsspitzen wähnten sich mit von der Partie. Tatenlos und entspannt schauten sie 1999 zu, wie das »größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik« (Hans Eichel) allein die Arbeitslosen mit fast 15 Milliarden Euro belastete. Anfang 2000 wurde man bei Schröder vorstellig, um zugunsten deutscher Arbeit gegen das Projekt der Greencard Stimmung zu machen, mit dem die Regierung ausländische Fachkräfte ins Land holen wollte. Im selben Jahr ließ man eine Steuerreform unbehelligt passieren, die Großunternehmen von der Finanzierung des Staatswesens fast völlig freistellt und die gegenwärtig zu einer in der Nachkriegszeit beispiellosen Ruinierung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen führt. Gleichzeitig unterstützten die Gewerkschaftsführer die rotgrüne Regierung bei der Demolierung des paritätisch finanzierten Rentensystems. Der Preis für ihre Zustimmung waren betriebliche Pensionskassen, die sie mitverwalten dürfen. Derartige Belastungen für die Werktätigen und Ausgesonderten, die sich bei den Oberschichten selbstverständlich auf der Habenseite niederschlagen, hätte die Kohl-Regierung niemals so glatt durchbringen können.

Ermutigt durch die Tatsache, daß die Gewerkschaftspaten um den Preis kleiner Gaben die großen Unverschämtheiten bisher mittrugen, präsentierten Schröder und Fischer jetzt, unter dem Druck der Wirtschafts- und Finanzkrise, dem DGB und seiner Klientel mit der Agenda 2010 neue offene Rechnungen, mit denen man die grantelnden Kapitalisten und Besserverdiener nicht behelligen möchte. Zwar realisierten die Gewerkschaftsspitzen, daß nun mit sehr hohem Einsatz gespielt wird, die Rückkehr zur erprobten Defensivtaktik wird ihnen allerdings stark erschwert. Zum einen macht die evangelische Kirche nicht mehr mit, und die SPD ist derzeit für eine Koalition gegen Sozialabbau nicht zu haben. Zum zweiten hat man es zunehmend mit Proleten zu tun, die aufgrund der neoliberalen Dauerberieselung zunehmend verblöden und/oder resignieren. Etliche haben den neuen Steuersenkungsaufkleber der »Bild«-Zeitung an ihre auf Pump gekauften und latent von Pfändung bedrohten Karossen geklebt und fahren nun Agitprop für die herrschende Klasse.

Vor allem aber wächst – drittens – die asoziale Militanz des grünen und liberalen Kleinbürgertums. Christine Scheel und andere grüne Sozialexperten quatschen mittlerweile wie marktradikale Jungunternehmerfunktionäre; was in diesen Milieus allmählich zur Gewißheit wird, hat Peter Glotz elegant formuliert: »Wir werden auf Dauer mit einer neuartig zusammengesetzten Unterklasse leben müssen, die wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder, wegen der stark verdichteten Arbeit, nicht will.« Man könne es, so Glotz, auch mit Dahrendorf sagen: »Die Wissensgesellschaft erweist sich als eine Gesellschaft des bewußten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt.«

Schaut man auf das Arsenal der Argumente, die dem DGB angesichts der neuen Konstellation und der verschärften Attacken zu Gebote stehen, sieht man die vielbeschworene Ironie der Geschichte am Werk. Es ist alles wie vor zehn oder 20 Jahren unter Kohl, als die jetzt voll ausgeprägte Kultur der konfliktskeptischen Defensive etabliert wurde. Die gewerkschaftlichen Ideale heißen immer noch Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und sozialer Frieden. Wird dieser von oben aufgekündigt, appelliert man beim DGB reflexhaft an den deutschen Sinn für's Gemeinwohl. »CDU und FDP werden erklären müssen, ob sie den Grundkonsens der sozialen Marktwirtschaft aufkündigen und auf Klassenkampf umschalten wollen« – so konterte Verdi die Angriffe von Westerwelle und Merz. Als DGB-Chef Michael Sommer Anfang Mai unter dem Hohngelächter der klein- und großbürgerlichen Raffkes seine anachronistisch-keynesianische Wachstums-

Alternative zur Agenda 2010 vorlegte, schien es beinahe weniger um Wirtschaftspolitik zu gehen als um eine gemeinwohlorientierte Erinnerung an »das Prinzip der Solidarität«. Unter den Bürgern, so Sommer, mache sich Angst breit, und deshalb sei es äußerst wichtig, »daß wir die Frage, welche Reformen unser Land jetzt braucht, wieder sachlich und ruhig diskutieren«. Und dabei darf, ginge es nach den Gewerkschaften, das Erfolgsmotto der Deutschland AG nicht vergessen werden: Friede den Hütten, Friede den Palästen.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 5/03 über den Kalten Krieg zwischen Deutschland und den USA

Konkret 06/03, S. 14

Georg Fülberth

Zerreißverschluß

Was es bedeuten soll, daß sie so zerrissen sind, immer mal wieder die SPD und nun auch die PDS, weiß

Als am 14. März 2003 der Kanzler seine »Agenda 2010« zelebrierte – kürzere Bezugsdauer fürs Arbeitslosengeld, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Unternehmer sollen nicht mehr an der Finanzierung des Krankengeldes beteiligt werden, Lockerung des Kündigungsschutzes – , da erhoben sich anschließend die beiden Regierungsfraktionen und brachten ihm eine stehende Ovation dar, auch die zwölf SPD-Abgeordneten, die einen Monat später ein Mitgliederbegehren gegen das von ihnen Beklatschte auf den Weg brachten.

Beides, die Konformität und der Protest, ist völlig rational. Die Linken in der SPD wissen, daß sie nur deshalb öffentlich wahrgenommen werden, weil sie einer Partei angehören, die sich so weit in der Mitte befindet, daß sie von Zeit zu Zeit den Bundeskanzler und da und dort den Ministerpräsidenten (und sogar eine Ministerpräsidentin) stellen darf. Dies entscheidet immer auch schon vorab über den Ausgang der sogenannten Zerreißproben. Daß sie zugunsten der Rechten ausgehen, ist gut für die Linken. Gewännen Letztere, würde ihre Partei bald als eine Sekte gescholten, und niemand gäbe ihnen etwas dafür, daß sie dort den Ton angeben.

Doch auch daß sie gegen ihre Vereinsobrigkeit opponieren, ist vernünftig und schnell erklärt: Ein Abgeordneten-Mandat zum Beispiel kann man nur in innerparteilicher Konkurrenz erringen. Hierfür ist die Mitgliedschaft in einer SPD-eigenen Gruppe erforderlich: Jusos, Seeheimer Kreis, Arbeitsgemeinschaften Sozialdemokratischer Frauen oder für Arbeitnehmerfragen und ähnliches. Ist man gewählt, hört das nicht auf, es gibt weitere Organisierungsangebote, zum Beispiel in der »Parlamentarischen Linken«. Gewerkschaftliche oder kirchliche Funktionen (etwa in einer Synode) können noch wertvoller sein als die Zugehörigkeit zu einem innerparteilichen Zirkel, auf die aber auch dann nicht verzichtet werden kann. Das heißt heute *Networking* und war früher eine Seilschaft. Soviel zur Individualisierung, von der man immer soviel hört.

Die Mitgliedschaft in diesen Gruppen kann nicht völlig frei gewählt werden. Wer in der Mitte und rechts nicht genommen wird, muß es links versuchen. Auch gibt es die Vorteile, die der Zweckverband bringt (im Grunde sind es zunächst aber nur Versicherungen gegen das völlige Übersehenwerden), nicht umsonst. Verlangt wird profiliertes Hervortreten für die Gruppe. Insbesondere muß Laut gegeben werden, wenn irgendwo ein Stichwort fällt, für das sie zuständig ist oder mit dem irgendeine gegnerische Kraft ihr zu nahe tritt. Nur wer sich da bewährt, gilt als ein Mensch mit Führungsqualitäten. Wenn der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Otmar Schreiner, zum Beispiel nichts zur Agenda 2010 äußern würde, könnte er gefragt werden, wofür er eigentlich da ist. Der Inhalt des zu Sagenden ergibt sich also aus dem Gruppen-Komment. Jusos müssen jung sein, Gewerkschafter arbeitnehmerfreundlich und Linke links.

Da die Meinung aus der Planstelle resultiert, muß sie auch dann bekanntgegeben werden, wenn man von ihr nicht so recht überzeugt ist. So erklärt sich, daß einige Kritiker des Kanzlers manchmal den Anschein erwecken, als fänden sie seine Argumente insgeheim besser. Gäben sie es zu, hätten sie es nicht nur mit ihrer Gruppe verdorben, sondern auch mit dem Kanzler. Er braucht den Widerspruch, um ihn niederringen zu können. Regionalkonferenzen, Sonderparteitag, ein gescheitertes Mitgliederbegehren: Wenn er das hinter sich hat, kann er behaupten, seine Agenda nun auch in der eigenen Partei verankert zu haben. Das nennt man Legitimation durch Verfahren.

Gäbe Schröder seinen Kritikern ein bißchen nach – vielleicht durch eine Ausbildungsplatz-Abgabe oder eine Erhöhung der Erbschaftssteuer – , sähe das noch hübscher aus. Die Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen blieben, und zugleich ließe sich von einer »sozialen Balance« reden. Aber beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in seiner Partei hat der Kanzler das gar nicht nötig, und es würde ihm nur Ärger mit den Unternehmern bringen. In einem »Spiegel«-Interview sagte Schröder, zur Zeit führe er einen »Wahlkampf nach innen«. Der wurde auch in der Vergangenheit immer wieder einmal gewonnen.

Als die SPD sich 1959 zur Marktwirtschaft und 1960 zur Nato bekannte, wurde ihr eine Zerreißprobe vorhergesagt. Doch auf dem Godesberger Parteitag, der das neue Programm beschloß, stimmten nur 16 Delegierte dagegen. An der Basis wurde ein bißchen gesäubert, meist im Zusammenhang mit der Trennung vom Studentenverband der Partei, dem SDS. Viele derer, die es traf, sind später wieder aufgenommen worden. Andere, die nicht zurückkamen, wurden nach einem Jahrzehnt teilweise heftig umworben, zogen es aber vor, in der Außerparlamentarischen Opposition zu bleiben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Arno Behrisch trat zur Deutschen Friedens-Union (DFU) über und blieb deren fraktionslose Stimme bis zum Ende der Legislaturperiode. Einige Versprengte gründeten eine »Vereinigung Unabhängiger Sozialisten«. Die hatte aber kein Geld und konnte deshalb leicht von der illegalen KPD, die keine Konkurrenz neben sich duldete, neutralisiert werden.

1966: Große Koalition. Wenige Mitglieder traten aus der SPD aus, mehr traten ein, als aufgrund dieses letztlich ja doch wohl erfolgreichen Manövers Brandt 1969 Bundeskanzler wurde. Der durch den rechten Flügel herbeigeführte

Machtgewinn der Partei gab den Jungsozialisten, die sich gleichzeitig radikalisierten, einen viel breiteren Zugang beim sogenannten Marsch durch die Institutionen.

Beim Reden von der ungebärdigen Partei, die ihren eigenen Vormann zu stürzen bereit und in der Lage sei, wird zur Zeit viel an den Kanzlersturz von 1982 erinnert. Aber die Behauptung, Schmidt habe gehen müssen, weil ihm die SPD nicht mehr folgte, ist falsch, und das Gegenteil ist richtig. Nachdem der Kanzler 1977 eine neue Runde des Wettrüstens, diesmal mit Mittelstreckenraketen, gefordert hatte, verhielt sich die SPD diszipliniert und nickte den Vorschlag auf ihrem Parteitag 1979 ohne große Diskussion ab. Diese Treue wurde allerdings dann durch den Aufstieg der Grünen bestraft, und dadurch erst ist das Abtauchen in die Opposition unvermeidlich geworden.

In der neuen Partei begann ganz schnell das von der SPD längst bekannte Spiel von Minder- und Mehrheit. Seine Regeln wurden besonders deutlich, als 2001 der Bundestag über den Einsatz der Armee in Afghanistan zu entscheiden hatte. Die acht oppositionellen Grünen-Abgeordneten hatten das Problem, daß ihre Zahl ausreichte, bei der Vertrauensabstimmung den kriegführenden Kanzler und damit auch den Außenminister zu stürzen. Klugerweise sprachen sie ihre Voten so ab, daß dies unterblieb. Sie hätten sich sonst selbst den Resonanzboden ihrer Opposition weggezogen. Ohne Fischer ist Ströbele zwar kein Nichts, aber doch wenig. Damit wissen wir jetzt auch schon, wie das Kräftemessen in der SPD ausgehen wird.

Wenn (laut Hegel) auf die Tragödie (sagen wir mal: 1914) die Farce kommt, dann ist damit noch lange nicht Schluß. Es folgt nämlich die PDS. Die hat jetzt ebenfalls ihre Zerreißprobe angemeldet.

Im Oktober 2002 wählte ihr Parteitag einen Vorstand, der das reale Kräfteverhältnis der Organisation nicht wiedergab. Dieses wird nämlich bestimmt durch ihre Minister (Mecklenburg-Vorpommern), Senatsmitglieder (Berlin) und Landtagsfraktionen. Seitdem gilt die Partei als gelähmt, und dies in einer Zeit, in der die SPD ihr die schönsten Vorlagen für Opposition und erfolgreiche Konkurrenz bietet. Die Ursache für den Ausfall liegt aber nicht beim Vorstand, sondern (unter anderem) im Berliner Senat. Die PDS kann schlecht dem Kanzler eine unsoziale Politik vorwerfen, wenn sie es da, wo sie selbst mit am Ruder ist, auch nicht besser macht. Schon ihre Wahlniederlage 2002 ist unter anderem auf ihr Berliner Benehmen zurückzuführen.

Nunmehr haben die Vorsitzenden der ostdeutschen Landtagsfraktionen einen Sonderparteitag durchgesetzt, auf dem ein Vorstand nach ihrem Gusto gewählt werden soll. Natürlich wurden gegen dieses Vorhaben wieder die üblichen Protest-Äußerungen in Umlauf gebracht. Schließlich gibt es die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum und den Geraer Dialog. Sie sagten die Sprüchlein auf, die sie von sich selbst erwarten und die wohl auch von ihnen erhofft werden. Jedenfalls wäre die gegenwarts- und zukunftsfrohe Berliner Generation Handy sehr unglücklich, wenn sie keine rückwärtsgewandten Dogmatiker mehr zu bekämpfen hätte. Sie müßte dann nämlich erzählen, was sie selbst vorzuschlagen hat. (Umgekehrt gilt dasselbe.)

Aus mindestens drei Gründen waren die Proteste gegen einen Vorstandswechsel bei der PDS – sehen wir einmal von ihrer nützlichen Funktion für den Zusammenhalt des jeweiligen Zirkels ab – nicht sehr gescheit: Erstens bleibt es völlig egal, wer eine parlaments- und regierungsfreudige Partei, die 2002 aus dem Bundestag geflogen ist und damit ihren selbstgesetzten Zweck verfehlte, führt. Zweitens ist es immer gut, wenn eine Partei sich das zu scheinen traut, was sie in Wirklichkeit ist. Zu den Wahrheiten über die PDS könnte gehören, daß sie gar keinen Bundesvorstand braucht, da sie ohnehin nahezu ausschließlich eine ostdeutsche Kommunal- und Landtagspartei ist. (Die paar Sitze im Europäischen Parlament sind kein Gegenargument.) Drittens: Wenn die PDS 2004 aus dem Europaparlament ausscheidet und 2006 erwartungsgemäß wieder nicht in den Bundestag kommt, dann ist es besser, dies geschieht unter der Verantwortung der tatsächlichen Verursacher.

Dem Alten Maulwurf aber ist in großer Zuneigung geraten, nicht im vollen Sonnenlicht über heißen Asphalt zu laufen.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/03 über die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Konkret 06/03, S. 15

Erwin Riess

Die Arbeiterklasse, erwacht

Wien, 13. Mai 2003. Dutzende Sonderzüge treffen am West- und am Südbahnhof ein. 650 Busse aus allen Regionen Österreichs parken auf dem Stadionparkplatz. Zeitgleich mit dem Abmarsch der ersten Demonstranten Richtung Ballhausplatz, dem Sitz des Kanzlers in der Wiener Innenstadt, bricht ein Unwetter über die Stadt herein, wie es seit Jahrzehnten keines gegeben hat: Taubeneigroße Hagelgeschosse prasseln auf die Demonstranten nieder, die in die U-Bahn-Stationen flüchten. Kaum geht das Hagelbombardement in einen eiskalten Platzregen über, wagen sich die Gewerkschafter wieder hervor und setzen die Demonstration fort. Als die Spitze des Zuges auf dem Heldenplatz eintrifft, haben sich am sieben Kilometer entfernten Westbahnhof noch nicht einmal alle Teilnehmer in Bewegung gesetzt. ÖGB-Vorsitzender Verzetnitsch, ein Mann mit dem Charisma eines Ortsstellenleiters der Wiener Bezirkskrankenkasse, gefällt sich in der Pose des Lech Walesa: gekreuzte Finger und verballhornte Sprache. Anstelle der Mutter Gottes trägt er eine Kampflosung im Knopfloch: Ein Runder Tisch müsse her. An ihm sollen die Sozialpartner sich so lange im Kreis drehen, bis die Rentenreform sozial gerecht, ökonomisch vernünftig und in aufrechter Frist beschlossen ist. Als Zeichen der Zustimmung strecken christliche, kommunistische, grüne und sozialdemokratische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen ihre Transparente in den Regen.

Nicht nur der Bundeskanzler, auch der Bundespräsident residiert am Ballhausplatz. Letzterer reagiert sofort: Mit Unterstützung der »Kronen-Zeitung« lädt er zum runden Tisch, der mit dem Ergebnis endet, daß der Kanzler eine Woche später zum ovalen Tisch bittet. In der Sache selbst, einer überstürzten und radikalen Pensionskürzung für künftige Rentner, sei aber trotz Warnstreiks und »Mobilisierung der Straße« nicht zu rütteln.

Zweihunderttausend hätten auf dem Heldenplatz gestanden, zornig und frierend, klagt der ÖGB-Chef und beeilt sich, die Regierung zu beruhigen. An einen Generalstreik denke er nicht einmal. Einem ovalen Tisch aber trete er gern näher. An diesem, wie am runden Tisch, sitzt auch Jörg Haider, der sich wieder als Anwalt der »kleinen Leute« aufspielt und seine FPÖ aus der Konkursmasse neu zusammensetzt.

So ist es, wenn die österreichische Arbeiterklasse erwacht. Die Bischofskonferenz mahnt zum Konsens. Die Fleischerinnung erklärt die Versorgung mit Wiener Schnitzel für gesichert. Der SPÖ-Vorsitzende Gusenbauer trifft Haider zum Spargelessen. Die Leitartikler geifern, als gelte es der Diktatur des Proletariats zu wehren. Und die Bourgeoisie zittert. Vor Lachen.

Konkret 06/03, S. 16

Bernard Schmid

K□ rzen und w□ rgen

Auch in Frankreich wird der Sozialstaat demontiert.

Frankreichs Premierminister Jean-Pierre Raffarin hat seit ein paar Wochen in den täglichen Karikaturen der Pariser Abendzeitung »Le Monde« einen ungebetenen Begleiter: eine kleine Figur, die geflügelt über ihm schwebt. Was wie ein Schutzengel aussieht, trägt die Gesichtszüge seines Amtsvorgängers Alain Juppé, jenes Premiers, der während seiner anderthalbjährigen Amtszeit 1995/97 politisch auf der ganzen Linie gescheitert war. Der Versuch der damaligen Rechtsregierung, antisoziale »Reformen« durchzusetzen, hatte 1995 zu den massiven Herbststreiks im öffentlichen Dienst geführt, in deren Folge sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Protestbewegungen entwickelte – von den Sans papiers (»illegalen« Immigranten) bis zu organisierten Erwerbslosen. Ob es nun wieder so weit kommt, wird sich in den nächsten Wochen erweisen. Gründe gäbe es genug. Denn nach einem Jahr einer gewissen Zurückhaltung beim Sozialabbau hat die Regierung Raffarin nunmehr ein Programm verkündet, mit dem sie an die Substanz der noch vorhandenen sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit gehen will.

Ein Papier des Wirtschaftsministeriums unter Francis Mer vom 24. April beispielsweise schlägt vor, schon ab 2004 nur noch jeden zweiten öffentlich Bediensteten, der auf's Altenteil geht, durch eine Neueinstellung zu ersetzen, also 50 Prozent der auf diese Art freiwerdenden Stellen abzubauen. Raffarin hat einige Tage später seinen Ministerien vorgeschrieben, in den ihnen unterstehenden öffentlichen Diensten dafür zu sorgen, daß »keine systematische Ersetzung der altersbedingten Abgänge« stattfindet. Aus taktischen Gründen hat er es vermieden, konkrete Zahlen zu nennen. Seine Pläne betreffen freilich nicht den staatlichen Repressionsbereich, denn zum derzeitigen Regierungsprogramm gehört die Neueinstellung von 13.500 Polizisten, 10.100 Justizbediensteten und die Schaffung von 11.000 zusätzlichen Gefängnisplätzen. Repressions- statt Sozialstaat – so lautet das Programm!

Zentraler Konfliktpunkt ist zur Zeit allerdings die »Reform« der Rentensysteme. Die Grundzüge der »Reform«, die der neogaullistische Arbeits- und Sozialminister Francois Fillon am Abend des 24. April im Fernsehen verkündete, trieb selbst die sogenannten gemäßigten Gewerkschaften zu Unmutsäußerungen. Geplant sind, erstens, die Angleichung der Beitragsdauer im privaten und öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2008. Derzeit zahlen die öffentlich Bediensteten noch – wie vor 1993 alle Lohnabhängigen – 37,5 Jahre in die Rentenkasse ein, um einen Rentenanspruch in voller Höhe zu haben. Schon 1993 hatte die konservative Regierung Balladur die Beitragsdauer für die Beschäftigten im Privatsektor auf 40 Jahre angehoben. Eine regressive Angleichung »nach oben« durch Ausdehnung der sogenannten Reform auch auf die öffentlichen Dienste war im Zuge der Herbststreiks 1995 zunächst erfolgreich abgewehrt worden. Jetzt soll sie endgültig realisiert werden.

Damit nicht genug. Denn, zweitens, soll ab 2012 die Anzahl der Beitragsjahre auf 41 Jahre für alle Beschäftigten, ab 2020 dann auf 42 Jahre erfolgen (der Arbeitgeberverband Medef fordert bereits 45 Jahre für alle). Diese Ausdehnung der Lebensarbeitszeit ist natürlich virtuell. Und das nicht nur aufgrund der verlängerten Schul-, Studien- und Ausbildungszeiten sowie – für sehr viele Beschäftigte – wegen der Unterbrechungen des Erwerbslebens durch Arbeitslosigkeit. Real haben bereits heute zum Zeitpunkt des gesetzlichen Normalters für den Renteneintritt, also mit 60 – dieses Normalter soll künftig bei 65 liegen – , ohnehin nur 45 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen überhaupt noch einen Job. Der Rest befindet sich meist in Frührente oder Arbeitslosigkeit. Ab 50 werden die Beschäftigten im Privatsektor systematisch aussortiert, denn sie gelten als »zu teuer« und zu unproduktiv, da sie Streß und extremen Arbeitsdruck nicht mehr gut ertragen.

Entscheidend ist der dritte Punkt: die Höhe der Renten. Nach der Ankündigung von Sozialminister Fillon soll den Rentenempfänger/innen eine Rente von zwei Dritteln des letzten Gehalts garantiert werden – gegenüber dem heutigen Durchschnitt von 78 Prozent bedeutet das einen Rückgang um über zehn Prozent. Für die Empfänger des gesetzlichen Mindestlohns »Smic«, der derzeit rund 900 Euro netto beträgt, kündigte die Regierung zunächst eine Rentengarantie in Höhe von 75 Prozent des »Smic« an (zur Zeit: 85 Prozent im Durchschnitt). In dieser Frage hat die Regierung geschickt taktiert. Denn tatsächlich hat ihr »Zugeständnis«, den Rentensatz für Geringverdiener auf dem heutigen Niveau zu belassen, den rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsverband CFDT veranlaßt, den Regierungsplänen zuzustimmen. Allerdings steht dieses garantierte Mindestniveau unter einem Vorbehalt: Die Betroffenen müssen, um Abschläge zu vermeiden, die erforderliche Zahl an Beitragsjahren vorweisen, was aber, aus den genannten Gründen, infolge der Anhebung der Beitragsdauer immer weniger Lohnabhängige können. Es sei denn, sie wollen auch mit über 70 noch arbeiten und finden einen Job.

Real bedeuten die Regierungsvorhaben daher, nach gewerkschaftlichen Berechnungen, eine durchschnittliche Senkung der ausgezahlten Renten um 25 bis 30 Prozent. Absicht des Regierungsprogramms, das eine Verarmung vieler

Pensionsempfänger und noch zahlreicherer -empfängerinnen zur Folge haben wird (die Renten der Frauen liegen in Frankreich im Schnitt 42 Prozent unter denen der Männer), ist es, die Beschäftigten zu zwingen, sich privat abzusichern. Denn darin besteht das Kalkül des gesellschaftlichen Modells, das die bürgerliche Regierung um jeden Preis umzusetzen sucht: Das Individuum soll die »sozialen Risiken« möglichst alleine tragen und das Interesse an kollektiver Gegenwehr verlieren – jede/r sein eigener Aktionär, der seine private Rentensicherung von einem Pensionsfonds an der Börse handeln oder – so die derzeit favorisierte, angeblich »softere« Variante – in »betrieblichen Sparfonds« von den Betriebsergebnissen des Unternehmens abhängen läßt. Beide Optionen sind in den Plänen des Ministers Fillon vorgesehen; die letztgenannte Variante wird auch vom »gemäßigten« Teil der Gewerkschaften unterstützt – denn ihm winkt die Möglichkeit, künftig solche Fonds mitzuverwalten, um ihnen das Label »ökologisch und sozial verantwortlicher Investor« verleihen zu können.

Die Aussicht auf solcherlei »konstruktive«, vor allem aber einträgliche Mitwirkung motivierte jene Gewerkschaftsverbände – die sozialliberale CFDT und die Vertretung der höheren Angestellten (CGC) – , die bereits früh aus der Protestfront der Gewerkschaften ausscherten, um die Regierung zu unterstützen. Aber auch den sogenannten Modernisiererflügel der CGT, der aus dem Zerbröseln seiner Beziehungen zur KP und dem Fall des »Realsozialismus« die Lehre zieht, es sei besser, die Flucht in den Sozialdemokratismus anzutreten, reizt die Aussicht auf Teilhabe an der Regierungsmacht. Weswegen es zu ziemlichen Verwerfungen innerhalb der CGT kam, als der Dachverband nach dem erfolgreichen Aktionstag am 13. Mai – der anderthalb Millionen Demonstrierende auf Frankreichs Straßen und Arbeitsniederlegungen in allen öffentlichen Diensten, aber auch, anders als 1995, in der Privatindustrie sah – die spontan ausbrechenden bzw. »eigenmächtig« fortgesetzten Streiks rasch abwürgte. Die Gewerkschaftsführung wird nunmehr versuchen, die Protestbewegung zu kanalisieren: mit einer landesweiten zentralen Großdemonstration am 25. Mai und Streikankündigungen für Anfang Juni – in der Hoffnung, die Ausstände dann unter Kontrolle halten zu können.

Bernhard Schmid befragte für KONKRET 5/03 den Europa-Vertreter der irakischen KP

Konkret 06/03, S. 17

Erich Später

Vergangenheit mit Zukunft

Wann ist das Sudetenland wieder Sudetendeutschland? Wenn in Prag das »Sudetendeutsche Kontaktbüro« die Deutsche Botschaft übernimmt.

Peter Barton, der Leiter des am 15. März eröffneten »Sudetendeutschen Kontaktbüros« in Prag, spricht wie gedruckt: »Hier wird keine Politik gemacht. Wir sind eine PR-Agentur. Dies ist eine tschechische Firma, die wie auch McDonalds Zweigstellen betreibt.«

Vor über einem Jahr hatte Bernd Posselt, der Vorsitzende der sudetendeutschen Landsmannschaft, angekündigt, er wolle in Prag eine Niederlassung seiner Volkstumskämpfer eröffnen. Als das Vorhaben auf den Widerstand der tschechischen Öffentlichkeit stieß, griffen die Juristen der Landsmannschaft zum tschechischen Handelsgesetzbuch und ließen ihre »Sudetendeutsche Kontaktstelle« als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins tschechische Handelsregister eintragen, als Tochter der aus deutschen Staatsmitteln subventionierten »Sudetendeutschen Verlagsgesellschaft«. Alleiniger Eigentümer der Verlagsgesellschaft ist die »Sudetendeutsche Landsmannschaft«. »Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hätte nie und nimmer eine Genehmigung für eine eigene Niederlassung erhalten, als Firma dagegen kann man sie nicht verbieten«, kommentierte resigniert die »Prager Zeitung«.

In Anwesenheit eines Teils der Führungsspitze der Landsmannschaft, einiger tschechischer Politiker, sowie diplomatischer Vertreter Deutschlands, Österreichs und Ungarns wurde die »Kontaktstelle«, von der »Sudetendeutschen Zeitung« als »Botschaft« bezeichnet, eröffnet. Siegfried Zoglmann, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Bayern, konnte an der Zeremonie nicht teilnehmen. Als ranghöchster HJ-Führer des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren«, Hauptssturmbannführer der SS und enger Mitarbeiter des als Massenmörder 1946 in Prag hingerichteten Karl-Hermann Frank, mußte er fürchten, bei seiner Ankunft in Prag verhaftet zu werden.

Seit Jahren verlangt die Führungsspitze der Landsmannschaft, die Prager Regierung solle mit den »Repräsentanten der vertriebenen sudetendeutschen Volksgruppe« Verhandlungen aufnehmen. Und seit der durch späte Geburt begnadete Posselt sich nicht scheut, sich im tschechischen Fernsehen für die von den »Nazis« an Tschechen und Juden (aber natürlich auch »an Sudetendeutschen«) begangenen Verbrechen zu entschuldigen, findet er bei einigen tschechischen Politikern und Intellektuellen sogar Aufmerksamkeit. Manche Tschechen scheinen allmählich bereit, dem Druck der sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Berliner Regierung nachzugeben. Josef Kana etwa, Mitglied des Parteivorstandes der Christdemokraten, die als Juniorpartner der Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt sind, hatte gegen die Eröffnung des Büros »nichts einzuwenden«.

Dennoch wurde die Eröffnung des Büros in der tschechischen Öffentlichkeit mit Kritik und Empörung aufgenommen. Staatspräsident Vaclav Klaus bezeichnete die »Kontaktstelle« als »eine Sache, die nicht hierhin paßt und die wir nicht brauchen«. Doch die vollmundige Erklärung des Innenministers wenige Tage nach Eröffnung des Büros, »die Antragsteller hätten bei der Abwicklung der Gründungsformalitäten tschechische Gesetze umgangen und deshalb werde die Zulassung wieder entzogen«, hatte bisher keine Konsequenzen.

Auch in der Frage der Entschädigung der in der Tschechischen Republik verblieben ehemaligen deutschen »Zwangsarbeiter« deutet sich die Bereitschaft an, den von der »Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien« erhobenen Forderungen entgegenzukommen.

Die Äußerungen des stellvertretenden Premierminister Petr Mares am 9. April in Straßburg zeigen, daß die Front derer, die Forderungen der Landsmannschaft und der ihr verbundenen deutschen »Heimatverbliebenen« in der Tschechischen Republik stets abgelehnt haben, brüchig wird. Mares will, als Geste der Versöhnung, die in Tschechien lebende deutsche Minderheit aus Mitteln des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds entschädigen und die »Nachkriegsereignisse«, wie von den Sudetendeutschen gewünscht, verurteilen, wobei er ernsthaft glaubt, daß dies »keine Auswirkungen auf die Rechts- und Eigentumsverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg« hätte.

Die Endabstimmung des Europaparlaments am selben Tag über die Aufnahme der Tschechischen Republik sollte Mares eines Besseren belehrt haben. Posselt und die CSU-Fraktion nahmen die Gelegenheit wahr, die Tschechische Republik vor aller Augen zu demütigen. Sie erhielt das mit Abstand schlechteste Ergebnis aller Bewerberländern. Im Bündnis mit europäischen Rechtsparteien und Abgeordneten, die der Tschechischen Republik ihren Kurs der vorsichtigen Unterstützung der USA im Konflikt mit dem Irak verübelten, gelang es dem Berufsvertriebenen, 76 Abgeordnete für eine Ablehnung des tschechischen EU-Beitritts zu gewinnen.

Posselts Aktion war ein Signal, daß der Kampf gegen die staatliche Souveränität der Tschechischen Republik auch nach ihrem EU-Beitritt weitergehen wird. Im Stil des verehrten Volksgruppenführers Konrad Henlein, der den

»Sudetendeutschen Stamm« unter fast einhelliger, begeisterter Zustimmung 1938 heim in Adolf Hitlers Reich geführt hatte, pflegt er seine Entscheidungen in Form von offenen Briefen »an das tschechische Volk« zu erläutern und seine Adressaten aufzufordern, sich von der »nationalistischen Erblast der sogen. Präsidialdekrete zu trennen«.

Schon Konrad Henlein hatte seine Forderungen so formuliert, daß ein Nachgeben die Selbstaufgabe der tschechoslowakischen Republik bedeutet hätte, und seine Erpressungsmanöver mit einer internationalen Kampagne für die »Menschenrechte« der verfolgten deutschen Minderheit begleitet, die bei den Verbündeten der CSR durchaus Wirkung zeigte. Mit einem »offenen Brief« machte Posselt am 9. April der Tschechischen Republik klar, daß die Landsmannschaft ihren politischen und juristischen Kampf um Rückkehr- und Eigentumsrechte im Rahmen der EU, d.h. unter günstigeren Bedingungen, fortsetzen wird.

Dabei wird die »Prager Botschaft« der Landsmannschaft eine ebenso wichtige Rolle spielen wie die »Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien«, die ihre Kampagne für die Entschädigung »deutscher Zwangsarbeit« nach 1945, mit massiver Unterstützung der Landsmannschaft im Jahr 2001 begonnen, intensivieren will. Die von der Landesversammlung beim tschechischen Parlament eingebrachte Petition enthält außerdem die Forderung nach Entschädigung für das an der deutschen Minderheit begangene Unrecht, etwa durch Rückerstattung von konfisziertem Eigentum, und, seltsamerweise, das Verlangen, die tschechische Regierung möge die Loyalität der deutschen Minderheit gegenüber der Tschechischen Republik anerkennen.

Die Erfüllung dieser Forderungen durch die Tschechische Republik würde die Aufhebung zentraler antifaschistischer Dekrete des Präsidenten Benesch und der Londoner Exilregierung bedeuten. Die Staatspräsidenten Havel und Klaus sowie der ehemalige Ministerpräsident Zeman haben wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, Juden oder deutschen Antifaschisten, die entgegen den Präsidialdekreten Beneschs über die »Bestrafung der Kollaborateure und Verräter« unrechtmäßig verfolgt wurden, Wiedergutmachung zu leisten. Die Annahme dieses Angebots hätte jedoch bedeutet, die Rechtsordnung der Tschechischen Republik anzuerkennen – für die Volkstumspolitiker um Posselt eine Provokation.

Zur Zeit bearbeitet die deutsche Botschaft in Prag eine Flut von Anträgen tschechischer Bürger auf Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft. Nach Angaben der »Landeszeitung« sind beim Bundesverwaltungsamt in Köln 25.000 Anträge (Tendenz steigend) auf Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft noch nicht bearbeitet. Nach Angaben der »Landeszeitung« besitzen zur Zeit 80.000 Menschen in Tschechien einen deutschen Paß. Die deutsche Vergangenheit hat Zukunft.

Erich Später schrieb in KONKRET 4/03 über den sudetendeutschen Landsmann Horst Rudolf Übelacker

Konkret 06/03, S. 18

Kurt Pätzold

Die Nation gedenkt

Gesagtes und Gedrucktes um 17. Juni 1953.

Der 27. Januar dieses Jahres 2003 war erreicht, die Veranstaltungsreihe zum Tage, an dem der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz gedacht wird, vollständig noch nicht vorüber, als sich der Kulturausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses mit dem nächsten Jahrestag befaßte, den seine Mitglieder für besonders erinnerungswürdig hielten. In ihr Visier geriet keiner jener Tage, an dem sieben Jahrzehnte zuvor in Berlin deutsche Geschichte mit europaweiter Wirkung gemacht wurde, nicht also der Reichstagsbrand oder das Verbot der Gewerkschaften. Der Blick richtete sich auf den 17. Juni 1953.

Der zuständige Senator erbat sich noch Zeit. Die Planung sei nicht perfekt. Aber eine Veranstaltungsliste existiere schon. Sie umfasse 25 Positionen. Vier davon werde die Behörde von Marianne Birthler bestreiten, die selbst übrigens, damals fünfjährig, wie sie einer Zeitung berichtet hatte, noch Erinnerungen an den Tag besitzt: Eingeprägt habe sich ihr das Bild ihrer Mutter, die beim Anblick auffahrender sowjetischer Panzer weinend am Fenster gestanden habe. Das dürfte, käme es zu einem Wettbewerb um den jüngsten Zeitzeugen, einen vorderen Platz sichern. Später hat ihr diese Aussicht nicht genügt. Sie trat als Historikerin hervor. Die inzwischen mehrfach vorgenommene Plazierung des Tages auf eine deutsche Geschichtslinie, die von den Jahreszahlen 1848 und 1918 markiert wird, übertreffend, schlug sie dessen weltgeschichtliche Zuordnung in jene Ereignisflucht vor, die mit dem Jahre 1789 beginnt. Das könnte ihr, wie unsere Nachbarn im Westen so sind, demnächst bei einem Einreiseversuch nach Frankreich Schwierigkeiten bereiten.

Jedenfalls liegt Zeitzeugin Birthler günstiger als jener Redakteur des »Neuen Deutschland«, der als Elfjähriger seinerzeit »wildgewordene Sturmkräfte – neuzeitlich Chaoten und Randalierer genannt – aus Richtung Berlin-West sich über die Oberbaumbrücke wälzen« sah, die »in Berlin-Ost an der Warschauer Brücke alles kurz und klein schlugen«. Da waren sie wieder, die gedungenen »Sambajünglinge«, welche die Arbeiterklasse aufgeputscht hatten. Früh zeichnete sich mithin Zündstoff ab. Historiker, sofern nicht beim Fernsehen verdingt, mochten Bekundungen dieses Typs wiederum ins Grübeln geraten lassen. Sind Zeitzeugen nicht doch ihre Hauptfeinde?

Zurück zu den frühen Plänen in Berlin: Fünf Veranstaltungen bereitete die Konrad-Adenauer-Stiftung vor, vier die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, nur zwei die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sich über gekürzte Staatszuwendungen beklagte. Zu einer Konferenz luden die Evangelische Akademie zu Berlin und die Friedrich-Ebert-Stiftung, für die sie die in keiner Phase kapitalistischer Herrschaft ausbleichende Losung wählten »Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!«. Eine PDS-nahe Stiftung begann eine Vorlesungsreihe. Später erklärte sich die Historische Kommission dieser Partei zum Ereignis und erregte mit der Aussage Verwunderung, seit 1989 blockiere »keine Staatsräson« mehr einen sachgerechten Meinungsstreit. Doch atmet der Text, weshalb öffentliche Aufmerksamkeit und Beifall gering blieben, nicht die Unterwürfigkeit jener Präambel zur Berliner SPD-PDS-Koalitionsvereinbarung, der die demokratischen Sozialisten, bevor G. Gysi seinen Kurzauftritt als Wirtschaftssenator gab, ein paar Mitglieder und mehr noch Ansehen kostete.

Einträchtig waren die Berliner Abgeordneten im Januar auseinandergegangen. Gemeinsam würden sie den Tag angemessen begehen. Drei Wochen später kamen CDU-Parlamentariern Bedenken, ob der »rot-rote« Senat wirklich ein Gesamtkonzept verfolge. Der Kultursenator sah sich verdächtigt. Er sagte, es werde »selbstverständlich eine große Veranstaltung« geben. In der Sprache, in der Kulturpolitiker in der Hauptstadt sich verständigen, beteuerte er, »mit dem 17. Juni was am Hut zu haben«. Ideen müßten noch her, mahnte eine rote Abgeordnete. Ein grüner Kollege forderte, das Datum auch als Ereignis europäischer Geschichte zu begreifen. Einig entrüstet war man, daß der Lottorat es ablehnte, eine – wiederum große – Ausstellung zu fördern. Besorgnis erregte Volksvertretern die Vorstellung, es könne ein Programm zustande kommen, das Jugendliche desinteressiere. Gerade denen sollte ein Eckstein fürs Geschichtsbild geliefert werden. Anfang April war klargestellt, der Senat werde am Vorabend des 17. Juni »Akteure und Jugendliche« ins Rote Rathaus laden, um, wie der Regierende Bürgermeister verkündete, den Tag »dem schleichenden Vergessen zu entreißen«. Der Bildungssenator hatte inzwischen einen Wettbewerb ausgelobt, um Schüler auf die Spuren des Tages anzusetzen. Der »Gedenkrummel«, schrieb eine Zeitung schon im Februar, lief langsam an. Dann kam er auf Touren.

Wer sich einen Überblick über das bundesweite Vorhaben verschaffen wollte, brauchte die Dienste eines Forschungsinstitutes. Ersatzweise konnte man sich an den Vorsitzenden der Staatsstiftung zur »Aufarbeitung« der SED-Diktatur wenden. Die investiert ein Fünftel ihres Jahresetats, eine halbe Million Euro, in das Gedenken, wovon wiederum ein Viertel in Berlin »hängen« bleiben sollten. Der Pfarrer in R. hatte bundesweit nahezu 150 Projekte vom Buch bis zur Lehrerfortbildung erfaßt. Kläglich nahm sich das Angebot des Saarlandes aus, das damals noch nicht Teil der Bundesrepublik gewesen war. Es offerierte einzig einen »multimedialen Journalistenvortrag«. Als Höhepunkt kündigte

Rainer Eppelmann einen »Rentnermarsch« vom Strausberger Platz durch Berlins östliches Zentrum an. Er solle die überlebenden Helden von einst zusammenführen.

Lange vor dem Jahrestag und ohne Lärm zu schlagen, ließen zwei staatliche Fernsehsender an Spielfilmen arbeiten, die inzwischen ausgestrahlt wurden. Sie waren den Auftraggebern insgesamt 6,5 Millionen Euro wert. Für die Produktion des einen war Egon Bahr als Berater gewonnen worden. Gelernt werden könne, hieß es in einer Ankündigung, durch welche die Darstellung von »linientreuen Parteischranzen«, »Stasi-Agenten«, »SED-Jüngern« und eines »Parteibonzen-Bruders« angekündigt wurde, daß das Scheitern des Sozialismus im System angelegt gewesen sei. Inzwischen sind sie über die Bildschirme geflimmert. Eine Dokumentation wird am Gedenktag selbst noch auf andere Weise an die »deutsche Tragödie« erinnern.

Das Vorspektakel verriet, worauf es den Initiatoren ankam: Die Neubelebung jenes unbeendeten Vorhabens, das der seinerzeitige Bundesaußenminister Klaus Kinkel 1991 so charakterisierte: »Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das ... in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland.«

Vokabeln, mit welchen das Befinden der Ostdeutschen 1953 gekennzeichnet wird, heißen folglich »Leidensdruck« und »Leidensfähigkeit«. Nachdem die Bevölkerungsmehrheit im Weststaat den schon am 2. Juli 1953 durch Beschluß des Bundestages zum »Tag der deutschen Einheit« deklarierten 17. Juni zum Frühlingsausflugstag hatte herunterkommen lassen, selbst das Parlament seine rituellen Gedenkfeiern einstellte und alles Gedenken verschüttet war, wird nun aus der Distanz eines Halbjahrhunderts gefordert, das Ereignis in den »historischen Erinnerungsschatz« der Nation aufzunehmen und darin eine »Chance für neue Sinnstiftung« (»Taz«) zu sehen. Das läßt der Phantasie Raum. Der Tag könnte doch Arbeiter in Neudeutschland 2003 zu der Überlegung anstiften, wie sich die derzeit von der Regierung ins Werk gesetzten asozialen Schikanen abwehren ließen. Jedoch ist weder in den Gewerkschaften noch bei den demokratischen Sozialisten jemand auf den Gedanken solch einer aktuell-politischen Sinnstiftung verfallen. Offenbar liegt er der Geschichtserinnerung hier wie dort zu fern.

Auch Klios Jünger haben dem Tag seit langem kräftig vorgearbeitet. Schon vor einem Jahr wurde mitgeteilt, daß Bundeszentrale für Politische Bildung, Deutschland Radio und Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam gemeinsam eine »einzigartige multimediale Webseite« schaffen werden. Zeitzeugen wurden gesucht, Dokumente und »Erinnerungsstücke« erbeten, was immer sie sein mochten – ein auf einen sowjetischen Panzer geworfener Stein oder ein den Bauarbeitern diktatorisch verordneter volkseigener Schutzhelm. Wen Interesse an einem unbezweifelbar denkwürdigen geschichtlichen Ereignis leitete, der hatte es bald nicht leicht, Publikationen zu finden, die sich auf nachprüfbare Recherchen in Archiven gründen und Dokumente anbieten. Meist, wenn überhaupt, gelangten sie mit geringerem Reklameaufwand auf den Buchmarkt. Zu ihnen zählt eine an entlegener Stelle gedruckte, zehn Seiten umfassende Dokumentation, die durch Akten aus dem Büro des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl Einblicke in die Stunden vor dem Ausbruch des Aufruhrs gewährt und die Unfähigkeit des bürokratisierten Apparats erkennen läßt, selbst die klaren, durchaus nicht feindlichen Signale zu verstehen, die ihnen Gewerkschafter buchstäblich in die Amtsstuben stellten.

Jede ernsthafte Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 schließt zwei Dimensionen ein. Die eine nimmt die durch den Kalten Krieg charakterisierte internationale Situation in den Blick, die andere, damit verbundene, läßt die Vorgeschichte des Ereignisses mit jenen Entscheidungen beginnen, die auf die Einbeziehung der DDR in das politisch-militärische Bündnissystem zielten, das die UdSSR führte. Darüber sprach Stalin, dessen Spekulation auf ein neutrales (oder wenigstens außerhalb der militärischen Blöcke gehaltenes) Deutschland schwand, wie wir durch die quellengestützte Publikation W. W. Wolkows genauer wissen, mit Wilhelm Pieck, Grotewohl und Walter Ulbricht am 1. April 1952 im Kreml. Dabei wurden der Umfang künftiger DDR-Streitkräfte, deren Bewaffnung durch die UdSSR und die Taktik erörtert, die in ihrer Aufbauphase befolgt werden sollte. Seitdem kamen auf den ökonomisch schwachen, durch Reparationsleistungen schwer belasteten ostdeutschen Staat neue unproduktive Aufwendungen zu. Sie mußten die Überwindung von Kriegs- und der wachsenden Spaltungs- und Konfrontationsfolgen zusätzlich erschweren.

Diese Situation zu meistern überforderte die regierungs- und verwaltungsunerfahrene neue Elite und verstärkte in ihren Reihen die Zuflucht zu bürokratisch-administrativen Methoden. Der Gedanke, einen – wie gemeint wurde – akut drohenden Krieg durch einen eigenen, Abschreckung bewirkenden Rüstungsbeitrag vermeiden zu helfen, schien jeden innenpolitischen Verzicht und Verzug zu rechtfertigen. Jedenfalls in den Vorstellungen führender deutscher Kommunisten. Nicht erst der Tod des Diktators im Kreml verursachte eine konfliktträchtige, dann krisenhafte Entwicklung in der DDR (und verwandte Erscheinungen in der CSSR und in Ungarn). Diese war Folge der Unfähigkeit der sowjetischen Führung, sich und ihre Verbündeten auf die Herausforderungen des Kalten Krieges so einzustellen, daß es nicht zur Entfremdung der Führungen und der Massen kam.

Mit der Erbschaft ungelöster Fragen befaßten sich nach dem 5. März 1953, Stalins Todestag, im Kreml Politiker, die nun zwar bisher ungekannte Freiräume für ihr Denken und ihre Entschlüsse besaßen, aber nicht die Statur, sich mit den »Bruderparteien« gleichberechtigt über den Umgang mit dieser Hinterlassenschaft des Diktators zu verständigen. Wie

Stalin beorderten sie deren Führungspersonal zu – wie immer verbrämten – Befehlsempfängen. Als sie gewahr wurden, daß sich im Inneren der DDR Konfliktstoff zu Zündstoff verdichtete, verordneten sie – bildlich gesprochen – das Befahren einer Kurve, in der das ostdeutsche Regime mächtig ins Schleudern geraten mußte. Übereilt und unvollständig wurden jene Maßnahmen außer Kraft gesetzt, die das materielle Dasein der DDR-Bevölkerung und die Zukunftsaussichten vieler verschlechtert hatten: Unpopuläre Verordnungen, eben noch als unumgänglich dargestellt und von Zehntausenden Funktionären verfochten, wurden eine nach der anderen annulliert. Ausgenommen eine: Die ohne jede Rücksicht auf die höchst unterschiedliche Situation in den Betrieben verfügte zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsnormen. Das und die Folgen sind mehrfach dargestellt worden.

Auch nach einem halben Jahrhundert konkurrieren in Literatur und Propaganda zur Charakteristik der Juni-Ereignisse mehrere Begriffe. Es war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, später: für innerdeutsche Beziehungen, das den im Bundestag am 17. Juni – bevor ein Bild vom Ganzen überhaupt gewonnen worden war – geprägten Begriff »Volksaufstand« (zur Wahl stand zudem »Freiheitskampf«) aufnahm und verbreitete. Vollständig drang es damit nicht durch. Häufig wurde vom »Juni-Aufstand« oder vom »Aufstand vom 17. Juni« geschrieben. Seit 1990 kam »Volksaufstand« wieder vermehrt in Gebrauch, ergänzt durch den Zusatz »flächendeckend«. Auch »Aufstand gegen die Diktatur« und »aufstandsähnliche Demonstrationen« ließ sich lesen. Dabei wird von 1953, der »ungestümsten aller deutschen Revolutionen«, zu 1989 ein Gedankenbogen geschlagen. Einer »Generalprobe« sei 36 Jahre später die erfolgreiche historische Aufführung gefolgt. Die von »zwei Diktaturen«, erst faschistisch, dann kommunistisch, geknechtete ost-(früher: mittel-)deutsche Bevölkerung, die sich im vierten Jahr der DDR vom »enormen Leidensdruck« hätte befreien wollen, ihn aber vier furchtbare Jahrzehnte habe ertragen müssen, sei doch an ihr Ziel gelangt. Vom Mißlingen zum Gelingen, zur »Vollendung«.

Diese politische Romantik verbreitet auch das in anderen Geschichtsabschnitten sich seriös bewegende Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr mit Sitz in Potsdam in dem Buch *Waffen gegen das Volk*. Ohne derlei lotterhaftes ideologisches Ausschweifen geht es wie in der DDR offenbar nicht und um so weniger ab, je näher die Geschichtsbetrachtung an die jeweils herrliche Gegenwart heranrückt. Geschichte wiederholt sich eben doch, wenn auch nie auf die gleiche Weise. Doch scheint inzwischen mit dem Bogen über die Jahrzehnte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dem 17. Juni historischer Glanz noch nicht genug aufgeschminkt. Der Tag gehöre in die Reihe großer deutscher Freiheitsbewegungen. »Einzelheiten« stören solche Andacht. Das erweist sich, sobald der Schritt von den Phrasen zu den Fragen getan wird: Was wollten Streikende und Demonstrierende 1953, und was die nach der Gewährung von Volksrechten Rufenden mehr als viereinhalb Jahrzehnte später, jeweils Menschenmassen, die nach Herkunft, Erfahrung, sozialer Lage, geistiger wie mentaler Befindlichkeit sich voneinander sehr unterschieden.

Hier interessieren die Akteure von 1953, von deren Forderungen uns geöffnete Archive mehr Auskunft erteilt haben. Ein publizistischer Coup gelang Siegfried Prokop, der in Papieren des Kulturbundes die seinerzeit weithin unbekannt gebliebene Kritik des mit dem DDR-Staat verbundenen Teils der Intelligenz, namentlich ihrer Spitzenkräfte (Klemperer, Zweig, Brugsch, Deiters u.a.), referiert und analysiert. Doch sind die Akten nicht durchweg leicht zugänglich (und die der westlichen Geheimdienste bis heute verschlossen). Das Ende der staatseigenen DDR-Betriebe führte zu Vernichtung und Wegschaffung ihrer papiernen Hinterlassenschaft in Depots. Zum Teil sind Totalverluste zu verzeichnen.

Sicher ist, daß Parolen und Forderungen, die am 16./17. Juni von betrieblichen oder lokalen Streik- und Gewerkschaftsleitungen ausgegeben wurden – sie kamen in Versammlungen oft auf bloßen Zuruf zustande – , von der Zurücknahme der diktierten Normerhöhungen bis zur Absetzung der Regierung und zur Abhaltung freier Wahlen reichten. Da umfassende vergleichende Studien bisher nicht existieren, in denen das Verlangen der Streikenden und Demonstranten auf Häufigkeit, Übereinstimmung und Abweichung untersucht worden wäre, stellen die unaufgearbeiteten Quellen einen Selbstbedienungsladen dar, in dem sich Argumente für diese oder jene Deutung finden lassen.

Wie von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird, läßt sich in einer Veröffentlichung Volker Koops lesen, die beansprucht, der Legende die Wirklichkeit entgegenzusetzen. Behauptet wird, es sei »weniger um niedrigere Normen gegangen ... als um Freiheit und die Wiedervereinigung«. Das Weniger ist falsch, denn es ging nicht um niedrigere, sondern um die Ablehnung von Normerhöhungen, und das Mehr ist nicht bewiesen. Unsinnig ist wenig später die Formulierung, es habe sich der Protest »gegen die SED und ihre Politik und nicht etwa vorrangig gegen Normenerhöhungen« gerichtet, stand doch gerade deren Erhöhung im Zentrum der Wirtschaftspolitik der führenden Partei. Darüber schrieb der Historiker Christoph Kleßmann 1997: »Rein volkswirtschaftlich betrachtet war diese Forderung nach Steigerung der (viel zu niedrigen) Arbeitsproduktivität zwar richtig, wenn es mit der Wirtschaft aufwärts gehen sollte.«

Nur erschienen die Arbeiter, da die Regierung begonnen hatte, unpopuläre Maßnahmen auf anderen Feldern und gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung zurückzunehmen, als diejenigen, gegen deren Interessen regiert werde. Und das provozierte in der Kulisse »Arbeiterstaat« um so mehr. Arbeitermassen waren mit den ihre Lage merklich verschlechternden Beschlüssen ebenso wenig einverstanden wie mit der Art und Weise ihres Zustandekommens. Sie wollten sich nicht zu Objekten der Politik machen lassen. Dabei reagierten nicht alle gleich. »In vielen Betrieben«, liest

man nicht in einer alten SED-Propagandaschrift, sondern im erwähnten, vom MGFA herausgegebenen Buch, hatten sich während der Unruhen eine »große Zahl von Arbeitern bereit gefunden, Streiks zu verhindern und das Vordringen von Demonstranten auf das Werksgelände zu verhindern.« Also richteten sich die Waffen doch wieder nicht gegen das ganze Volk?

Das gewünschte 17.-Juni-Bild à la Kinkel erfordert die Unterschlagung oder Marginalisierung von Tatsachen. Kopfschüttelnd fragte ein Journalist, der eine Konferenz besucht hatte, die dem Ereignis vorausging, wie man sich mehrere Tage mit ihm befassen könne, ohne von der Existenz der Bundesrepublik zu sprechen. Das meinte nicht das Stichwort »Rias«, den in Berlin-West etablierten Sender, der lange vor dem 17. Juni frühmorgendlich, bevor die Arbeiter sich auf den Weg in Betriebe und zu Baustellen aufmachten, zusätzlich für regierungsfeindliche Stimmung sorgte. Seinen Redakteuren wird inzwischen eine hilfreiche Rolle bei der politischen Lenkung der Ostberliner Aktionen und ihre dramatisierte Bekanntmachung in der DDR anerkennend zugeschrieben. Zu handeln wäre vom permanenten ideologischen und dem sich entfaltenden »US-geführten« Wirtschaftskrieg, der seine Wurzeln im durchaus verständlichen Interesse besaß, den Konkurrenzstaat nicht groß werden zu lassen, sondern so instabil zu halten, wie er sich befand. Sodann von der seinerzeit ungerührten Kenntnisnahme, in welchem Grade die »Brüder und Schwestern in der Zone« dafür zahlten, was die Deutschen doch insgesamt namentlich in Osteuropa angerichtet hatten. Weiterhin über ungeachtet bestehender Handelsvereinbarungen, die heute als Zeichen wohlwollender Unterstützung des notleidenden Ostens durch die Regierung Adenauer interpretiert werden, ergriffene, später sich radikalisierende Maßnahmen, mit denen ostdeutschen Betrieben der Weg auf internationale Märkte blockiert werden sollte.

Worüber heute, nachdem ein industrieller Rest aus DDR-Zeit »rechtmäßigen« alten oder ebensolchen neuen Eigentümern gehört, geredet werden könnte, das wird genierlich noch beschwiegen: die seinerzeitigen Pläne des bei der Bonner Regierung etablierten Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung. Der befaßte sich 1953 u.a. mit der »Rückabwicklung« der Bodenreform und der Rückgabe enteigneter Betriebe. Weder das eine noch das andere tauchte auf irgendeiner Losung von Bauern oder Arbeitern in den Junitagen auf, weshalb dieser Rat seinen Jahresbericht besser geheim hielt. Kommen dessen Zukunftsvorstellungen in den Blick, dann gewinnt das Wort »Vollendung« freilich einen Sinn.

Neuere Literatur:

Erklärung der PDS zum 17. Juni im Presse- und Informationsdienst des Parteivorstands, Nr. 17 (24.4.03), S. 7-9

Wilfriede Otto: »Die Bauarbeiter ... erkennen die ihnen diktierte 10%ige Nomenerhöhung nicht an«. In: »Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung«, 2/03

Harald Neubert (Hg.): *Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940-1968. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow*. Edition Ost, Berlin 2003, 288 Seiten, 14,90 Euro

Volker Koop: *17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit.* Siedler, Berlin 2003, 428 Seiten, 24,90 Euro

Hubertus Knabe: *17. Juni. Ein deutscher Aufstand*. Propyläen, München 2003, 320 Seiten, 25 Euro

Torsten Diedrich: *Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni in der DDR.* Hg. MGFA. R. Oldenbourg, München 2003, 259 Seiten, 19,80 Euro

Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hg.): *Alarmstufe »Hornisse«. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni*. Metropol, Berlin 2003, 464 Seiten, 21 Euro

Siegfried Prokop: *Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR.* Schkeuditzer Buchverlag, Schkeuditz 2003, 348 Seiten, 18,50 Euro

---

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 3/03 über den Stalingrad-Gedenkrummel

Konkret 06/03, S. 21

Georg Fülberth

Vorschlag zur Güte

Kann Europa abrüsten?

Bella gerant alii, tu felix Austria
nube.

1893 veröffentlichte Friedrich Engels im sozialdemokratischen »Vorwärts« eine Artikelserie mit dem Titel »Kann Europa abrüsten?« Er unterbreitete den »Vorschlag zur allmählichen gleichmäßigen Herabsetzung der Dienstzeit mit schließlichem Übergang zum Milizsystem«.

Engels' Überlegungen fallen durch ein erstaunliches Maß an militärpolitischem Pragmatismus auf. Er geht von der Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit (heute würde man sagen: Verteidigungsfähigkeit) aus und zeigt sich überzeugt, daß diese gewährleistet ist, wenn »der Schuljugend aller Klassen das Frei- und Gerüstturnen systematisch und gründlich beigebracht werde«. Dies sei aber nur der Anfang. »Den Jungen kann auf der Schule die Bildung und Bewegung militärisch geschlossener Trupps mit Leichtigkeit gelehrt werden.« Das solle unter Anleitung ausgedienter Unteroffiziere geschehen. Diese könnten jetzt als Turnlehrer Verwendung finden, da sie nach Abschaffung der stehenden Heere im Militärdienst nicht mehr gebraucht würden.

Die Senkung der Wehrpflicht von bislang drei Jahren auf erst zwei, dann eins, dann null sollte, so denkt sich Engels das, vom Deutschen Reich den anderen europäischen Großmächten vorgeschlagen werden. Willigten sie ein und werde darüber ein internationaler Vertrag abgeschlossen – um so besser. Lehnten sie ab, so könne Deutschland ruhig auch einseitig abrüsten: Wehrkundeunterricht in den Schulen plus Milizsystem sei immer noch effizienter als der bisherige Kasernenhofdrill. Durch das neue Milizsystem werde das Reich mit Franzosen und Russen auch dann fertig, wenn sie selbst nicht abrüsteten.

War der Alte – er stand damals im vierundsiebzigsten Lebensjahr – verrückt geworden? Sein Vorstoß erklärt sich dadurch, daß er von August Bebel darum gebeten worden war. Die Regierung hatte eine Militärvorlage eingebracht, die Heeresverstärkung und weitere Gelder für die Rüstung vorsah. Selbstverständlich mußte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das ablehnen, aber sie wollte zugleich einen konstruktiven Gegenvorschlag machen.

110 Jahre später sind Engels' Überlegungen hinsichtlich des Turnunterrichts selbstverständlich schärfstens zurückzuweisen. Auf dem Münsteraner Parteitag der PDS 2000 wären sie gewiß mit Zweidrittelmehrheit durchgefallen. Der Vorschlag zur Beseitigung der stehenden Heere aber ist wieder aktuell geworden: Es wäre äußerst sinnvoll, wenn die Bundesrepublik Deutschland allen anderen EU-Ländern die vollständige Abschaffung ihrer Armeen – jetzt natürlich ohne Kompensation durch Miliz, Boden- und Geräteturnen – vorschlagen würde. Machen die anderen (z. B. Polen) nicht mit, sollte darauf mit der einseitigen Auflösung der Bundeswehr geantwortet werden.

Die Tatsache, von der ausgegangen werden sollte, ist der schnelle Sieg der USA über den Irak, obwohl Frankreich, Rußland und Deutschland sie am Krieg hatten hindern wollen. Die Vereinigten Staaten haben damit nicht nur gezeigt, daß sie machen, was sie wollen, sondern daß sie dies auch können. Deutschland, das keine Feinde in seiner unmittelbaren Nachbarschaft mehr hat, wäre gegen einen etwaigen Angriff der US-amerikanischen Supermacht im gerüsteten Zustand ebenso machtlos wie im abgerüsteten. Also braucht es auch für diesen ohnehin ausgeschlossenen Fall keine Armee.

Europäische oder deutsche Abrüstung wäre insofern proamerikanisch, als sie den USA ein internationales Gewaltmonopol zugesteht. Falls George W. Bush tatsächlich der Weltpolizist sein will, ist ihm dies nun ausdrücklich gegönnt.

Ein bißchen antiamerikanisch (und dadurch fein ausbalanciert) ist eine solche neue Politik dadurch, daß die Vereinigten Staaten die unangenehme Arbeit dann ganz allein machen müßten. Den Einsatz ihres polnischen Verbündeten müssen sie bezahlen. (Immerhin, für den Milliardenkredit, den er bekommt, kauft er Rüstungsgüter in den USA.)

Daß einseitige Entmilitarisierung ökonomisch ein gutes Geschäft wäre, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Zwischen dem Eintritt der USA in den Koreakrieg 1950 und der Aufstellung der Bundeswehr 1956 waren die BRD-Wachstumsraten so hoch wie später nie mehr (1955: zwölf Prozent; Steigerung der Reallöhne 1953: acht komma drei).

Deutschland sollte also freiwillig einen Zustand herbeiführen, zu dem Japan 1945 von den USA gezwungen wurde. Jenem Land ist das wirtschaftlich bekanntlich so gut bekommen, daß es – ebenso wie die BRD – als eine Art Nachkriegsgewinner dargestellt wird. Seine gegenwärtige Flaute hat mit seiner weitgehenden Waffenlosigkeit allenfalls insofern etwas zu tun, als Rüstungskeynesianismus manchmal über manches hinweghilft. Daß er auf die Dauer auch nichts taugt, zeigt die gegenwärtige deutsche Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem hohem Militärhaushalt.

Ist die BRD gezwungen, allein auszusteigen, weil niemand ihrer Initiative folgt, könnte ihr dies als Verletzung von Bündnispflichten und auch als Mißachtung der Uno ausgelegt werden. Letztere hätte in den wenigen Fällen, in denen ihre Satzung ihr ein Recht zur Intervention gibt, keine deutschen Truppen zur Verfügung. Aber die Nato und die Vereinten Nationen sind durch die USA ja ohnehin zur Disposition gestellt. Die Koalition der Willigen im Irakkrieg und neue Waffenbrüderschaften der Vereinigten Staaten stellen eine Umstrukturierung dar, für die Bush, Powell und Rice damit auch anderen Staaten implizit freie Hand geben.

Die Forderung nach einseitiger Abrüstung wäre auch im Vereinsinteresse der Friedensbewegung. Im vergangenen Halbjahr wollte sie eine auswärtige Macht, auf die sie keinerlei Einfluß hat, an einem von ihr mißbilligten Vorhaben hindern. In ihrer Ohnmacht bestätigte sie das Brecht-Wort, daß auch der Kampf gegen das Unrecht die eigenen Gesichtszüge verunstaltet. Verlangt sie dagegen die Entlassung der Bundeswehr, richtet sie sich an die eigene Regierung. Sie ist dann vielleicht auch nicht realistischer, aber sie hat für ihre Forderung immerhin eine heimische Adresse. Wenn Struck und Beer die Umrüstung der deutschen Armee zu einer fitten, schlanken Eingreiftruppe betreiben, kann die Friedensbewegung sich am politischen Tagesgeschäft oppositionell bewähren.

Der Abrüstungsvorschlag ist völlig unideologisch. Er hat weder mit Gesinnungs- noch mit Verantwortungspazifismus etwas zu tun, sondern ist nur die alternativlose Antwort auf eine gegebene Situation, die zu ändern keine Möglichkeit und auch kein Anlaß besteht.

Eine Variante seiner Realisierung könnte der Beitritt Deutschlands zur Schweiz sein. Möchte die das lieber nicht, müßte der Zugang vielleicht mit Waffengewalt erzwungen werden. Zum letzten Mal.

Das wäre allerdings nicht ganz ungefährlich. Die Wehrverfassung der Schweiz hat einige Ähnlichkeit mit der von Engels zumindest für eine gewisse Übergangszeit vorgeschlagenen. Da diese seiner Auffassung nach effizient ist, könnte eine angreifende Bundeswehr eine unangenehme Überraschung erleben, woraus sich ein weiteres Argument für ihre Abschaffung ergibt.

Konkret 06/03, S. 22

Thorsten Fuchshuber

Smart Investment

Frankreich und Deutschland forcieren die Entwicklung einer eigenen europäischen Militärpolitik.

»To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down.«

Lord Ismay, Nato-Generalsekretär von 1952 bis 1957, über die Funktionen der Nato

Aus deutscher Sicht«, schrieb das »Handelsblatt« Anfang Mai, sei »die politische Intervention Chiracs« auf dem sicherheitspolitischen Treffen in Brüssel überraschend gekommen. Doch Bundeskanzler Schröder wird sich nicht wirklich gewundert haben, als ihm sein französischer Amtskollege am Rande der Konferenz mitteilte, daß er für den Bau des europäischen Transportflugzeugs Airbus A400M nur ein europäisches Triebwerk für akzeptabel hält – auch wenn der Airbus-Konzern dafür nun 20 Prozent mehr bezahlen muß als für die kanadische Variante. Dabei, stellte die Börsenpostille verwundert fest, habe die Entscheidung für das europäische Konsortium EPI nicht einmal einen größeren »Arbeitsplatzeffekt«. Dieser wäre bei einem Zuschlag für den Konkurrenten Pratt & Whitney etwa derselbe gewesen.

Den beiden Regierungschefs geht es jedoch nicht um Arbeitsplätze. Die Entscheidung ist vielmehr von strategischen Überlegungen geleitet: Nur knapp fünfzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges treiben die Protagonisten des »alten Europa« eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) voran. Sie soll die EU auf Augenhöhe mit den USA bringen – und deshalb auch rüstungsindustriell unabhängig werden. Die Entscheidung zugunsten des europäischen Triebwerkherstellers ist also folgerichtig.

Das Treffen der »Viererbande« (»SZ«) – Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Belgien – , das am 29. April in Brüssel stattfand, reiht sich in diese Strategie ein. Es stellt den vorläufigen Höhepunkt im Bestreben einiger EU-Staaten dar, ein von der Nato abgekoppeltes Militärbündnis zu schaffen: die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU). Zwar wurden die Staatschefs bei dem Minigipfel nicht müde zu betonen, daß ihre Initiative weder gegen die USA gerichtet sei, noch als Konkurrenz zur Nato verstanden werden solle. Die Vorschläge, die auf der Konferenz verabschiedet wurden, weisen jedoch in eine andere Richtung.

Unabhängig vom Wollen der politischen Entscheidungsträger und den Phantastereien verschiedenster Think Tanks stellt sich allerdings die Frage, unter welchen Bedingungen eine ESVU überhaupt realisierbar ist. Denn das Konzept als solches ist nicht neu: Erste Versuche, eine europäische Militärunion zu errichten, gab es bereits Mitte der fünfziger Jahre. Schon damals lag ein Schwerpunkt der Überlegungen in einer gemeinsamen Rüstungspolitik. Mit ihrer Hilfe wollte man die Rüstungsbudgets für Entwicklung und Produktion rationeller einsetzen und die erst wieder entstehende Rüstungsindustrie zweckmäßiger strukturieren.

Das Projekt scheiterte jedoch, da die verschiedenen Nationalstaaten zu autonomen militärischen Operationen befähigt bleiben wollten. Es scheiterte auch an einer fehlenden europäischen Rüstungsagentur, die eine einheitliche Bedarfsplanung ermöglicht hätte, sowie am Widerstand der europäischen Rüstungsindustrie, die mehr an ihrem jeweiligen nationalen Markt interessiert war als am internationalen Wettbewerb. Damit sind die Problembereiche benannt, die auch heute noch die wesentlichen Hindernisse auf dem Weg zu einer ESVU darstellen.

Auf den EU-Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 wagten die Staats- und Regierungschefs einen neuen Anlauf. Der dort beschlossene Reformkatalog umfaßte neben dem Votum für einen eigenen Militärstab vor allem die Formulierung des sogenannten Headline Goals: Demnach soll die EU bis Ende 2003 in der Lage sein, binnen 60 Tagen eine schnelle Eingreiftruppe mit einer Stärke von rund 60.000 Soldaten in ein Krisengebiet zu verlegen und mindestens ein Jahr im Einsatz zu halten.

Die langfristigen Ziele reichen jedoch wesentlich weiter. Während ein Teil der Protagonisten der ESVU deren Einbindung in die Nato im Sinne strategischer Kooperation einfordert, plädieren andere für eine vollständig autonome militärische Handlungsfähigkeit der EU. Keinesfalls besteht dabei die illusionäre Absicht, einen Militärapparat aufzubauen, der sich mit jenem der USA quantitativ messen kann. Doch der Verweis auf diese faktische Unmöglichkeit, mit der häufig versucht wird, die Großmachtbestrebungen eines deutsch-französisch dominierten Europas herunterzuspielen, geht ins Leere. Denn die Strategen setzen auf Effizienz. So formulierte etwa der frühere französische Außenminister Védrine den Anspruch, weniger »simplistisch« als die USA, aber ähnlich wirkungsvoll zu agieren.

Die USA betrachten die Schnelligkeit, mit der die ESVU gegenwärtig vorangetrieben wird, mit Sorge. Im Weißen Haus knüpft man die Zustimmung zu dem Projekt deshalb mit Blick auf die Nato an drei Bedingungen: keine Duplizierung der militärischen Kapazitäten, keine Abkopplung und keine Vorrangigkeit zuungunsten der Nato.

Weit mehr als die Vorstellung, die Europäer könnten in kurzer Zeit zu einer den Vereinigten Staaten vergleichbaren Militärmacht werden, fürchtet man dort jedoch ein Auftreten der EU als verfestigte politische Einheit, die – ohne ein Vetorecht der einzelnen Mitgliedsländer – mit einer Stimme sprechen könnte. »Washington wäre höchst alarmiert, wenn die Europäer mit einer einzigen Position an den Verhandlungstisch der Nato kämen, insbesondere wenn dies als Ausdruck autonomen Handelns der Europäer verstanden werden müßte«, schreibt Reinhardt Rummel von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem Think Tank des Auswärtigen Amtes.

Doch genau diese militärpolitische europäische Identität ist eines der Ziele. Staatspräsident Chirac betonte bereits im Mai 2000, daß Europa als Wertegemeinschaft und Weltmacht nur dann wahrgenommenen werden könne, wenn es seine Werte und Interessen notfalls auch militärisch verteidige. Und auf dem Nato-Gipfel Ende November 2002 in Prag ließ er hinsichtlich der dort beschlossenen Schnellen Eingreiftruppe erkennen, daß er sich einen Teufel um die Vorgaben aus Washington schert: »Wir haben auch klar gemacht, daß wir uns an dieser Truppe beteiligen werden, wenn sie nach den Modalitäten entwickelt wird, die mit den Engagements der EU von Helsinki übereinstimmen, und wenn sie den Status unserer Kräfte gegenüber der integrierten Verteidigungsstruktur einhält.« Die Vorrangigkeit der EU-Strukturen und die mögliche Duplizierung von Strukturen der Nato sind damit bereits angelegt.

Dennoch gibt es zahlreiche politische, ökonomische und rüstungstechnologische Hindernisse, die einer funktionierenden ESVU im Wege stehen. So gibt es bislang kein gemeinsames Budget für Militäreinsätze – sowohl die Aktionen als auch die Waffensysteme werden aus den Haushalten der Mitgliedsstaaten bezahlt. Außerdem entscheiden die jeweiligen Parlamente über den Einsatz von Streitkräften, was eine einheitliche Position der Europäer gefährden könnte. Diese Meinungsverschiedenheit wird sich mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU noch verschärfen. Denn spätestens im Zuge des dritten Golfkriegs wurde klar, daß sich einige unter ihnen hinsichtlich eines Militärbündnisses eher an Washington halten.

Die größten Sorgen der Planer stellen die niedrigen Rüstungsbudgets und die mangelhaften logistischen Kapazitäten für eine europäische Eingreiftruppe dar. »Smart Investment« lautet die Zauberformel. Auf die Anschaffung schwerer Waffen, die ohnehin kaum mehr gebraucht werden, will man in Zukunft verzichten. Statt dessen konzentrieren sich die Planungsstäbe auf die Bildung von optimal ausgerüsteten Spezialeinheiten.

Dazu gehört auch die Investition in moderne Präzisionswaffen, in einen europäischen satellitengesteuerten Aufklärungsverbund sowie vor allem in den strategischen Lufttransport. Denn die Möglichkeit, Truppen und Gerät schnell in ein bestimmtes Einsatzgebiet zu verlegen, ist die Voraussetzung für jedes militärische Handeln. Doch obwohl dieser Faktor für die Möglichkeit militärischer Intervention so zentral ist, reißt die Debatte um die Kosten der bestellten Lufttransporter A400M in Deutschland nicht ab. Und auch in den anderen Länder sorgen knappe Militäretats dafür, daß das angestrebte Headline Goal wahrscheinlich nicht erreicht wird.

Doch selbst für den Fall, daß weitere Gelder bereitgestellt werden, ist man noch mit der fragmentierten Rüstungsindustrie konfrontiert. Denn bislang waren, wie Joachim Rohde von der SWP schreibt, »alle größeren westeuropäischen Länder bestrebt ..., in möglichst vielen technologisch interessanten oder rüstungspolitisch relevanten Feldern eigene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten aufzubauen und zu unterhalten, (deshalb) gibt es in Europa für alle wichtigen Waffensysteme« mehrere Produzenten: 16 europäische Kampffahrzeuganbieter stehen beispielsweise drei in den USA gegenüber.

Eine nach wie vor angestrebte europäische Rüstungsagentur soll zu einer Vereinheitlichung führen, um die auf diese Weise in Forschung und Entwicklung frei gewordenen Gelder für Anschaffungen verfügbar zu machen. Dies wird sich vermutlich nur gegen den Widerstand der Rüstungskonzerne umsetzen lassen, die sich nach wie vor auf die jeweiligen nationalen Märkte konzentrieren. Doch nur die angestrebte Koordination ermöglicht eine möglichst vollständige Abkopplung von Anbietern jenseits des Atlantik, da die Militärplaner sich durch eine Konzentration auf wenige Waffensysteme auch höhere Absatzzahlen und damit niedrigere Preise erhoffen.

Die Bedeutung einer solchen Abkopplung für den Fall künftiger Konflikte, bei denen Europa und die USA möglicherweise als Konkurrenten auftreten, wird dadurch verstärkt, daß Streitkräfte sowohl bei der Einsatzvorbereitung als auch bei der Wartung während des Einsatzes zunehmend von industrieller Unterstützung abhängig sind. Auch aus diesem Grund wollen sich Schröder, Chirac & Co. von den US-amerikanischen Rüstungskonzernen lösen.

Ganz in diesem Sinne wurden – jenseits aller Rhetorik, die Initiative richte sich nicht gegen USA und Nato – auf dem Brüsseler Gipfel Ende April konkrete Vorschläge gemacht. Sie sollen in den Verfassungsvertrag der europäischen Union aufgenommen werden. Dazu gehören – wenig überraschend – die »Schaffung einer Europäischen Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten«, die auch dazu beitragen soll, ein »günstiges Umfeld für eine wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie zu schaffen«, und die Einrichtung eines »europäischen strategischen Lufttransportkommandos bis spätestens Juni 2004«, wobei die entscheidende Bedeutung des A400M-Programms in der Abschlußerklärung noch einmal unterstrichen wurde. Außerdem wird mit Nachdruck die kollektive »Fähigkeit zur Planung und Führung von Einsätzen« gefordert, um in der Lage zu sein, »ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der Nato« zu

agieren. Dazu soll in Tervuren bei Brüssel eine europäische Kommandozentrale eingerichtet werden, die eine Übertragung der operativen Planung und Führung von der nationalen Ebene auf die EU ermöglicht. Und schließlich: Die Errichtung eines gemeinsamen verlegbaren Hauptquartiers bis spätestens 2004.

Damit ist die Stoßrichtung der Brüsseler Vorschläge klar: Mit den geforderten Maßnahmen soll die Abkopplung von Nato und USA in naher Zukunft erreicht werden. Der Vierer-Gipfel habe »den Wunsch einiger Länder, die Verteidigungsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten zu lösen«, unterstrichen, schrieb auch die »Washington Post«. Ob es gelingen wird, die Hegemonie der USA in Frage zu stellen, hängt wesentlich von drei Faktoren ab:

Erstens müßte zumindest ein Großteil der EU-Staaten für diese Pläne erst noch gewonnen werden. Doch Spanien, Italien und Großbritannien kritisierten bereits im Vorfeld den Gipfel jener vier Länder, die sich auch massiv gegen den Irakkrieg ausgesprochen hatten. Anläßlich der EU-Außenministerkonferenz Anfang Mai auf Rhodos erneuerten die USA-treuen Regierungen ihre Kritik, die Brüsseler Initiative drohe die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu untergraben. Und auch einige der osteuropäischen Länder machten aus ihrer Ablehnung der Initiative keinen Hehl. So erklärte der estnische Ministerpräsident Mart Laar unlängst, daß diese neue Achse die Menschen in Estland an die »Achsen der Vergangenheit« erinnere; an einem Machtkampf mit den USA wolle man sich deshalb nicht beteiligen.

Zweitens müssen die Pläne gegen den möglichen Widerstand der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden. Daß sich das EADS-Tochterunternehmen Airbus Military dem politischen Druck beugte und der teureren europäischen Triebwerksvariante den Zuschlag gab, könnte diesbezüglich eine Signalwirkung haben.

Und drittens müßten die Gelder für diese Vorschläge auch tatsächlich bereitgestellt werden. Doch von einem gemeinsamen europäischen Militäretat ist in der Brüsseler Erklärung nicht die Rede.

Letztlich wird die weitere Entwicklung davon abhängen, ob eine Mehrheit der EU-Staaten ihre »nationalen Interessen« und die Schaffung optimaler Bedingungen der Kapitalverwertung eher in einem europäischen Militärverbund realisiert sieht, oder ob sie sich aus den gleichen Gründen den Vereinigten Staaten und der Nato zuordnet. Dies verdeutlichen auch zwei Aussagen von Tony Blair und Jacques Chirac von Anfang Mai. Während Blair sich für eine »unipolare Welt« unter der Führung Washingtons aussprach, nannte Chirac das Ziel einer »multipolaren Ordnung«.

In diesem von Frankreich und Deutschland geprägten EU-Nationalismus begegnen sich traditioneller Gaullismus und deutsche Interessenpolitik. Eine Antikriegsbewegung, die sich für eine multipolare Weltordnung ausspricht, sucht ihr Heil bei jener vermeintlich pazifistischen Machtpolitik, die Krieg ausdrücklich im Kalkül hat. Frieden – made in Germany.

Thorsten Fuchshuber ist freier Autor und lebt in Stuttgart

Konkret 06/03, S. 24

Stefan Frank

Humpty Dumpty vor dem Fall

Der Abstieg des Dollars hat gerade begonnen.

»'s hat ein Kapitalist, um zugrund z' gehn bestimmt,
d' Passion, daß 'r auf all's, was 's gibt, Aktien nimmt.
So a Aktie tut sich nix, macht s' auch ein Fall,
's blaue Aug' das kriegt nur der Aktionär allemal.
Sein Freund warnt ihn: ›Jetzt is der Zeitpunkt vor
all'n,
Wo d' Aktien öfter, als die klein' Kinder fall'n.‹
›Laßt ma s' fall'n', sagt er, 'wern schon noch steig'n
mit der Zeit.‹
Na, laßt ma ein' jeden sein' Freud'.«
Johann Nestroy: *Das Mädl aus der Vorstadt*

»Egal, in welcher Situation sich die Welt befindet, eines steht fest: ... und immer wieder steigt die Börse!«
Heiko Thieme, »FAZ«, 31.3.03

Der Beginn und der Verlauf des Irakkrieges haben den monatelangen Wertverlust des US-Dollar gegenüber dem Euro beendet«, stand am 16. April in einer Berliner Wochenzeitung.

Der Satz war kaum geschrieben, da stimmte er schon nicht mehr. Als die Saddam-Statuen fielen, fiel auch der Dollar. Nun wurde nämlich selbst Börsen-Journalisten klar, daß dessen Schwäche andere Gründe haben mußte als die von ihnen als Begründung angeführte »Kriegsangst«. Alle Ängste, die in den letzten Jahren das Geruckel an Aktien- und Devisenmärkten erklären sollten (Angst vor hohem Ölpreis – Al-Qaida – Milzbrand – Bilanzen – Wahlen – Krieg etc.), versahen ihr Amt sehr schlecht und mußten deshalb immer rasch durch neue Phobien ersetzt werden.

Beschäftigen wir uns also mit Zahlen. In ihrem Monatsbericht von April (Berichtsmonat Februar; Statistiker arbeiten langsam) erwähnt die Bundesbank einen starken Kapitalzufluß nach Deutschland: »Das Hauptaugenmerk richteten sie (die ausländischen Investoren, S.F.) dabei auf heimische Geldmarktpapiere (12,0 Mrd. Euro). Darüber hinaus erwarben sie öffentliche (4,0 Mrd.) und private (1,7 Mrd.) Anleihen, während sie sich von Dividendenpapieren per saldo trennten (1,9 Mrd.).« Diese Entwicklung erklärten sich die Bundesbanker mit dem »Zinsgefälle« und den »geopolitischen Spannungen« (ganz ohne Spannung kommt offenbar auch ein Bundesbank-Bericht nicht aus).

Das Zinsgefälle ist eine interessante Angelegenheit. Man kennt es schon: In den neunziger Jahren borgte man sich in Japan Geld, das zinslos zu haben war, und investierte es in den USA (zum Beispiel in Staatsanleihen, die mit fünf oder sechs Prozent rentierten). Nun gibt es so ein schönes Gefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum. Dadurch steigt die Nachfrage nach Euro, der Wert des Dollars fällt.

Andere Gründe für die Abwertung der US-Währung sind seit Jahren bekannt, vor allem über das Handels- und Leistungsbilanzdefizit ist immer wieder geschrieben worden. Zweifel wurden laut, ob eine Volkswirtschaft funktionieren kann, die als Gegenleistung für importierte Rohstoffe, Autos und Elektrogeräte nur Aktien und Anleihen anzubieten hat.

Die Frage ist also nicht, warum der Dollar fällt, sondern: Warum tut er das erst jetzt? Verschiedene Erklärungen sind möglich:

1. Irrationale Zustände dauern oft länger, als es der vernünftige Beobachter für möglich hält. Das Irrationale würde seinem Namen ja auch keine Ehre machen, wenn es sich pedantisch an Regeln hielte. Nachdem beispielsweise Alan Greenspan 1996 angesichts eines Dow-Jones-Standes von 6.000 Punkten vor einer »irrational exuberance« gewarnt hatte, ging der Überschwang erst richtig los, der Aktien-Index verdoppelte sich innerhalb einer Frist von gut drei Jahren. Es schien, als habe Greenspan das Kommando dazu gegeben. So ähnlich ging es auch mit dem Dollar: Als er sich jahrelang, wider alle ökonomische Vernunft, weigerte zu fallen, erklärten einige, daß er gar nicht fallen könne (z.B. weil die USA militärisch so

stark sind). Ökonomische Tatsachen können zwar lange ignoriert werden, aber nicht ewig. Weil er einiges nachzuholen hat, beeilt sich der Dollar jetzt auf dem Weg nach unten.

2. Solange die Kapitalmarktzinsen in den USA fielen, erzielten Besitzer von US-Staatsanleihen schöne Kursgewinne. Nun, bei Zinsen von wenig mehr als einem Prozent, ist das Risiko von Verlusten größer als die Chance weiterer Kursgewinne durch Zinssenkungen.

3. Das Verhältnis zwischen den USA und Saudi-Arabien ist ein wenig getrübt; es heißt, die USA wollten ihre Soldaten deshalb dort abziehen. Die Familie Saud besitzt aber einen großen Haufen amerikanischer Staatsanleihen und Aktienanteile an allen möglichen US-Unternehmen (unter anderem McDonalds, Xerox, Disney). Wenn sie sich entschließt, nur einen kleinen Teil davon ebenfalls abzuziehen (und z.B. in Euro zu tauschen), läßt das den Dollar fallen.

Wie den Statistiken der amerikanischen Finanzbehörden zu entnehmen ist, trennten sich im Februar Investoren in der Region »other Asia«, zu der Saudi-Arabien gezählt wird, von US-Staatsanleihen im Wert von 4,2 Milliarden Dollar. Dazu muß nicht der Wille gehören, die US-Wirtschaft oder -Währung zu schwächen. Wenn das saudische Königshaus einen Teil seiner vielen Greenbacks in andere Währungen tauscht, dann ist das bloß ökonomisch vernünftig; eine bis in die Reagan-Zeit zurückreichende Loyalität zu den USA war es, die es bislang davon abgehalten hat.

Soweit die vernünftigen Erklärungen. Aber es gibt auch andere. Die Opec könnte, glauben einige, auf den Euro umsteigen, statt die Ölrechnung wie bisher in Dollar auszustellen. Manche meinen sogar, die USA hätten den Irak aus diesem Grunde angegriffen: Weil der Irak seit Ende 2000 die europäische Währung der amerikanischen vorzog. Die Diskussion über die Petro-Währung gibt es allerdings schon sehr lange. 1979 war es Khomeini, der zum Dollarboykott aufrief. Der Standpunkt der Opec ist im Moment folgender: Sollten Norwegen und Großbritannien sich dem Euro-Club hinzugesellen, dann wird man darüber nachdenken, die Währung zu wechseln, vorher nicht. Wenn das geschieht (das kann noch eine Weile dauern), dann werden es die USA wohl auch militärisch nicht verhindern können.

Wer lieber eine aus den USA selbst gesteuerte Kabale am Werk sehen möchte, der mag behaupten, die Dollar-Abwertung sei ein Mittel, die Europäer an den Kosten des Krieges gegen den Irak zu beteiligen. Weil nämlich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie steigt, auf Kosten der europäischen. »Wenn der Dollar sich auf einem niedrigeren Niveau befindet, hilft das dem Export, und ich denke, als Folge werden die Exporte ansteigen«, sagte US-Finanzminister Snow in einem Fernsehinterview.

Hier stellt er allerdings etwas als wünschenswert dar, was er ohnehin nicht vermeiden kann. Längst hat die US-Notenbank die Kontrolle über ihre Währung verloren, schließlich ist die Staatsverschuldung nicht eben gering, und die Anleihen befinden sich zum großen Teil bei ausländischen Banken, Notenbanken und Privatpersonen, die bei einem fallenden Dollar rasch die Lust verlieren könnten, den USA weiterhin Konsum und Häuserbau zu finanzieren (auch das mächtige US-Militär ist auf Finanzierung durch ausländisches Kapital angewiesen – vielleicht hat dieses Wissen es dazu bewogen, seine Aufrüstungspläne möglichst rasch umzusetzen, ehe das Geld knapp wird).

Manche finden es erstaunlich, daß der Euro steigt, obwohl die wirtschaftliche Lage in Europa nicht besser ist als in den USA. Sie übersehen dabei, daß in Devisenkursen auch Risiken berücksichtigt werden, und die sind in den USA größer. Nach dem Platzen der Dollar-Blase boomen dort, als Folge der expansiven Geldpolitik, immer noch Immobilien und Schulden. In diesen Sektoren werden die nächsten Erschütterungen stattfinden.

»Wird es bald auch in den USA Fernsehbilder weinender Bankdirektoren geben, wie in den neunziger Jahren in Japan?«, fragte ich vor einem Jahr an dieser Stelle und wies auf ein Problem: »Ein starker Abschwung am Immobilienmarkt wäre besonders peinlich für die beiden größten Baufinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Sie waren sehr kulant und haben viel mehr verliehen, als sie besitzen, schließlich haben sie ja die Häuser als Sicherheit. Wenn aber Häuser eines Tages total out sind, müssen sie den Laden schließen. Da es um ein paar Billionen Dollar geht, die in einem solchen Fall verschwinden können, wird sich schnell große Panik ausbreiten. N-TV muß dann wieder den ›FAZ‹-Börsenkorrespondenten Heiko Thieme anrufen, damit er den Zuschauern erklärt, daß es noch nie eine so günstige Gelegenheit zum Kauf von Aktien gegeben hat« (KONKRET 6/02).

Heute (Heiko Thieme ist optimistischer denn je) sehen auch einige Notenbanker Probleme bei den beiden Baufinanzierern. Sie waren ein Thema der IWF-Frühjahrstagung, nachdem schon Anfang März der Präsident der Federal Reserve Bank von St. Louis, William Poole, ihnen eine zu geringe Eigenkapitalausstattung im Verhältnis zu ihren hohen Verbindlichkeiten vorgehalten hatte. »Poole äußerte die Sorge, Freddie Mac und Fannie Mae könnten in finanzielle Schwierigkeiten geraten, sollte es nach den Jahren eines kräftigen Aufschwungs zu einer Abkühlung auf dem amerikanischen Immobilienmarkt kommen. Wegen der großen Bedeutung der beiden Gesellschaften seien weitreichende Folgen für das Finanzsystem und für die gesamte Wirtschaft nicht auszuschließen«, sagte Poole der »FAZ«. Daraufhin kam es in New York zu Kurseinbrüchen. Merkwürdig: Als dieselbe Sache neun Monate zuvor in KONKRET gestanden hatte, hatte das keinen Einfluß auf die Börse gehabt. Ob diese Zeitschrift an der Wall Street nicht gelesen wird?

Bei den beiden genannten Unternehmen handelt es sich um sogenannte Government Sponsored Enterprises (GSEs). Es sind private, börsennotierte Firmen, die aber vom Staat geschaffen wurden und über einige, derzeit in den USA umstrittene Privilegien verfügen (Befreiung von den meisten Steuern; Ausnahme von Veröffentlichungspflichten, denen andere börsennotierte Unternehmen unterworfen sind; Notenbank darf von den GSEs angebotene Papiere unbeschränkt ankaufen).

Die Federal National Mortgage Association (Fannie Mae) und die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac) wurden vom Kongreß 1968 bzw. 1970 ins Leben gerufen, um den privaten Hausbau mit günstigen Darlehen zu fördern. Sie gewähren Kredite und kaufen Hypotheken von anderen Banken, entweder um sie selbst zu halten oder um sie in einem Pool zu bündeln und weiterzuverkaufen. Die von ihnen ausgegebenen Anleihen gelten als genauso sicher wie Staatsanleihen und werfen deshalb kaum mehr Zinsen ab. Zwar garantiert der Staat nicht für sie, aber alle glauben, daß er im Notfall doch einspringen werde. Die Risiken liegen darin, daß sowohl die Hypotheken als auch die als »Sicherheit« dienenden Immobilien stark an Wert verlieren könnten, besonders dann, wenn die Kapitalmarktzinsen eines Tages wieder steigen sollten.

Glaubt man allerdings einem Artikel der »FAZ« vom 25. April dieses Jahres, dann gibt es überhaupt keine Risiken. Dort heißt es: »Die beiden Gesellschaften (›Fannie und Freddie‹, S.F.) besitzen oder bürgen derzeit für Hypotheken im Wert von mehr als drei Milliarden Dollar« und: »Zum Ende vergangenen Jahres verfügte Fannie Mae nicht nur über 17,43 Milliarden Dollar an Kapital und Reserven, welche die Behörde zum Schutz vor plötzlichen Zinsschwankungen am langen Ende des Marktes vorschreibt, sondern über fast 29 Milliarden Dollar. Freddie Mac konnte etwas mehr als 24 Milliarden Dollar aufweisen, nötig wären nur rund 4,75 Milliarden gewesen.« – 53 Milliarden Dollar, um Hypotheken von drei Milliarden zu sichern? Sind die beiden tatsächlich so vorsichtig? Der »FAZ« ist hier ein kleiner Fehler unterlaufen: Die Summe der Hypotheken beträgt nicht drei *Milliarden*, sondern drei *Billionen* (amer. *trillions*). Die klugen Köpfe in Frankfurt haben sich also in ihrem Bericht um zwei Billionen und 997 Milliarden Dollar vertan. Wenn das Deutschlands meistgelesene Wirtschaftszeitung ist, ist es wohl kaum verwunderlich, wenn deutsche Unternehmen so schlechte Geschäfte machen.

Vergleicht man diese drei Billionen mit dem genannten Kapital von Fannie und Freddie, dann ahnt man, warum die Notenbanker etwas in Sorge sind. Noch boomt der Immobilienmarkt, doch kann sich das abrupt ändern (wofür es in den letzten zweihundert Jahren zahlreiche Beispiele gab, zuletzt 1991). Einiges deutet bereits auf eine Abkühlung hin. Beispiel Houston: Dort werden, wenn alle genehmigten Bauten ausgeführt werden, für die es bereits Baugenehmigungen gibt, in diesem Jahr 16.000-19.000 Mehrfamilienhäuser hinzukommen, sagt der Direktor des *Institute for Regional Forecasting* an der Universität Houston, Barton Smith. »Das ist viermal mehr als benötigt.« Auf diese Weise bereitet sich der Boom selbst ein Ende.

Die notwendige Korrektur der Immobilienpreise könnte durch die steigende Arbeitslosigkeit beschleunigt werden. Sie erreichte im Frühjahr sechs Prozent. Noch höher wäre sie, wenn nicht der Staat in den letzten Jahren die Zahl seiner Bediensteten kräftig erhöht hätte, während die Privatwirtschaft Entlassungen vornahm. Der Staat aber ist stark verschuldet. Kalifornien – das Zentrum des Immobilienbooms – hat ein Haushaltsdefizit von 35 Milliarden Dollar und muß nun kurzfristig einen Kredit in Höhe von elf Milliarden aufnehmen, um bis Juli die Rechnungen bezahlen zu können (»Financial Times«). Der kalifornische Supreme Court entschied derweil, daß den 200.000 Staatsbediensteten nur noch der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn von 5,15 Dollar gezahlt werden darf, solange kein neuer Haushalt verabschiedet ist.

Auch in den Pensionskassen, die große Teile der Beiträge in Aktien investieren, sind einige Löcher entstanden, die die Unternehmen nun stopfen müssen. General Motors kündigte an, als Folge werde der Gewinn in diesem Jahr um ein Drittel niedriger ausfallen. Die Investment-Bank HSBC veröffentlichte am 5. Mai einen Bericht, wonach den hundert größten US-Firmen in den Rentenkassen 340 Milliarden Dollar fehlen.

Auf einigen deutschen Fernseh-Kanälen wurde im Frühjahr ein Film der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« ausgestrahlt: »Das Märchen von der sicheren Rente«. Darin wird das Rentensystem der USA als Vorbild für Deutschland angepriesen. Das System würde ja auch gut funktionieren, wenn man nur die Pensionskassen von der Pflicht befreien würde, Pensionen zu zahlen. Sollte es nach Deutschland importiert werden, würde dieser Fehler gewiß beseitigt.

Es ist denkbar, daß es auch diese (von den meisten derzeit noch ignorierten) Gefahren sind, die auf die US-Währung drücken. Zugegeben: Die Wirtschaftslage in Europa sieht auch nicht gut aus. »Ohne den Export wäre Deutschland in der Rezession«, meint das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft. Die Ausfuhren werden bei einem weiter fallenden Dollar sinken. Zwar haben sich viele Unternehmen gegen Wechselkursschwankungen abgesichert, allerdings für – längstens – ein oder zwei Jahre.

Viele hätten nun gern eine Leitzinssenkung. »Die Welt« schimpft auf die »sture EZB«, die sich Anfang Mai dazu (noch?) nicht entschließen konnte, die »Zeit« findet die Geldpolitik »grob fahrlässig«. Die Gewerkschaften raten zu Konjunkturprogrammen. Japan hat beides schon ausprobiert. Die Null-Zins-Politik hat dort keineswegs zu Investitionen

geführt. Die profitabel arbeitenden Export-Unternehmen haben genug Kapital, und ihre Kapazitäten sind bei weitem nicht so ausgelastet, daß sie Gedanken an neue Fabriken verschwenden würden.

Um Kredite bewerben sich vornehmlich Unternehmen, denen es schlecht geht und die mit neuen Darlehen alte zurückzahlen möchten. An die aber verleihen die Banken nicht so gern, jedenfalls kein Geld. Privatpersonen borgen nicht, sondern sparen, wenn sie können, weil sie damit rechnen müssen, bald arbeitslos zu sein (wenn sie es nicht schon sind).

Die japanischen Konjunkturprogramme hatten lediglich die Wirkung, daß die Staatsverschuldung immer weiter stieg. Nach Schätzungen der OECD wird sie bald auf über 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wachsen, die höchste von allen OECD-Ländern. Deshalb wird die japanische Regierung bald auf weitere Konjunkturprogramme verzichten müssen. Was sollte im übrigen mit ihnen noch finanziert werden? Der Platz für weitere Autobahnen, Brücken und Fußballstadien wird allmählich knapp. Für sinnvolle Zwecke kann das Geld nicht benutzt werden, das würde bei den Investoren einen schlechten Eindruck machen.

Ausländische Abnehmer finden japanische Anleihen allerdings ohnehin nicht mehr. Laut OECD befinden sich nur 6,5 Prozent aller JGBs (Japan Government Bonds) in Händen ausländischer Investoren. 59 Prozent sind im Besitz des öffentlichen Sektors. Dazu gehören etwa die Postsparkasse und staatliche Pensionsfonds. Sie treten auch als Aktienkäufer auf, z.B., wenn es darum geht, jedes Jahr im März die Kurse zu stützen, damit die Banken zum Stichtag 1. April bessere Bilanzen haben. Dieses Engagement soll nach dem Willen der Regierung verstärkt werden. Ist also bald die gesamte Wirtschaft im Besitz der Postangestellten? Daran würden sie derzeit nicht viel Freude haben. Der Exportsektor ist der einzige Sektor, der Gewinne verzeichnet. Aber insbesondere in der Automobilbranche macht sich bereits der schwache Dollar bemerkbar. Ein stärkerer Yen könne die Profite ab dem nächsten Jahr belasten, sagte ein Sprecher von Toyota. Ohne den Export aber wird sich die Situation der japanischen Wirtschaft zügig verschlechtern. Schon jetzt winkt die nächste Rezession: »Der japanische Index der Frühindikatoren ist im März zum ersten Mal seit Oktober unter die kritische Schwelle von 50 % gefallen. Damit steht Japan nach dem Wachstumsjahr 2002 möglicherweise vor der vierten Rezession seit 1990« (»Handelsblatt«).

Die Notenbank interveniert gegen die Aufwertung des Yen und kauft Dollar auf, um dessen Kurs zu stützen. Schließlich wird erwartet, daß sie irgend etwas unternimmt. Nützen wird das natürlich nichts; Krisen sind im Kapitalismus unvermeidlich, und Notenbanken können sie nicht verhindern, sondern höchstens verzögern und verschlimmern. Die Federal Reserve etwa hat, indem sie die US-Wirtschaft mit billigem Geld überschüttete, eine Immobilien- und Kreditblase produziert. Um deren Platzen zu verzögern, mußten die Zinsen immer weiter gesenkt werden, während man auf ein Wunder hoffte. Aber Wunder sind rar.

Die Europäische Zentralbank tut gegenwärtig das beste, was sie tun kann: nichts. »Auch die Entscheidung, die Leitzinsen unverändert zu lassen, ist eine Handlung«, sagte EZB-Präsident Duisenberg bei der Pressekonferenz anläßlich der Sitzung des Zentralbankrates am 8. Mai. Ohne daß die Europäer dafür etwas tun müßten, wird der Euro in naher Zukunft dem Dollar den Platz als wichtigste Währung streitig machen. Dessen Abstieg hat gerade begonnen. Daß »keiner sich einen Dollar-Crash leisten« kann, wie es kürzlich in einem »Jungle World«-Kommentar hieß, wird ihn kaum aufhalten. Auch beim Aktien-Crash wurde nicht gefragt, ob alle damit einverstanden sind.

Immer wieder wurden die USA in den vergangenen Jahren als Wirtschaftswunderland gelobt. Wer kennte sich im Wunderland besser aus als Lewis Carroll? In seinem zweiten »Alice«-Roman von 1872 findet sich ein Vers, der auch auf den Dollar paßt:

Humpty Dumpty sat on a wall:

Humpty Dumpty had a great fall.

All the King's horses and all the King's men

Couldn't put Humpty Dumpty in his place again.

Stefan Frank schrieb in KONKRET 5/03 über die rotgrüne Sozialstaatsdemontage

Konkret 06/03, S. 27

Georg Fülberth

Interregnum

Ist der Journalist Bob Woodward ein Totenvogel oder ein Prophet der nationalen Wiedergeburt der USA?

Vor dreißig Jahren trug Bob Woodward, damals und heute Journalist der »Washington Post«, durch die Enthüllung des Watergate-Skandals zum Sturz Richard Nixons bei. Ein Präsident ging, der die Niederlage in Vietnam hatte quittieren müssen und der die Konvertibilität des US-Dollars und dessen Stellung als offizielle Leitwährung nicht hatte verteidigen können. Der Entschluß zum Rückzug aus Indochina, der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und die entscheidenden Schläge in der Watergate-Affäre fanden im selben Jahr statt: 1973. Nachdem Nixon 1974 zurückgetreten war, folgte ein Interregnum: Sein Nachfolger Gerald Ford wurde nach zwei Jahren abgewählt, Carter hielt sich nur eine Periode. Dann kam die Wende mit Reagan: Neoliberalismus und der Sieg im Wettrüsten.

Man kann es sich also aussuchen, ob man in Bob Woodward einen Totenvogel oder einen Propheten der nationalen Wiedergeburt sehen will. Diejenigen, die ihm die Gelegenheit verschafften, nun wieder ein wohlmunitioniertes Buch über den innersten Kreis der militärisch-politischen Macht zu schreiben, werden sich das vorher überlegt haben. Irgend jemand überließ Woodward die Protokolle des Nationalen Sicherheitsrats von September bis Dezember 2001. Woodward führte ein langes Interview mit George W. Bush und ein ausführliches Hintergrundgespräch mit dem Präsidenten auf dessen privatem Wohnsitz in Texas. Die kleinen zusätzlichen Informationen, die er über die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice einstreut, lassen auf Protektion durch diese schließen. Es handelt sich also um gewünschte Hofberichterstattung.

Was ist dabei herausgekommen? Wir wohnen einer Art Kammerspiel mit abgezirkelten Bewegungen bei, manchmal meint man im Hintergrund ein Cembalo zu hören. Das zentrale Personal ist eng begrenzt, Bush und die sieben »Chefs«: der Vizepräsident, der Außenminister, der Verteidigungsminister, die Sicherheitsberaterin, der CIA-Direktor, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs und der Stabschef des Weißen Hauses. In der zweiten Reihe gibt es noch sechs »Stellvertreter«, in der dritten sechs »andere wichtige Berater«, vier CIA-Agenten und zuletzt acht Chargen: sieben Führer der afghanischen Nordallianz und Hamid Karzai.

In den engsten Kreis schlägt am 11. September 2001 ein bekanntes Ereignis ein. Ab sofort nimmt jede dieser Personen Haltung an, besinnt sich auf das Textbuch der eigenen Rolle und beginnt sie – zunächst je für sich – zu spielen. Bush möchte ein guter Präsident sein, Cheney ein effizienter und auch ein bißchen selbständiger Vize, Rumsfeld ein schlagkräftiger Verteidigungsminister, Powell ein korrekter Außenminister – und so weiter. Man trifft sich häufig, am Anfang der Sitzungen wird ein Gebet gesprochen, und dann läuft eine Art Interaktion unter Autisten, wobei Rice auch für die Kommunikation zu sorgen hat, und sei es durch Anstimmen gemeinsamer Gesänge (»Old Man River«, »Nobody Knows the Trouble I've Seen«, »America the Beautiful«) im gemütlichen Teil eines Abends in Camp David.

Am eigentümlichsten wirkt zweifellos Bush. Ständig ist er mit der Frage beschäftigt, was ein Präsident in einer bestimmten Lage zu tun und zu sagen hat. Ihn interessiert die eigene Körpersprache. In einem Extraraum übt er seine Reden. Dann gibt es noch ein Fitneß-Zimmer, in dem er sich erhitzt und wieder abkühlt. Sehr beeindruckt ihn die Erzählung Putins, seine Mutter habe ihm einst ein Kreuz geschenkt, das gerettet wurde, als ihm die Datscha abbrannte. Bush gibt keine Ruhe, bis er bei der nächsten Begegnung mit dem russischen Kollegen das Ding tatsächlich sehen darf.

Ein Präsident, das ist ihm sofort klar, muß auf den 11. September so reagieren, daß seine Landsleute sich in ihm wiederfinden. Dazu gehört die Demonstration von Tatkraft. Unter dem Datum 13. September meldet Woodward: »Powell zum Beispiel erkannte, daß Bush der Worte überdrüssig war. Der Präsident wollte endlich Tote sehen.«

Aber wo? Die Runde beschließt, daß Al-Qaida den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon verübt habe. Dies ist ein Axiom und hat damit den großen Vorteil, daß es eines weiteren Beweises nicht bedarf. Alles andere ist dann folgerichtig, denn Afghanistan war wohl tatsächlich ein Stützpunkt von Al-Qaida. Der daraus sich ergebende Feldzug hatte zwischenzeitlich die Schwierigkeit, daß es schon nach dem ersten Bombardement keine richtigen Ziele mehr gab. Der Sieg wurde dann so definiert, daß in Kabul ein befreundeter Stammesführer, Karzai, installiert wurde, während im übrigen Land die Warlords, ausgestattet mit 70 Millionen Dollar Handgeld (als Prämien und für Lazarette), sich weitgehend selbständig betätigen durften. Auf diese Idee waren die Sowjets einst nicht gekommen. Auch hatte es ihnen an der geeigneten Währung gefehlt.

Daß im Buch weder vom Öl noch von Interessen der Rüstungsindustrie geredet wird, ist keine Fälschung. Wir haben es hier ja tatsächlich mit einem vergleichsweise kleinen Segment zu tun: dem Kriegskabinett. Das System funktioniert vielleicht am besten durch die relative Autonomie seiner einzelnen Teile.

Für sich genommen wäre Woodwards Report recht belanglos. Gerade dies provoziert die Frage, weshalb er gefördert und geschrieben wurde und nunmehr auf die Bestseller-Listen gelangte. Interessant wird er durch die Perspektive auf ein

Ereignis, das erst später stattfand: den Irakkrieg, und die Frage nach der Zukunft der auswärtigen Politik der USA.

Donald Rumsfeld hatte es schon in den ersten Tagen nach dem 11. September 2001 gewußt: Man müsse gegen Saddam Hussein losgehen. Colin Powell war das deshalb nicht recht, weil er den Nato-Partnern beim besten Willen keinen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und dem Irak hätte erklären können. Dies mag den Chef des Pentagon in seiner stillschweigenden Überzeugung bestärkt haben, daß das State Department eine überflüssige Behörde ist.

Der Konflikt Powell-Rumsfeld macht die Dramaturgie dieses Buches aus. Dahinter stehen zwei einander widersprechende Auffassungen von den außenpolitischen Erfordernissen der USA. Gemeinsam ist ihnen der Befund, daß das Land nicht optimal geführt wird, weil seine strategischen Fähigkeiten in gefährlicher Weise hinter seiner militärischen Potenz zurückgeblieben sind.

Dann beginnt der Unterschied: Rumsfeld hält es offenbar für eine Dummheit, daß sich Bush von Powell und Blair dazu bringen ließ, sich um eine Zustimmung der Uno zu bemühen. Wäre man einfach losmarschiert – wie Breschnew Ende 1979 in Afghanistan oder Reagan 1983 in Grenada – , wäre der Ärger kleiner gewesen (wenigstens zunächst). Powell sieht das umgekehrt: Diplomatische Absicherung sei besser. Er hat allerdings das Problem, daß Verbündete nicht mehr so leicht zu überzeugen sind. Offenbar haben bisherige Alliierte inzwischen eigene Interessen entdeckt, die sie ohne und gar gegen die USA verfolgen wollen.

Und überdies meinen sie plötzlich vieles besser zu wissen. In deutschen Talkshows zum Beispiel wird eine ziemlich kesse Lippe riskiert. Der EU-Kommissar Verheugen ließ verlauten, die USA seien zwar unübertroffen im Bombenwerfen und Raketenschießen, aber sie seien keineswegs auf dem neuesten Stand, was die feineren Künste angeht: Integrieren, indirekte Einflußnahme. (Angesichts von Microsoft einerseits, der hübschen Resultate in Afghanistan andererseits könnte es sich um ein Fehlurteil handeln.)

Dies soll wohl wie ein Angebot klingen, das imperialistische Geschäft doch besser arbeitsteilig zu betreiben. Die Bush-Administration sieht da eher Anlaß zu Mißtrauen: Die Freunde könnten ihre *soft skills* zum Nachteil der Vereinigten Staaten einsetzen wollen.

Ob Alleingang oder kollektiver Imperialismus: Keine dieser Varianten stimmt mit den aktuellen Optionen des Präsidenten voll überein. Eine Übervorteilung durch Chirac und Schröder überdies wäre vollends das Letzte. Schon vor einiger Zeit unkte Kissinger in einem Interview, es könnte Parallelen zwischen Nixon und Bush jr. geben.

Wie man das Ding auch ansieht: ob als empathischer Kiebitz des Kriegskabinetts oder als antiimperialistischer Nörgler – die Wahl zwischen Pest (Unilateralismus), Heuschnupfen (Multilateralismus) und Cholera (»Europa«) ist irgendwie nicht recht erbaulich.

Bob Woodward: *Bush at War. Amerika im Krieg*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München 2003, 400 Seiten, 24,90 Euro.

Konkret 06/03, S. 28

Thomas Uwer

Progressive overthrow

Weil die erhoffte Katastrophe im Irak ausgeblieben ist, befindet sich Deutschland auf der Flucht vor der Realität.

Ein Termin im Ministerium für Zusammenarbeit. Anwesend sind die Ministerin, die Experten sowie ein Entwicklungshelfer als Protokollant, der folgendes zu Papier bringt. »Fazit der Runde: Der Krieg hat mehr Probleme geschaffen als er gelöst hat ... Deutschland wird sich an der humanitären Hilfe für den Irak beteiligen, sich mit Blick auf weitergehende Wiederaufbauleistungen jedoch zurückhalten. Mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen sollte klug umgegangen werden. Nichts tun, was den nicht legitimierten Krieg nachträglich gutheißen könnte ... Wichtig ist, daß das Öl im Besitz des irakischen Volkes bleibt. Wer freilich das Volk ist ..., ist noch nicht klar erkennbar.«

Prägnanter läßt sich die deutsche Haltung zum Irak nach dem Sturz Saddam Husseins nicht zusammenfassen. Seit am 9. April in Bagdad die Statuen fielen und mit ihr die Diktatur Saddam Husseins, befindet sich Deutschland auf der Flucht vor der Realität. Mit der gleichen Verbissenheit, mit der deutsche Experten zuvor vor einem Flächenbrand und Hunderttausenden Toten gewarnt hatten, hält man nun an den Analysen und Prophezeiungen fest, die längst widerlegt sind. Jede Tatsache, die der eigenen Erwartung widerspricht, muß ignoriert werden, das Unbestreitbare wird eingefügt in das bereits existierende falsche Bild.

Am 14. Mai wurde das zitierte Protokoll der »erweiterten Leitungsbesprechung zur Lage im Irak« unter Punkt vier eines Rundmails des entwicklungspolitischen Dachverbandes Venro versandt. Am selben Tag hoben Schaufelbagger in al-Mahawil, südlich von Bagdad eine Grube mit den sterblichen Überresten mehrerer Tausend Menschen aus. Zuvor waren in Hillah zwei Gruben mit jeweils über 2.000 Leichen gefunden worden, fünf weitere im Südirak bereits Anfang Mai. »Der Krieg hat mehr Probleme geschaffen, als er gelöst hat«, das »Volk« leidet, wer das Volk aber ist, läßt sich nicht so einfach sagen.

Wer ernsthaft glaubte, hinter der Ablehnung des Krieges stünde einzig die Sorge um die irakische Bevölkerung, der dürfte seit dem Fall von Bagdad eines Schlechteren belehrt sein. Es geschah, womit keiner der deutschen Nahost-Experten gerechnet hatte. Die angekündigte Katastrophe eines explodierenden Nahen Ostens fand nicht statt, und anstelle einer verzweifelten Verteidigungsschlacht boten die Irakis vielerorts Bilder der Freude über den Sturz des Regimes, den sie ohne fremde Hilfe nicht hätten ins Werk setzen können. Seitdem wird der Bevölkerung übelgenommen, daß sie sich nicht als jenes aufgehetzte Kollektiv zürnender Massen verhielt, als das man sie hierzulande beständig präsentiert (hatte). Daß Irakis dem gesunden Menschenverstand folgten, zu Hause blieben, als geschossen wurde, Uniformierten mißtrauten und die arabische Nation nicht bis zur letzten Granate verteidigten, mag man ihnen nicht verzeihen.

Anarchisten und Linksradikale, die sonst jeden Ladendiebstahl als Akt revolutionärer Umverteilung verbrämen, echauffieren sich über Plünderer, die »Junge Welt« schimpft auf das »Lumpenproletariat«, das in die reichen Viertel Bagdads eindringt, um sich schadlos zu halten an dem, was zuvor seiner Unterdrückung diente. Was geschieht, wenn man die Irakis sich selbst überläßt, ahnte Franziska Augstein bereits vor dem Sturz Saddams: »Die meisten Irakis können, ohne Schaden zu nehmen, eine Straße überqueren. Das ist nicht viel. Aber wird man das auch von den Zuständen sagen können, die im Land herrschen werden, nachdem die Amerikaner dort aufgemischt haben? Allenthalben wird befürchtet, daß ein neuer Golfkrieg und Saddams Sturz nicht Demokratie und Friede mit sich brächten, sondern Bürgerkrieg und Anarchie.« Der größte Feind des Volkes ist die Freiheit.

So melden sich nun auch jene zurück, die in der Diktatur schon immer eine adäquate Herrschaftsform sahen. Professor Walter Sommerfeld ist Vorsitzender der Deutsch-Irakischen Gesellschaft, die vor zwei Jahren noch einen Solidaritätsflug mit Jamal Karsli nach Bagdad organisierte. Im vergangenen September sollte er gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der Ba'th-Partei, Dr. Hashimi, und einem Vertreter der irakischen »petrochemischen Industrie« vor deutschen Unternehmern im Heidelberger Crown Plaza Hotel auftreten. Heute berichtet er aus Bagdad und beschreibt, was der ARD-»Kulturreport« als »Vernichtung des Weltkulturerbes« bezeichnete – die »Plünderung« des irakischen Nationalmuseums, nachdem dieses in »die Hände der Amerikaner fiel«: »Die Plünderer brachen ungestört die Magazine auf, deren Bestände insgesamt über 170.000 Inventarnummern umfaßten ... der größte Teil der Kollektionen dürfte geraubt sein.« Irakis, die ihm dies berichteten, wollten »lieber anonym bleiben, weil sie sich vor Repressionen fürchten«.

Die Meldung machte schnell die Runde, aus der Vermutung wurde Gewißheit, aus der »Vernichtung« ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (»Süddeutsche Zeitung«). Was half es da, daß ein großer Teil der verschwundenen Exponate wieder aufgetaucht, das Nationalarchiv nicht, wie behauptet, verbrannt ist und Bagdader Bürger Hunderte mitgenommener Gegenstände wieder zurückgebracht haben – inklusive dem, was vorher im Museumsshop auslag? Was zählt schon das Leben Hunderttausender, die ermordet wurden, vor dem »unschätzbaren Wert« einiger Tonscherben aus Nebukadnezars

Zeiten? »Seit dem Fall von Bagdad herrscht in der Fünf-Millionen-Stadt Anarchie. Unter Saddam war es schlimm, aber jetzt ist es noch schlimmer.«

Die Rede vom Versagen Amerikas im Irak zeugt längst nicht mehr nur vom Wunsch der Experten, ihre Horrorszenarien möchten am Ende doch noch wahr werden. Die notwendig falsche Wahrnehmung deutscher Kommentatoren, die in der Redewendung zum Ausdruck kommt, der Friede sei schwerer zu gewinnen als der Krieg, trachtet zugleich danach, das Zerrbild des Irak Wirklichkeit werden zu lassen. Denn das Scheitern der anglo-amerikanischen Bemühungen um den Aufbau einer föderalen Regierung, die den nationalstaatlichen Rahmen des Irak unberührt läßt, stellt die zentrale Voraussetzung dar für die Re-Etablierung Deutschlands in der Politik des Irak.

Bereits im März veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung das Strategiepapier »Towards a European Strategy in Iraq«, das keinen Zweifel daran läßt, daß die erste Auseinandersetzung über die Frage der Gestaltung des Irak verloren ist. »Die Anerkennung der Tatsache, daß ein Regime Change im Irak sicher bevorsteht«, schicken die Autoren des Papiers voraus, »bedeutet nicht, daß der Krieg oder die Politik der jetzigen US-Administration gutgeheißen würde.« Es gehe vielmehr darum, in der Zeit nach dem sicheren Regimewechsel, Europa zurückzuführen zu der Rolle einer gestaltenden Großmacht in Nahost, dem »Hinterhof der EU«. Diese Rolle stehe Europa zu. »Die Bevölkerung der EU wird von heute 371 Millionen auf 539 Millionen wachsen – mehr als doppelt so groß also wie die der USA. Das Bruttoinlandsprodukt liegt etwa 15 % über jenem der USA. Dieses Potential könnte den Status einer Weltmacht sichern – rund 35 % der Weltproduktion (USA 27 %) und 30 % des Welthandels (USA 18 %) liegen in europäischen Händen.« Frankreich und Deutschland müßten nur wieder gemeinsam »den weltpolitischen Horizont in den Blick nehmen«.

Um das europäische Potential gegen Amerika ausspielen zu können, empfehlen die Autoren nach dem Sturz des Regimes einen »Progressive overthrow« im Irak. Was damit gemeint ist, erläutert Werner Weidenfeld, führender Experte der Stiftung. Die territoriale Integrität des Irak, so Weidenfeld, sollte nur pro forma erhalten bleiben, während eine langfristige Neuordnung darauf zielen solle, »die administrativen Grenzen der Region zügig zu zerschlagen« (»to speedily demolish administrative frontiers in the region«), um das Kernproblem des Nahen Ostens anzugehen: »die artifizielle Teilung der Region in Nationalstaaten«. Eine Neuordnung des Irak, die den europäischen Interessen entspricht, werde nur über eine Neuordnung der gesamten Region zu erreichen sein. Nationale Grenzen, so das Papier, hätten sich als untauglich erwiesen, Stabilität und Sicherheit zu garantieren.

Die Expertise erinnert verhängnisvoll an die Planungen, die von der Bertelsmann-Stiftung bereits angesichts der »Neuordnung des Balkan« entwickelt worden waren. Die Nationalstaaten Osteuropas galten damals als Hindernis auf dem Weg zu einer »deutschen Vormachtstellung« auf dem Balkan. Hegemonialpolitik, so das Konzept damals wie heute, müsse die destruktiven Kräfte von Ethnien und Völkern nutzen. Es ist ein gangbarer Weg, wie sich gezeigt hat – und einer, der dem deutschen Gerechtigkeitssinn entgegenkommt. Wie bereits im Falle des Balkan, so fußt auch die Wahrnehmung des Orients auf der Vorstellung eines Primats ethnischer und religiöser Selbstbestimmung gegenüber dem Prinzip von Nationalstaatlichkeit und Individualrechten. Konflikte, so die Logik, entspringen der »Künstlichkeit« von Nationalstaatsgrenzen und der »Inkohärenz« von Staaten und Gesellschaften, innerhalb derer quasi naturgemäß widerstreitende Kollektive ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht erhalten können, ohne das gesamte Staatsgefüge in Frage zu stellen. Die feste Überzeugung, ein Sturz des irakischen Regimes werde zwangsläufig zum Ausbruch innerirakischer Kämpfe und einem Zerfall des Staates führen, speist sich auch aus dem Mißverständnis, daß Befreiung mit der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts gegen den Staat gleichzusetzen sei. Die politischen Optionen, die sich daraus ergeben, bewegen sich zwischen den Extremen einer diktatorischen Unterdrückung der aus dem Streben nach Selbstbestimmung herrührenden Konflikte oder aber der Zuspitzung ethnischer Differenzen mit dem Ziel der vollständigen Auflösung von Staaten.

Im Falle des Irak hatte Europa bekanntlich auf eine Erhaltung der Diktatur gesetzt. Da daraus nichts wurde, stören amerikanische Flugzeugträger die weltpolitischen Aussichten genauso wie ein funktionierender irakischer Nationalstaat. Dies mag erklären, warum Bundeskanzler Schröder, zuvor die führende Stimme der weltweiten Proteste gegen eine Intervention im Irak, nunmehr der prominenteste Anwalt für eine vollständige Fremdverwaltung des Landes ist. Nichts anderes nämlich bedeutet die Forderung nach einem UN-Mandat. Denn partizipieren werden Frankreich und Deutschland in Zukunft nur, wenn die Irakis selbst nichts zu bestimmen haben. Daß die Strategien der Bertelsmann-Stiftung zur Errichtung einer deutsch-europäischen Vormachtstellung sich bis dato als wenig erfolgreiche Hyperkrisie entpuppt haben, vermag angesichts dieser Perspektive kaum zu beruhigen. Im Kosovo und in Bosnien läßt sich studieren, wie wirkungsvoll deutsche Volkstumspolitik bestehende gesellschaftliche Strukturen zu zerschlagen vermag.

Viel Überzeugungsarbeit wird die Bertelsmann-Stiftung nicht leisten müssen, um ihre Strategie in Deutschland durchzusetzen. Schon längst wird jeder Zwischenfall im Irak in der deutschen Presse höhnisch kommentiert – die Amerikaner verstünden halt die Völker des Orients nicht. »Während in Afghanistan Gefolgschaft seit jeher erkauft werden kann, ist das in dem weniger archaischen Irak, wo Schiiten, Kurden und Sunniten miteinander hadern, nicht so leicht zu machen«, weiß Franziska Augstein. Heribert Prantl führt den Gedanken fort: »Die Amerikaner haben mit ihrem Krieg

gegen den Irak den Halys überschritten ... Der Staat Amerika handelt wie einst der Titan Kronos, der seine eigenen Kinder gefressen hat, aus Angst, sie könnten ihm gefährlich werden.« Hätte der Krösus Bush nicht dem Kronos Bush die Kinder serviert, sondern statt dessen den Orakeln aus Deutschland gelauscht, wäre alles anders gekommen. Ein Reich wäre erhalten geblieben, die Museen intakt und die Straßen so sicher, wie das Öl im Besitz des irakischen Volkes, dem es noch nie gehörte. Nunmehr aber ist alles in Frage gestellt.

Thomas Uwer schrieb in KONKRET 5/03 über die Rechthaberei der Verlierer im Irakkrieg

Konkret 06/03, S. 30

Sylke Tempel

No more Arafat

Hat der neue palästinensische Premier Mahmud Abbas eine Chance?

Vor knapp zehn Jahren, als Jericho neben dem übervölkerten Gazastreifen zur ersten »palästinensisch-autonomen Zone« erklärt wurde und PLO-Chef Yassir Arafat dort seinen Regierungssitz aufschlagen wollte, stand die Oase im Jordantal für einen kurzen Moment im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Dann versank das Städtchen wieder in seine Jahrtausende währende Lähmung. In ewiger Routine zirkelt die Dorfjugend um den von Geldern der Europäischen Union verschönten Marktplatz. Von der israelischen Armee, die sukzessive alle Städte der West Bank neu besetzte, ist nicht viel zu sehen. Wozu auch? Kein Stein flog in Jericho seit dem Ausbruch der »Al-Aksa-Intifada« Ende September 2000. Niemand liefert sich Schußwechsel mit der israelischen Armee. Die »bewaffneten Widerstandsgruppen« streiten sich nicht um Einflußzonen wie in den anderen palästinensischen Städten. Die Männer Arafats, der palästinensischen Revolution und des islamischen Fundamentalismus haben Jericho einfach vergessen.

So war das Städtchen ein geradezu idealer Treffpunkt für den neuen palästinensischen Premierminister Machmud Abbas, alias Abu Mazen, und seinen ersten Gast, US-Außenminister Colin Powell, geruhsamer allemal als Ramallah, die »heimliche Hauptstadt« der palästinensischen Autonomiebehörde und Residenz Yassir Arafats.

»No more Arafat« heißt die Parole der Bush-Administration. Man sei der Doppelzüngigkeit und Unverläßlichkeit des Palästinenserpräsidenten überdrüssig. Tausendmal habe Arafat versprochen, einen Waffenstillstand durchzusetzen, habe er nach vorne die Hand zum Schwur für den »Frieden der Tapferen« gehoben und hinter dem Rücken das Zeichen zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegeben. Nur wenn die palästinensische Autonomiebehörde sich endlich reformiere, würden die USA sich für Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern engagieren.

Ihren längst ausgearbeiteten »Fahrplan« veröffentlichte die US-Regierung denn auch prompt einen Tag nachdem Mahmud Abbas nach vielen Störversuchen seines Präsidenten ein Kabinett vorstellen konnte. Was genau will und was kann der neue Premier reformieren? Und darf die Supermacht USA ihren angeblichen Nahost-Imperialismus wieder einmal so offen herauskehren?

In einem Interview mit der Arafat nahestehenden Tageszeitung »Al Ayyam« hatte Abu Mazen im November letzten Jahres zum ersten Mal offen ausgesprochen, was viele Palästinenser dachten: »Sehen wir uns die palästinensischen Institutionen doch genau an: Die offizielle, mit den Wahlen festgelegte Amtszeit jeder einzelnen ist längst überschritten. Wir müssen dringend neue Wahlen abhalten, um die Rechtmäßigkeit unserer Institutionen zu erneuern. Das gleiche gilt für unsere Stadtverwaltungen, die zum letzten Mal 1976 gewählt wurden. Doch unsere Minister sitzen noch immer in ihren Sesseln und benehmen sich, als ob die Ministerien ihr Privatbesitz seien. Das gleiche gilt für die (insgesamt zwölf) Sicherheitsapparate, unter denen es keinerlei Koordination gibt und in denen völlige Anarchie herrscht.«

»Geschäftstüchtigkeit« bewiesen seine hochrangigen Kollegen, die ihre Posten als Privatbesitz ansehen, allemal. Achmad K'rei alias Abu Al'a beispielsweise, Architekt des Osloer Abkommens und Vorsitzender des Legislativrates, besitzt das Monopol auf die Einfuhr von Marlboro-Zigaretten und Konserven. Wirtschaftsminister Maher Al Mazri ist Besitzer einer Tankstellenkette und Autoimporteur; Arafats Finanzberater Mohammed Rashid teilt sich das Monopol auf die Einfuhr und Herstellung von Beton, Sand, Stahl und Zement mit Arafats Bürochef Ramzi Khouri. Auch Abu Mazen sicherte sich seine Einkommensquellen: Er ist Besitzer der Sky Advertisement, die die gesamte West Bank und Gaza mit – von der Behörde gesponserten – Werbetafeln überzog.

Immerhin bekleidete Abu Mazen niemals ein Ministeramt oder einen anderen der vielen neu geschaffenen Posten in der Autonomiebehörde. Er agierte stets lieber im Hintergrund. 1993 trieb er die Geheimverhandlungen in Oslo voran, 1995 entwickelte er zusammen mit Yossi Beilin, dem israelischen Architekten des dort ausgehandelten »Grundsatzabkommens«, eine grobe Leitlinie zur Lösung der schwierigen »Endstatus-Themen« (Teilung Jerusalems, jüdische Siedlungen, Grenzen eines palästinensischen Staates). Er ist kein Mann, der offene Opposition betreibt. War er unzufrieden, zog er sich zurück.

Nun plötzlich entschloß er sich doch zur Konfrontation mit dem »Symbol der palästinensischen Sache«. Abu Mazen gehört jenen Kräften innerhalb der palästinensischen Elite an, die den Ruf nach Reformen und einer transparenten Finanzverwaltung nicht für einen Verrat der palästinensischen Sache an den Imperialismus halten. Im Sommer letzten Jahres bezeichnete er die »Militarisierung der Intifada als gravierenden Fehler«. Sein Zuhörerkreis war gut gewählt: der »Rat der Flüchtlinge in Gaza«, für deren Rückkehrrecht in die alten Dörfer die Kämpfe angeblich geführt werden, und eine Versammlung hoher Fatah-Funktionäre vor allem aus den Sicherheitsdiensten – Leute also, die bewaffneten Guerillagruppen das Handwerk legen sollten, sich statt dessen aber oft genug an Scharmützeln mit der israelischen Armee beteiligen.

Nachdem sich die erste Aufregung über seine ketzerischen Ansichten gelegt hatte, wagte Abu Mazen sich weiter vor. In Interviews mit palästinensischen und anderen arabischen Zeitungen verhöhnte er den »großen Mut unserer arabischen Brüder«: Sie wollten Israel »bis zum letzten Palästinenser bekämpfen«. Ihre Ermutigung zum bewaffneten Kampf sei nicht nur überflüssig, sondern geradezu unmoralisch.

Wenigstens rhetorisch – und das ist schon wesentlich mehr, als Arafat je gezeigt hat – wagt Abu Mazen schon seit längerem die Konfrontation mit den sogenannten Oppositionsgruppen der fundamentalistischen Hamas, des Jihad al-Islami oder der linksradikalen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Sie agierten »unter dem Deckmantel der Behörde«, benutzten sogar die Fahrzeuge von PLO-Chef Arafat, um nicht unter Beschuß israelischer Truppen zu geraten, sie riskierten »Leben und Gesundheit unserer Kinder« und brüsteten sich mit Aktionen, die »niemandem etwas nützen«. »Zusammen mit den Israelis zerstören unsere Brüder alles, was wir in den Jahren der Verhandlungen aufgebaut hatten, und unsere Option auf einen umfassenden Frieden. Sie schießen, nur um sagen zu können, sie hätten sich an der Intifada beteiligt, und sie opfern ihre Märtyrer. In Wirklichkeit opfern sie den palästinensischen Traum eines eigenen Staates«, rief er in einer Rede vor Fatah-Funktionären vom Juli letzten Jahres. Die sogenannten Helden als Zerstörer des palästinensischen Traumes: So klar hatte noch kein arabischer Politiker die Nutzlosigkeit dieser Intifada umrissen.

Abu Mazen hat nicht das Charisma eines Yassir Arafat, er hat nicht die Popularität eines Mohammed Dachlan, des neuen Sicherheitsministers, der zu den Köpfen der ersten Intifada gehörte und auf ein Netzwerk loyaler Mitstreiter zurückgreifen kann. Abu Mazen wurde im nordisraelischen Safed geboren, seine Familie flüchtete 1948 nach Syrien – es gibt keinen Clan in der West Bank und in Gaza, auf den er sich stützen könnte. Dennoch wagte er – anders als Arafat-Epigonen wie der »Kommunalminister« und informelle Pressesprecher Saeb Erekat oder Informationsminister Yassir Abed Rabbo – die direkte Konfrontation mit dem »Chef«.

Abu Mazen wird viel Hilfe von außen brauchen, seine Ziele durchzusetzen: eine Reform der Institutionen, Wahlen und die Unterwerfung der Oppositionsgruppen unter den »Willen der Mehrheit, die nicht von der Hamas, dem Jihad-al Islami oder der PFLP regiert werden will«. Halten wird er sich nur können, wenn die USA Druck auf Israels Regierung ausüben, ihre in der »roadmap« festgelegten Aufgaben zu erfüllen und den Siedlungsbau zu stoppen.

Sylke Tempel schrieb in KONKRET 8/02 über die Haltung der Israelis zu Sharon

Konkret 06/03, S. 32

Eldad Beck, Tjark Kunstreich

»In diesem Land ist noch immer alles möglich«

KONKRET-Interview mit Eldad Beck, Deutschland-Korrespondent von »Yedioth Ahronoth«, der größten Tageszeitung Israels, über deutsche Meinungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt und die europäische Entsorgung der Vergangenheit.

KONKRET: Sie arbeiten seit einem Jahr in Deutschland. Hat sich in dieser Zeit Ihr Eindruck von Deutschland verändert?

Eldad Beck: Ich bin mit einer ziemlich positiven Meinung nach Deutschland gekommen. Man hatte mir gesagt, im Vergleich zu Österreich sei Deutschland – was die Juden und Israel betrifft – fast ein Paradies. Ich habe festgestellt, daß dem nicht so ist.

Weil man hierzulande über Israel eine Meinung haben möchte, ohne von Auschwitz noch sprechen zu müssen.

Und ohne Tatsachen anzuerkennen. Nur ein Beispiel: Die Berichte über die Wahlen in Israel vom Januar 2003 waren fast ausnahmslos mit Fotos von orthodoxen Juden bebildert. Wenn wirklich fast alle Zeitungen, egal wie sie zu Israel stehen, eine solche Verbindung herstellen, gibt es ein Problem. So zu tun, als bestünde Israel nur aus Orthodoxen, ist ein Versuch, Israel »rassisch« zu definieren.

Israel hatte nach dem 11. September 2001 gehofft, der Westen würde entschiedener auch gegen den palästinensischen Terror Partei ergreifen. In den USA scheint sich diese Hoffnung erfüllt zu haben, bei den Europäern das Gegenteil.

Hier hat sich nach dem 11. September eine Tendenz verstärkt, die schon nach Beginn der Intifada spürbar war: Israel gilt als Ursache aller Probleme, die man mit der islamischen Welt hat. In Wirklichkeit ist der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ein Element des Problems, das Naher Osten und Islamismus heißt. Wer das Problem in Israel sieht, will Israel an die Existenz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Europa ein Gefühl von Schuld und Verantwortung gegenüber den Juden. Heute herrscht die Meinung vor, man habe den Juden den Staat Israel quasi als kollektive »Entschädigung« geschenkt und habe deshalb das Recht, sich in die Angelegenheiten dieses Staates einzumischen und die Israelis moralisch zu belehren. Das ist nicht nur eine Frechheit: Es ist ein Verbrechen gegen die Geschichte. Die Juden in Europa haben sich nach dem Ende des Holocaust nicht gesagt: »Gehen wir ein bißchen spazieren und schauen wir, wo wir Urlaub machen können.« Die meisten mußten fliehen, nicht nur aus Europa, sondern auch aus den arabischen Staaten. Wer behauptet, es habe diese Not, aus der Israel entstanden ist, nicht gegeben, fälscht Geschichte. Wer zu einer Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern kommen will, muß die historischen Proportionen sehen. Genau das wollen die Europäer nicht.

Deshalb der Pro-Islamismus in Europa und insbesondere in Deutschland?

Ich spreche nicht von dem Islam oder den Moslems, sondern vom radikalen Islamismus. Das ist ein Neo-Faschismus, der den Platz des panarabischen Nationalismus eingenommen hat und von verschiedenen faschistischen Traditionen aus Europa beeinflußt wird, wozu auch der vehemente Antijudaismus gehört. Anstatt das zu begreifen, will man die Islamisten »verstehen«. Das hat damit zu tun, daß man wie sie der Meinung ist, die Juden seien an allem schuld. Weil man aber statt »die Juden« meistens »Israel« sagt, glaubt man, nicht antisemitisch zu sein. Doch das stimmt nicht: Wie oft wurde ich von anderen Journalisten als Korrespondent der »größten jüdischen Zeitung« vorgestellt. Für sie sind »Israel« und »die Juden« ein und dasselbe.

Nicht jeder Kritiker der Politik Israels ist ein Feind der Juden. Manche Kritiker sind jüdische Israelis.

Mich wundert es sehr, daß in der deutschen Öffentlichkeit die immer gleichen sechs oder sieben Israelis auftreten, die eine bestimmte politische Linie vertreten, die in Israel vielleicht ein oder zwei Prozent der Bevölkerung teilen.

Aber das sagt nichts darüber aus, ob sie recht haben oder nicht.

Es geht darum, daß von den vielen verschieden denkenden israelischen Intellektuellen immer nur jene sechs oder sieben nach Deutschland eingeladen werden, die das sagen, was viele Deutsche sich über Israel und die Juden nicht zu sagen trauen. Aber die restlichen neunzig Prozent der Israelis, auf die sie schimpfen, sind nicht alle Faschisten, die die Nazis kopieren wollen, sondern die reagieren auf eine bestimmte Realität, die hierzulande völlig unbekannt ist. Sie kommen hier nicht zu Wort, im Gegenteil, sie werden boykottiert, weil sie eine andere Sicht der Dinge vertreten. In Deutschland will man hören, daß Israel furchtbar ist und die Palästinenser die Opfer sind.

Es ist vergleichbar mit der Friedenshysterie der letzten Monate, in der andere Meinungen – und ich spreche jetzt nicht von Israelis oder Amerikanern, sondern von Exil-Irakern, die für den Krieg waren – ignoriert wurden. Man will hier ausschließlich zur Kenntnis nehmen, was einem in den Kram paßt.

Das ist nicht neu. Auch beim Kosovo- krieg gab es nur eine Meinung, aller- dings nicht für den Frieden, sondern für den Krieg.

Ich habe mich immer gefragt, wie etwas so Horribles wie die Nazi-Herrschaft in Deutschland geschehen konnte. Die letzten Monate haben mir gezeigt, wie einfach die deutsche Öffentlichkeit manipuliert werden kann. Ich bin der Friedensbewegung auf gewisse Weise dankbar, sie hat mich gelehrt, wie wenig sich Deutschland in den letzten sechzig Jahren verändert hat. Das Agieren ohne Nachzudenken, die Begeisterung für simple Ideen, der Mangel an Selbstkritik – in diesem Land ist immer noch alles möglich.

Ich habe erlebt, daß Leute Angst hatten, sich für Israel zu äußern, weil die allgemeine Meinung so vehement dagegen ist. So ein Phänomen, es tut mir leid das zu sagen, existiert auch in Diktaturen. Ich denke nicht, daß diese Minderheit so klein ist, aber sie kommt in der Öffentlichkeit nicht vor.

Diese Minderheit gilt im Ausland als das re-educated Germany, das neue, demokratische Deutschland.

Ich bin mir nicht so sicher, daß das Bild von Deutschland in der Welt so positiv ist. Deutschland wird mit großer Skepsis betrachtet. Die Deutschen können leicht vergessen, für sie ist es einfach, aber die Welt kann nicht vergessen, und sie will es auch nicht.

Wer ist »die Welt«? In diesem Falle doch in erster Linie der Westen.

Was ist »der Westen«? Ist Polen Westen, ist Rußland Westen? Die Bevölkerung in Rußland hat nicht vergessen. Wenn man dagegen in die arabischen und islamischen Länder reist, wird man als Zeichen der Bewunderung für die Deutschen mit pro-nazistischen Bemerkungen begrüßt. Aber die Deutschen tun nichts dagegen, obwohl dieses Phänomen bekannt ist.

Dabei wäre es sehr einfach, etwas zu tun: Deutschland könnte gegen Länder, deren Presse Antisemitismus verbreitet, Sanktionen verhängen. Das wäre verantwortliche deutsche Politik.

Und für die Rechte der Palästinenser darf Europa, darf Deutschland nicht eintreten?

Unbestritten sind wir mit den Palästinensern in einem nationalen Konflikt, und da kommt es zu Exzessen, aber in Israel kommt in der Knesset niemand daher und fordert: »Tötet alle Araber, treibt sie ins Meer!« Europa hat uns moralisch nichts beizubringen, gar nichts.

Interview: Tjark Kunstreich

Konkret 06/03, S. 33

Horst Pankow

Auf dem Rudiweg

Rudi Dutschkes »Tagebücher« und eine »Lebensgeschichte« Ulrike Meinhofs:_zwei Versuche, die Leistungen der 68er bei der »Zivilisierung« der Bundesrepublik zu würdigen.

Knapp unterhalb der Nordflanke des Campus der Freien Universität in Berlin verläuft in ost-westlicher Richtung der Rudi-Dutschke-Weg. Nachdem man zunächst menschenleeres und unbebautes Gelände durchschritten hat, das in den Sommermonaten als Liegewiese für Universitätsangehörige aller Kategorien dient, und den Kiebitzweg, der allerlei Leute zur Bereichsbibliothek Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik, Psychologie und Sportwissenschaft führt, überquert hat, befindet man sich noch immer auf dem Rudi-Dutschke-Weg. Nun aber wird auf der linken Seite die Sicht durch die Fenster der Mensa versperrt. Rechterhand erblickt man ein bescheidenes, offenbar vor nicht allzu vielen Jahren angelegtes Areal kleinwüchsiger Bäume. Der ungepflegte Zustand des Areals verbirgt nicht die angelegten Pfade ins Innere, und ihnen folgend stößt der Neugierige auf seltsame Artefakte. Mindestens drei kreisförmige Objekte lagern dort, bestehend aus steinernem oder sonst einem zementartigen Material, Wälle aus vierfach übereinander gestapelten Sandsäcken darstellend. Die Vermutung stellt sich ein, es handele sich hier um ein zeitgenössisches Kunstwerk, das deutsche Idiosynkrasien gegen das, was die Einheimischen Bunker- oder Wagenburgmentalität nennen, Abscheu gegen Betonköpfe, verkrustete Strukturen oder ähnliches zum Ausdruck bringen will. Auskunft erhält man weder durch ein bei öffentlich ausgestellten Kunstwerken oft angebrachtes Täfelchen noch durch Antworten auf Fragen an ausnahmslos ahnungslose Passanten. Aber man erhält Auskunft über den Namenspatron des zurückgelegten Weges. Denn dankenswerterweise pflegt das Bauamt des Berliner Senats die Tradition, jedem Straßenschild eine Art Fußnote mit epigrammatischen Informationen hinzuzufügen. *Rudi Dutschke*, kann man hier lesen, *FU-Studentenführer 1968, Soziologe*.

Ein Führer also. Diese Spezies hatte in Deutschland nach dem Tod des größten Führers aller Zeiten etwa dreieinhalb Jahrzehnte nur schwache Konjunktur. In den achtziger Jahren sollte sich das ändern. Ein polnischer *Arbeiterführer* forderte den bolschewistischen Widersacher heraus und kündigte mit seinem Erscheinen das Ende der »Blockkonfrontation« an. Nicht viel später wurde ein *Palästinenserführer* von deutschen Medien und Politikern zum Präsidenten ernannt, ein *Serbenführer* verkörperte den Teufel in Menschengestalt und ermöglichte den Einsatz deutscher Bombenflugzeuge über Jugoslawien. Kürzlich haben autochthone nordirakische *Kurdenführer* eine zumindest partielle deutsche Akzeptanz der ansonsten als angloamerikanisch-zionistisch beargwöhnten Zerschlagung des Hussein-Regimes ermöglicht. Und in Zukunft werden *Schiitenführer* für Freude und Spannung bei der Beobachtung des möglicherweise mißlingenden irakischen »Nationbuilding« sorgen. Aber *Studentenführer*?

Die Studenten, die hinter den Scheiben der Mensa leidenschaftslos ihr bescheidenes Stundentenmahl verzehren, erwecken nicht den Eindruck, als bestünde bei ihnen Bedarf nach einem Führer, auch nicht die, die sich zwischen den vor dem Mensaeingang errichteten Verkaufsständen mit antiquarischen Büchern herumtreiben. Einige der feilgebotenen Titel zeigen allerdings, daß die heute hier anzutreffende studentische Leidenschaftslosigkeit auf dem Campus nicht immer vorherrschte. Für drei Euro fünfzig kann man ein schmales Bändchen mit dem Konterfei des Studentenführers erstehen, dessen Untertitel *Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens* verspricht. Für acht Euro bekommt man ein Buch mit dem Titel *Februar 1968. Tage, die Berlin erschütterten*. Das Foto auf dem Einband zeigt einen Ausschnitt aus einer offenbar gut besuchten Veranstaltung, heftig applaudierende junge Leute unter einem Transparent, auf dem die Losung *Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es die Revolution zu machen* zu entziffern ist. Unter diesem Foto haben die Herausgeber kontrastierend ein Zitat von Klaus Schütz (SPD), des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, gesetzt: »Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen.« Wenn man dann auf der alphabetischen Herausgeberliste als ersten den Namen Klaus-Uwe Benneter liest – der Mann ist heute ein hohes Tier in der Berliner SPD und könnte möglicherweise mal einer der Nachfolger von Schütz werden – , weiß man nicht nur, daß sich seither einiges geändert hat, man ahnt auch, daß es sich mit dem Studentenführer wohl etwas anders verhält als mit Kurden- oder Serbenführern, daß es sich hier um eine posthume Ehrenbezeigung für Leistungen handelt, die zu Lebzeiten des Geehrten nicht anerkannt wurden. Denn immerhin kann der damalige »langhaarige Affe« (Springerpresse und gesundes Volksempfinden), das »Kommunistenschwein« (so nicht nur der Attentäter, der im April 68 auf Dutschke schoß) heute als einer der »Gründerväter unserer Republik« (»Taz«, April 2003) verstanden werden.

In der Tat werden ja seit längerem die Leistungen der »68er« bei der »Zivilisierung« der Bundesrepublik dokumentiert und gewürdigt. Dennoch bleibt da etwas nicht hinreichend Erklärtes. Aussehen, Auftreten, Reden, überhaupt die gesamte Erscheinungsweise der aufmüpfigen jungen Leute jener Zeit machen es schwer, eine Verbindung zu den Fischers und Schilys von heute herzustellen. Sicher, in ihrer heutigen Skrupellosigkeit lassen sich Spuren der Rigorosität von damals ausmachen, unterhalb der Verhinderung eines neuen Auschwitz findet heute schließlich kein Angriffskrieg statt, jede deutsche Schweinerei wird unter Berufung auf die höheren Werte von Zivilisation und Menschenrecht begangen, stets muß die Welt aufs Neue gerettet werden. (By the way: Diese Masche hat sich zu einem Exportschlager mit bemerkenswerten

Erscheinungen von »Diskursumbesetzungen« entwickelt: So bereiteten die USA den Krieg gegen den Irak mit fast der gleichen pseudo-antifaschistischen und »antitotalitären« Rhetorik vor, mit der die BRD in den neunziger Jahren die Zerschlagung Jugoslawiens propagierte; US-Verteidigungsminister Rumsfeld setzte gar die Einnahme Bagdads mit dem Fall der Berliner Mauer gleich. Eine schallende Ohrfeige für die Deutschen, über die man sich freilich nicht so recht zu freuen kann.) Aber ist da bei den »68ern« nicht doch noch mehr gewesen, das Versprechen von etwas grundlegend anderem, von etwas, das sich nicht so einfach in die gewöhnliche neudeutsche Staatsbürgerlichkeit integrieren läßt? Ja, aber was eigentlich?

Schwer zu sagen. Und so richtet sich die Neugierde immer wieder auf jene unruhige Zeit: »Irgendwie sehen die Leute auf den Fotos mit ihren wilden Haaren und Bärten ein wenig versifft aus, aber trotzdem auch aufregend. Wie sie wohl gewesen sind, die Rebellen der 60er und 70er Jahre?« fragte kürzlich ein junger Autor im Berlinteil der »Taz«. Spezialisten sind um Antworten nicht verlegen; eine lautet wie folgt: »Die politisierten Studenten verbrachten ihre Tage und oft auch die Nächte damit, schwer verständliche Texte zu lesen, etwa die Bücher der sogenannten Frankfurter Schule ... oder die Schriften von Karl Marx, Mao oder Lenin und Trotzki. Die Lektüre diente auch dazu, sich einzuüben in eine Sprache, die gespickt war mit soziologischen Ausdrücken wie ›organisierte Repression‹, ›falsches Bewußtsein‹ oder ›systemabschaffender Reformismus‹. Auch wenn die Bedeutung dieser Wörter nicht immer klar war, so vermittelten sie doch das Gefühl, mit ihnen eine Gesellschaft durchschauen zu können, der man nicht mehr traute und die, so glaubte man, ihr wahres Gesicht hinter einem Schleier von Propaganda, Unterdrückung und Gewalt verbarg.«

Nicht gerade aufregend, die Auskunft, die uns der Spezialist Alois Prinz hier gibt. Er hat sie in dem kürzlich im Sozialpädagogenverlag Beltz & Gelberg erschienenen Buch *Lieber wütend als traurig. Die Lebensgeschichte der Ulrike Marie Meinhof* aufgeschrieben. Prinz hat Erfahrung mit der Veröffentlichung von Lebensgeschichten. Zuvor hatte er *Die Lebensgeschichte des Hermann Hesse* und *Die Lebensgeschichte der Hannah Arendt* veröffentlicht. Eine schöne Karriere als Biograph von Leuten, die auf Briefmarken der Deutschen Post gedruckt sind, schien sich anzubahnen, bis Prinz eines Tages feststellen mußte, daß über Rosa Luxemburg, die als nächste an der Reihe sein sollte, schon zuviel auf dem Markt war. Ulrike Meinhofs Porträt wird zwar nie auf einer Briefmarke der Deutschen Post erscheinen, dafür ist sie aber schon als Hauptfigur in einer Oper, einem Tanztheaterstück sowie verschiedenen dramatischen und belletristischen Versuchen aufgetreten. Die Mitbegründerin der Roten Armee Fraktion (RAF) ist für viele interessant: einer abnehmenden Gemeinde als revolutionäres Vorbild, einer zahlenmäßig ebenfalls schwindenden Gruppe als gefährliche Feindin von Recht und Ordnung und einer in den letzten Jahre zunehmenden Konsumentenschar als von inneren Widersprüchen zerrissene, fast schon tragische Person. Diese Zielgruppe hat Alois Prinz anvisiert.

Dabei zeigt sich, daß der Autor und seine Leser offenbar immer noch der in den siebziger und achtziger Jahren gängigen Demagogie, der zufolge Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein dürfe, anhängen. Offiziell spätestens zu Beginn der neunziger Jahre aus dem Repertoire genommen, denn damit lassen sich einfach keine humanitären Militärintervention begründen und begleiten, west sie offenbar in den Köpfen nicht weniger zeitgeschichtlich interessierter Deutscher als diffuse Stimmung weiter. Prinz kleidet sie in einen zeitgemäßen küchenphilosophischen Jargon, wenn er feststellt, »daß ein Rebell nicht nur immer und ausschließlich gegen etwas ist. Es ist ihm auch an etwas gelegen, das er schützen möchte, weil es ihm wertvoll ist. Wer Ungerechtigkeit anklagt, möchte Gerechtigkeit. Wer sich gegen Sinnlosigkeit wehrt, verlangt nach einem Sinn. Ohne es vielleicht zu wissen, ist jeder Rebell auf der Suche nach der Liebe, nach einer Moral oder etwas Heiligem. Er kennt also neben dem Nein immer auch ein Ja. Diese zwei Seiten jeder Rebellion können auch zum Widerspruch werden, dann, wenn der Rebell in der Verneinung zu Mitteln greift, die seine Prinzipien leugnen, etwa wenn er Gewalt mit Gewalt bekämpft oder Lüge mit Lüge.« Wie gut also, daß unsere Politiker keine Rebellen sind, der Autor müßte sonst aus purer moralischer Empörung zum Staatsfeind werden und fände sich selbst im Widerspruch des Rebellen gefangen.

Das sprachliche und intellektuelle Niveau dieser *Lebensgeschichte* entspricht dem, was früher im sogenannten Jugendbuch anzutreffen war. In einer Zeit aber, in der sich Erwachsene in großer Zahl an den kindlichen Omnipotenzphantasien der Harry-Potter-Bücher ergötzen, scheint diese Kategorie obsolet geworden zu sein. Man könnte die Meinhof-Story durchaus als Bio-Soap charakterisieren, und man fragt sich, ob manches nicht in der Erwartung einer Verfilmung mit den netten Leuten der deutschen TV-Unterhaltung geschrieben wurde. Etwa diese Passage: »Das junge Paar machte eine Hochzeitsreise nach Italien, nach Ronchi in der Nähe von Viareggio. Nach Röhls Schilderung fühlte sich Ulrike hier wohl wie noch nie in ihrem Leben. Sie habe die Blicke der italienischen Männer genossen und stolz erklärt, daß ihr Mann ›der beste Mann der Welt‹ sei. Sie badete nackt im Meer und rief begeistert: ›Io soono felice‹, mit ganz langem ›o‹ – Ich bin soo glücklich. Während dieser Ferien in Italien stellte sich auch heraus, daß Ulrike schwanger ist.«

Der Lebensweg unserer Ulrike, die vom Nacktbaden schwanger wurde, wird, wie das leider nur allzu oft geschieht, auf unheilvolle Art von zwielichtigen Männern beeinflußt. Da ist der schmierige Klaus Rainer Röhl, dessen »Schilderungen« und »Aufzeichnungen« der Autor zwar häufig als authentische Belege heranzieht, der aber in der Beschreibung eher seiner Rolle als »Hinterfotz« in Christian Geisslers Roman *Das Brot mit der Feile* entspricht. Und da ist natürlich der dämonische Andreas Baader, jener Rasputin des deutschen Linksradikalismus... Aber nicht alle Männer sind Schweine, damals, um 68,

gab es jedenfalls auch solche wie den Studentenführer: »Am besten verstand sie sich noch mit Rudi Dutschke, dem charismatischen Apo-Führer ... Auch für ihn war politische Revolte kein Spaß und Spiel. Er war ernst und entschlossen, manchmal auch warmherzig, einen ›duften Kerl‹ nannten ihn manche, und er galt als absolut aufrichtiger Mensch, der hundertprozentig hinter seiner Sache stand. Zu diesem Bild paßte es, daß er mit seiner Frau Gretchen und dem neugeborenen Sohn Hosea Che in einer engen Kellerwohnung hauste.«

Der Studentenführer erscheint in dieser Bio-Soap nicht nur als »dufter Kerl«, er ist in seiner Naivität und Unbeholfenheit der Heldin ein wenig ähnlich und auch der Gefahr des Mißbrauchs durch Zyniker ausgesetzt, was u. a. mit einem Beispiel vom inzwischen legendären Vietnamkongreß im Februar 68 belegt wird: »Ulrike Meinhof saß in der ersten Reihe neben Giangiacomo Feltrinelli, dem millionenschweren Revolutionär und heimlichen Finanzier der Veranstaltung ... Feltrinelli hatte am Abend zuvor Rudi Dutschke mit einem ungewöhnlichen Gastgeschenk überrascht, mit einer Ladung Dynamit. Der konsternierte Rudi Dutschke und seine Frau Gretchen hatten die Dynamitstangen in eine Kindertragetasche gepackt und zur Tarnung das wenige Wochen alte Söhnchen Hosea Che darauf gebettet. Und mit dieser explosiven Fracht waren sie in die Wohnung eines unverdächtigen Freundes gefahren, wo sie das Dynamit in einer Wäschetruhe versteckten. Was er mit dem Sprengstoff anfangen sollte, wußte Dutschke selbst nicht.«

Wie Meinhofs Porträt nie auf einer Briefmarke der Deutschen Post wird ihr Name auch nicht auf einem Berliner Straßenschild erscheinen, weil sie die von der Studentenbewegung entwickelte antikapitalistische Kritik als Voraussetzung einer notwendigen Abschaffung des Kapitalismus verstand und weil sie und ihre Genossen aus der RAF mit dieser Abschaffung beginnen wollten. Ihr bewaffneter Kampf ist gescheitert und war wohl von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Der Staat hat sich für diese Herausforderung bitter gerächt. Viele RAF-Mitglieder haben den Vollzug dieser Rache nicht überlebt, manche sitzen heute noch in deutschen Sondergefängnissen. Meinhofs Tod – sie wurde am 8. Mai (!) 1976 in ihrer Zelle »tot aufgefunden« – und der Tod von drei weiteren RAF-Gründungsmitgliedern anderthalb Jahre später haben ihre einschüchternde Wirkung auf die radikale Linke nicht verfehlt. Bald darauf sollte mit der Gründung der Grünen, an der sich auch unser Studentenführer beteiligen sollte, die vorläufige Integration der radikalen Gesellschaftskritik, für die die Chiffre 68 bis dahin stand, eingeleitet werden.

Das eigentliche »Erbe« der Roten Armee Fraktion ist bis heute von der Restlinken so gut wie nicht aufgearbeitet worden. Es besteht aus offenen theoretischen Fragen. Wie konnte militante linksradikale Kritik, die durchaus noch einen Begriff vom historischen Unheil des Nationalsozialismus hatte, darauf verfallen, ausgerechnet im postfaschistischen Deutschland mit bewaffneten Angriffen auf Repräsentanten des Staates »die Massen« zu agitieren? Wie konnte man zu so fatalen Einschätzungen des US-Juniorpartners BRD als amerikanische Halbkolonie kommen wie die RAF? Warum setzte man auf die palästinensischen Judenhasser als Bündnispartner und ließ sich in deren Trainingslagern ausbilden? Warum feierte Ulrike Meinhof aus dem Gefängnis heraus den Anschlag palästinensischer Attentäter auf israelische Sportler während der Olympiade 1972 als »gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch« und bescheinigte den Judenmördern ein »ungeheuer hohes Niveau von marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis«? In Kitschbüchern wie der hier vorgestellten *Lebensgeschichte* wird man wohl kaum eine Antwort finden. Aber hatte nicht diesbezüglich der Studentenführer etwas zu sagen gehabt?

Hatte er durchaus. Jedenfalls findet man einiges zum Thema RAF und »bewaffneter Kampf in den Metropolen« in dem gleichzeitig mit der Ulrike-Schmonzette im Verlag Kiepenheuer & Witsch erschienenen Band *Rudi Dutschke. Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963-1979*. Der Titel liest sich eher wie die Dienstanweisung eines Kommandanten denn als das sympathische Credo eines zwar irgendwie weltfremden, doch grundsätzliche »duften Kerls«. Und so sind denn Dutschkes Eintragungen zu den laufenden politischen Ereignissen auch aus der Perspektive einer Kommandohöhe verfaßt. Am 30. November 1974, kurz nach dem Hungerstreik-Tod des RAF-Mitglieds Holger Meins (auf dessen Beerdigung der Studentenführer die Faust vor laufendenden Kameras in die Luft stieß und »Holger, der Kampf geht weiter« rief) und der Erschießung des Berliner Kammergerichtspräsidenten bei einem fehlgeschlagenen Entführungsversuch notiert er: »Mensch, wie viele Genossinnen und Genossen sind jetzt schon gefallen, dufte Typen, die wir gerade im Prozeß der zunehmenden Klassenkämpfe an wichtigen Kampfpunkten haben müßten.«

Dutschkes Kommandohöhe ist die des Heerführers im Klassenkampf. Einem Klassenkampf, dessen Bezeichnung als eingebildeter der Tagebuchschreiber wohl empört zurückgewiesen hätte, handelte es sich bei jenem doch – nicht nur in Dutschkes, sondern in der allgemeinen Auffassung der damaligen Linken – um einen »objektiv« sich vollziehen Prozeß. Gleichwohl finden sich gelegentlich Spuren antimetaphysischen Zweifelns, zwar nicht am Klassenkampf selbst, aber an der »objektiven Notwendigkeit« seines unmittelbar bevorstehenden Ausbruchs: Eine Eintragung vom 20. Oktober desselben Jahres endet mit der resignierten Einsicht: »Das Warten auf die Krise hat sich erneut als Warten auf Godot erwiesen!«

Ein Kommandant im Klassenkampf, dem die notwendigen Bodentruppen zur Erreichung des »objektiv« Angesagten sich nicht beigesellen wollen, ist – durchaus auch im »objektiven« Sinne – eine an sich lächerliche Figur. Das Kokettieren mit einer Rolle in der absurden Welt Samuel Becketts ist dabei nichts anderes als eine eitle Attitüde, in der sich das ebenso eitle

Bedürfnis nach historischer Tragik – denn in Becketts Welt geht tatsächlich »objektiv« nichts mehr – ausdrückt. Dieser tagebuchschreibende Kommandant aber ist eher so etwas wie ein Don Quijote, ein tragikomischer Held, der die Erzählungen über Kämpfe einer vergangenen Epoche einem unverständigen Publikum als allerneueste Nachrichten zur Aufführung bringt. Er ist ein Virtuose der Sinnstiftung; die disparatesten Erscheinungen offenbaren ihm ihren geheimen Zusammenhang, und der heißt Konterrevolution: »Die negativen Auswirkungen der RAF-Scheiße sind vielerorts erkennbar, CDU/CSU im besonderen, Regierung im allgemeinen und RAF-Kacke im einzelnen scheinen verheiratet zu sein: um den politischen Klassenkampf zu hemmen!!« (1.12.74). So scheint es auf dem Rudiweg wenig Anhaltspunkte zur Beantwortung der Fragen nach dem Verhältnis von postfaschistischer BRD-Demokratie und Klassenkampf, von Antisemitismus und Massenappell zu geben. Wo die Attributierung der RAF auf der Fäkalienskala zwischen »Scheiße« und »Kacke« schlingert, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht zu erwarten, und man wird sie in den Tagebüchern auch nicht finden.

Möglicherweise ist diese Enttäuschung aber nicht dem Tagebuchschreiber allein zu verdanken. Daß Dutschke im Juni 1967 den sogenannten »Sechs-Tage-Krieg« nicht erwähnt, in dem Israel seine Existenz gegen den Angriff einer Übermacht von drei verbündeten arabischen Staaten verteidigte und der für die westdeutsche Linke den Übergang zur Aneignung antisemitischer Positionen markierte, mag aufgrund der ausführlich beschriebenen Ereignisse und Diskussionen um die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 noch verständlich erscheinen. Merkwürdig ist aber schon, daß das gesamte Jahr 1976, in dessen Mai Ulrike Meinhof so mysteriös ums Leben kam, in dem Buch fehlt; und interessanterweise enden die Aufzeichnungen des Jahres 1977 zunächst mit einem auf »15.-20. Juni 1977« datierten Eintrag, dann folgt ein weiterer vom 29. September, dann ein Sprung auf das Datum »Dezember/Januar 1978«. Was fehlt ist der Deutsche Herbst: Schleyer-Entführung, Mogadischu, Tod in Stammheim. Sollte einem zum Klassenkampfkommandanten aufgestiegenem Studentenführer dazu wirklich nichts eingefallen sein?

Einen Anhaltspunkt liefert eine nicht begründete Bemerkung der Herausgeberin im Nachwort, sie habe insgesamt sechs Seiten (es dürfte sich um DIN-A-4-Typoskriptseiten handeln) der Veröffentlichung entzogen. Bei dieser Herausgeberin handelt es sich um die Witwe des Ende 1979 an den Spätfolgen des im April 1968 auf ihn verübten Attentats gestorbenen Tagebuchschreibers, Gretchen Dutschke. War man zunächst erleichtert, Dutschkes Aufzeichnungen nicht von einem der unsäglichen Berufs-68er herausgegeben und kommentiert zu finden, wird einem bei der Lektüre des Nachworts, das auf bedrückende Weise mit dem Inhalt der dokumentierten Tagebücher korrespondiert, mulmig. Der Eindruck des öffentlichen Waschens schmutziger Wäsche will nicht weichen. »Wir, seine Familie, sogar die Kinder«, schreibt da die Frau Dutschke, »kommen nicht immer gut weg; ich manchmal recht schlecht. Das tut weh, was wohl jeder nachempfinden kann. Es entsteht der Drang, sich zu rechtfertigen, zu sagen, so war es nicht, er hat mich nicht verstanden usw. Aber es geht ja hier nicht darum, Gefühle gegen Gefühle aufzurechnen, sondern darum, wie Rudi seine Welt empfunden hat.«

Wirklich? Rudi, der Klassenkampfkommandant, hätte – das kann man bei aller Distanz durchaus solidarisch feststellen – angesichts der Veröffentlichung der folgenden, von ihm am 5. Dezember 1974 verfaßten, Eintragung gewiß die Leninsche Wem-nützt-es-Frage gestellt: »Sie (Gretchen, H.P.) hat keine wirkliche Widerstandskraft, meine eine produktive Gegenkraft. Ist zu sehr existenzialistisch-nihilistisch, die christliche Hoffnung bzw. die materialistische ist bei ihr nicht voll verankert. Sie kommt mit sich nicht zurecht, es mangelt ihr an Anerkennung und Kommunikation, offensichtlich kann ich kein Ausgleich sein. Hin und wieder sind wir freundlich zueinander, zum Beischlaf ist es schon seit langem nicht mehr gekommen. Sie scheint in fast jedem Versuch von mir einen Vergewaltigungsansatz zu erblicken bzw. schon vorher anzunehmen, daß es nicht ›gut‹ gehen wird. So kann man in der Tat einen progressiven Durchbruch schier unmöglich machen.« Eintragungen solcher Art finden sich über das gesamte Buch verstreut; sie offenbaren den Kommandanten als griesgrämigen, häufig kleinlichen Kleinfamilientyrannen – und das ist wahrscheinlich auch der Zweck ihrer Veröffentlichung.

So findet man sich am Ende des Rudiweges genötigt, dessen Namenspatron gegen sich selbst und vor allem gegen seine Nachlaßverwalterin in Schutz zu nehmen. Man möchte es bei dem belassen, was man über den einstigen Studentenführer bereits wissen konnte. Aufschluß über mögliche bisher unbekannte Faktoren, die zur Erklärung seiner bekannten bizarren Einschätzungen der »deutschen Frage«, der islamischen Revolution im Iran, der Gründung der Grünen beitragen könnten, findet man nicht. Dutschke hat – so makaber es klingt – seinem Publikum den größten Gefallen getan, den ein Star seinen Fans tun kann: Er ist gestorben, bevor er durch eigenes Tun sein bisheriges Schaffen desavouieren konnte. Insofern kann die Veröffentlichung der Tagebücher vielleicht einen kleinen Beitrag zur negativen Überwindung der 68er- und Post-68-Geschichte der BRD leisten.

Einen Revolutionär, der seine Hinundhergerissenheit zwischen Paranoia und Größenwahn wie im folgenden Zitat zum Ausdruck bringt, kann und soll wohl auch nach dem Willen der Herausgeberin niemand mehr ernst nehmen: »CIA und die anderen Geheimdienste desgleichen, die Springer-Säue usw. werden mich genau ›verfolgen‹, wenn ich aber keine gefährlichen und unabgesicherten Sachen durchführen werde, scheine ich zur Zeit nicht ›bedroht‹ zu sein. Aber die nächste ›Runde‹ ... werde ich schon als Mitglied des Sozialistischen Büros agitieren und organisieren!« (6.12.74). Solche »Überlegungen« posthum zu veröffentlichen ist eine Schweinerei, dient nichts anderem als der Herabwürdigung und dem

Lächerlichmachen des Verstorbenen. Dutschkes Witwe scheut schließlich auch nicht davor zurück, die Eintragungen ihres Mannes über Weggefährten und Mitkämpfer einem voyeuristischen Publikum zu präsentieren. Und die sind mindestens so paranoid wie die über Geheimdienste und »Springer-Säue«. Fast jeder erscheint dem Klassenkampfkommandanten irgendwie verdächtig, er mißtraut fast jedem mit einer Energie, die vielleicht Ulrike Meinhof nach dem Scheitern des »Konzepts Stadtguerilla« gut angestanden hätte.

Interessanterweise wird der sich in seinen Tagebücher als Misanthrop seltener Güte offenbarende Dutschke in einer von der »Taz« vor wenigen Wochen veröffentlichten Eloge als »Genie der Freundschaft« gefeiert. Unklar bleibt, ob das hämisch gemeint ist oder eine Auskunft gibt über Freundschaft unter Deutschen.

Alois Prinz: *Lieber wütend als traurig. Die Lebensgeschichte der Ulrike Marie Meinhof.* Beltz & Gelberg, 2003, 329 Seiten, 19 Euro

Rudi Dutschke: *Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963-1979*. Verlag Kiepenheuer & Witsch, 2003, 430 Seiten, 22,90 Euro

---

Horst Pankow schrieb in KONKRET 4/03 über Mode unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit

Konkret 06/03, S. 37

Manfred Dahlmann

Wahrheit ist einfach

Der Kommunismus ist wichtig, aber Osso Buco ist auch nicht ohne. Ein Nachruf auf Johannes Agnoli.

»Es muß für jeden selbstverständlich sein, nicht mehr Nationalgesellschaften anzugehören.«

Johannes Agnoli

Wahr ist, daß der Staat zerstört gehört. Das heißt, der Staat des Kapitals ist nicht auf eine neue Stufe zu heben, erst recht nicht ist er »aufzuheben«. Über Staat in diesem Sinne reden nur Anti- oder Pseudohegelianer, die sich die Anstrengung des Begriffs sparen. Bei ihnen wird die einfache Wahrheit zur geschwätzigen Phrase, vergleichbar der, die uns die Volkswirtschaftler auftischen, wenn sie wortreich zu beweisen versuchen, daß die Umverteilung von den Armen zu den Reichen die Armen reicher werden läßt.

Die aktuelle Situation läßt eine Verminderung oder gar Abschaffung von Ausbeutung und Herrschaft innerhalb der bürgerlich entwickelten Staats- und Rechtsformen nicht zu. Solange es Staat (und Geld) gibt, steht die Gesellschaft vor der Alternative, in der Rotation um ihre Krisen zu erstarren oder sich zu vernichten. Die Transformation der Demokratie ist mittlerweile an ihr Ende gelangt – was man daran ablesen kann, daß, anders noch als vor etwa dreißig Jahren, Befreiung von Ausbeutung und Herrschaft nicht einmal mehr Thema ist: weder an den Universitäten, erst recht nicht in den Medien. Über die Verwirklichung der Grundwerte, über Demokratie, Rechtsstaat und Verfassung streitet man mittlerweile nicht mehr, diese Themen sind abgehakt, ihr Gehalt ist zur Phrase erstarrt. Und die Linke redet lieber vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als von der Freiheit des Einzelnen in einer Gesellschaft ohne Staat und Geld (und Volk sowieso).

Auch der Bildungsbürger, dessen Andenken Johannes Agnoli so hoch hielt, hat sich bekanntlich verflüchtigt. Der Bürger setzt die Charaktermaske nicht mehr auf, die die Waren zu Markte trägt, er spielt keine Rollen mehr, sondern er ist die Ware selbst, d.h. er hat gar keinen Charakter mehr. Was das Selbst des Bürgers von sich gibt, ist unvermittelt, ist Werbung sans phrase, die darum fleht, gekauft zu werden, damit sie das Hohelied des Kapitals singen kann. Gegen diesen Niedergang, diese Involution auch des bürgerlichen Charakters hat Johannes Agnoli polemisiert und gezeigt, wie man dennoch die Einsichten, Erkenntnisse und nicht-eingelösten Hoffnungen aus jener Zeit, als Kapitalismus Fortschritt bedeutete, heute noch produktiv (besser: destruktiv) und kritisch wenden kann.

Johannes Agnoli verfügte in höchstem Maße über die seltene Gabe, jeden Phrasendrescher sofort zu durchschauen. Freundlich, aber bestimmt hielt er ihm seine knappen, die Dinge auf den Punkt bringenden Aper□us entgegen. Leuten wie dem heutigen Bundeskanzler, die in den Siebzigern mit dem Spruch hausieren gingen, nur in der konsequenten Reform von Staat und Recht könne sich Freiheit verwirklichen, führte er vor, daß sie ja dann dafür Sorge tragen müßten, ihren linken Widersacher, die außerparlamentarische Opposition, zu stärken, denn, wie die Geschichte zeige, nur unter dem revolutionär inspirierten Druck der Straße vertrauten die Herrschenden die Verwaltung ihres Staates auch schon mal sozialdemokratischen oder sonstigen Antikapitalisten an. Das war natürlich ironisch gemeint: Denn daß die damaligen revolutionären Phrasen dieser Jungsozialisten und -stalinisten nicht von der Freiheit von, sondern der Freiheit zur Herrschaft getragen waren, sie mit Kapitalismuskritik also gar nichts am Hut hatten, war Johannes Agnoli klar und mußte von Schröder, Fischer und Konsorten später nicht erst noch praktisch bewiesen werden.

Reform steht nicht einmal mehr begrifflich im (negativen) Bezug zur Revolution und (positiven) auf der Seite der Beherrschten, sondern bezeichnet heutzutage eine Politik, die diejenigen, die zur Zeit die Kapitalsouveränität verwalten, von den Mühen und Kosten befreien soll, die die Ausgebeuteten den Herrschenden schon allein aufgrund ihrer schieren Existenz bereiten. Die bürgerlichen Aufklärer – zu denen auch die intellektuelle Linke einmal zählte – , die die Perspektive des Ganzen einnehmen und den modernen Höflingen in den Medien und den »Kulturschaffenden« verständlich machen konnten, daß sie an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen, sind mit dem Bildungsbürger ebenfalls verschwunden. Die Logik des unmittelbaren einzelwirtschaftlichen Interesses totalisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse. Das den Wohlfahrtsstaat kennzeichnende Spiegelspiel zwischen Egoismus und Gemeinwohlorientierung ist still – , wie die Gewerkschaften und linken Parteien ruhiggestellt, und deshalb entfaltet sich die Verdinglichung und Verrechtlichung der Individuen, die von Johannes Agnoli als Logik der Institutionalisierung veranschaulicht worden ist, unvermittelt und ungebremst; die Individuen haben sie ihrem Selbst implementiert.

Diese Logik war zwar immer schon stärker als jeder noch so ehrliche Wille, politische Institutionen emanzipativ zu nutzen, heutzutage aber kann die Opposition gegen den Staat als solchen noch nicht einmal mehr die eine gegen die andere Seite auszuspielen versuchen, um so den zahlreichen Fallstricken auszuweichen. Aber wer deshalb glaubt, sich auf diese Herrschaftstechniken überhaupt nicht mehr einlassen zu müssen, wer nicht wissen will, wie sie funktionieren und wie sie

Ideologie konstituieren, der gibt sich auf oder wird zum verbalradikalen Pseudorevolutionär, dem sich nur die günstige Gelegenheit noch nicht geboten hat, es sich in ihnen gemütlich zu machen. Die Herrschaftslogik zumindest gedanklich zu überschreiten vermag nur, wer sich im Gegner wiedererkennt: Die Beschäftigung mit Nicolo Machiavelli und Martin Heidegger, Carl Schmitt und Niklas Luhmann ist so wichtig wie die mit Karl Marx, sie ist revolutionäre Pflicht. Von Agnoli lernte man, daß subversiv ist, wer sich auf eine Sache mit Haut und Haaren einzulassen vermag, jedoch ohne in ihr aufzugehen. Nur wenn man weiß, daß auch der Apologet der herrschenden Verhältnisse meist so dumm nicht ist, wie man ihn der Bequemlichkeit zuliebe gerne hinstellt, sondern einem möglicherweise sogar argumentativ und praktisch einen Schritt voraus ist, kann sich das eigene Denken schärfen und läßt sich an der Strategie feilen, der herrschenden Logik mittels subversiver Theorie dennoch einige Schnippchen zu schlagen.

»Staatsfeind auf dem Lehrstuhl« hat man ihn genannt. Johannes Agnoli hat nicht widersprochen, und der Staat hat ihn dennoch nicht aus dem Amt entfernt. Anders verhält es sich mit den ehemaligen Berufsrevolutionären von 68. Auch sie wurden nicht entlassen, aber als Staatsfeinde wollten sie sehr bald schon nicht mehr angesehen werden. Typisch für Johannes Agnoli, wie er, als der akademische Nachwuchs so herzergreifend darüber jammerte, daß der Staat sie nicht Lehrer und Briefträger werden lassen wollte, ihnen mit auf den Weg gab, daß es ein reichlich merkwürdiges Verhalten ist, dem Staat mit der Forderung zu kommen, dafür bezahlt zu werden, ihn bekämpfen zu können.

Johannes Agnoli mag die »Bibel der Apo« verfaßt haben. Doch dieser Bibel fehlen die Exegetiker. Gäbe es mehr davon, gar solche, die unter Exegese nicht Nachplappern und Auswendiglernen verstehen, sondern den Übergang zu eigenständigem Denken und die Entfaltung des negativen Potentials, sähe die Welt etwas besser aus. Es gäbe dann mehr von denen, die sich nicht nur allein zwischen Affirmation und abstrakter Negation zu entscheiden vermögen, sondern bewußt dafür, wie Johannes Agnoli ein Leben zwischen allen Stühlen zu führen. Daß dies im Interesse einer vielleicht doch noch möglichen Assoziation der Freien und Gleichen notwendig ist, lehrte er uns, und daß ein solches Leben selbst in dieser Gesellschaft noch möglich ist, zeigte er uns praktisch. Johannes Agnoli starb am 4. Mai 2003 im Alter von 78 Jahren.

Die B□ cher von Johannes Agnoli sind im □ a ira Verlag erschienen.

Manfred Dahlmann schrieb in KONKRET 7/01 über die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Jürgen Habermas

Konkret 06/03, S. 38

Joachim Bruhn

Die niedere Kunst der Demagogie

Ein letztes Standbild aus dem Leben des Theoretikers Robert Kurz.

»Im Gegensatz zum Idealismus ..., der die objektive Wahrheit nicht anerkennt ..., geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus ..., daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten durchaus erkennbar sind.«

J. W. Stalin: *Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang,* 1938

»Wir chinesischen Kommunisten, deren Ausgangspunkt die höchsten Interessen der breitesten Volksmassen Chinas sind, glauben an die absolute Gerechtigkeit unserer Sache ... Können wir da noch gutheißen ..., daß irgendwelche politische Mikroben unseren gesunden Körper anfressen?«

Mao Tse-Tung: »Über die Koalitionsregierung«, April 1945

»Schluß der ›Debatte‹ mit sämtlichen Hardcore- und Softcore-Bellizisten! ... Die radikale Linke im deutschsprachigen Raum wird sich auch publizistisch neu formieren müssen, wenn sie je wieder von dieser Seuche loskommen will.«

Robert Kurz: »Das Spiel ist aus«, April 2003

Kritik, die ihren Feind zum Querulanten psychiatrisiert, als abnormal denunziert und zum Unmenschen dequalifiziert, d.h. zur »Mikrobe« oder zur »Seuche«, ist keine, sondern Demagogie und Propaganda, die intellektuelle Vorwegnahme der Säuberung und der Exekutionskommandos. Wer von Ideologie als dem notwendig falschen Bewußtsein nichts versteht, der mag sich einbilden, die Welt werde klippklar und transparent, wenn die Opposition erst einmal tot und begraben sein wird. Widerspruch ist Schmutz. Widerspruch ist gemein und niedrig. Widerspruch ist heimtückisch: Das weiß man seit Stalin, kritisch auch seit Günter Anders und seinen Geschichten von der Frau Nu, philosophisch erst recht seit Christian Enzensbergers *Größerem Versuch über den Schmutz*.

Etwas brach durch in Robert Kurz, als er die antideutschen Kommunisten als »Seuche« beschimpfte, eine Wut, die seit zwei Jahrzehnten gegen Kritische Theorie sich aufgestaut hatte, ein so wortmächtiger wie namenloser Haß auf alles, was die Revolution will und den Kommunismus ohne große Säuberung, auf alles, was für die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft sich engagiert ohne Liquidation, d.h. ohne deutsch zu sein. Nie war Kurz anderes gewesen als ein maostalinistischer Kader, ein autoritärer Charakter, wie er im *Kurzen Lehrgang* steht.

Die Geschichte seines Aufstiegs war der Index der Philosophievergessenheit und der allerdings antisemitischen Aversion der linken Öffentlichkeit gegen die Kritische Theorie gewesen; im genauen Maße, in dem die »Krisis«-Gruppe reüssierte, wurde die Linke immer noch deutscher. Kurz, das war die Marx-Revision für Genossen, die vom Materialismus nichts verstanden, eine Art Marx für arme Leute, die das *Kapital* trotz unendlicher Schulung nur als die Große Methode verstanden und die immerhin froh zu sein hatten, daß jemand sich noch die Mühe gab. Zwar war der Schabernack um den Begriff der abstrakten Arbeit so gegenstandslos wie all der andere Zinnober, den Kurz & Co. um die ersten hundert Seiten des *Kapital* trieben, aber die Leser ahnten, daß es darauf hinauslaufen würde, den Kampf gegen Pest, Cholera und die Epidemie Adorno zu begründen, und waren es zufrieden.

In Nürnberg ging es nicht um Marx, um die Revolution auch nicht. Es ging um Autorität, um das Dogma, im übrigen um Seuchenbekämpfung, d.h. um die Austreibung des famosen Konstrukts vom »Arbeiterbewegungsmarxismus« aus den Köpfen, um Exorzismus also, um das subjektive Einbekenntnis positiver Wahrheit. Wer sich für die Marx-Interpretation der »Krisis«-Gruppe aussprach, der genoß das wunderbare, das beflügelnde Gefühl, auf die Seite von Herrschaft zu treten, d.h., so paradox es klingt, die Partei des Staates zu sein und daher das Objektive souverän widerzuspiegeln, sich zum Organ zu machen: Plötzlich wurde alles so durchsichtig wie Franz Schandl. Plötzlich durfte man guten Gewissens die Sätze lesen, die eigentlich der Kritik des Stalinismus verfallen waren, Sätze wie: »Die reale Globalisierung des Kapitals wurde strikt geleugnet« – man stelle sich vor: etwas Reales leugnen, und das auch noch »strikt«! Da stockt der Atem, und der Leser darf sich auf der Seite dessen fühlen, der Bucharin verhört und Trotzki ermordet. Wer es toll findet, eine »Seuche« zu kritisieren, die etwas Reales »leugnet«, hat von Erkenntnis eine Polizeivorstellung.

Die unselige Verve, mit der Kurz seine Version des ML der Kundschaft andient, hängt, wie schon in Stalins *Kurzem Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)*, mit einer eloquenten Praktik der sexuellen Denunziation zusammen. Denn das »Leugnen« des »Realen« ist dem ZK nicht einfach nur ideologiekritisch von Belang, es ist vielmehr unsittlich und wider die Natur. Kurz ist ein Kleinmeister der Insinuation. Ohne weiter in sein literarisches Schaffen auszugreifen, findet sich allein in »Das Spiel ist aus« sowie in »KONKRET im Krieg« dies: »Dreist«, »scheißen«, »infam«, »Hetze«, »Vieh«,

»kriegsgeil«, »pubertär«, »verschämt«, »duckmäuserisch«, »ohne Biß«, »blöken«, »lauwarm«, »krampfhaft«, »austrocknen«, »vulgär«, »vollsudeln«, »Leim«, »Giftspritze«, »Anstand«, »Verfolgungswahn«, »Verwilderungsformen«, »in Wahrheit«, »krallen sich an«, »jämmerlich«, »Odium«, »seitenverkehrt«, »paranoid«, »autistisch«, »Hintermänner«, »Komplex«, »Wahn«, »Realitätsverlust«, »Instinkte«, »Ekel«, »versaut«, »verkommen«, »triefend«, »Seuche«, »Paralysierung«, »byzantinisch«, »Lynch- und Femegerichte«, »Paranoia«, »erstickend«, »verhärtetes Bewußtsein«, »erste Lebenszeichen«, »Sarg«, »Schläge unter die Gürtellinie«, »mit Dreck werfen«, »Sumpf«, »Händchen halten«. Was ist antideutsch?, fragt die Nürnberger Wertkritik, und die Antwort ist: pervers und liederlich, »vulgär« und »seitenverkehrt«, »triefend« und »versaut«. Dieser Subtext, diese Metaphern der sexuellen Denunziation sind es, die über die politische Intention Auskunft geben, nicht der agitatorische Bombast, der den »Kampf zweier Linien« intoniert.

Alles, was nicht antideutsch ist, ist dagegen gesund, d.h., wie Stalin sagte, »eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung«, die sein muß, damit endlich »der Kapitalismus mit der Revolution schwanger geht«. Der Widerwille, gar Ekel der Nürnberger Marx-Revision gegen die materialistische Kritik hatte sich längst und überreichlich an der adjektivistischen Kraftmeierei gezeigt, die seit je das Qualitätssiegel der »fundamentalen Wertkritik« war: ob nun von »bellizistisch kontaminierten (!) Dampfplauderern linksbürgerlichen Krisenbewußtseins« die Rede war oder ob, so etwa in Kurz' neuestem Buch *Weltordnungskrieg*, »die Kategorie des Interesses bereits auf dem Boden der kapitalistischen Ontologie, also innerhalb der Hülle der übergeordneten Fetischform der Moderne angesiedelt« wurde – dies in manifeste Sinnlosigkeit überschlagende AgitProp-Geplapper vermittelt, wie der Musikteppich im Kaufhaus, die gesteigerte Aufmerksamkeit des Lesers für die Schnäppchen der sexuellen Denunziation.

Schon immer berührte am sprachlichen Ausdruck der Nürnberger »fundamentalen Wertkritik« eine gewisse Fahrigkeit und Ungelenkheit unangenehm. Warum bloß schritt kein Lektor ein, wenn Kurz in vollem Brast vom »unabgeschmolzenen Speck der Postmoderne« oder gar vom »unaufgehobenen Arbeiterbewegungsmarxismus« dröhnte? Warum bemerkte kein Gremliza, daß ein unaufgehobener eben ein liegengebliebener Arbeiterbewegungsmarxismus ist, also ein Ladenhüter, daß ein unabgeschmolzener Speck, klinisch gesagt, auf Fettsucht hindeutet? Es war alles immer irgendwie überdreht und verrutscht. Der Grund ist: Kurz klingelt mit Philosophie wie die Monstranz bei der Wandlung, und das Lektorat kuscht aus Angst vor der Blamage. Kurz imponiert. Er beeindruckt, weil er alles weiß, nämlich nichts. Das imponiert sogar verständigen Leuten wie Gremliza, die die Angst umtreibt, vor der Herrschaftswissenschaft »Philosophie« keine gute Figur zu machen, und die sich doch nur eingestehen müßten, daß der Meister des Gongs noch weniger Ahnung hat als sie selbst. Zwar ist der Kaiser nicht nackt, aber einen Duden hat er auch nicht.

Philosophie jedoch ist Denken, das Denken selbst: Adorno. Der durchaus antisemitische Haß auf die Kritische Theorie, der Robert Kurz von allem Anfang an motiviert, d.h. die Zerstörung des Denkens im Auftrag und zum Wohlgefallen Linksdeutschlands, ist zudem ein Haß auf Sprache, die an sich selbst anderes ist als der »Ausdruck« des unbedingten Willens zum Ausdruck, zur Originalität damit des Willens zur Macht. Weil Kurz das Problem der Darstellung im Materialismus und bei Marx an die Wand stellt, wird die Sprache der Kritischen Theorie als bloße Idiosynkrasie Adornos denunziert, wird das gefällige Gelächter übers »postponierte Reflexivum« angedreht: Adornos Sprache soll sein, diplomatisch gesagt, eine Marotte, und maostalinistisch ausgedrückt, d.h. so, wie es Robert Kurz aus dem Herzen spricht, soll sie nicht taugen zum AgitProp. Sie ist »volksfeindlich«, nicht geeignet zum Megaphon der famosen »Aufhebungsbewegung«.

Damit imponiert Kurz im gleichen Maße, in dem Frechheit siegt. Seine Sprache ist eine Waffe, aber keine der Kritik, keine der militanten Aufklärung und Befreiung, sondern eine Waffe der Demagogie, ein Jargon, der sich beifallheischend auch in Namenswitzen so gefällt wie schon der Stalinsche mit dem Geburtsnamen Trotzkis. Indem Robert Kurz die Kommunisten links von »Krisis«, die antideutschen Kritiker, als »Seuche« denunzierte, hat er die Grenze überschritten, die die Kritik von Propaganda trennt. Er hat sich selbst vom Materialisten, der er einmal sein wollte, hat sich vom Traum seiner Träume, eine Art wertkritischer Lenin der Gegenwart zu werden, zum Generalsekretär entwickelt, der nach der Polizei schreit. Darin besteht die objektive Rache der Ideologie und auch der Sprache, in der sie sich notwendig ausdrückt. Wer einmal politisch-chirurgisch zu denken sich entschlossen hat, der wird auch die niedere Kunst des Adjektivs und das nichtswürdige Trommelfeuer mit gemeinem Schimpf nicht scheuen. Aber die Sprache läßt sich nicht betrügen, und wer eine »Seuche« anprangert, der ist selbst die deutsche Misere.

Joachim Bruhn schrieb in KONKRET 10/02 über die Überflüssigkeit der PDS

Konkret 06/03, S. 40

Rolf Surmann

Kameraden unterm Edelweiß

Die Deutschen seien neuerdings in der Lage, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und Täter zur Verantwortung zu ziehen, heißt es. Stimmt das?

Am 16. August 1943 drangen deutsche Gebirgsjäger in das griechische Dorf Kommeno ein und ermordeten 317 Einwohnerinnen und Einwohner, darunter Kinder und schwangere Frauen. In den Ermittlungsakten der bayrischen Staatsanwaltschaft aus den sechziger Jahren ist nachzulesen, daß Kinder verbrannt wurden, indem die Soldaten ihnen mit Benzin getränkte Lappen in den Mund steckten und sie anzündeten. Manchen Frauen schnitten sie die Leiber auf, anderen stachen sie die Augen aus. Das Verbrechen ist kein Einzelfall. Allein im Oktober 1943 brachten Angehörige der 1. Gebirgsdivision, auch »Edelweiß-Division« genannt, in ihrem Operationsgebiet mehr als 1.000 Menschen um und zerstörten mehr als 100 Dörfer. Ihre Blutspur zogen sie durch ganz Europa: vom galicischen Lemberg über Jugoslawien, Griechenland, Italien, dem französischen Vercors-Massiv bis nach Lappland.

Kameraden unterm Edelweiß gibt es heute noch, und gleich in doppelter Ausführung. In den fünfziger Jahren wurde die Truppe von eben den Offizieren neu aufgestellt, die an den NS-Verbrechen beteiligt gewesen waren. Spezialisten sind sie geblieben, nicht nur für die Berge, sondern auch – u.a. als Scharfschützen – für den »urbanen Bereich«. Über einen Mangel an Einsätzen können sie nicht klagen. Bereits in den Neunzigern ging es abermals Richtung Jugoslawien: nach Bosnien und in den Kosovo. Scharping und Fischer erklärten uns damals, warum. Mittlerweile sind deutsche Gebirgsjäger auch in Afghanistan unterwegs.

Daneben gibt es den »Kameradenkreis« der Gebirgstruppe. Seine Anfänge reichen ebenfalls bis in die fünfziger Jahre zurück. Zu seinen Aufgaben gehört, die Tradition der Gebirgstruppe zu wahren und den Kontakt zur Bundeswehr zu fördern. Im Mittelpunkt steht dabei das jährliche Pfingstreffen am Ehrenmal Hohen Brendten im bayrischen Mittenwald. An ihm nehmen bis zu 2.000 seiner zirka 8.000 Mitglieder teil.

Handverlesen sind die Teilnehmer der Jubiläumstreffen nicht. Nach der Maxime, »kompromißlos für die Ehre der Soldaten der Wehrmacht und der Bundeswehr ein(zu)treten«, lassen die Traditionspfleger keine »Diskriminierung« ihrer Kameraden zu. So antwortete Harald Rettelbach, Vorstandsmitglied des Kameradenkreises und ehemaliger Direktor des Nato-Pressezentrums in Brüssel, auf die Frage nach der Vergangenheit seiner Vorgänger: »Soll ich etwa die verdammen, die mir das Handwerkszeug beigebracht haben?« Mit der Begründung, sie seien ja nie rechtskräftig verurteilt worden, mag er auch niemanden aus seinem Verband ausschließen. Er vergaß allerdings hinzuzufügen: in der Bundesrepublik Deutschland nicht. In anderen Ländern ergingen gegen einige der Täter harte Urteile bis hin zur Todesstrafe.

Doch nicht nur gemeine Landser, Ritterkreuzträger mit Hakenkreuz und traditionsbewußte Bundeswehrsoldaten treffen sich Pfingsten in Mittenwald, sondern auch die politische und militärische Prominenz der Bundesrepublik. Unverzichtbar ist dabei der bayerische Ministerpräsident Stoiber – sei es in persona oder per Grußbotschaft. Ihm blieb es vorbehalten, für dieses Treiben das geflügelte Wort von der »unangreifbaren Traditionspflege« zu prägen.

Im letzten Jahr fanden sich in Mittenwald allerdings auch Gäste ein, mit denen nicht gerechnet worden war. Zirka 50 vorwiegend junge Menschen wollten sich unter dem Motto »Angreifbare Traditionspflege« mit dem in Mittenwald gepflegten Geschichtsverständnis auseinandersetzen. Doch hatten sie die Entschlossenheit der Ordnungskräfte unterschätzt. Folglich gingen die alten und jungen Kameraden nicht nur mit Stuhlbeinen auf sie los, sondern sie wurden auch in ihrer Mehrheit für die Zeit, in der man sich ihrer entledigen wollte, in ihrer Unterkunft – einer Jugendherberge – von der Polizei festgesetzt. Das hat sie allerdings nicht daran gehindert, mit neuem Konzept ihr Ziel in diesem Jahr erneut zu verfolgen. Im Zentrum steht diesmal eine Tagung, an der Widerstandskämpfer, Wehrmachtsdeserteure und Vertreter von Wehrmachtsopfern aus Griechenland teilnehmen (näheres u.a. unter www.nadir.org/mittenwald).

Das Vorhaben steht im Kontext einer Zielsetzung, die in den sechziger und siebziger Jahren zumindest für die antifaschistische Linke selbstverständlich war: den NS-Verbrechern ihren selbstverständlichen Platz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ungemütlich zu machen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist das Vorgehen gegen die Hiag, den Zusammenschluß ehemaliger SS-Mitglieder, die sich lange Zeit völlig unbehelligt und mit staatlichen Geldern gefördert in aller Öffentlichkeit treffen konnten. Erst das massive Auftreten gegen sie führte zur Einstellung der staatlichen Förderung. Doch schon damals gab es den Einwand, gegen die alten Nazis vorzugehen, heiße, Schlachten von gestern zu schlagen. Diese Position wird aktuell vor allem aus zwei Gründen mit großer Vehemenz vertreten. Zum einen wird zu Recht darauf verwiesen, daß die NS-Veteranen (aus Altersgründen) ihren Einfluß auf die Gesellschaft verloren haben. Zum anderen wird behauptet, die Aufarbeitung der deutschen Geschichte habe ein Niveau erreicht, auf dem die Auseinandersetzung mit den letzten noch lebenden NS-Verbrechern zu einem Anachronismus werde. Zivilgesellschaftliche Pietät verbiete zudem die Verfolgung der Täter am Rande ihres Grabes.

Zweifellos sind die Zeiten vorbei, in denen ein Film wie Wolfgang Staudtes »Die Mörder sind unter uns« die Gesellschaft elektrisierte. Geändert hat allerdings auch er nichts. Die Bundesrepublik Deutschland ist vom Personal aus der NS-Zeit maßgeblich gestaltet worden. Selbst bekannte Verbrecher wurden von der Bevölkerung geschützt und von den Gerichten weitgehend außer Verfolgung gesetzt. Dies gilt gerade für die Verbrechen der Wehrmacht wie in Kommeno. Da viele der auch von den Gebirgsjägern zu verantwortenden Verbrechen im Rahmen der Partisanenbekämpfung begangen wurden, stellte man sie zum Beispiel mit der Begründung außer Verfolgung, es habe sich um eine durch das Völkerrecht legitimierte »Notwehrhandlung« gehandelt. Die Opfer haben – wie im Falle Distomo! – bis heute keine Entschädigung erhalten.

Auf den ersten Blick scheint sich das in letzter Zeit geändert zu haben. Ein Beispiel ist der Prozeß, der im letzten Jahr gegen den SS-Offizier Engel in Hamburg wegen Geiselerschießung stattfand. Mindestens zweimal war in den Jahrzehnten zuvor gegen ihn ermittelt worden, doch war es nie zu einem Gerichtsverfahren gekommen. Jetzt wurde der Greis nicht nur angeklagt, sondern auch wegen Mordes verurteilt. Der Beschluß des Bundestages, NS-Verbrechern die staatliche Pension als »Kriegsopfer« zu verweigern, wirkt für hiesige Verhältnisse nahezu umstürzlerisch. Wer erinnert sich nicht an die Zusatzrente, die wenige Jahre zuvor der Witwe des berüchtigten Juristen am Volksgerichtshof, Freisler, mit der Begründung zugesprochen worden war, dieser habe auch nach 1945 auf eine Fortsetzung seiner Karriere rechnen können, weshalb der Rentenzuschlag berechtigt sei? Wehrmachtsdeserteure, vor 1945 Todeskandidaten, falls sie gefaßt wurden, nach 1945 von der Gesellschaft als Feiglinge, Verräter und Kameradenschweine, von seiten des Staates weiterhin als Vorbestrafte behandelt, wurden im letzten Jahr pauschal rehabilitiert.

Die angeführten Beispiele haben jedoch einen Nachteil: Bei ihnen handelt es sich bestenfalls um die Akzeptanz von Halbwahrheiten. So wurde das Verfahren gegen »Todes-Engel« erst eröffnet, als er bereits in Italien verurteilt worden war und die deutsche Justiz vor der Alternative stand, ihn an Italien auszuliefern – wozu sie nicht bereit war – oder selbst etwas zu unternehmen, um einen Skandal zu vermeiden. Folglich wurde er zwar verurteilt, aber nicht in Haft genommen und wird deshalb vermutlich als verurteilter Mörder enden, ohne einen Tag seiner Strafe abgesessen zu haben.

Bei den staatlichen Leistungen für NS-Verbrecher sah sich der Staat letztlich überfordert. Ihm sprang das Simon-Wiesenthal-Zentrum bei und lieferte Fälle von NS-Tätern, die von Berlin alimentiert wurden. Bis 2001 wurde daraufhin 72 von ihnen die Dankeszahlung aus Berlin – nach israelischen Angaben zahlt die Bundesregierung jährlich über sechs Milliarden Euro an derlei »Kriegsopfer« – gestrichen. Was die Opfer der »Opfer« betrifft, so wird der Bundesgerichtshof in den nächsten Wochen deutlich machen, daß sich an der restriktiven Entschädigungshaltung der Bundesrepublik nichts geändert hat, wenn er sich mit den Entschädigungsansprüchen eines griechischen Wehrmachtsopfers befaßt.

Und die Wehrmachtsdeserteure? Nicht nur, daß der Bundestag den Zweiten Weltkrieg zwar mittlerweile als Vernichtungskrieg tituliert, sogenannten Kriegsverrätern – zum Beispiel Überläufern zu den gegnerischen Truppen – aber weiterhin die Rehabilitierung verweigert. Auch die wenigen noch Lebenden und jetzt nach langem Kampf offiziell als NS-Opfer Anerkannten und mit einem Almosen Abgespeisten sehen sich einem diskriminierenden Kleinkrieg ausgesetzt. Während die Gebirgsjäger selbst ihrem Lasttier, einem Esel, ohne Probleme ein pompöses Denkmal setzen konnten, bemühen sich die Wehrmachtsdeserteure weiterhin um einen Erinnerungsort in Torgau als dem Zentrum ihrer Verfolgung (dort hatte das Reichskriegsgericht samt angeschlossener Haft- und Erschießungsstätte seinen Sitz). Was den »Opfern des Stalinismus« von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten längst zugestanden wurde, wird ihnen bis auf den heutigen Tag verwehrt; ihr Sprecher Ludwig Baumann sieht sich persönlich seit Jahren vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt (siehe KONKRET 1/00). Daß es sich hierbei nicht um bloßen Provinzialismus handelt, machte Verteidigungsminister Struck deutlich. Er lehnte den Vorschlag, das Schicksal der Opfer der NS-Militärjustiz in einer Ausstellung zu dokumentieren, mit der Begründung ab, hierfür habe er kein Geld.

Abgesehen davon, daß es keinerlei Anlaß gibt, immer neue Gründe für die Gleichgültigkeit gegenüber den NS-Verbrechern in dieser Gesellschaft oder gar für ihre Verteidigung zu erfinden, wird an dieser Problematik auch ein unterschätztes geschichtspolitisches Defizit erkennbar. Denn trotz aller aus unterschiedlichen Motiven erfolgten Veränderungen im Detail weigert sich die deutsche Gesellschaft noch immer, sich mit dem Einfluß des Nationalsozialismus auf die Konstitutionsbedingungen der Bundesrepublik und den daraus resultierenden politischen Konsequenzen im Zuge des Kalten Krieges systematisch zu beschäftigen.

Beispielhaft zeigte sich diese Haltung in der NS-Raubgold-Debatte Ende der neunziger Jahre. Während Dutzende von Staaten weltweit Untersuchungskommissionen einrichteten, um ihre politisch-gesellschaftlichen Versäumnisse vor 1945 und danach unter dem Stichwort »Krise der Nachkriegsmythen« zu erforschen, lehnte dies die Bundesregierung strikt ab – und war dann postwendend mit dem Thema der NS-Zwangsarbeit und ihrer nicht erfolgten Entschädigung konfrontiert. Eine solche geschichtspolitische Deckelung insbesondere für die Zeit nach 1945 hat zur Folge, was der Soziologe David Riesman als »Cultural Lag« bezeichnete. Als gelebter Alltag kann es zu Pfingsten in Mittenwald erfahren werden. Ansonsten spüren wir es alle – täglich.

Rolf Surmann schrieb in KONKRET 3/03 über die abgewiesene Entschädigungsklage griechischer NS-Opfer

Konkret 06/03, S. 42

Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe

Viel zu wenig Gummibärchen

Seit ungefähr zwei Jahrzehnten gehört es international zum guten Ton, daß die Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Werke nicht nur Doktorvätern, Geldgebern und Bibliothekaren, sondern auch Sexualpartnern, Kindern und sogar Haustieren öffentlich Dank abstatten. Eine Schleimblütenlese aus den letzten zwanzig Jahren.

Historiker meiner Generation tun sich häufig schwer damit, ihre Lebenspartner in Danksagungen dieser Art angemessen zu berücksichtigen. Ich halte das für einen Ausdruck falsch verstandener Emanzipation. Ohne die praktische und intellektuelle Hilfestellung von Sybille Heinemann-Mohr, ohne ihre Zuwendung und ihren bisweilen kritischen Zuspruch wäre das vorliegende Buch nie geschrieben worden. Ihr sei es daher in Dankbarkeit und Freundschaft gewidmet.

Ulrich Heinemann: *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983

*

Einer großen, anonymen Institution möchte ich noch danken, die sonst immer schwerster Vergehen angeklagt wird: es ist die Gesellschaft. Sie hat mir eine jahrelange Existenz zwischen Büchern ermöglicht. Mit diesen Büchern stand ich in einem faszinierenden Diskurs.

Ruth Römer: *Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland.* Wilhelm Fink, München 1985

*

Meiner Mitbewohnerin Martina Häge danke ich für die Geduld, die sie mir gegenüber in dieser schwierigen Zeit aufbrachte.

Stefan Breit: *»Leichtfertigkeit« und ländliche Gesellschaft. Voreheliche Sexualität in der frühen Neuzeit*. R. Oldenbourg, München 1991

*

Die Zeit, die ich am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C. verbringen konnte, gab mir die Gelegenheit, über Geschlechterbeziehungen, ihre komplizierten Verwicklungen in Geschichte und Gegenwart, nachzudenken und ermöglichte es mir, ausführlich und in Ruhe einen Diskussionskontext aufzuspüren, der in der Bundesrepublik in vielfacher Hinsicht sich nicht in gleicher Weise hat entfalten können.

Hanna Schissler (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel.* Campus, Frankfurt a. Main und New York 1993_

*

Der größte Dank gebührt jedoch meiner Frau Ruth. Ich kann mit Gewißheit sagen, daß sie es ist, die Freude in mein Leben bringt. Sie ist mir nicht nur eine liebevolle, offene, weise und wundervolle Freundin und Partnerin, sondern auch in den entscheidendsten Momenten eine wertvolle Mitarbeiterin: Ihre Gedanken, Zweifel, Proteste und geschickten chirurgischen Eingriffe haben dazu beigetragen, diesem Buch seine endgültige Form zu geben. Ohne sie wäre es nie geschrieben worden.

David B. Morris: *Geschichte des Schmerzes*. Insel Verlag, Frankfurt a. M. und Leipzig 1994

*

Anna-Maria Aubanell, Pascal Brioist und Christoph Dartmann danke ich für ihre Hilfe mit der Computertechnik.

Charlotte Tacke: *Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1995

*

In Deutschland möchte ich besonders Michael Schröter danken, der gewaltige Mengen Kaffee mit mir getrunken und mir Denkanstöße gegeben hat.

Lyndal Roper: *Ödipus und der Teufel. Körper und Psyche in der Frühen Neuzeit. Fischer,* Frankfurt a. M. 1995

*

Ohne die Hilfe und die Kochkünste von Galina Reznik wäre ich in der Ukraine verloren gewesen, Thomas Schmoll beherbergte mich in Berlin.

Dieter Pohl: *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*. R. Oldenbourg, München 1996

*

Als Expertin für Pannen und Probleme bei der Textverarbeitung am Computer stand mir meine Schwester Barbara zur Seite.

Thomas Raithel: *Das »Wunder« der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges.* Bouvier, Bonn 1996

*

Am meisten gelitten, aber deshalb auch am meisten zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen, hat meine Familie. Während der vier Jahre, die ich an diesem Buch gesessen habe, wurden meine beiden jüngeren Kinder, Egmont und Thekla-Louise, geboren. Sie kennen mich nicht anders als am Computer in den Kampf mit diesem Manuskript verstrickt, und wenn sie immer wieder voller Enthusiasmus in mein Arbeitszimmer gestürzt kamen, dann nur um zu entdecken, daß ich nicht besonders zum Spielen aufgelegt war. Auch meine ältere Tochter, Urte-Anna, und meine Frau, Kirsten Waibel-Gassert, haben allzu lange auf den baldigen Abschluß dieser Arbeit warten müssen. Sie alle haben Verzicht geleistet, meine Launen und meinen Kleinmut ertragen und mich aufgebaut, wenn es wieder einmal gar nicht weitergehen wollte.

Philipp Gassert: *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933-1945*. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1997

*

War durch die Gewährung des Stipendiums fürs Brot gesorgt, so danke ich meinen Eltern und meinen Geschwistern für die kredenzte Butter, die mich den Alltag der Bearbeitung weniger trocken erleben ließ.

Peter Berghoff*: Der Tod des politischen Kollektivs. Politische Religion und das Sterben und Töten für Volk, Nation und Rasse*. Akademie Verlag, Berlin 1997

*

Meinem Sohn Nils danke ich ebenso für sein fröhliches Lachen und seine Phantasie wie für viele Kontakte und Freundschaften in Winterfeld, die durch ihn zustande gekommen sind.

Susanne Spülbeck:*_Ordnung und Angst. Russische Juden aus der Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende. Eine ethnologische Studie.* Campus, Frankfurt a. Main und New York 1997

*

Ihre Kapazität auf dem Gebiet des Antisemitismus brachten Dr. Rainer Erb und Till van Rahden ein. Sie haben die ganze Arbeit kritisch gelesen, wie auch Dr. Uwe Barrelmeyer, mit dem ich jedoch, statt zu promovieren, genausogern Fußball spielte ... Auch Moppel verdanke ich viel, weil er mit seinen Visiten seit 1988 tagein, tagaus für Abwechslung in meiner Doktorandengruft sorgte. Ohne sich jemals von meiner Wissenschaft beeindrucken zu lassen, konnte mir der schwarze Kater stundenlang beim Schreiben zuhören.

Olaf Blaschke: *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997

*

Auch sollten einige nicht vergessen werden, die, ohne zu wissen, welchen Themas sich der Autor angenommen hatte, die Recherche mit kleinen Gesten erleichterten: der Nachtportier eines Hotels in Quedlinburg, der, mit einer großen Taschenlampe bewaffnet, um drei Uhr in der Nacht auf dem Markt – einer Fußgängerzone – patrouillierte, um dem per Handy angekündigten Autor, der sich mit seinem Wagen in der Altstadt hoffnungslos verirrt hatte und immer wieder in der falschen Sackgasse auftauchte, vergeblich Lichtzeichen zu geben, und der zuletzt beherzt einen eisernen Poller aus dem Pflaster zog, um einen Weg durch die für Autos streng verbotene Zone zu ermöglichen. Und auch der Tankwart aus Schwedt, der dem Autor, der eine vermeintlich katastrophale Panne hatte, ein Ersatzteil einer anderen Automarke für 1,98 DM verkaufte und augenzwinkernd meinte, jetzt fahre der Wagen bestimmt erheblich besser, was zutraf.

Burkhard Schröder: *Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst.* Rowohlt, Reinbek 1997

*

Maria Moritz sei stellvertretend für meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen an der Uniklinik Münster genannt, die mir während der nicht enden wollenden letzten Phase der Arbeit den Broterwerb versüßt haben.

Klaus Latzel: *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939-1945*. Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien und Zürich 1998

*

Wenn ich früher Danksagungen las, dachte ich oft, daß es sich dabei um Pflichtübungen handelt. Heute weiß ich, daß sie von Herzen kommen können ... Meinem Bruder Tilmann Humburg verdanke ich eine sorgfältige Korrektur sowie den gezielten Hinweis, weniger Semikolon zu verwenden und kürzere Sätze zu schreiben.

Martin Humburg: *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941-1944*. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998

*

Danken möchte ich auch all denen, auf deren liebevolle Sorge um meinen Sohn Luca Leon ich vertrauen konnte, während ich schrieb. Die häufigen Trennungen fielen uns beiden schwer. Um so kostbarer waren mir die gemeinsamen unbeschwerten Stunden. Für seine Liebe, seine Fröhlichkeit und sein Verständnis danke ich Luca Leon von Herzen und möchte ihm mein Buch widmen.

Ute Planert: *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998

*

First thanks must go to my wife, Barbara, who is always the first to read my drafts and is usually my most perceptive critic, both as to style and content. That she has good-naturedly put up with these impositions – and seemingly endless revisions – for over thirty-five years is but one small indication of how lucky I have been in love.

Albert S. Lindemann: *Anti-Semitism before the Holocaust*. Pearson Education Limited, Harlow 2000

*

Gewidmet sei die Arbeit indessen meinem Mann. Er hat den Spagat zwischen liberi und libri mitgetragen.

Pia Norblom: *Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung »Der Deutsche in Polen« (1934-1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*. Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien und Zürich 2000

*

An dem zuweilen recht mühsamen und zähen Prozeß, in dessen Verlauf aus der ersten Begeisterung über den Fund eines so umfassenden Familiennachlasses ein Buch wurde, hatten viele Anteil, ihnen allen möchte ich danken: Tanja Hommen und Bettina Joergens (Bielefeld) wie Kaline Hoffmann (Bochum) nicht nur für mühsames Kopieren und Korregieren (sic); Edith Glaser (Halle), Relinde Meiwes (Bielefeld) und Iris Schröder (Paris) für Diskussionen, gemeinsam ertragenenes Leid und viel zu wenig Gummibärchen.

Rebekka Habermas: *Frauen und Männer des Bürgertums. Eine Familiengeschichte (1750-1850)*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000

*

Daß und was meine Familie während der vergangenen Jahre mit einem Habilitanden erlebte, weiß jede(r), der in der einen oder anderen Rolle in solcher Lage war. Ihnen habe ich längst gedankt, doch kann man daran nie zuviel tun! Ich danke deshalb vor allem meiner Frau Dr. Ina Ulrike Paul. Sie stand mir auch bei dieser Arbeit als geduldige Zuhörerin, kritische Diskussionspartnerin und unverzichtbare Ratgeberin zur Seite und sie gab mir die Kraft und die Zuversicht, dieses Buch zu schreiben!

Uwe Puschner: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001

*

Good fortune brought Fritz Licht my way ... I am also grateful to his daughter, Ingrid Schwerdtner, and her husband Gerd for providing home-cooked meals and helping my project in so many little and big ways ... Andrea Kihlstedt's brilliant pragmatism and solid advice, Barbara Wank's beautiful pottery and care of my soul, and Heike Bloom's gourmet meals and newspaper clippings related to anything German or anything having to do with the arts have made my life so much richer. Julie Sneeringer and Maria Mitchell always know just the right thing to say to cheer me up and cheer me on ... Norma Torney brings laughter and sparkle to my life. Her optimism about life and her sense of humour have 'brightened many a dreary Poughkeepsie winter day for me.

Friends have been lifesavers and so has my family. My brother Winfried Höhn, my sister-in-law Elke, and their son Mäthi are my anchors in Germany ... I thank them for being so generous with their love and for always making me feel as though

I never left home. Finally, without the sweet love of my husband Charles Geiger and our sons, Christian and Gian, this book could not have been completed. I thank them with all my heart for their patience and wonderful senses of humour; their presence in my life was a much appreciated reminder that there is life beyond the Adenauer years.

Maria Höhn: *GIs and Fräuleins. The German-American Encounter in 1950s West Germany*. The University of North Carolina Press, Chapel Hill und London 2002

*

Ein Dankeschön ferner an Dr. Thomas Potthast und Familie für das Quartier in Kreuzberg, ebenso an Melanie Speth ... Ohne meine Retter Torben Roffka und Katja Vater säße ich noch heute hilflos vor meinem Computer. Katja Röder half beim Ausdrucken meiner Dissertation. Meinen übrigen Freunden danke ich dafür, daß sie meistens gerade nicht mit mir über meine Arbeit sprechen wollten. Diese Ablenkung war wichtig, und das Getränkestipendium bleibt unvergessen. Der Dank an meine Eltern für das Korrekturlesen, meinen Bruder und meine Familie ist natürlich der tiefempfundenste (sic). Danke für alles. Und Urte Müller – tja, die war mein guter Geist. Danke.

Jan Björn Potthast: *Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag. Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus*. Campus, Frankfurt a. M. und New York 2002

Zusammengestellt von Gerhard Henschel

Konkret 06/03, S. 45

Fritz Tietz

Effe für alle

Kultur-Kolumne

Falls es jemand noch nicht mitbekommen haben sollte: Der talentierte Fußballer, begabte Stinkefinger und Ausnahmearier Stefan Effenberg hat in wohlkalkulierter Nachahmung seines Bruders »Louie Louie Louie« im Geiste, Dieter Bohlen, gleichfalls eine Autobiographie schreiben lassen. »Vor diesem Buch zittert die Liga«, schlagzeilte vorab die »Bildzeitung«. Eine trügerische Erwartung, wie sich herausstellen sollte. Der Autor, der nach eigener Auffassung noch nie um den heißen Brei herumgeredet haben will, traute sich fußballintern allenfalls längst Verdautes aufzuwärmen. Mit dem sicheren Instinkt des Opportunisten wagte er sich nur an eh schon Kaltgestelltes, wie etwa Matthäus oder Vogts. Sonst ließ der zum Rebell hochstilisierte Balltänzer nichts anbrennen, was seiner Lebensmaxime schaden könnte: »Ich möchte jederzeit beim FC Bayern anrufen, mir zwei VIP-Karten für ein Spiel bestellen können und zur Antwort bekommen: ›Alles klar, die Karten liegen für dich bereit.‹« Von wegen heißer Brei. »Heißes Würstchen«, müßte Effenberg eigentlich antworten, nach seinem Namen befragt.

Ihrem Titel nach mußte man zunächst vermuten, daß es sich bei Effenbergs Biographie eher um die Lebensbeichte eines Stadtpark-Exhibitionisten handelt: *Ich hab's allen gezeigt*, lautet der. Zwar ist kaum anzunehmen, daß Effenberg im knielangen Mantel mit nichts drunter durch die Rabatten streift und allen sein kleines Effchen zeigt. Allerdings: nur im übertragenen Sinne streicht der auch nicht gerade die Hosen. Eine flächendeckend plakatierte Fotoserie, mit der »Bild« ihren Effenberg-Vorabdruck bewarb, offenbarte jedenfalls eine ausgeprägte exhibitionistische Neigung des Autors. Geknipst allesamt in jener Ästhetik, die für die Wäscheseiten von Versandhauskatalogen entwickelt wurde, erregte besonders eines der Fotos ein erhebliches Hallo. Im kleinen ärmellosen Weißen sah man da Effenberg gesenkten Hauptes stehen, Koitusbereitschaft abstrahlend. Die voluminöse Tätowierung, welche seinen Oberarm geschwulstartig überzieht, stach dabei weniger unappetitlich ins Auge als eine, vor dem nackten Waschbrettbauch des Strähnchenfrisierten knieende blinde Kuh, die sich als eine, durch ihren spektakulären Vereinswechsel bekannt gewordene Spielerfrau entpuppte. Dieser Schlafzimmerschnappschuß und noch ein paar andere Pärchenfotos signalisierten jedenfalls deutlich, daß Effenberg alles mögliche, aber nichts Liga-Intimes zu enthüllen gedachte.

Schlagartig wurde jedoch so das breite, also eher erotomane, und schnell auch das engere, nämlich feuilletonistische Interesse an dem Enthüllungsautor geweckt. »Die Bilder haben was«, schnalzte etwa das »Taz«-Feuilleton und nahm die Unterhosenfotos zum Anlaß für eine allerdings bloß ins ellenlange Unleserliche abdriftende Meditation. Derweil waren die ersten Folgen des »Bild«-Vorabdrucks erschienen. Aber auch die schlugen weniger, so wie das die Karacho-Dichter der »Bildzeitung« prophezeit hatten, »mit einem gewaltigen Karacho in der Fußballszene ein«, sondern bloß im bürgerlichen Feuilleton. Schon ein paar der ausgekoppelten Stellen entfachten dort eine regelrechte Raserei. Wie schon nach Bohlens Buch brach sich allerlei Zeter, Empörung und Kulturpessimismus Raum. Insbesondere jene widerliche Passage, in der Effenberg sein Mitleid mit den eigenen Schuhsohlen bekundet, nachdem er ihnen zugemutet hatte, einen Volltrunkenen zu berühren, löste großes Geschnattere aus. So titulierte die »Süddeutsche Zeitung« Effenberg als »kickenden Sozialdarwinisten«, von dessen »Ersprochenem« man nur hoffen könne, daß es nicht, wovon Effenberg überzeugt sei, die Meinung von Millionen widerspiegelt. Sogar die Edelfeder der »Bildzeitung«, Franz-Josef Wagner, fiel in den akademischen Klagechor ein. Obwohl er Effenberg zuvor noch in den kieksendsten Tönen mit Lob (»Für mich ist Ihr Buch ... wie eine Entdeckungsreise zu den Jungs mit den schnellen Beinen«) und Obst (»Sie pflücken die Mädchen von den Bäumen des Lebens«) überhäuft hatte, kroch einen Tag später blankes Entsetzen aus seiner Post: »Ihre Memoiren, Herr Effenberg, sind für mich furchtbar und desaströs ... Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie glücklich sind«, befand da das Glücksschwein von der Seite 2. Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« räumte ihrem Mitarbeiter Seidl gar die halbe Seite 27 frei, und der stellte dort »schon nach unserer ersten Woche mit Effenbergs Prosa die Frage, ob es tatsächlich, wann immer man glaubt, den absoluten Tiefpunkt gesehen zu haben, noch ein bißchen tiefer, schmutziger, gemeiner geht«. Offenbar kannte da der Mann die Entwürfe zu den rotgrünen Sozialreformen noch nicht. Ihn veranlaßten eher Effenbergs »armselige Sätze und Gossenwörter« zu dem Appell, daß man Typen wie ihn bekämpfen müsse.

Damit aber hat Seidl praktisch den Bürgerkrieg ausgerufen. Der dürfte allerdings, so es zum Äußersten käme, zu einem ziemlich ungleichen Kampf geraten. Denn Typen, die wie Effenberg denken oder reden, sind in diesem Land, da mag die »Süddeutsche« noch so sehr das Gegenteil hoffen, eindeutig in der Überzahl. Was man freilich nicht wissen kann, wenn man den Puls der Zeit vorrangig in feingeistigen Zirkeln, politischen Salons oder sonstwelchen Separees des kultivierten Umgangs zu ertasten sucht. Vielleicht sollte man gelegentlich mal ein deutschländliches Schützen- oder Feuerwehrfest besuchen oder sich ab und zu in trauten kleinstädtischen FDP-Kreisen bewegen. Auch hin und wieder in eine Hamburger Vorortkneipe reinschnuppern kann nicht schaden, vorausgesetzt man kann das allzu vorlaute Maul halten. Wer außerdem das Belauschen von S-Bahn- oder Wartezimmer-Gesprächen pflegt, regelmäßig die Kommentare und Leserbriefeseiten der Provinzpresse studiert oder beim sonntäglichen Brunch der grün-bürgerlichen Klientel die Ohren aufsperrt, muß eigentlich

nur noch die aktuellen Programme von SPD und CDU gelesen haben, regelmäßig »Christiansen« oder »Focus-TV« gucken oder einfach nur dem Bundeskanzler zuhören, um sehr schnell zu der Einsicht zu gelangen, daß es von Typen wie Effenberg hierzulande nicht nur wimmelt. Sie regieren Deutschland sogar gerade.

Effenberg selbst stützt diese Einschätzung mit einem Hinweis auf ein Interview aus dem vergangenen Jahr, in dem er vermeintlich unwilligen Arbeitslosen jede Unterstützung zu streichen forderte, was damals noch einigen Unmut auslöste. In seinem Buch wundert er sich: »Ich bekam für diesen Vorschlag vor zwölf Monaten richtig auf die Mütze, und heute versuchen diverse Politiker genau diese Vorschläge umzusetzen.« Auch seine Forderung: »Kinderschänder müssen weggesperrt werden und dürfen keinen Schritt mehr in die Freiheit setzen«, klingt wie von Bundeskanzler Schröder diktiert. Oder umgekehrt?

War sonst noch was? Ach ja. Als Effenbergs Buch endlich erschien, war der feuilletonistische Sturm bereits wieder weitgehend verebbt. Ein letztes Geraune hob an, als der Autor, auf der Buchpräsentation nach seiner Lieblingslektüre befragt, mit seinem eigenen Klischee kokettierend u.a. »die echten Hitler-Tagebücher« nannte – und ihm nahezu alle auf den Leim gingen. Über eine wirklich dreiste Provokation Effenbergs regte sich indes niemand auf: »Deutschland ist ein freies Land. Wir leben in einer Demokratie«, konnte er mehrfach unwidersprochen behaupten. Offensichtlich sind da die Kampfgeschwader des deutschen Feuilletons ganz Effes Meinung.

Konkret 06/03, S. 46

Martin B□ sser

Kosmischer Kanon

Genie-Kult schl□ gt politischen Diskurs: Ein Gang durch die Baseler Ausstellung □ E□ pressiv!□

Unmittelbar neben der Eingangshalle der Fondation Beyeler, in der eine Kopie von Picassos »Guernica« die Ausstellung »Expressiv!« eröffnet, befindet sich ein Raum, in dem eines der großformatigen Seerosenbilder von Claude Monet hängt. »Monet war doch Impressionist, kein Expressionist«, gibt ein älterer Herr lautstark seine Schulbildung zum besten, »heutzutage wird alles eingemeindet, wie es den Kuratoren gerade paßt.« Seine Begleiterin korrigiert ihn schlagfertig und gar nicht mal dumm: »Aber das ist doch der späte Monet, dessen Pinselführung durchaus schon expressionistische Züge erkennen läßt.« Sie waren beide auf dem Holzweg, denn der Monet gehört zur Dauerausstellung der Fondation, die sich mit den »Expressiv!«-Exponaten lediglich das Stockwerk teilt.

Obwohl ein Irrtum, sagt die Reaktion der Besucher jedoch einiges über die Problematik der beliebten epochenübergreifenden Ausstellungen, die mit so dehnbaren Begriffen wie »dem Expressiven« arbeiten. Willkür herrscht immer, wenn »die Zeitlosigkeit der □Ausdruckskunst□« (Katalog-Vorwort) in eine historische Klammer gesteckt wird, die bei El Greco beginnt und ausgerechnet mit einer Videoinstallation von Bruce Nauman aus dem Jahre 1992 endet. Als »Aufschrei der Seele gegen die Mechanisierung des Lebens« definiert, ist das Expressive tatsächlich zu einem immer wiederkehrenden Moment in der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts geworden – warum es sich aber ausgerechnet in den Siebdrucken von Andy Warhol manifestieren soll, die bereits technisch auf jede expressive Geste verzichten und ganz dem berühmten Warhol-Statement »Ich möchte eine Maschine sein« folgen, bleibt eines der ungelösten Rätsel dieser Ausstellung.

Donald Kuspit definiert das Expressive in seinem Katalogbeitrag als Auseinandersetzung mit elementaren Gefühlen, weshalb Expressionismus für ihn »kein Stil, sondern eine Haltung« darstellt, nämlich eine, die in Krisenzeiten den Blick auf das Wesentliche richtet. Von dieser Definition ausgehend, läßt sich tatsächlich vieles mit dem Begriff »Expressiv!« fassen – die von privaten Symbolen und Mythen wimmelnden Fett- und Filzinstallationen eines Joseph Beuys ebenso wie die blutigen, das Elementare geradezu überstrapazierenden Aktionen eines Hermann Nitsch. Die Baseler Ausstellung ist jedoch aus gutem Grund nicht so weit gegangen, Kuspits Definition auf Beuys, Nitsch und die Riege der Körperkünstler und Extrem-Performer auszuweiten, sondern beschränkt sich – von eigenwilligen Eingemeindungen à la Warhol abgesehen – vorwiegend auf die Tradition der gestischen Malerei. Die damit gezogene Linie von van Gogh über den historischen Expressionismus bis zu Francis Bacon und den »Neuen Wilden« zu Beginn der achtziger Jahre wird damit durchaus nachvollziehbar, wobei der holländische Publikumsliebling die Ausstellung fast schon wie ein Running Gag durchzieht: In den fünfziger Jahren taucht van Gogh als Motiv bei Francis Bacon auf, am Ende der Ausstellung noch einmal bei Rainer Fetting, der einen ausgemergelten van Gogh an der Berliner Mauer vorbeihuschen läßt.

»Expressiv!« setzt auf große Namen, geradezu auf Publikumsmagneten, macht sich zudem die derzeit allerorten neu entflammte Liebe zur Malerei zunutze, reflektiert allerdings nicht, wie es denn zu dieser neuen Wertschätzung hat kommen können. Kuspit gibt in seinem Essay zumindest einen Hinweis darauf, was ausgeblendet wird, sobald sich das Augenmerk der Kunst nur noch auf den Menschen »an sich« richtet: »Wenn die Religion, Wissenschaft und Moral ... gerüttelt werden, und wenn die äußeren Stützen zu fallen drohen«, zitiert er Wassily Kandinsky, »wendet der Mensch seinen Blick von der Äußerlichkeit ab und sich selbst zu.«

Es ist, um das Zitat zuzuspitzen, meist eine Abwendung vom Politischen am Werk, wenn dem Aufschrei (in) einer Kunst gehuldigt wird, die als umso größer und zeitloser gilt, je weniger ersichtlich wird, gegen was da überhaupt auf- und angeschrien wird. Die Berühmtheit des Munch□schen »Schreis«, in Basel als Lithographie ausgestellt, ist einer Rezeption geschuldet, der Kunst umso elementarer erscheint, je weniger sie über den Ausdruck bloßer Empfindung hinausgeht. Das Expressive befriedigt hier einen Impuls, vor dem Kuspit warnt, wenn er darauf hinweist, daß das Interesse an van Gogh und Munch lange Zeit vor allem dadurch genährt wurde, daß man sie »für geisteskrank« hielt.

Mit Ausnahme von Picassos »Guernica«, das den Aufschrei an eine historische Situation rückbindet und dem konkreten Leid ein Bild gibt, thematisieren die meisten in Basel gezeigten Arbeiten einen eher existentiellen Schmerz, der suggeriert, daß es für ihn keine Heilung geben kann, es sei denn im Ausdruck selber, also in der Kunst. Insofern hätte Beuys tatsächlich gut nach Basel gepaßt, denn schon Kuspit erkannte in seinem lesenswerten Buch *Der Kult vom Avantgarde-Künstler*, daß der »Schamane« und »Schmerzensmann« Beuys den »großen Höhepunkt in einer langen Reihe von widersprüchlichen Avantgarde-Narzißten« darstellt: »Die Gesellschaft verherrlicht das tragische Selbstempfinden dieser Künstler, ihr tragisches Verhältnis zu ihrem Selbst, um ihre eigene Tragödie zu verleugnen.«

Diese Kritik – die im übrigen mit der Tatsache korrespondiert, daß auch in Basel wieder einmal fast nur Männer dem Narzißmus frönen – drängt sich beim Rundgang durch die Ausstellungen mit ihren mehr als 200 Exponaten auf, denn eine derartige Anballung von Werken, auf denen tragische Künstlerseelen um Ausdruck ringen, liest sich wie eine

programmatische Absage an jene politisch diskursive Kunst, von der die letzte »Documenta« bestimmt wurde. Während dort aus guten Gründen nicht die Künstler und ihre Befindlichkeiten im Mittelpunkt standen, versucht »Expressiv!« noch einmal, das Bild vom Genie zu rekonstruieren, das den ganzen Kosmos aus sich selber zu schöpfen meint und damit dem Publikum den Eindruck vermittelt, daß alleine schon der Name für die Größe, ja Tiefe des Dargebotenen bürgt.

So manches Werk muß allerdings auch gegenüber Kuspits Resümee in Schutz genommen werden, das vor allem das Irrationale und Antimodernistische der expressiven Kunst hervorhebt. Schon Ernst Bloch warnte 1935 in *Erbschaft dieser Zeit* davor, den Expressionismus mit jener Irrationalität gleichzusetzen, die er bei Gottfried Benn am Werk sah, dem »Archaischen, Brütenden« und »gewollt Lichtlosen«, und schlußfolgert: »Deutlicher aber als der Surrealismus ... war der Expressionismus ums Humane zentriert.« Gegen Georg Lukács gewandt, der die »Totalität« eines in sich geschlossenen, objektiven Realismus vorzog, sah Bloch im Expressionismus »reale Zersetzungen« am Werk, die das Inhumane der Gesellschaft an der Zerrissenheit des Einzelnen deutlich machen. Im Spannungsfeld einer Tradition, die mal das Subjektive zum Tragisch-Genialischen überhöht, mal aber gerade am Subjekt die Zerstörungen der (und durch die) Verhältnisse ablesbar gemacht hat, müssen wohl auch die Exponate in Basel betrachtet werden.

Beim Gang durch die Ausstellung wird oft nicht deutlich, nach welchen Kriterien die einzelnen Werke ausgesucht wurden, ob dabei zum Beispiel formale oder inhaltliche Aspekte den Ausschlag gaben. El Greco mit einer verkleinerten Werkstattwiederholung der »Verkündigung« (zirka 1596-1600) an den Anfang zu stellen, wird wohl nur formale Gründe gehabt haben. Seine Farbgebung und seine selbst noch über den damaligen Manierismus hinausgehende Verlängerung und Verdrehung der Körper weisen sicher expressive Tendenzen aus und korrespondieren mit jener »beseelten« Wahrnehmung, die Farben und Proportionen nicht mehr nach der äußeren Wirklichkeit, sondern nach empfundener Bedeutung einsetzt; die damit zum Ausdruck kommende religiöse Verzückung hat allerdings noch wenig mit jener verzweifelten Selbstbespiegelung zu tun, mit der Künstler zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre eigene Zerrissenheit auf die Außenwelt projizierten. Mit der Wahl El Grecos, der trotz eigenwilliger Farbgebung und Formensprache noch ganz einem religiösen Programm verbunden war, zum Ausgangspunkt erklärt die Ausstellung das Expressive zu einem Grundprinzip abendländischer Kunst, das immer dort am Werk ist, wo sich scheinbar ungezügelte Vitalität gegen jene »zivilisierte« Kunst durchsetzt, deren Ausgeglichenheit Dubuffet an da Vinci so gehaßt hat. Kuspit schreibt in diesem Zusammenhang vom ständigen Ringen zwischen Dionysischem und Apollinischem. So gesehen reichen die Wurzeln bis zu der von den Expressionisten bewunderten »Ausdruckswucht« der Gotik oder sogar bis zur hellenistischen Laokoon-Gruppe zurück, an der Lessing sich einst mit der Frage abarbeitete, wie viel Leidenschaft in einem Kunstwerk darstellbar ist, ohne daß es zu fratzenhaften Verzerrungen kommt.

Nach El Greco und Goya, den schon Ernst Bloch als einen Vater des Expressionismus betrachtete, wird dieses weitgespannte Verständnis des Expressiven jedoch wieder eingezogen. Mit van Gogh, Gauguin, Munch und Ensor finden sich Künstler als Vorboten des Expressionismus versammelt, die als solche in der Kunstgeschichte bereits kanonisiert sind. Eigenwillig breit ist dann jedoch wieder der Hauptteil der Ausstellung gefächert, der die Zeit bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs umfaßt. Abgesehen von Namen, die man in einer solchen Ausstellung erwartet – etwa Ernst-Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Erich Heckel und die französischen Fauves – , finden sich neben Lyonel Feiningers freien, aber nicht unbedingt expressiven Adaption des Kubismus auch Werke von Max Beckmann, Otto Dix und George Grosz. Es bedarf schon gewagter Gedankensprünge, ein der Renaissance-Tradition verpflichtetes Otto-Dix-Porträt dem Expressiven zuzuschlagen. Daran anschließend werden sogar in den dreißiger und vierziger Jahren entstandene Arbeiten von Picasso, Max Ernst und Paul Klee unter den Begriff »Spät-Expressionismen« gefaßt – die große Renaissance des Gestischen, die mit dem abstrakten Expressionismus nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, erscheint dagegen fast nur noch als Fußnote, vertreten durch einen frühen Jackson Pollock und eine Arbeit von Willem de Kooning.

Zwei verschiedene Auffassungen stehen sich da ständig im Weg. Eine, die das Expressive am vitalen Aufschrei festmacht, und eine, die selbst subtilste Klee-Bilder sich eingemeindet, weil darin »das Seelische« den Platz der Außenwelt eingenommen habe. Eine kontemplative, harmonische Arbeit Klees nimmt sich allerdings Seite an Seite mit den grob fratzenhaften Figuren Jean Dubuffets auch dann noch befremdlich aus, wenn uns Kuspit genau jenen »inneren Widerstreit«, das ständige Ringen zwischen Chaos und Form, als ureigene Dialektik des Expressionismus begreiflich machen möchte. Dieses platte Dialektik-Verständnis, das hier lediglich besagen will, daß jedes Kunstwerk ein Mindestmaß an Struktur benötigt, trifft allerdings nicht eines der in Basel ausgestellten Klee-Gemälde, weil bei Klee überhaupt kein Ringen, sondern eine durchweg bedachte, fast schon strenge Struktur am Werk ist.

Etwas klarer verläuft die Linie dann wieder im Untergeschoß, wo neben dem wohl unvermeidlichen teutonischen Trio Baselitz-Kiefer-Lüpertz und dem mit Schweizer-Bonus ausgestatteten Martin Disler Arbeiten der sogenannten Neuen Wilden zu sehen sind, darunter Rainer Fetting, Walter Dahn und Martin Kippenberger, auch wenn letzterer sich am wenigsten als Expressionist fassen läßt. In einem abgedunkelten Raum läuft Manfred Jelinskis Dokumentarfilm über das Berliner »SO 36«, damals einer der angesagten Auftrittsorte für Punk- und Wave-Bands. Der Film soll die Anbindung der damaligen Kunstszene an die Punkbewegung deutlich machen und so den Zusammenhang zwischen heftig-gestischer Malerei und dem »authentischen Ausdruck« (Markus Brüderlin im Katalog) der Musik herstellen. Wenn Die Tödliche

Doris und ihr Umfeld auf der Bühne jedoch einen beherzt dilettantischen Lärm anstimmen, wirkt die Musik ganz und gar nicht vitalistisch, sondern ironisch, von einem Witz beseelt, dessen Ahnen nicht im expressiven Schrei, sondern im »Cabaret Voltaire« zu finden sind. Das zeigt, daß zumindest einige Teile der Punk-Subkultur seinerzeit nicht jener Verheißung des Authentischen aufsaßen, die in der Malerei für meterhoch bespritzte Leinwände sorgte. Sich selbst – mit entsprechender Rechtschreibung – als »geniale Dilletanten« bezeichnend, attackierten Musiker wie Die Tödliche Doris gerade jene ungehobelte Vorstellung von künstlerischem Genie, die in der Malerei eines Rainer Fetting ihre Wiederauferstehung feierte.

Wie abgeschmackt zeitgeistig und alt die meisten Arbeiten dieser Jungen Wilden mittlerweile wirken, macht ein Exponat des Amerikaners Jean-Michel Basquiat deutlich, das demgegenüber alle Frische und Frechheit bewahrt hat. Die Arbeiten des New Yorkers sind nur vordergründig wild und geben sich sehr schnell als subtiles Geflecht aus Verweisen zu erkennen, in denen Kinderzeichnungen, Grafittis und Comicmotive an die abstrakte Tradition eines Cy Twombly anschließen. Der freche Mix aus als seriös eingestufter, introvertierter Abstraktion und Trash-Motiven läßt zudem etwas erkennen, was den meisten Exponaten der Baseler Ausstellung völlig abgeht – Humor.

Der Expressionismus war in der Tat eine ernste Angelegenheit, jedoch nicht in dem aufklärerischen Sinne, in dem sich Ernst Bloch dies wünschte. Bloch mag dort recht behalten, wo er den Expressionismus vom Ursprungsgeraune Benns oder Heideggers abgrenzte und gegenüber Lukács□ Ideal des Realismus verteidigte, doch in der Analyse schoß er übers Ziel hinaus, setzte zu sehr auf die (vermeintlich) emanzipatorischen Impulse, nannte den Expressionismus sogar eine »innermythologische Überwindung der Mythologie«. Dort aber, wo das Subjekt nur noch sich selbst vertraute und im künstlerischen Ausdruck ein Ur-Ich am Werk sah, gab es diese Überwindung nicht, sondern nur eine Esoterik, die Rudolf Steiner und dessen anthroposophisches Geschwurbel mit den Ganzheits-Vorstellungen vieler Künstler verband – nachzulesen in der Anthologie des »Blauen Reiters«. Die »realen Zersetzungen«, die sich Bloch gesellschaftskritisch vom Expressionismus erhoffte, wollen so gar nicht zur expressionistischen Suche nach dem Eigentlichen, Elementaren und Ganzheitlichen passen, zu jener Plan- und Zweckmäßigkeit, die Kandinsky »unserem Innenleben (wie jeder sichtbaren Lebensform)« unterstellte. Was den Angriff auf eine als unerträglich empfundene Gesellschaft anbelangt, wäre Bloch eher beim Dadaismus fündig geworden – der nämlich, anders als der auf die Künstlerpersönlichkeit fixierte Expressionismus, war es, der den »Akademismus zersetzt« hat, »zu dem die □Kunstwerke□ verkommen waren« (Bloch).

»Expressiv!« fügt sich auf hohem Niveau in jene Reihe von Ausstellungen ein, die unter sehr weit gefaßtem Motto – wie auch die Frankfurter Ausstellung »Grotesk« – die verschiedenen Strömungen der Moderne noch einmal Revue passieren lassen und damit auf eine momentane Übersättigung durch alles »Postmoderne« reagieren. In solchen Ausstellungen muß nichts mehr kanonisiert werden, da der Kanon längst feststeht. Und auch der Kritik bleibt kaum mehr etwas anderes als danach zu fragen, wie sinnvoll die getroffene Auswahl im Einzelfall ist. Wer an solchen Ausstellungen einen reaktionären Impuls kritisieren möchte, der sich gegen die von vielen als verkopft empfundene Konzept- und Kontextkunst ins Vertraute flüchtet, muß sich zum einen fragen lassen, wo sich derartige Ausstellungen denn explizit gegen Konzeptkunst aussprechen, und zum anderen, ob man Kandinsky und Kirchner nur deshalb nicht mehr zeigen dürfe, weil sie volle Hallen garantieren.

Gleichwohl ist augenfällig, daß sich seit der harten Kritik, die die »Documenta 11« erfuhr, jene Großausstellungen häufen, die ihren Schwerpunkt auf die in Kassel von vielen vermißte Malerei legen, auf das sinnlich Faßbare, wie es gerne heißt. Eine nur scheinbar zufällige Konstellation – alle diese Ausstellungen wurden vor der Kasseler Veranstaltung konzipiert – , fällt doch die Rückbesinnung auf die Moderne leicht in ein Stadium der Kritiklosigkeit zurück, das alle von der Concept Art in den sechziger Jahren provozierte Infragestellung moderner Mythen von Eigentlichkeit, Spontaneität und Entgrenzung ignoriert. Schon die Neuen Wilden sind zum Großteil nicht mehr als eine eher großspurige denn nachhaltige Gegenreaktion auf die konzeptuellen Ansätze in der Kunst der siebziger Jahre gewesen, was seinerzeit zu zwei fragwürdigen Ausstellungen geführt hatte: Gegen die »wilde« Berliner Ausstellung mit dem Titel »Zeitgeist« setzte Harald Szeemann 1988 mit der ebenfalls in Berlin inszenierten »Zeitlos«-Ausstellung darauf, Abstraktion und Minimal Art als Beständiges zu behaupten. Die politischen Implikationen sind dabei eher vernachlässigt worden, etwa die Frage, inwieweit das deutschtümelnd Schöpferische im Werk von Lüpertz und Kiefer mit dem Neokonservatismus der frühen achtziger Jahre Hand in Hand ging. Es gilt daher, den zyklisch wiederkehrenden Rückgriffen aufs Gestische, Wilde und Spontane zu mißtrauen, da sich das, was da gerne als Aktion vorgestellt wird, oft genug als Reaktion entpuppt.

Die Ausstellung in der Fondation Beyeler läuft noch bis zum 10. August. Zur Ausstellung ist im Hatje/Cantz-Verlag ein umfangreicher Katalog mit 170 Farbabbildungen erschienen.

Martin Büsser schrieb in KONKRET 5/03 über den Architekten Oscar Niemeyer

Konkret 06/03, S. 49

Kay Sokolowsky

Lau gebadet

Mariam Lau gibt in ihrer Harald-Schmidt-»Biographie« die beleidigte Leberwurst.

Der Preis der Prominenz fällt recht hoch aus. Voyeurismus, Neid, falsche Freundlichkeit und irgendwann »Biographien«, die man so nötig hat wie einen Pickel am Hintern. Den meisten Stars dürfte diese Sorte Öffentlichkeit aber nicht nur lästig, sondern auch willkommen sein: Sie bildet ebenso eine Grundlage des Geschäfts wie Talent und Aussehen. Bei Figuren vom Schlage Dieter Bohlens ist der völlige Verzicht auf Diskretion sogar das Geschäft selbst. Der Schauspieler Harald Schmidt hingegen achtet seit Beginn seiner Karriere sehr genau darauf, daß von seinem Privatleben allein das bekannt wird, was er für die komische Figur, die er in seiner Show darstellt, gebrauchen kann.

Wenn er damit kokettiert, ein ungemein unspektakuläres Leben zu führen, sollte man ihm das getrost glauben. Der Mensch Harald Schmidt hat keine Skandale; allein der Entertainer, in den er sich an vier Abenden in der Woche verwandelt, hat welche. Wie Schmidt mit seiner Frau und seinen Kindern umgeht, ist auch deshalb niemals ein Thema für die Medien, weil in dieser Familie nichts geschieht, was über die gewöhnlichen Eklats eines intakten Familienlebens hinausreicht.

Die Journalistin Mariam Lau hat sich dennoch eingebildet, eine Biographie des Entertainers schreiben zu müssen. Daß ihr Vorhaben schon im Ansatz gescheitert ist, daß Harald Schmidt, der durchaus lesen kann, seine paar Geheimnisse zuallerletzt einer Autorin offenbaren wollte, die keinen geraden Satz schreiben kann, ist Frau Lau selbstverständlich nicht peinlich. Ihr ist überhaupt nichts peinlich, kein Wort, kein Rechtschreibfehler: »Ich mußte ihn also einfach verehren. Und begann, ihm nachzustellen ... Ich spielte sogar mit avancierten Diätplänen: Falls ich ihm denn mal begegnen sollte, wollte ich nicht so maßlos vor mich hinwoppeln. Aber weder Charmoffensiven (!) noch Drohungen, weder raffinierte Tricks noch Winkelzüge wollten verfangen: Harald Schmidt gab Interviews landauf, landab; lächelte hier, laudierte da – nur eben nicht bei mir.« Und selbst eine Klette hätte spätestens jetzt aufgegeben.

Aber die offene Mißachtung des Stars spornte den »privaten Starrsinn« der Verehrerin nur noch mehr an. Obwohl die Lau den Schmidt inzwischen gar nicht mehr verehrt. Denn »plötzlich (treten) Schwächen zutage, die in den sieben fetten Jahren, als das Witzeln noch gegen die Gutmenschenkultur geholfen hat, gnädig verborgen blieben ... Selbstzufrieden kreist seine Show mittlerweile um sich selbst, vakuumverpackt vor dem Rest der Spaßgesellschaft geschützt. Den Gründen für diesen seltsamen Leistungsknick mußte ich unbedingt nachgehen.« Wenn sie schon nicht viel über Harald Schmidts Leben zu erzählen weiß, möchte sie nämlich wenigstens zeigen, daß sie auch von Satire und Komik nichts versteht.

Laus selbsternannte »Biographie«, so arm an Material über den Biographierten, rettet sich immer wieder in endlose Exkurse. Über Claus Peymann zum Beispiel, in dessen Ensemble der junge Schauspieler gerne Mitglied gewesen wäre. Oder über die Geschichte des Düsseldorfer Kom(m)ödchens, wo Schmidt seine ganz eigenen komischen Monologe erstmals vorführen durfte – und weil sie gerade dabei ist, schreibt sie aus dem Theaterlexikon alles zusammen, was sie unter dem Stichwort »Kabarett« findet. Natürlich darf bei Frau Lau die Feststellung nicht fehlen, daß die Satire der zwanziger Jahre direkt in den Nationalsozialismus geführt habe: »Die Positionierung von Autoren wie Walter Mehring oder Kurt Tucholsky gegenüber der Weimarer Republik ... bildet eine der unglückseligsten und zugleich hartnäckigsten Traditionen der deutschen Humorgeschichte.« In dieser »Tradition«, die nur jemandem auffallen kann, der weder von Geschichte noch von Humor eine Ahnung hat, sieht sie das komplette politische Brettl der jungen Bundesrepublik wieder. Einzige Ausnahme: Wolfgang Neuss, denn der war in Laus Kindheit, als sie noch Niroumand hieß, einige Zeit lang ihr Nachbar, und sie gibt viel zu gern damit an, um Neuss nun retrospektiv in die Pfanne zu hauen.

Zu allem muß Frau Lau was sagen, und in der Regel ist es was Blödes: Helmut Kohls »in Israel (gefallene) Bemerkung von der ›Gnade der späten Geburt‹ (war) doch eigentlich ein durchaus respektables Dokument qualvoller Selbstprüfung«. Unter »Proletariat« versteht sie »Häme, Gewaltlust, Korrumpierbarkeit, Dummheit, Stammtischgelächter, wüste Geilheit und Ressentiment«. Das einzige Problem, das sie mit den Deutschen hat, ist, daß die Deutschen angeblich eines mit sich selber haben: »Wir sind halt kein Volk im emphatischen Sinne.« Und weil ihr zu allem was einfällt, darf auch das nicht fehlen: »Zu Osama Bin Laden fällt (Schmidt), mit Karl Kraus gesprochen, nichts ein.«

Denn der »Leistungsknick« in der Schmidt-Show beginnt, laut Lau, mit der ersten Sendung nach dem 11. September 2001. Der Satiriker hatte sich selber zwei Wochen lang vom Bildschirm genommen und kehrte eben nicht mit einem Bekenntnis zum Krieg gegen Afghanistan auf die Bühne zurück. Sondern mit Spott gegen all die Solidaritätsadressen, die seinerzeit an den US-Präsidenten gerichtet wurden, und einem sichtlichen Ekel vor der Katastrophen- und Kriegsgeilheit, die das Fernsehen sofort entwickelt hatte. Frau Lau, die nichts versteht, hat dafür nun gar kein Verständnis: »(Wo) war denn nach dem 11. September der Betroffenheitskitsch? ... Das Fernsehen war gar nicht so frivol in jenen Tagen ...« Schmidt fehlt die »Erkenntnis, daß hier ein mörderischer Schlag ausgeteilt wurde, mit dem wir alle gemeint waren«, und zwar fehlt sie ihm,

weil er ein politisch unendlich viel wacherer Kopf ist als diese Lau. Das kann sie ihm so wenig verzeihen wie die Abfuhren nach ihren Interviewanfragen.

Der Star hat sie verschmäht, der Mensch soll dafür zahlen. Arrogant sei er, ein Verächter seines Publikums und seines Mediums, Herbert Feuerstein leide bis heute unter ihm, die ARD habe er, als er zu Sat 1 ging, mies behandelt und seine Show-Angestellten würden nur dem Schein nach gern unter ihm arbeiten. Belegen kann sie nichts, interpretieren aber alles. Jede Ironie, jeden Quatsch verkauft sie als bare Münze. Denn sie ist einfältig genug, anderen, denen ihre Ranküne abgeht, zuzutrauen, faustdicken Sarkasmus nicht erkennen zu können.

Überflüssige Biographien werden pausenlos auf den Markt gedrückt, doch eher selten sind die Fälle, in denen die Biographen als beleidigte Leberwürste auftreten. Frau Lau mußte den Job nicht machen, aber sie hat ihn übernommen, weil sie nichts lassen kann, was über ihren Begriff geht. Vor dem Bramabarsieren des Buchs, vor dem pampigen Ton der Lau und ihrem sehr eigenwilligen Umgang mit Grammatik, Orthographie und Fakten hat übrigens zuallererst das Ullstein-Lektorat kapituliert und seine Arbeit einfach sein lassen. So darf Lau ungehindert ein sehr berühmtes Nonsens-Gedicht den Herren »Friedrich Karl Wächter und F. C. Bernstein« zuschreiben. Es wäre aber nicht einmal dann von ihnen, wenn sie Waechter und F. W. Bernstein hießen. Verfaßt hat es nämlich Robert Gernhardt: »Der Kragenbär, der holt sich munter / einen nach dem andern runter.« Laus »Biographie« hat einige Ähnlichkeit mit dieser Tätigkeit, ist aber kein einziges Mal munter. Sondern eine »hingewoppelte« Frechheit.

Mariam Lau: *Harald Schmidt. Eine Biographie.* Ullstein, München 2003, 240 Seiten, 18 Euro

---

Kay Sokolowsky arbeitet zur Zeit an dem Buch »Late Night Solo – Die Methode Harald Schmidt«, das im September im Konkret Literatur Verlag erscheinen wird

Konkret 06/03, S. 50

Martin Büsser

FilmTheater

28 Days Later

Regie: Danny Boyle; mit Noah Huntley; GB 2002 (Fox); 112 Minuten; ab 5. Juni im Kino

Den italienischen Splatter-Regisseuren der Siebziger wurde von Kritikern nicht nur Gewaltverherrlichung vorgeworfen, sondern auch banale Dialoge und ein stereotyper Handlungsverlauf. Wenn sich Skriptautor Alex Garland (»The Beach«) und Regisseur Danny Boyle (»Trainspotting«) des klassischen Horrorgenres annehmen, sollte man meinen, daß sie eine subtilere Herangehensweise wählen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie wissen, daß Genrefilme von Stereotypen leben, und verzichten völlig auf eine plausible Handlung und auf Dialoge, die über das Nötigste hinausgehen. Die absolute narrative Banalität ist bei ihnen die Voraussetzung, sich ganz aufs Visuelle konzentrieren zu können.

Zu Beginn befreien Tierschützer Affen aus einem Versuchslabor, ohne zu wissen, daß sie damit einen tödlichen Virus in die Welt setzen. 28 Tage später setzt der eigentliche Film im fast menschenleeren London ein, wo eine Gruppe Überlebender sich gegen zombieartige Infizierte zur Wehr setzen muß. Über Radio erfahren sie von einer Militärbasis, die Nichtinfizierte aufruft, bei ihnen Schutz zu suchen. Als die inzwischen auf drei Überlebende dezimierte Gruppe dort ankommt, entpuppt sich das Landgut als Basis für einen Trupp sehr deutsch charakterisierter, nietzscheanisch daherplappernder Sadisten, die nur auf »Frischfleisch« für Vergewaltigungen gewartet haben. Doch bevor »28 Days Later« die befürchtete Wendung hin zu Pasolinis »Salò« nehmen kann, kommt es zum blutigen Showdown eines Films, dessen ganze Philosophie schon zu Beginn ausgesprochen wurde: »There’s no plans. Just surviving is the best you can hope for.«

Wie fast immer bei solch antizivilisatorischen Visionen ließe sich kritisieren, daß das hier entworfene Menschenbild selbst noch in seiner Kritik dazu neigt, faschistische Strukturen als Mittel des Lustgewinns einzusetzen, doch so viel Deutung wäre fast schon übertrieben bei einem Film, der ganz in seinen Bildern aufgehen möchte, einer Mischung aus verwackelter Low-Fi-Ästhetik und aufwendiger Tricktechnik. Die Bilder nämlich verweigern sich allem Militaristischen und sorgen mit ihrem kargen Blick auf den postindustriellen Trümmerhaufen dafür, daß nicht Action und Gewalt im Mittelpunkt stehen, sondern ein Spiel mit der Vorstellung, was bleiben könnte, wenn vom Kapitalismus nichts mehr übrig ist.

Konkret 06/03, S. 50

Felix Magin

FilmTheater

Long Walk Home

Regie: Phillip Noyce; mit Kenneth Branagh; Australien 2002 (Boxfish); 94 Minuten; seit 29. Mai im Kino

Der Kolonialbeamte Neville verfolgt unerbittlich seine Rassenpolitik. Er will alle Mischlingskinder der Ureinwohner ihren Eltern entreißen, um sie in Heimen zu Hausangestellten und Farmarbeitern umzuerziehen. Opfer seiner Mission werden auch Molly Craig und ihre Schwester. Ihre Geschichte erzählt »Long Walk Home« stellvertretend für die zerstörte Kindheit von rund 100.000 zwischen 1910 und 1976 in Australien verschleppten Mischlingen.

Wenn Nevilles Leute die Kinder aus den Armen ihrer schreienden Mütter zerren, symbolisiert das auch die Trennung der Aborigines von ihrer eigenen Kultur. Neville (Branagh) betrachtet die »Erlösung« der Kinder von ihrer »bösen schwarzen Seite« als Akt der Nächstenliebe. Er hat die Theorie entwickelt, daß, wenn man »Mischlinge« mit Weißen paart, sich ihre Hautfarbe im Lauf der Generationen aufhellt, bis man sie in die Gesellschaft integrieren kann – auf unterster Stufe versteht sich.

Der Film basiert auf einer wahren Geschichte. In einer Rahmenhandlung erscheinen die echte Molly und ihre Schwester als alte Frauen und klagen, daß sie nach einer ersten Flucht noch zweimal verschleppt wurden.

Die Tochter Molly Craigs, Doris Pilkington, hat die Geschichte ihrer Mutter in dem gleichnamigen Buch aufgeschrieben, das zum Kinostart bei Rowohlt auf deutsch erscheint. Es avancierte in Australien zur Pflichtlektüre – dem Film ist ein ähnlicher Erfolg zu wünschen.

Konkret 06/03, S. 50

Jan Pehrke

FilmTheater

Voll frontal

Regie: Steven Soderbergh; mit Julia Roberts, David Duchovny; USA 2002 (Buena Vista); 101 Minuten; seit 29. Mai im Kino

Was Steven Soderbergh da einen Tag lang im Filmmilieu von Los Angeles »voll frontal« mit seiner Handkamera angeht, erweist sich als ein von tiefen Selbstzweifeln heimgesuchtes »American Life«. Die Figuren hadern mit ihren Fähigkeiten, ihrem Beruf, ihrem Aussehen oder ihrer Einsamkeit. Sie sehen sich mit unerfüllbaren Anforderungen konfrontiert und können nur mittels fiktiver Internet-Identitäten Urlaub von ihrem den Totalitätsansprüchen der Ökonomie ausgesetzten Ich nehmen.

Der vierzigste Geburtstag ihres Bosses erinnert Lee, die Personalchefin einer Filmproduktion, an die gegen ihre Schönheit arbeitende Zeit, was sie dazu treibt, eine Angestellte mit der Frage »Finden Sie mich sexy?« zu überraschen. Dieser Seelenzustand hindert sie allerdings nicht, den Beschäftigten das Leben schwer zu machen. Die Angestellten fügen sich ins Unvermeidliche, darauf hoffend, schon die neuen »soft skills« zu haben, um die der Anforderungskatalog ans Humankapital wieder erweitert wurde.

Ihr Freund, der Journalist Carl, ist solchen Ansprüchen nicht mehr gewachsen. Von seinem Chef gefragt, ob er das Bier aus der Flasche oder aus dem Glas trinke, antwortet er: »Aus dem Glas.« Das merke man seinen Artikeln irgendwie an, entgegnet ihm der Vorgesetzte und begründet damit die Kündigung. Mittlerweile greifen die Ansprüche aufs private Umfeld über. 70 Prozent aller Unternehmen zitieren bei Bewerbungen für Posten im oberen Management auch die Gattin des Kandidaten zum Vorstellungsgespräch.

Vor Selbstbewußtsein strotzt in »Voll frontal« nur der Adolf Hitler aus Carls Theaterstück »The Sound and the Fuhrer«. »Die Leute lieben Gewinner, weil sie meinen, die hätten den Dreh gefunden«, verkündet er von der Bühne. Sonst geht es nur seinem Darsteller und den anderen Schauspielern vergleichsweise gut. Im Kontext des Films verwundert das nicht, ist die Schauspielerei doch einer der seltenen Berufe, die Privates und Arbeit strikt trennen und in denen es sogar als ein Qualitätsmerkmal gilt, sich möglichst weit vom wahren Ich entfernen zu können. Darum hat die Entscheidung des Regisseurs, »Voll frontal« in der Filmszene anzusiedeln, auch nichts mit einem Hang zur Selbstbespiegelung zu tun.

Da auch Julia Roberts hier eine Schauspielerin spielt, bleibt ihr die Midlife Crisis er- part. In dem »Film im Film« namens »Rendezvous« stellt sie eine Journalistin dar, die für ein Interview einen Tag mit einem Schauspieler verbringt und ihn auch zu einem Drehort begleitet. Das beschert uns dann den »Film im Film im Film«. Monumentalität ist eben auch mit einem Zwei-Millionen-Dollar-Etat und 18 Drehtagen möglich, wenn man Soderbergh heißt. Und als Roberts in einer »Rendezvous«-Drehpause die Perücke abnimmt, ist ein Herumzicken über das schlechte Essen vom China-Mann das höchste der niederen Gefühle, das die dogmatische Handkamera erheischt.

Alle Figuren treffen abends bei der Geburtstagsfeier des Produzenten zusammen. Der allerdings läßt seine Gäste warten. Auf seinem Hotelzimmer entdeckt man seine Leiche. Er hat sich mit einer Plastiktüte, die als Motiv die Nationalflagge trägt, getötet. Nicht nur dieses Detail verleitet dazu, die gedrückte Stimmung des Werkes in einen Zusammenhang mit dem 11. September zu bringen. Sein Titel sollte ursprünglich lauten: »The Art of Negociating a Turn in the Wake of 9/11/01«. Basis dieser Kunst stellt für Soderbergh eine schonungslose Bestandsaufnahme der »Lage der Nation« dar. In dieser Hinsicht erscheinen seine Figuren so, als suchten sie nach einer passenden Schuld für eine bereits erhaltene Bestrafung und wüßten auch schon ungefähr, wo sie fündig werden könnten. Bushs USA haben sich nicht auf einen solchen Weg nach innen begeben und statt dessen mit dem Irakkrieg die Flucht nach vorn angetreten. Entsprechend vernichtend fiel das Urteil der US-Presse über »Voll frontal« aus.

Konkret 06/03, S. 51

Andreas Busche

Film des Monats

Matrix Reloaded

Regie: Larry und Andy Wachowski; mit Keanu Reeves, Carrie-Anne Moss; USA 2003 (Warner Bros.); 138 Minuten; seit 22. Mai im Kino

Die Matrix hat den Blick auf die Apparatur des Spektakels geschärft. Unter der Oberfläche sieht es finster und unwirtlich aus, wie eine Erweiterung des Kinoapparats auf der Leinwand: Vorne versorgt er uns mit bunten Bildchen und Illusionen, während im Inneren des Gebäudes die Projektionsgeräte geräuschvoll die Bilder reproduzieren. Das war auch das überzeugendste Bild, das »Matrix« vor vier Jahren im Bewußtsein des Kinogängers plazierte: in schwarze Schluchten einer desolaten Nachkriegslandschaft hinabreichende Lagertürme menschlicher »Batterien«. Ein gigantischer Parkplatz für »Human Resources«. Der Mensch existiert in diesem System nur noch, um in seiner Versklavung die Simulation einer materiellen (und materialistischen) Realität aufrechtzuerhalten. Die Wahl zwischen Simulation und Desolation reduziert sich auf die Wahl der richtigen Farbe: blaue Pille oder rote Pille? Willkommen in der Wüste des Realen!

Das Erfrischende an »Matrix« war – trotz seiner messianischen Erweckungsbotschaft – der unumstößliche Nihilismus, der sich in einem Paradoxon auflöste. Nicht mehr die idealtypische Wirklichkeit, den utopischen Ort, an dem das menschliche Begehren sich manifestiert, galt es zu bewahren (dieser »Ort« ist längst zum »Großen Anderen« mutiert); es galt, sich mit der realen Verheerung bestmöglich zu arrangieren – ein Topos, der im gegenwärtigen Science-Fiction-Film (zuletzt »Die Herrschaft des Feuers«) häufiger anzutreffen ist. Utopia und Dystopia sind plötzlich ununterscheidbar geworden, aufgelöst in einer phantastischen Möglichkeitspalette von Schein- und Hyperwirklichkeiten.

Dieser kategorische Konjunktiv verschaffte den Wachowski-Brüdern, die vor vier Jahren die »Matrix«-Trilogie aus jenem kruden Gemisch aus Superhelden-Mythologie, Videospiel-Ästhetik, Hongkongs Bloodshed-Filmen, Techno-Gnosis und Vulgär-Philosophie geschaffen hatten, eine Fülle von inhaltlichen Anschlüssen, die gleich für eine Trilogie gereicht haben. »Matrix Reloaded« (im November folgt »The Matrix Revolutions«) muß mit dieser Materialübersättigung narrativ wie intellektuell erst einmal klarkommen. Die Zweifel an der gewaltigen Aufgabe sind seinem Superhelden schon aufgegeben, wenn Neo (Keanu Reeves) sich gleich in den ersten Minuten des Films fragt, was das ganze Theater um Erlösung und Heilsbringertum eigentlich soll. Die Frage hat hier natürlich ihre Berechtigung, aber kein Zuschauer ist so blöd, sie nach dem intensiven medialen Bombardement noch zu artikulieren. Wie eine Matrix hat sich der Marketingapparat (dessen effizienteste »Drone« ein High-End-Videospiel ist, das so manchen Hollywood-Blockbuster in puncto Technik deklassiert) über unsere Wahrnehmungssynapsen gelegt. That’s Entertainment!

Aber ein echter Fan läßt sich von solchen Nebensächlichkeiten nicht abhalten. Das Sequel schafft es erneut spielerisch, zwischen Popcorn- und Philosophie-Fraktion zu vermitteln. Und Larry und Andy Wachowski haben sich noch genug Hintertüren offen gelassen, um nicht allzu früh in ihrem eigenen mythologischen Käfig zugrunde zu gehen. Mit platinblonden Dreadlock-Zwillingen, einer saftigen Liebesgeschichte zwischen Neo und Trinity (Carrie-Anne Moss) und einem Haufen attraktiver afro-amerikanischer Freiheitskämpfer beiderlei Geschlechts (im Kontrast zum ausgesprochen »weißen« Brother-against-Brother-Nu-Metal-Soundtrack) haben die Brüder genug Nebenfährten für ein angemessenes Finale gelegt. Obwohl in Sachen Action mit der spektakulären, 15minütigen Highway-Verfolgungsjagd wahrscheinlich alles erreicht worden ist, was Storyboard und Digitaltechnik heutzutage möglich machen. Das Thema der Technologie ist dann wohl auch der einzige Punkt, an dem Filme wie »Matrix Reloaded« überhaupt noch angreifbar sind.

»Kontrolle«, sagt der Haman, so etwas wie der Stadtrat von Zion, der Unterwasserzuflucht der letzten Menschen vor den feindlichen Maschinen, und läßt den Blick über die eigenen Maschinen, die Zion vor der Außenwelt schützen, streifen: »Kontrolle ist das Schlüsselwort. Was heißt Kontrolle?« Um den Sinn dieser Frage zu verstehen, muß man sich vielleicht in Erinnerung rufen, daß zwischen »Matrix« und seinem Sequel u. a. auch ein Terroranschlag auf das Selbstwertgefühl Amerikas passiert ist. Kontrolle ist tatsächlich der Schlüsselbegriff, der den Subtext von »Matrix Reloaded« heller noch als seinen Vorgänger illuminiert. Denn von Beginn an ist die »Matrix«-Trilogie der Brüder Wachowski vor allem ein epischer Paranoia-Text gewesen, vielleicht sogar der beste seit Pakulas »Parallax View«.

Wenn »Blow Up« (1966) und »The Conversation« (1975), wie Frederic Jameson in *The Geopolitical Aesthetic* schreibt, die beiden markantesten Momente im historischen Prozeß der Postmodernisierung (des Kinos) festhalten, weil sich genau zwischen ihnen der Paradigmenwechsel vom visuellen Image zum Tondokument als Instanz vollzieht, dann ist die »Matrix«-Trilogie heute zweifelsohne perfektes postmodernes Verschwörungskino. Bilder und Sounds sind hier ununterscheidbar geworden; die Auflösung dieses Dilemmas kann nur noch rein esoterisch erfolgen. Auf die Frage Neos, woran er erkennen solle, daß das Orakel (Gloria Foster), mit dem er sich im zweiten Teil in einem New Yorker Hinterhof

zum Taubenfüttern trifft, nicht auch ein feindliches Computerprogramm sei, entgegnet sie, daß er schon das Richtige tun werde – wenn er wirklich der Auserwählte ist.

Die Paranoia wird in »Matrix Reloaded« in einer Szene ganz unmittelbar, wenn Agent Smith (Hugo Weaving), der nach seinem »Tod« im ersten Teil als freischaffender Superbösewicht zurückgekehrt ist, sich im Zweikampf mit Neo wie ein Computervirus hundertfach in der Matrix verdoppelt und Neo sich plötzlich gegen eine ganze Armee von Agenten zur Wehr setzen muß. Technisch befindet sich »Matrix Reloaded« wie auch der Vorgänger seiner Zeit wieder weit in der Zukunft, aber es sind eben genau diese technischen Vorraussetzungen, die eine Matrix jedweder Art erst möglich machen. Und bezeichnenderweise stammt die Technologie, die in den »Matrix«-Sequels zur Anwendung kommt, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil – abgesehen von den Kung-Fu-Choreographien von Martial-Arts-Veteran Yuen Wo-Ping natürlich – aus dem Wissensbestand des US-Militärs. Die Mitarbeiter des Special-Effect-Genies John Gaeta ließen sich in den letzten anderthalb Jahren überall dort antreffen, wo sich auch die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes ihre Technologie für ihren »Krieg gegen den Terror« beschafften. »Matrix Reloaded« ist damit schon jetzt das erfolgreichste Franchise des neuen »Military-Entertainment Complex«.

Die Alternativen in dieser neuen Paranoia-Matrix versprechen kaum Erleuchtung. Fürchten Sie sich vor terroristischen Anschlägen, nehmen Sie bitte die blaue Pille. Fürchten Sie sich vor Ihrer Regierung, nehmen sie die rote.

Konkret 06/03, S. 52

Georg Seeßlen

In love and war

Philip Noyce hat Graham Greenes □ The Quiet American□ neu verfilmt.

Wer Geschichten erzählt, so oder so, hat es mit drei Lebensprojekten zu tun: Sie oder er muß dafür sorgen, dabei weder zu verhungern, noch seine Seele zu verkaufen, muß im Fortgang des Textes in Würde älter werden und schließlich einen eigenen Weg finden, das Persönliche (sagen wir eine Liebesgeschichte) und das Historische (sagen wir eine Kriegsgeschichte) miteinander zu verbinden. Was die beiden ersten Punkte betrifft, überlasse ich es der kritischen Phantasie der Leser zu bestimmen, was sie möglicherweise mit dem Roman *The Quiet American* von Graham Greene und seiner Verfilmung durch den australischen Regisseur Philip Noyce zu tun haben könnten. Der dritte Punkt aber interessiert durchaus modellhaft. Es geht um die Frage, die uns zu Büchern und ins Kino treibt: Wie verhält sich eine Story zur History, und wie stellen gutes oder, zumeist, schlechtes Handwerk und, manchmal, Kunst diese Verbindung her?

Im Mainstream-Kino sind wir es gewohnt, daß sich eine Liebesgeschichte und die Zeitgeschichte zueinander verhalten wie ein Wiener Schnitzel zum Kartoffelsalat. Beilagenmäßig. Das ist eine Frage der Rezepte, und wenn jemand von diesen Rezepten ein wenig abweicht, tendieren wir dazu, ihn für einen außergewöhnlichen Künstler zu halten. Zum Beispiel einen Regisseur wie Anthony Minghella, der es in seinen Bildern immerhin versteht, zwischen Eros und Geschichte etwas Geheimnisvolles, Ungeklärtes entstehen zu lassen. Daß Minghella nun in der stattlichen Produzentenliste von »The Quiet American« auftaucht, erklärt vielleicht einen Touch, der im Film von Noyce zuerst ein wenig überrascht, denn diesen Regisseur kennt man vor allem als mehr oder weniger kompetenten Hersteller von Gebrauchsware. Von den ersten Einstellungen an verfällt diese Bildererzählung einer schläfrigen Lüsternheit. Wir sind in Vietnam, Mitte der fünfziger Jahre. Wir sind in den Köpfen von Männern, die nach Bildern für ihre erotischen und moralischen Probleme suchen. It's *not* all in the book.

Graham Greene erzählt in *The Quiet American* (1955) eine ziemlich spannende und abgründige Geschichte. Seine Figuren sind einmal mehr Symptome; ihr Leiden ist das Leiden ihrer Zeit und ihres Ortes, ihre Bosheit ist die Bosheit von Macht und Intrige in Zeiten gesellschaftlicher Auflösung und Neubestimmung. Obwohl sie nur sehen wollen, müssen sie handeln; obwohl sie nur handeln wollen, müssen sie sehen. Sie treiben vom Nicht-mehr zum Noch-nicht, und irgendeiner von ihnen muß dabei eine für den anderen tödliche moralische Entscheidung treffen. Hier ist es der britische Korrespondent Thomas Fowler, der im Vietnam der französischen Kolonialzeit glaubt, er könne der unbeteiligte Beobachter bleiben: »Mit den Menschen, wie sie nun mal waren, mochten sie kämpfen, mochten sie lieben, mochten sie morden: Ich wollte nichts damit zu tun haben. Meine Kollegen von der Presse nannten sich Korrespondenten; ich zog die Bezeichnung Berichterstatter vor. Ich schrieb nieder, was ich sah. Ich unternahm nichts – selbst eine Meinung zu haben, ist schon eine Art von Tat.«

Als Person sitzt Fowler ziemlich fest. Zu Hause in England hat er eine Frau, die nicht in die Scheidung einwilligen will, und hier in Saigon hat er eine jüngere Geliebte, Phuong, die er ohne die Ehe nicht auf ewig wird halten können. Fowler lernt den jungen Amerikaner Pyle kennen, der voller idealistischer Energie in einem sozialen Hilfsprojekt arbeitet. Der Junge bewundert den Alten, er will von ihm lernen, und Fowler ist geschmeichelt und irritiert. Nachdem sich auch Pyle in Phuong verliebt hat und das gar nicht verbirgt, entwickelt sich die klassische Dreiecksgeschichte, und doch etwas ganz anderes. Denn Pyle ist nicht so ganz, was er zu sein vorgibt. Er treibt als CIA-Agent ein schmutziges Spiel mit den Warlords wie General Thé. Er stärkt durch Waffenlieferungen die neuen Kräfte, die gegen die Kolonialmacht und gegen die erstarkenden Kommunisten kämpfen. Er ist dabei, eines von den Monstern zu erschaffen, die man in der amerikanischen Außenpolitik zu lieben pflegt, solange es »unsere« Monster sind. Pyle schreckt weder vor Morden noch vor blutigen Attentaten zurück. Fowler wird gebeten, seinen Rivalen einem Mordanschlag auszuliefern. Nichts damit zu tun haben ist unmöglich.

Die erste Verfilmung des Romans stammt aus dem Jahr 1957 und war, was das Politische anbelangt, eine Katastrophe. Die Verfälschungen hat man, durchaus zu Recht, dem Regisseur Joseph L. Mankiewicz seinerzeit persönlich übelgenommen. Von der törichten historischen Verdrehung ganz abgesehen: So geht man nicht mit einem Stoff von Graham Greene um. Von der Brisanz des Stoffes blieb nicht viel übrig – an der Oberfläche. Der Western-Star und Kriegsheld Audie Murphy (geniale Besetzung!) wird, als amerikanischer Staatsterrorist in Vietnam, am Ende rehabilitiert: Er war, klar doch, Opfer einer kommunistischen Verschwörung. Aber im Inneren des Films war schon viel zu viel passiert, als daß jemand ernsthaft noch glauben konnte, was wie eine zusätzliche Bestätigung erscheinen mußte. Die stillen Amerikaner von Hollywood zeigen sich, wie Pyle sich zeigen mußte.

Wenn man nun Noyces Film in dieser Hinsicht als für eine Mainstream-Produktion ziemlich mutig empfinden kann (wir können ja gar nicht anders, als den Film als direkte Kritik der vergangenen und der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik zu sehen), so schleicht sich doch im Exotismus seiner Bilder ein ganz anderes, auch nicht gerade erhellendes

Modell ein. Es ist schon wieder mal das schöne, geheimnisvolle Asien, das als unschuldiges Paradies herhalten muß, ein Sehnsuchtsort, der durch die verschiedenen Formen von Kolonialismus und Ausbeutung zerstört wird. Der morbide Glanz der in Auflösung befindlichen Kolonialkultur, das erotische Flair der Nächte, die Suspense-Konstruktion – Noyce konnte schließlich nicht wirklich einen politischen Film drehen. Deswegen bleiben die Bezüge des Stoffes zur gegenwärtigen amerikanischen Politik so überdeutlich und vage zugleich. So unverbindlich wie eine »Pace«-Fahne.

Aber vielleicht geht es ja auch, neben der aktuellen Beziehung und einem halbwegs funktionierenden Großfilm, noch um etwas anderes, nämlich darum, daß die Liebesgeschichte und die Kriegsgeschichte einander nicht nur kommentieren, ergänzen und widersprechen, sondern daß sie aneinander auch absurd werden können. Wie eine »Lösung« nur zu einer höheren Form der Verzweiflung führt. So nämlich endet Greenes Text: »Seit seinem Tod war mir alles geglückt. Doch wie sehr wünschte ich, daß jemand existierte, dem ich hätte sagen können, wie leid es mir tat.« Im Zentrum des Dramas steht nicht ein Problem, sondern ein Dilemma. Noyce kommt der Sache immerhin näher, als wir es aus den vielen Feelgood-Melodramen mit zeitgeschichtlichem Hintergrund gewohnt sind, wo sich Politik und Melodram gegenseitig wie Illustration und Maskierung verhalten. Die schlechtesten und international erfolgreichsten deutschen Filme machen das: Die Widersprüche in einer Liebesgeschichte und die Widersprüche in der Geschichte von Macht und Krieg schauen einander tief in die Augen und vergeben sich das Grauen, das sie produziert haben. In »The Quiet American« bleibt wenigstens eine Ahnung des Grauens zurück.

Michael Caine spielt einen Mann, der verstehen muß, daß das eine nicht als Ausrede für das andere benutzt werden kann. »All's fair in love and war«, natürlich glaubt er das nicht wirklich. Vielleicht ist die Besetzung mit Brendan Fraser als Aldon Pyle einer der kleinen, gelungenen Coups am Rande, die nur innerhalb der Konstruktion der populären Kultur funktionieren: Fraser ist das Chamäleon des American dream, der Typ, der sich in über einem Dutzend Filme als Trottel vom Dienst verkaufen mußte, der naive und unsophisticated Held der Mumien-Filme oder der junge Versager, der nicht einmal mit Hilfe einer schönen Teufelin seine beiden Wünsche erfüllen kann in Harold Ramis' »Bedazzled« (»Teuflisch«): Erfolg haben und die Frau seines Lebens kriegen.

In »The Quiet American« ist das nur ins Historisch-Monströse verlängert. Amerika ist das Land, wo das Wünschen nie geholfen hat, wenn es nicht in ein konsequentes Wollen verwandelt wurde. Vom Wünschen zum Wollen aber verwandelt sich nicht nur die Tat, sondern auch das Sehen. Der stille Amerikaner ist einer, der so ganz in seiner Tat aufgeht, wie der nicht so stille Engländer sich ihrer enthalten will. So wird das Ganze doch ein Versuch über das »alte Europa« und sein Verhältnis zu den USA. Zwischen Caine und Fraser steht etwas sehr Verrücktes, eine Vertrautheit, die zugleich eine große Fremdheit umfaßt. Eine bösartig ehrliche Direktheit und eine melancholische Mattigkeit. Je näher man hinsieht, desto mehr verschwimmen die sexuellen und die politischen Metaphern.

Wo steckt die politische und sexuelle Wahrheit einer Erzählung oder eines Films? Jedenfalls nicht immer da, wo man sie zuerst vermutet.

□ *Der stille Amerikaner□ l□ uft seit dem 22. Mai in den Kinos.*

---

*Georg See□ len*hat gerade in der Buchreihe »Grundlagen des populären Films« den Band »Science Fiction« (Schüren Verlag) veröffentlicht

Konkret 06/03, S. 54

Erwin Riess

KEIN SCHÖNER LAND - Im Herrenholz oder Kommunist sein heute

Eine Szene.

Das Herrenholz, ein Wäldchen am Fuß des Bisambergs bei Wien. Groll und der Dozent erkunden das Gelände.

Groll: Halt! Verriegelt die Bremsen des Rollstuhls und verschränkt die Arme.

Dozent: Endlich! Ich dachte schon, Sie hätten die Sprache verloren.

Groll: Ich wollte Ihnen nur Gelegenheit geben, sich auf das Herrenholz einzustimmen.

Dozent: Was ist daran so bemerkenswert?

Groll: Diese Bodenfalte und jener Stein dort vorn sind Reste eines Splittergrabens.

Dozent: Aus dem Zweiten Weltkrieg, nehme ich an?

Groll: Weit gefehlt. Vom napoleonischen Feldzug 1809.

Dozent: Woher wissen Sie das?

Groll: Aus den Plänen der Schlacht zu Aspern. Militärwissenschaftliche Schriftenreihe, Band 68.

Dozent: Auch wenn das stimmen sollte. Was besagt das schon?

Groll: Nichts.

Dozent: Wozu haben Sie mich dann ins Herrenholz bestellt?

Groll: Weil ich mit Ihnen sprechen muß.

Dozent: Worüber?

Groll: Über die österreichische Linke. *Er löst die Bremsen des Rollstuhls, für den Dozenten das Signal ihn zu schieben.*

Dozent: Wer hat das Gefecht damals gewonnen?

Groll: Die Aufklärung.

Dozent: Pardon?

Groll: Die Franzosen.

Sie fahren, bis Groll vor einer eingestürzten Mauer innehält.

Dozent: Ich dachte, Victor Adler stand am Beginn der österreichischen Linken!

Groll: Falsch! Die Linke wurde von jemand anderem gegründet.

Dozent: Von einem Märzgefallenen! Einem Achtundvierziger!

Groll *schüttelt den Kopf.*

Dozent: Von einem Jakobiner! Sonnenfels!

Groll: Der Ahnherr der österreichischen Linken heißt Johann Nepomuk Nestroy. Er hat es geschafft, Marxens *Kapital* auf die Bühne zu bringen.

Dozent: Im »Jux«? Im »Häuptling Abendwind?«

Groll: Das Stück, das wie kein anderes die politische Ökonomie des Marxismus auf die Bühne bringt, heißt »Umsonst«, und der zentrale Satz des Stücks lautet: »Zahlen«. Ein Mann sitzt in einem Wirtshaus, er ist betrunken, und das ganze Stück hindurch ruft er nach dem Zahlkellner. »Zahlen«, sagt er, immer wieder. Und immer wieder in einem anderen Tonfall. Und immer ohne Reaktion des Kellners, der, selbst betrunken, auf der Ofenbank lümmelt.

Dozent: Ich verstehe, was Sie damit sagen wollen. Der Kellner ist die Geschichte, immer wieder wird sie angerufen, immer wieder wird ihr der Prozeß gemacht, aber sie kümmert sich nicht um die Forderungen nach einem neuen Menschen und einer neuen Zeit.

Groll: Lassen Sie uns weitergehen.

Sie dringen in den Wald vor und passieren eine verfallene Zisterne.

Dozent: Ich nehme an, wir stehen vor einem Relikt aus dem Ersten Weltkrieg.

Groll: Im Herbst 1915 fürchtete der Generalstab, daß der Zusammenbruch der Karpatenfront die russischen Truppen in die Residenzstadt spülen würde. Die österreichische Linke nahm das zum Anlaß, sich außerhalb ihrer alten Partei zu formieren. Im südlichen Wiener Becken entstand die Bewegung der »Linksradikalen«, so hießen die Vorläufer der KPÖ.

Dozent: Sie meinen, die klassische Arbeiterbewegung löste sich politisch auf – eine frappante Parallele zur heutigen Situation.

Groll: Die Arbeiterbewegung ist in der bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, sie existiert nur mehr als Strömung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, nicht mehr als ihr Antagonist. Weder verfügt sie noch länger über die Waffe der Systemkritik, noch verfügt sie über eine Vorstellung von ihren politischen Möglichkeiten, sie hat keine Philosophie und noch weniger Praxis, und sie hat auch keine Partei mehr, die konzentrierter Ausdruck ihres Klasseninteresses wäre. Der Sozialstaat war die Aufhebung dieses Bruchs. Sozialversicherung statt Revolution. Frühpension statt Kampf gegen die Bourgeoisie.

Dozent: Und die Sozialdemokratie war das Medium dieser Absorption der Umstürzler in die bürgerliche Gesellschaft. Die Sozialdemokratie erledigte sich gleichsam selbst, indem sie die soziale Absicherung ihrer Schützlinge durchsetzte. Die Arbeiter haben heutzutage mehr zu verlieren als ihre Ketten.

Groll: So ist die Propaganda. Die Wirklichkeit allerdings besteht darin, daß immer größere Teile der Lohnabhängigen der Verelendung preisgegeben werden, während andere gar nicht mehr in den Arbeitsprozeß eintreten können. Neu ist allerdings, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung im politischen Leben nicht mehr vorhanden sind. Sie existieren zwar weiter, aber als Apparat, der die Tendenz hat, sich ausschließlich selbst zu verwalten, und der die Politik durch Elemente der Unterhaltungsindustrie ersetzt.

Dozent: Die Gewerkschaften sind eben überfordert. Auf der einen Seite gibt es die gut bezahlten Facharbeiter und technisches Fachpersonal in Großbetrieben. Diese allerdings lagern ihre Verwertungskosten in einen immer größer werdenden Sektor von Arbeitsverhältnissen aus, die das technologische Niveau der Gegenwart mit Arbeitsformen der Sklavenhaltergesellschaft verbinden. Personal-Leasingfirmen ersetzen die Personalbüros. Die Gewerkschaften stehen dieser Entwicklung nicht nur hilflos gegenüber, sie entdecken auch, daß sie selbst dort, wo sie Widerstand leisten, dies nur einer relativ privilegierten Schicht von Beschäftigten zugute kommt. Die Vertretungsmacht für einen großen Teil der Werktätigen ist den Gewerkschaften abhanden gekommen, und aus breit gefächerten gesellschaftlichen Anliegen wird die Verteidigung mehr oder minder fragwürdiger Gruppeninteressen.

Groll: Hanns Eisler wies darauf hin, daß die Dummheit in der Politik darin besteht, hinter die Entwicklung der Produktivkräfte zurückzufallen. Wer die nach wie vor vorhandenen Vergesellschaftungstendenzen des Kapitals verkennt, bringt sich selber um. Die Schwäche von Negris Buch *Empire* liegt genau darin.

Dozent: Diese Vergesellschaftungstendenzen bedeuten aber Kinderarbeit in Thailand, Mafiakapitalismus im Osten und die Verelendung des Dienstleistungsproletariats im Westen.

Groll: Sehen Sie, genau aus den von Ihnen aufgezählten Gründen bin ich, was die Zukunft der Linken angeht, optimistisch.

Dozent: Sie werden sich nicht wundern, wenn ich Ihren Optimismus nicht teile.

Groll: Wer die Geschichte studiert, wundert sich über nichts. Oder hätten Sie je gedacht, daß ein Kommunist in der einstigen Stadt der braunen Bewegung bei freien und geheimen Wahlen über zwanzig Prozent der Stimmen erhält und selbst seine politischen Gegner kein abfälliges Wort für ihn finden. Mehr noch: Sie loben und feiern ihn wie einen Erlöser. Wenn das Kommunismus ist, sagen sie, dann sind wir auch Kommunisten.

Dozent: Und? Ist es das? Ist das »Modell Kaltenegger« Kommunismus?

Groll: Selbstverständlich. Und zwar in einer überraschend reinen Form.

Dozent: Ich gestehe, daß auch ich von diesem Mann beeindruckt bin, gleichzeitig aber auch vor der quasireligiösen Aura zurückschrecke, die ihn umgibt.

Groll: Weil Sie sich insgeheim daran gewöhnt haben, daß radikale Linke lächerlich, weltfremd und wirkungslos zu sein haben. Weil Sie nicht verstanden haben, daß die Revolution nach wie vor im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft wohnt. Es ist kein Zufall, daß es ein Wohnbaustadtrat ist, der das zeigt.

Dozent: Ich dachte, Kommunisten seien vorrangig Theoretiker und hätten anderen Menschen die Einsicht in den Gang der Geschichte voraus.

Groll: Die Sekte jener, die das glaubten, ist mittlerweile Geschichte. Es ist viel einfacher: Der Kommunismus ist das andere Leben, das aber aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Deshalb sagte Brecht ja auch, der Kommunismus ist das Mittlere. Das Naheliegende. Das leicht zu Machende. Ich glaube, Kommunisten erkennt man daran, daß sie kein Gott-, sondern ein Menschenvertrauen haben. Wenn man den Menschen Gelegenheit gibt, gut zu sein, ohne dabei ein Held sein zu müssen,

werden sie in der Mehrzahl gut sein. Wenn man ihnen vorführt, daß Gemeinheit sich auszahlt, werden sie sich gegeneinander schlecht benehmen. Eine Politik, die das erstere bezweckt, nenne ich im Kern eine kommunistische Politik, eine Politik, die die Menschen gegeneinander aufstachelt, ist das Gegenteil davon.

Dozent: Wenn man Ihnen so zuhört, glaubt man, die Gesellschaft zu ändern ist die leichteste Sache von der Welt.

Groll: Es ist auch so. Die Revolution ist gut vorbereitet. Unter dem Pflaster, da liegt der Strand. Es gibt Vergesellschaftung, aber in einer bornierten, menschenfeindlichen Form. Es gibt die Entwicklung der Produktivkräfte und die Einbindung der Naturwissenschaften in die Produktion – beides revolutionäre Prozesse höchster Ordnung – aber die Form, in der dies stattfindet, die private Aneignung des Gewinns und die Sozialisierung der Kosten, führt dazu, daß ein an sich fortschrittlicher Prozeß den Menschen zum Nachteil ausschlägt.

Dozent: Was sollte Ihrer Meinung nach geschehen?

Groll: Man muß die Verkehrsformen der Menschen untereinander ändern. Aus der formalen Gleichheit wird solcherart eine inhaltliche Vielfalt. Diesbezüglich ist einiges von der Antiglobalisierungsbewegung zu lernen, obwohl es dort auch viel Traumtänzerei gibt.

Dozent: Also jeder nach seiner Leistung, jeder nach seinen Bedürfnissen.

Groll: Das ist die sozialdemokratische Variante. Oder, wie Alfred Gusenbauer es nennt: die *solidarische Hochleistungsgesellschaft*. So etwas wie ein Frieden versprühendes Maschinengewehr. Ein Widerspruch in sich. Nein, jeder soll, humane Bedürfnisse vorausgesetzt, diese auch leben können. Dies wäre bereits ein Zipfel Kommunismus in der bestehenden Welt. Gäbe es eine menschliche Partei mit kommunistischem Antlitz, wie Hermann L. Gremliza sie erträumt, würde sie darauf aufbauen.

Dozent: Interessant, daß gerade Sie als behinderter Mensch so über die Dinge denken. Ich dachte, Sie bestünden nur aus Zorn und Verbitterung.

Groll: Weil für behinderte Menschen in der noch sehr unreifen, aber immerhin existierenden Form des Pflegegelds die Forderung nach einem bedürfnisorientierten Leben Wirklichkeit ist, zumindest in Teilen. Bedenken Sie doch, was das bedeutet! Eine gar nicht kleine Gruppe der Bevölkerung, die vor einer Generation noch als lebensunwert vernichtet wurde, kann zumindest teilweise ohne den Verkauf ihrer Arbeitskraft überleben. Und das in einer Gesellschaft, in der die Ware Arbeitskraft für die große Mehrzahl der Menschen nach wie vor lebensbestimmend ist, obwohl immer weniger es schaffen, ihre Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Stellen Sie sich nur vor, was geschäfte, wenn auch andere Teile der Bevölkerung, denen der Arbeitsmarkt verschlossen ist, vom Zwang der Verwertung ihrer Arbeitskraft befreit wären! Die Lohnarbeiter würden in ihrer Arbeit aufgehen ohne unterzugehen, und die anderen würden in ihrer gesellschaftlichen Arbeit aufgehen. Es wäre ein buntes, ein angstfreies Leben, das nicht leicht von Rechtsextremen instrumentalisiert werden könnte. Es wäre ein Leben, das einer Demokratie angemessen ist.

Dozent: Das Pflegegeld als Vorbote des Kommunismus. In den Institutionen der Arbeiterbewegung sieht man das, fürchte ich, anders.

Groll: Weil die Institutionen der Arbeiterbewegung nicht Teil der Lösung sind, sondern Teil des Problems. Es gibt eben Dinge, die nicht reformierbar sind. Der Kommunismus indes gehört nicht dazu. *Hält mit dem Rollstuhl inne.* Vorsicht! Hier liegen noch Landminen aus allen Kriegen der letzten hundertfünfzig Jahre.

Dozent: Um sich selbst fürchten Sie nicht?

Groll: Nein. Im Gegensatz zu Ihnen verlasse ich ausgetretene Pfade grundsätzlich nicht.

Dozent: Das wäre mit einem Rollstuhl auch unsinnig. Darf ich Sie schieben?

Groll: Nur bis zur Kellergasse. Im Terrassenheurigen wird ein vorzüglicher Merlot ausgeschenkt.

Dozent: Wie kommen Sie denn auf die Terrasse hinauf?

Groll: Gar nicht. Ich bleibe auf der Straße stehen. Sie werden doch die Freundlichkeit haben, mir ein Glas zu bringen?

Dozent: Sehr gern. Darf es sonst noch etwas sein? Etwas aus der Geschichte, wenn Sie einen Wunsch frei hätten.

Groll: Doch. Bringen Sie mir auch ein Zwiebelschmalzbrot. Und vergessen Sie nicht, ausreichend roten Paprika drauf zu streuen.

Erwin Riess schrieb Romane mit dem Rollstuhlfahrer Groll als Protagonist, zuletzt erschien »Giordanos Auftrag«

Konkret 06/03, S. 55

Christoph Horst

Pech und Schwefel

Die grüne Ministerin für Gesundheit und Soziales, Ulla Schmidt, will es der Psycho-Szene recht machen: In ihren Entwurf für die Arzneimittel-Positivliste hat sie homöopathische, anthroposophische und phytotherapeutische Wirkstoffe aufgenommen, die von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden sollen. Die Schmidtsche Liste liest sich wie ein Reprint mittelalterlicher Alchimistenrezepturen, findet man in ihr doch so abartige arzeneyen wie »Zahn der Kuh (dens bovis), Hoden vom Kuhembryo (testes embryonales bovis), Marienkäfer (coccinella septempunctata), Marmor und Pech, Schwefel und Asche«.

Einige Mediziner, die eine Gleichsetzung ihrer Arbeit mit Schamanismus befürchten, gründeten als Reaktion auf Schmidts Entwurf eine »Initiative Konsequente Positivliste«. Die Mediziner kritisieren, daß bisher noch kein Wirksamkeitsnachweis für die in den Anhängen genannten esoterischen Stoffe erbracht werden konnte »und auch in Zukunft nicht zu erwarten ist«. Schließlich werden anthroposophische und homöopathische Mittel nicht nach wissenschaftlichen, sondern irrationalen Kriterien entwickelt (Einwirkungen des Vollmondes etwa oder spirituelle Aufladung durch Schütteln gegen die Erddrehung).

In der Kommission, die den Entwurf erarbeitete, hatten Anthroposophen, Homöopathen und andere Sonderlinge eine Sperrminorität. Zudem müssen paramedizinische Substanzen zur Aufnahme in die Positivliste nicht nach nachprüfbaren Kriterien getestet werden, sondern nach von ihren Vertretern selbst gewählten Grundsätzen. Auf der Homepage des Ministeriums für Gesundheit und Soziales heißt es: »Die Aufnahme der Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen als Anhang der Positivliste haben wegen ihres alternativen Heilansatzes eine andere Aufnahmeschwelle, d.h. es werden weniger Arzneimittel ausgeschlossen. Ihre Bewertung folgt den spezifischen Kriterien dieser Therapierichtungen.«

Gegenaufklärerisches Denken wird also in einflußreichen staatlichen Gremien nicht nur geduldet, sondern hofiert. Ein Rückfall der Medizin in vorwissenschaftliche Zeiten ist zwar derzeit nicht vorstellbar, da zu viele Mediziner auf naturwissenschaftlicher Basis arbeiten. Aber auch bei diesen wächst die Popularität sogenannter sanfter (also zumeist wirkungsfreier, teilweise aber auch gefährlicher) Medizin zumindest als Ergänzung der sicherlich nicht fehlerfreien Schulmedizin.

Fragt sich noch, ob die rotgrüne Gesundheitspolitik vielleicht selbst ein Produkt alchimistischer Therapieversuche ist.

Konkret 06/03, S. 56

Ulrich Holbein

Glauben Sie an Engel?

Wie Ernst Bloch seine erste Frau, Elsa von Stritzky, heiligsprach.

Alle, die Ernst Bloch deshalb zur Zeit nicht weiterlesen, weil sie ihn für einen (atypischen) Linken halten, haben verschlafen, daß Wissenschaft und Nachwelt ihn zur Zeit – obwohl er von Handschrift und Wortschatz her vor allem als Ästhet gelten müßte – eher für einen (atypischen) Mystiker halten. Seit Mystik wieder höhere Quoten als Marxismus macht, darf man also getrost wieder zu Ernst Bloch greifen.

Manche sehen den frühen Bloch als expressionistischen Christen, der dann zum Marxisten mutierte oder reifte, andere erblicken einen Kentauer, Mimikry, Pseudomorphose, merkwürdige Melange, ja Muckefuck. DDR-Intellektualität, die ihm vorwarf, unterm Marxmäntelchen Antimarxismus zu dozieren, hatte in diesem Punkt ausnahmsweise womöglich sogar recht. Noch in seiner stalinkompatibelsten Phase fragte er marxistische Studentinnen in Leipzig, z.B. Ruth Römer, die Bearbeiterin seiner Leipziger Vorlesungen, ob sie an Engel glaube, und verkündete wiederholt und mit Tränen in den Augen, daß seine erste Frau im Jenseits auf ihn warte, bis dergleichen förmlich Stadtgespräch wurde. Man munkelte, er wäre, wenn seine erste Frau nicht so früh gestorben wäre, vielleicht auf religiöser Schiene weitergefahren.

Karola Bloch tolerierte seinen kleinen Hausaltar. Sein Gedenkbuch von 1921, worin der Witwer die tote Elsa Bloch-von Stritzky (1883-1921) in sprachmächtiger Apotheose zur Eurydike stilisierte, gab er Freunden zu lesen, ohne es bei Lebzeiten zu publizieren. Es erschien dann 1978 in *Tendenz – Latenz – Utopie*. Dort ist postum von »strahlendster Schuldlosigkeit« und »tiefsinnigster Ausgeglichenheit« die Rede. Eingebaute Zeitzeugen sahen alle wie auf Verabredung die kranke oder tote Elsa als luzide Chrysalide, durch die schon von hinten her die einhellig sogenannte andere Welt bricht. Was auf Fotos nicht sehr rüberkam. Nur ein Foto von ihr hob er auf, wohl das einzige, das seinem Bild von ihr, seinem Pamina-Medaillon, nicht widersprach. So machte er sich des Beschönigens verdächtig.

Dandy Bloch putzte sich heraus als Ikonenmaler. Er pries die Prinzessinnenart seiner Samurai-Frau und holdseligen, lilienhaften Lichtgestalt, er verglich sie dem Mädchen aus Schuberts »Tod und das Mädchen«, Katharina Emmerich, Karoline Schelling und Mozarts Konstanze bei Eduard Mörike. Trieb ihn schlechtes Gewissen? Auf die Basis von Weglassungen türmte er Hinzufügungen. Er legte nachträglich fest, wie sie gewesen war. Bleibt sie das Produkt apokrypher Verklärungsarbeit? Bereits 1915, nicht erst ab 1921, wurde sie von Bloch, Lukács gegenüber, »die Lächelnde, Verklärte, Erhabene« genannt. Andere, genauere Berichte, außer Blochs, blieben aus. Die weitverzweigten Stritzkys strichen den Schandfleck Elsa aus ihrer Familienchronik. Letzte Zeitzeugen starben betagt in den 1980er Jahren. Spätgeborene Großneffen recherchierten umsonst nach einer Elsa vor 1911. Niemand zeichnete ihr Leben nach. Was hier erstmals genauer versucht wird.

Elsa von Stritzky stammte aus ostseeprovinziellem Landadelsgeschlecht, inklusive baltisch-schwedischer Junkerbeziehungen, aus Riga, damals russisch. Ihr Vater: der Besitzer der 1914 viertgrößten Bierbrauerei im Zarenreich. Man trank Tee von eigenen Plantagen in Übersee. Als Kind stieg sie unbeaufsichtigt am Strand auf einen Turm, um das Meer von oben zu sehen, sah vom Fenster aus den Sabbathfeiern in der Altstadt von Riga zu und spielte täglich an einem Wasserlauf mit einer Wasserratte, die auf Zuruf kam, ehe ihr (Elsa) das verboten wurde. Von frühan mengten ungute Stimmen sich ins Gebet der sehr blauäugigen Elsa. Bei ihrer Konfirmation 1900 fiel sie in Ohnmacht, wie Franz Werfel angeblich beim Initial-Anblick des Meeres, wie Sufi-Derwische beim bloßen Ertönen des Namens »Allah«. Sie kam dann in ein Internat in Neuchâtel, für ein Jahr, um französisch zu lernen.

Während der lettischen Revolution 1905 ging sie, als der Stritzky-Clan das sinkende Schiff Riga verließ, zu Verwandten nach Berlin, studierte in Paris und München Bildhauerei, malte, spielte Klavier. 1911 verlobte sie sich vorübergehend mit dem Chemiker der väterlichen Brauerei, Edgar von Pickardt, der es nicht gern sah, daß seine Braut bildhauerte. Alsbald besuchte sie ihre Schwester auf deren Bauernhof in Baierbrunn, als zwischen auseinanderstiebenden Hühnern ein Mann eintrat, ein zwei Jahre jüngerer, sozialschwacher, selbstbewußter Systemdenker, ein promovierter Messias auf Brautschau, des Namens Ernst Bloch, und formte spontan ein Bonmot: »Hühner sind nicht gerade ein treffendes Abbild des Weibes.«

Schon bevor es zur Annäherung kam, unterstützte sie ihn finanziell, und hinterher sowieso. 1912 in Riga, zum 70. Geburtstag Christian von Stritzkys, übte sie im Rokokokostüm Joseph Haydns Kindersymphonie ein, mit Allongeperücke und Triangel spielenden Nichten und Neffen. 1913 Heirat mit Bloch nicht in Riga, da man als Jude nicht länger als drei Tage in Rußland sein durfte, sondern in Garmisch, trotz Elsas bereits schwerer Krankheit und erster Unterleibsoperation; und obwohl die Stritzkys den dubiös anheiratenden, zum Marxisten mutierenden armen Schlucker als Mann ihres zehnten Kindes ablehnten und ihn bei jeder Wiederbegegnung »noch widerlicher als früher« fanden. Weil Elsa von Heidelberg nach Tübingen, um zu ihrem todkranken Onkel Christel zu gelangen, drei Tage brauchte, kam sie um einen Tag zu spät.

Im Lauf der folgenden Jahre lag Elsa ihrem hoch zu Roß auffahrenden Ehemann derart zu Füßen, daß wohl auch in ihm sowas wie Gegenliebe erwachte. Der anachronistische Märchenton ihrer Wundergläubigkeit, die von ihrem Mann sogenannte »Goldluft« ihres angeblich trotzdem völlig uninfantilen Christentums, worin scheue Ehrfurcht, Sternthaler und Engel vorkamen, und ihr Schock als Kind, als Christin keine orientalisch bunte Jüdin zu sein, lieferten schlichte Harmoniestimmen zum ambitionierten Transzendentalismus und Utopiegeist des mit Exklusiv-Fremdwörtern rasant um sich schmeißenden Dr. Bloch, dessen Konfektions-Ergüsse und qualmig hochmögenden Weihgesänge vom aufgedeckten Angesicht, mitten in jener technischen Kälte und regierenden Abwaschbarkeit und Wasserklosetthaftigkeit, die im *Geist der Utopie* auf höchsten Ebenen zutiefst beklagt wird, Elsa sich vorlesen ließ, ungenervt, mitschwingend. Sie schien alles zu verstehen, verstand inniglich, anpassungsfähig bis sympathetisch.

Obwohl damals noch keiner ahnen konnte, daß dieser spinnerte Ambitions-Windbeutel, der sich als Paraklet zur Rechten von Moses und Spinoza sitzen fühlte und der damals sogar dem Einfluß Dr. Rudolf Steiners unterlag, siehe seine devachanisch-luziferisch-hellseherische Terminologie im Kapitel »Das Geheimnis« in *Geist der Utopie*, später dann aber ein im Endeffekt doch hochseriöses, jedenfalls monumentales Lebenswerk auftürmen würde, nahm Elsa die ersten entstehenden ausgeflippten mystischen Schriften als drittes Testament. Sie glaubte glühend an diesen komischen Propheten, der zugab, selbst- und herrschsüchtig zu sein, der aber durch ihre Inwendigkeit und fromme Milde sich, bei aller Ungeduld und Cholerik, zu einer selber mehr inwendigen Seele sublimieren ließ. Pudelchen, Bärenmann und Bärlein, wie sie privat ihre unendlich geliebte Dualseele nannte, titulierte umgekehrt sie Helmchen, Sternthaler und Else, statt Elsa.

Ab 1914 wohnten sie feudal mit Stilmöbeln, Persern und Wasserklosett im Schloß im Grünen, im Isartal. Man erwog mit heiligen Schauern eine Palästinareise. Abends ging man in Gustav Mahlers »Lied der Erde«. Nachts sah Elsa zwischen Traum und Wachen alte weißbärtige und rot beturbante Zwerge sitzen, die sie ansahen und eifrig irgendwas aufschrieben. Wirkten Handwerker im Haus, reiste Bloch fort, und Elsa organisierte alles allein. Sie liebte ihn derart selbstlos, daß sie sich jetzt bereits Sorgen machte, wie sie ihm, wenn sie mal zu alt für ihn sei, junge Mädchen verschaffen könne.

Dann zerrann der elterliche Geldfluß aus Riga, von einem Tag zum anderen, Brauereipleite dank kriegsbedingten russischen Alkoholverbots, Kriegswirren, Probleme mit Likörfabrik-Aktien. Ihren nicht sehr souverän reagierenden Eltern warf Elsa vor: »Ihr wollt die Ritter von Stritzky sein? Fallierte Bürger seid ihr!« Zwei Jahre verbrachte das Hohe Paar im Präexil der Schweiz, entbehrungsreich, sie monatelang bettlägrig in enger, unbeheizbarer Mansarde, gestürzt aus Opernball in die Spitzweg-Kammer des armen Poeten. Zudem litt sie an Gesichtsneuralgie und einer Bauchhöhlenschwangerschaft. Im Verarmungselend behalfen sie sich mit abstraktem Unsinn: Unmöglich, daß wir verhungern. Sie lief umsonst in zwanzig Antiquariaten herum, in München, um chinesische Drachenstickerei zu verscherbeln. Zeitweise sprangen die »Hopfenherren« ein, jüdische Geschäftsfreunde in Nürnberg. Ihre Ideal-Ehe währte im Auf und Ab sieben Jahre, in die sie ein ganzes langes Eheleben hineindestillierten; manchmal puderte sie ihr Haar weiß, als Rokoko-Leiche, als 38jährige Baucis ihres 36jährigen Philemon.

Angeblich hat es null Ehekrach gegeben, laut Bloch. Kaum aber konnte sie nicht genug Haushaltsgeld zusammenkratzen, machte er ihr Szenen. Sanft ertrug sie seine Polemik gegen ihre Brüder, die er Koofmichs nannte, und sein Losgepolter, kaum daß ihm ein Kleid von ihr nicht gefiel. Sie bot durchaus das dubiöse Bild einer stets sanften Dulderin, die so unemanzipiert wie möglich – Hauptsache: mit leuchtenden Augen – alles schluckt, alles in sich frißt, nie sich wehrt, außer einmal, wo sie das kritisierte Kleid sogar zerriß und bei der Gelegenheit gleich einen Lichtschalter demolierte. Was sie sofort demutvoll bereute. Bei außerordentlicher Hingabe habe sie, laut Bloch, ihre eigene Natur voll bewahrt – ein zwiespältiges Lob. Elsas Weinkrämpfe, von denen 1915 brieflich an Georg Lukács die Rede war, hinterließen keine Spuren im späteren bereinigten Erinnerungsbuch Blochs.

Ihren voraussehbaren frühen Tod sah sie wie Goethes Mignon als Austausch schlechter Wäsche gegen schönere Gewänder. In aller Schmach klagte sie nie. Ins Krankenhaus ging sie so erhobenen Hauptes wie Mansur al-Halladsch zum Richtplatz, festlich staffiert wie Ophelia, mit Federboahut – ihre Lieblingsblumen: gelbe Mimosen, Rosen und Kalla, die jüdische Lilie – , so daß das Klinikpersonal sie gar nicht als todkranke Patientin erkannte. Vier Bücher als Reiselektüre: Losungen der Brüdergemeinde, Loyola, *Geist der Utopie*, Karl May, fünf Tage vor ihrem Tod durch Uteruskrebs. Auf ihrem Grab, Münchener Ostfriedhof, steht: »Hier ruht die geliebteste Frau Else Bloch von Stritzky, = 2.1.1921 Off. Joh. 3,5«.

In abgemolkenen Aussagen, wie der von Arnold von Stritzky, geboren 1904, einem Neffen Elsas, steht Blochs Madonna viel standardformatiger da, stets nett zu allen Kindern, eine gute Tante, eine Art Mary Poppins, musikalisch, jedenfalls ohne Corona, Glorie und andere Welt – die ewige Differenz zwischen dem idealisch vertieften Sokrates des Platon und dem flachen Sokrates des realistischen Xenophon. Im »Gedenkbuch« steht Bloch am Schluß ergriffen in Eydtkuhnen-Wirballen, und in Riga, so als pilgere der erbberechtigte Vermögenseintreiber rein aus Nostalgiegründen in ihre Heimat. Ob die empirische, nie schimpfende Tante in der peinlich privaten, pathetischen, nicht ganz kitschfreien Aufwertung, Wiedergutmachung, apokryphen Heiligsprechung und Himmelfahrt ihres egomanischen Gemahls sich wiedererkennen würde? Andererseits, warum soll ein legasthenischer Papst ungenügende Gestalten relativ ad libitum heilig- und seligsprechen dürfen, und ein erleuchteter Neocortex und Weltgeist seine lammfromme bis mona-lisa-hafte Lächel-Muse

nicht? Nur durch religiöse Übertreibung kam der engagierte Laudator, nein: Verherrlicher der unbeschreiblichen Toten nahe.

Äußerungen über Elsa von Stritzky:

Hier habe ich eine junge, kluge Bildhauerin aus den Ostseeprovinzen kennengelernt. Sie liebt mich, ich achte sie menschlich und künstlerisch sehr hoch. Sie ist auch gebildet genug, um mich intellektuell auf weite Strecken hin zu verstehen, ich habe ihr in der Preisaufgabe der Kantgesellschaft: welches die seit Herbart und Hegel wirklich erreichten »Fortschritte« der deutschen Metaphysik seien – ein, mein erstes ganz zusammenhängendes Kolleg gelesen. Sie ist reich. Ich nehme von ihr (unter ihrer eigenen, leidenschaftlich vorgebrachten Ablehnung jeder gegenseitigen erotischen Verpflichtung) die Zinsen eines ihr jetzt durch einen Häuserverkauf zugefallenen Kapitals an (ungefähr hundert Rubel im Monat), die mir die L'hafener Unabhängigkeit verschaffen, ohne mir eine andere Abhängigkeit zu verschaffen (denn sie ist allein schon körperlich nicht zur Ehe tauglich, eine vor kurzem vollzogene Gebärmutteroperation) als die selbstgewählte Freundschaft (E. Bloch an G. Lukács, 12.7.1911).

Ich bin erstaunt, je mehr ich Else kennenlerne, dieses lustig raffinierte, maßlos gute, intensive und vor allem unerhört intuitive Mädchen (sie hat jede Minute einen anderen braven Gedanken, sehr tüchtig gesinnt und sehr ernsthaft, besonders vor jedem Kriegerdenkmal), wo ich vorher Ohren, Augen, Herz und Sinn gehabt habe. Wir fahren Sonntag nach München zur Matthäus-Passion. Und dann kommt Tristan (E. Bloch an G. Lukács, 14.3.1913).

Ihr Bild und Wesen wächst immer leuchtender empor – gänzlich verklärt, die heilige Frau, und bei aller tiefsten Verehrung ganz ohne Scheu, da sie doch mein Inwendigstes und auch mein geliebtestes, vertrautestes Mädchen ist, meine Freundin, mein festlicher Alltag (E. Bloch: *Gedenkbuch für Else Bloch-von Stritzki*, 1921).

Wie oft auch freute sie sich, das Schmerzhafte, Störende, Kraftverbrauchende, Ungemäße des Leibes abzuwerfen, abwerfen zu können – wie rein, wie überselig mag sie jetzt leuchten und klingen (E. Bloch: ebd.).

Bei einigen Männern freilich erinnere ich mich, so bei Furtwängler, daß er förmlich zurückprallte vor der Gewalt des süßen Lichts, als er Else zum ersten Mal sah (E. Bloch: ebd.).

Für die damaligen Verhältnisse, in denen Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren »plaziert« und unverheiratete Frauen über 25 nicht mehr auf Bälle eingeladen wurden, konnte Elsa froh sein, einen Ehemann gefunden zu haben. Sie war ein, wie man damals sagte, »älteres Mädchen«, eine »alte Jungfer«, zudem schwer krank. Daß sie Bloch geliebt haben könnte, ist ebenso unwahrscheinlich wie daß er sie liebte, als Individuum ohnehin nicht, aber auch nicht als Projektionsfläche seiner Liebesgefühle. Es war ein Geschäft zu beiderseitigem Nutzen, spätere gegenseitige Sympathie nicht ausgeschlossen ... Nach ihrem Tode machte er sie zur literarischen Figur und beschrieb seine schmerzlich-schönen Gefühle ihr gegenüber (Martin Korol: *Dada, Präexil und freie Zeitung*).

Literatur:

Ernst Bloch: *Tendenz – Latenz – Utopie*. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1978

Briefwechsel Georg Lukács – Ernst Bloch 1910 – 1971

Martin Korol: *Dada, Präexil und freie Zeitung*. 2002

Peter Zudeick: *Der Hintern des Teufels, Ernst Bloch, Leben und Werk*. Elster Verlag, Zürich 1985

Ruth Römer: *Erinnerungen an Ernst Bloch*, Bloch-Almanach 1990

Arno Münster: *Ernst Bloch, Eine Biographie*. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 440 Seiten, 29,90 Euro

Helene von Stritzky geb. Pollchau: »Aus dem Leben einer baltischen Frau und Mutter« (unpubliziert)

John K. Dickinson: The Ambigous Quest: Ernst Bloch's early Love. Bloch-Almanach 16/1997

Ulrich Holbein hat zuletzt u.a. das Buch »Zwischen Urknall und Herzberg« (Nachtschatten Verlag) veröffentlicht

Konkret 06/03, S. 58

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Ernst-Wilhelm Händler: Wenn wir sterben. Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 2002, 483 Seiten, 25 Euro

Ein schreibender Unternehmer? Gott bewahre! Doch dem Fabrikanten und Philosophen Ernst-Wilhelm Händler liegt es fern, den unzähligen Memoiren von Führungskräften weitere hinzuzufügen. Sein Roman über Aufstieg und Fall von vier Karrierefrauen ist beileibe keine Fabrikware – zu virtuos spielt der Autor mit Erzählperspektiven, zu clever analysiert er die Seelenlage seiner Figuren.

Allerdings geht Händler nicht so weit, das Lebensideal der Damen, die sich ganz und gar für die Firma aufopfern und ihre Existenz über das Unternehmertum definieren, grundsätzlich anzuzweifeln. Da schlägt dann doch wieder der Fabrikbesitzer durch.

Konkret 06/03, S. 58

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Gerhard Henschel: Die wirrsten Graphiken der Welt. Hoffmann & Campe, Hamburg 2003, 176 Seiten, 22,90 Euro

In Gerhard Henschels verdienstvollem Buch findet sich neben – teilweise prächtig kolorierten – Schaubildern zur »Offenbarung Jesu Christi«, zur »Theorie des Rechtsradikalismus«, zur »Gruppenidentität« und zur »Logik des Alltäglichen« auch eine Graphik des in Peter Sloterdijks »Glashaus« und irgendwo hinter Buxtehude als »Philosoph« gehandelten Teufelskerls Norbert Bolz. Sie entstammt, wie uns Henschel wissen läßt, der im Jahr 1999 öffentlich gemachten Bolz-Studie *Die Wirtschaft des Unsichtbaren – Spiritualität, Kommunikation, Design, Wissen – Die Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts.* Verglichen mit vielen anderen von Henschel gesammelten Beispielen wissenschaftlicher Darstellungskraft und visueller Redlichkeit ist Bolz' Graphik nicht besonders komplex, aber der Philosoph soll sich ja der Komplexitätsreduktion verschreiben und überschaubares Orientierungswissen generieren in einer Welt, die seit einem 1985 erschienenen Buch von Jürgen Habermas immer unübersichtlicher wird.

Bolz dient der »Komplexitätsreduktion« (Luhmann) auf anschauliche Weise. Auch wenn es sich hierbei um einen Ausschnitt aus der Theorie der Welt der Wirtschaft des Unsichtbaren handelt, so können wir doch unschwer sehen, daß im Zentrum dieses Schaubildes ein blaßgelbes Ei herumliegt. Seinen Dotter bildet das rot gefärbte Wort »Medien«. Auf der Vertikalen (x-Achse) strebt ein roter Pfeil bolzengerade nach oben (Norden), in den Himmel, an dem geschrieben steht: »Generationen«. Auf der gegenüberliegenden Seite des Eis führt ein roter Pfeil zum südlichen Hadeswort »Werte«. Um dieses Arrangement im Gleichgewicht zu halten, zweigt auf der Horizontalen (y-Achse) westlich ein roter Pfeil Richtung »Marken« ab, östlich trifft ein zweiter roter Balancepfeil den Begriff »Mythen«. Diese beiden Pfeile sind allerdings gestrichelt. Die y-Achse ist mithin ein wenig löchrig, porös, gleichsam nicht so stabil. Hauptsache indes, das Lot, die x-Achse, ist nicht gestrichelt. Die Erdung dieser Graphik ist somit gesichert. Andernfalls hätten wir den x/y-Salat.

So also steht das Medienei des Norbert Kolumbus im Fadenkreuz des Betrachters, und in dem Moment, in dem der Betrachter dies alles in seiner ganzen überwältigenden Schlichtheit erkennt, erkennt er, daß er das andere Ei endlich vergessen kann. Damit hat der Philosoph seine Aufgabe erfüllt. Er hat zum Durchblick, zur Erkenntnis und zur Erleichterung des Lebens beigetragen.

Konkret 06/03, S. 58

Michael Rudolf

Buch & Deckel

Kurt Cobain: Tagebücher. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 320 Seiten, 19,90 Euro

Der Kleinbürger befiehlt: Wer sich die Kugel gibt, ist irre. – Macht es ein wirklich Irrer, wird er ihm zur Ikone. So werden Verhältnisse konstituiert, die unter dem verlogenen Tarnbegriff »Mythos« die Runde und das öffentliche Dasein unerträglich machen. Veröffentlicht man die Poesiealben und Klokritzeleien eines solchen Irren, haben die Kaffeesatzleser Hochkonjunktur. Für sie wird Nirvana auf ewig »die glaubhafte Wiederbelebung ehrlicher Rockmusik« bleiben.

»Sechs Saiten, 24 Noten, die nach 10 dieselbe Skala wiederholen, normalerweise in 4/4-Taktfolge aufgebaut; Rock and Roll: 30 Jahre = ausgelaugt!«, »schreibt« der Kurt dazu in seinen Tagebüchern. Aber er »schreibt« auch: »In der Maske des Feindes die Mechanismen der Herrschaft infiltrieren und langsam ihre Zersetzung von innen heraus betreiben ist ein Insider-Job – er beginnt bei den Hausmeistern und Cheerleadern, na gut, was auch immer, egal.« So haben einem das hinterher auch viele Parteimitglieder vertickern wollen, nur ohne den jukosen Appendix.

Wer hinter diesen Kraftmeiereien aus der Hobbywerkstatt nicht auf Anhieb Verschwörungstheorien wuchern sieht, verliert seine Leseerlaubnis auf Lebenszeit. Doch der Kurt legt noch eine Kohle auf: »Bewaffne dich, finde einen Repräsentanten der Gefräßigkeit oder Unterdrückung und blas dem Wichser die Rübe weg. Entwirf Manifeste mit Ideen, Kontakten, Rekruten, geh an die Öffentlichkeit, riskier Gefängnis oder Ermordung, laß dich vom Gegner anheuern, denn so ist es einfacher, das System zu infiltrieren.« Reizend, sicher meint er die Bettelbriefe, die er zahllosen Independentfirmen geschickt hatte. »Punk rock means freedom«, ist mehrfach zu lesen. Aber auch: »Ich habe nie behauptet, ein Punkrocker zu sein.« Und: »Ich hoffe, ich sterbe, bevor ich Pete Townsend werde.« Wäre es da nicht besser, du hieltest die Klappe, Kurt? Ja, »es wär besser für mich, wenn ich meine Klappe halten würde«.

Im Verhältnis zum Rest seiner Aufzeichnungen wiegt diese »Einsicht« jedoch verschwindend wenig. Sandkastenanarchismus mit vorgeblichem Punkfeminismus – keine Zehntelsekunde möchte man in diesem Spatzenhirn Mäuschen spielen; man paßte ja gar nicht hinein. Ein Revolutionsromantiker mit Weltbild in Grundschulkoordinaten versucht, sich seine Welt zu erklären. Immerhin rechnete sich der Kurt der »extremen Linken« zu. Ihr sagt jetzt: »Hauptsache, der Kurt hat gute Musik gemacht.« Wenn’s denn so wäre. In Zeiten, wo »Fans« Rockgeschichte höchstens aus dem (M)TV kennen, reicht es, wenn zweieinhalb Bands aus einer Stadt je ein wider Erwarten nicht grottenschlechtes Album hinlegen, und schon heißt das Trend/Bewegung (bitte ankreuzen), hier: Grunge. »Alles, was ich wissen mußte, lernte ich in nur in einer Woche Unterricht, nach der ich die berühmten Louie-Louie-Akkorde beherrschte.« Damit ausgerüstet »spielte« der Kurt 1993 »Noise-Geetarh« auf Burroughs’ Spoken-Word-Stück »The Priest, They Called Him«. Und Sex werde überbewertet, »meinte« der Kurt auch. Der kann einem viel erzählen. Aber nicht mal das konnte er.

Konkret 06/03, S. 59

Frank Schulz

Buch des Monats

Wolfgang Herrndorf: In Plüschgewittern. Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2002, 222 Seiten, 16,90 Euro

Leser wie unsereins sind selig, wenn sie der Romancier zu klammheimlicher Komplicenschaft mit seinem Helden zu becircen vermag. Dabei muß es ja nicht immer gleich ein Humbert Humbert oder Tom Ripley sein. Kürzlich bin ich dem narzißtischen, ja fast autistischen Fluidum eines 30jährigen Kindskopfs erlegen. Einem sarkastischen Fant und versoffenen Enfant terrible, meist angeekelten Flaneur und genialischen Borderliner, melancholischen Underdog und hypersensitiven Sinnsucher – kurzum: einem Sozialtypus, dem jeder schon einmal begegnet ist, und sei's in der eigenen Person.

Dieser namen- und offenbar beschäftigungs-, weitgehend beziehungs- und überhaupt orientierungslose Ich-Erzähler (Initial: B.) beginnt seine Geschichte einer Depravation mit der Trennung von seiner Freundin. Dabei ähnelt die Perspektive der eines Dr. Jekyll, den Mr. Hyde verblüfft. Jeder Mann kennt das.

B.s Bruder hat samt Frau und Beamtenstatus das ehemalige Elternhaus in Hamburgs Außenbezirk bezogen. Er findet, wie B. süffisant bemerkt, »nichts Anstößiges« daran, »sein Leben dort zu beenden, wo es auch angefangen hat«. B. trampt zu ihm, der im Sterben liegenden Großmutter zuliebe, obwohl die Gebrüder eigentlich nicht mehr miteinander reden. Und zwar, seit B. seiner Schwägerin eine »unappetitliche Neigung zu Rilkes Frühwerk« zu exorzieren versuchte, indem er ihr, streng bezecht, inmitten einer Partygesellschaft die Füße küßte, nicht ohne lauthals Rilkes »Pimmelgedichte« zu deklamieren: »Schon richtet dein unwissendes Geheiß die Säule auf in meinem Schamgehölze, und so weiter, und so weiter.«

Ein hinreißendes Kapitel lang erinnert sich B. dann an das dermatologische Drama seiner Jugend. Während der Bruder sich »um die Pubertät zu drücken versuchte«, durchlitt B. deren erste Liebe und letzten Riten in vollen Zügen.

Nachdem der erwachsene B. in die Gegenwart zurückgekurvt ist, entflieht er nach Berlin. Und erst jetzt, mit dem zweiten Drittel, beginnt der »Berlinroman ohne Diskussionen über Pop, ohne Sexszenen, ohne Latte macchiato«, den der Berliner Maler, Zeichner und Illustrator Wolfgang Herrndorf, 37, nach eigenem Bekunden schreiben wollte und geschrieben hat.

Aufgrund der wundervoll zart und zynisch erzählten Vorgeschichten fraternisieren wir mit B. längst auf Teufel komm raus, als wir ihn bei seinem Taumel durch die Hauptstadtszene zu Ende des zweiten Jahrtausends begleiten. Halbherzig auf Wohnungssuche, driften wir durch Kneipen und Clubs und Privatfeiern, lauschen dem pseudointellektuellen Geschwätz über Windelfetischisten und das Holocaust-Denkmal, verlieben uns, ziehen uns nach einem Intermezzo mit sadomasochistischem Touch von jener Frau zurück und besaufen uns endlich richtig. Mit Ansagen. Und wer sich in diesem Kapitel nicht schwachlachen kann, tut mir redlich leid.

Im darauf folgenden, dem 13., endet B.s Ich-Erzählung – für ihn kein gutes Ende. Über das 14., das letzte, soll ebensowenig verraten werden. Es kommt, wiewohl unspektakulär, überraschend genug daher, daß Leser wie unsereins, die der Romancier zur Komplicenschaft mit seinem Protagonisten becirct hat, die gesamte vorangegangene Geschichte noch einmal Revue passieren lassen. Dieser sanfte Coup verlagert unseren Aufmerksamkeitsschwerpunkt von der Einfühlung in den Helden auf die Auseinandersetzung mit seinem Problem, ohne unser Sympathisantentum zu verraten. Was ist denn sein Problem? Das, was es mit der Verballhornung von Ernst Jüngers *In Stahlgewittern* im Titel auf sich hat. Das, was den Ernst dieses streckenweise urkomischen Buches ausmacht.

An einer Stelle sagt B.s Freund über ihn: »Der Herr leiden gerade unter Supersensibilität und Hyperästhesie.« Wenngleich auf einen Alkoholkater gemünzt, darf diese doppelte Überempfindlichkeit für seine generelle Zerrissenheit zwischen äußeren Widersprüchen unserer Gegenwart und daraus resultierender innerer Entfremdung gelten: Minen, die ihm krachend, aber aphysisch um die Ohren fliegen in den Plüschgewittern unserer Friedenszeiten.

B.s Schwägerin zum Beispiel ist laut B. »unglaublich beschränkt, und das offenbart sich am deutlichsten in ihrer Weltoffenheit, in ihrer absurden Toleranz«. Und der misanthropisch eingefärbte Überdruß des Ich-Helden hinsichtlich der trivialisierten Werte der Aufklärung am deutlichsten in diesem Paradoxon: Weltoffenheit = Beschränktheit. Ständig im Streß, Gehaltvolles von Abgedroschenem zu unterscheiden, erlebt B. sogar seinen besten Freund Desmond phasenweise als bezahlten Desmond-Darsteller.

Nicht nur hier wird übrigens offenbar, wie viel B. von Holden Caulfield hat, dem »Fänger im Roggen«. Manche seiner Sätze klingen wie eine liebevolle Parodie: »Ich habe eine sensationelle Angst vor dem Tod, falls ich das noch nicht sagte.« Nun kann einer Romanfigur ja Schlimmeres passieren als das. Im Reigen jener Schriftsteller, die den Salinger-Kosmos ehrenvoll verinnerlicht haben, erreicht Herrndorf jedoch nicht das sprachliche Konsistenzniveau etwa eines Günter Ohnemus. Man merkt, der frischgebackene Autor hat seine ureigene Sprache noch nicht vollständig entwickelt – den

besonderen Blick aber sehr wohl. Und besitzt dadurch bereits das poetische Potential von einem wie, sagen wir, Philippe Djian. Und einer wie, sagen wir, Nick Hornby kann sich schon jetzt mal eine saftige Scheibe von ihm abschneiden.

Der Bildkünstler Herrndorf erzeugt die Stimmung seines sprachkünstlerischen Debüts unter äußerst sparsamer Verwendung von Metaphern, Allegorien und sonstiger Symbolik. Vielmehr nutzt das literarische Talent des Debütanten – offenbar auf ebenso organische Art wie das künstlerische des »ausgebildeten Porträt- und Schlachtenmalers« – das realistische, auf breitere Leinwand angepeilte Bild.

Kenner schätzen Herrndorfs Gemälde und Zeichnungen, Buch- und Buchdeckelillustrationen hoch. Von seinem Kalender »Klassiker Kohl« hatte gar das Bundeskanzleramt 1996 fünfzig Exemplare geordert, woraufhin Herrndorf sich als »offizieller Hofmaler« bezeichnete. Das Cover seines Erstlings aber ist rein graphisch gestaltet. Auch in seiner eigenen Wohnung, so der Künstler, hänge nicht ein einziges Bild an seinen vier Wänden, auch kein fremdes. Er könne »das alles« nicht mehr sehen.

Gern schmähen ja ästhetisch sensible Gemüter ästhetisch sensible Gemüter. Jene möchten des ausgezeichneten Meisterschülers visuell allergische Überreaktion womöglich zickig finden. Bloß was, wenn sein B. dies und ähnliches selber schmähen täte? Dann zöge erneut eines der täglich tobenden Plüschgewitter auf, von dessen autoaggressiven Folgen für das heutige jüngere Individuum Ernst Jünger sich keinen Begriff gemacht hätte. Da mußte Wolfgang Herrndorf ran.

Konkret 06/03, S. 60

Ludwig Seyfarth

Spuren, Spuren, Spuren

Über Kunst, Krimi und Kino – was sie verbindet und was sie trennt.

Aus der Sicht wissenschaftlicher Untersuchungen erscheinen Künstler oft wie Verbrecher. Sie wirken wie Täter, die die Spuren ihrer Verbrechen bewußt verwischt haben und die Forscher vor schwer lösbare Rätsel stellen. Jan Vermeer van Delft stellte auf zehn verschiedenen Gemälden immer wieder denselben Raum dar. Aber mit welchen Mitteln, außer seiner überragenden Begabung als Maler, brachte er seine optisch ausgefeilten Ansichten zustande? Benutzte er eine mit Linsen ausgestattete Camera obscura, oder ließ er sich nur von den Bildern inspirieren, die das durch ein kleines Loch fallende Licht auf dem Kopf stehend auf die gegenüberliegende Wand eines verdunkelten Raumes oder tragbaren Kastens warf? Die Frage beschäftigt Kunsthistoriker und andere Vermeer-Forscher bis heute, eine endgültige Klärung steht aus. Philip Steadman kam ihr nahe, indem ein akkurates Modell des Vermeer-Zimmers baute. Als er die »Musikstunde« inklusive der Figuren nacharrangierte und das Licht genauso einfallen ließ wie auf dem Gemälde, ergaben sich die gleichen Beleuchtungseffekte wie auf Vermeers Bild. Steadmans Recherchen »kommen zu dem Schluß, daß der Delfter Maler das andere, sozusagen ›hinter dem Betrachter‹ gelegene Zimmer als eine begehbare ›optische Kammer‹ eingerichtet hatte«, schreibt Martin Kemp in seinem Buch *Bilderwissen*. Hier sind die Aufsätze, die der Oxforder Kunsthistoriker in der Zeitschrift »Nature« veröffentlichte, erstmals in deutscher Sprache versammelt.

Die wechselseitige Beeinflussung von Kunst und Naturwissenschaften, der Kemp an zahlreichen prägnant beschriebenen Beispielen nachgeht, ist ein reichhaltiges, aber manchmal schwer zugängliches Gebiet – etwa dann, wenn Künstler ihre wissenschaftlichen Hilfsmittel geschickt verbergen. Ihre Verwendung konnte als unschicklich, als unkünstlerisch gelten, aber wohl nicht im Holland des 17. Jahrhunderts, wo Künstler und Wissenschaftler in regem Austausch standen. Aber Vermeer hat keine Aufzeichnungen hinterlassen. Wären die Gespräche, die er mit dem befreundeten Mikroskopisten Antonie van Loewenhoek führte, überliefert, müßten sich heute vielleicht die Kunsthistoriker ihre Köpfe über Vermeers technisches Vorgehen nicht zerbrechen.

Das immer wieder beschworene Geheimnis der Bilder Vermeers liegt jedoch nicht vorrangig in ihrer technischen Konstruktion. Ihre Rätselhaftigkeit steht im Gegensatz zu den theatralischen bis melancholischen Selbstinszenierungen, zu denen Vermeers berühmtester Landsmann und Zeitgenosse Rembrandt neigte. Vermeer tritt hinter seinen Bildern zurück. Sie »zeigen«, sie »erzählen« nicht, und gerade daraus ergibt sich ihre Spannung. Jedes unscheinbare Detail könnte ein Hinweis sein auf einen verborgenen Bildinhalt, auf die Identität einer Person, die wir nur von der Seite oder von hinten sehen, in die Lektüre eines Buches vertieft, beim Schreiben eines Briefes oder an einem Spinett sitzend.

Ein Reflex typisch Vermeerscher Qualitäten findet sich bei einem Maler, dessen Werk lange fast vergessen blieb und erst in jüngster Zeit mit Ausstellungen in Paris und jetzt in der Hamburger Kunsthalle ins Licht einer breiten Öffentlichkeit tritt. Es handelt sich um den Dänen Vilhelm Hammershøi, der von 1864 bis 1916 lebte. Seine zahlreichen Interieurbilder sind in der eigenen Wohnung entstanden, die er entgegen dem Zeitgeist karg und klassizistisch einrichtete. Manchmal sieht man eine weibliche Figur, meist in Rückenansicht, ebenso leblos wirkend wie die Gegenstände, die manchmal in fast surreale Beziehungen treten. Ein Bild von 1901 zeigt einen Tisch, der direkt vor ein Tasteninstrument geschoben ist. Um musizieren zu können, müßte man den Tisch beiseite rücken und einen Klavierschemel holen, der aber weit und breit nicht zu sehen ist.

Die Zeitgenossen beschreiben Hammershøi als verschwiegenen und zurückgezogenen Menschen. Ähnlich wie Vermeer tritt er als Person völlig hinter den Bildern zurück, erklärt nichts und gibt auch keinen Hinweis auf einen verborgenen Sinn, der den manchmal rätselhaft erscheinenden Dingen zu entlocken wäre. Aber ist es nicht eine Rätselhaftigkeit, wie sie die Dinge auch auf Fotografien erhalten können? Wie die Schaufenster, halbverfallenen Torbögen oder Innenräume von Botschaftsgebäuden, die Eugene Atget auf seinen eindringlichen Pariser Schwarzweißfotos zeigt und denen Walter Benjamin den Charakter von Tatorten ablas?

Was um 1900 implizit war, machten die Surrealisten explizit. Auf René Magrittes Bild »Der bedrohte Mörder« von 1927 ist das Interieur zum Schauplatz eines Verbrechens geworden. Wir sehen einen dandyhaft gekleideten jungen Mann, der offensichtlich gerade eine nackt auf einem Sofa liegende Frau umgebracht hat. Gelassen steht er vor einem Grammophon und hört eine Schallplatte an. Mit seiner Ruhe dürfte es bald vorbei sein. Seitlich im Vordergrund, für den Mörder unsichtbar hinter der Wand, stehen links und rechts zwei Kriminalbeamte, die ihn mit Knüppel und Netz einfangen wollen, auch hinten vom Fenster aus wird der Mörder von drei Personen beobachtet.

Die Kriminalgeschichte, die Magritte hier um das Interieur rankt, könnte aus einem Bild Vermeers oder Hammershøis ebenso entwickelt sein wie die surrealen Bilderfolgen von Max Ernst aus den Stichromanen des 19. Jahrhunderts. Die Surrealisten waren von Krimis fasziniert. Aber was meint »Krimi« hier überhaupt?

Wenn wir den Untersuchungen des Literaturwissenschaftlers Richard Alewyn aus den 1960er Jahren folgen, lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Erzähltechniken desselben Gegenstandes, etwa eines Mordes, unterscheiden: »Der Kriminalroman erzählt die Geschichte eines Verbrechens, der Detektivroman die Geschichte der Aufklärung eines Verbrechens« (Alewyn: *Probleme und Gestalten*). Alewyn interessiert sich vor allem für die Leserperspektive des Detektivromans, wo die Art und Weise, wie Wissen vorenthalten oder im Laufe der Lektüre zugänglich gemacht wird, die für den Krimi zentrale »Spannung« herstellt, die sich grundlegend von der »Überraschung« unterscheidet. Eine Überraschung ist eine narrative Wendung, auf die der Leser oder die Protagonisten der Handlung nicht vorbereitet sind. Die Spannung hingegen entsteht aus dem Nichtwissen über das, was anderen, dem Erzähler, dem Täter oder etwaigen Mitwissern, bekannt ist und deshalb aufgedeckt werden kann.

Helligkeit und Sichtbarkeit stellen für den spannenden Krimi ein durchaus förderliches Milieu dar, weil die sichtbaren Spuren und Indizien erst einmal ins Licht treten müssen, damit der verborgene Rest sich aufklären läßt. So hat der filmische Meister der Spannung, Hitchcock, nur in »Psycho« noch auf die Helldunkel-Ästhetik seiner früheren Schwarzweißfilme zurückgegriffen, sonst geschieht bei ihm fast alles in hellem Tages- oder Lampenlicht.

Aber nicht alle Geheimnisse werden aufgeklärt. Hitchcocks »Vögel« verziehen sich am Ende »kommentarlos« aus der Kleinstadt, in der sie ihr Unheil anrichteten. Bis heute grübeln Interpreten, welchen tieferen, vielleicht psychoanalytischen Sinn die Überfälle des aggressiven Federviehs verbergen. Was für Bilder dahinterstehen, scheint dagegen recht offenkundig. Die visuelle Imagination Hitchcocks, der Gemälde von Klee und de Chirico besaß und 1944 Salvador Dali mit Ausstattungen für seinen Film »Spellbound« beauftragte, ist direkt oder indirekt von der bildenden Kunst inspiriert. Die Ausstellung »Hitchcock et l'art«, die 2000 im Pariser Centre Pompidou stattfand, versammelte Hunderte Beispiele aus Symbolismus, Surrealismus, den Spiralmotiven Duchamps und der Op Art, die als Referenzen für das psychedelische Eingangsmotiv von »Vertigo« dienen. Gezeigt wurde auch ein Bild Magrittes. »Inquiétudes« ist wie der »Bedrohte Mörder« 1927 entstanden. Vier Vögel, denen offensichtlich die Kehle durchgebissen wurde, schweben vor einer in militärischen Tarnfarben gemalten Bergwand. Daß Hitchcock dieses Bild nicht gekannt hat, als er »Die Vögel« drehte, scheint unwahrscheinlich.

In seinem kürzlich erschienenen Buch *Kino und Kunst. Eine Liebesgeschichte* blickt Heinz Peter Schwerfel auch auf die Pariser Hitchcock-Ausstellung zurück, die er als »3D-Film ohne Brille« beschreibt: »Der Betrachter wandert durch Standbilder, sauber gehängte und beschriftete museale Kabinette ... Die Schnittechnik der Montage funktioniert hier als räumliche Collage, Zeit findet nur im Gedächtnis des Betrachters statt.« Bildende Kunst, auch wenn sie Film oder Video benutzt, setzt auf andere Erfahrungsweisen als der narrative Spannungsaufbau von Kriminalfilmen. Dies zeigt sich, wenn wir beim Beispiel Hitchcock bleiben, nicht nur bei den Werken, die ihn angeregt haben, sondern auch an Arbeiten heutiger Künstler, bei denen Hitchcock ähnlich beliebt zu sein scheint wie beim übrigen Publikum.

Zu den Beispielen, die Schwerfel in seinem auf die Gegenwartskunst konzentrierten Buch erwähnt, gehört die Installation »Scottie's Bedroom« (1994) des New Yorker Malers David Reed. Ein breitformatiges abstraktes Bild Reeds hängt in einem Raum, der einer Interieurszene aus »Vertigo« nachempfunden ist, die wiederum auf einem vor dem Bett stehenden Fernseher als Video läuft. Der Schotte Douglas Gordon präsentierte 1993 ein »24-Hour-Psycho«. Hitchcocks »Psycho« ist auf die Zeitdauer von 24 Stunden gedehnt. Die fast stillstehende Verlangsamung der Bilder macht Handlung und Spannungsaufbau des Films völlig unkenntlich. Statt dessen treten Elemente der Bildkompositionen und Details der Ausstattung in den Blick, die man bei normaler Geschwindigkeit übersieht. 1999 isolierte Gordon die Tonspur aus »Vertigo«, zu der man nicht die Bilder des Films, sondern den Dirigenten James Conlon sieht. Wenn keine Musik erklingt, bleibt die Leinwand schwarz.

Manche bildenden Künstler haben sich mit wechselndem Erfolg an kommerzielle narrative Filme gewagt, etwa Cindy Sherman mit dem Krimi »Office Killer«. Doch scheint Kunst durch Krimis und Kriminalfilme nicht in erster Linie dort angeregt, wo sie direkt narrativ oder filmisch wird. Die meisten Künstlerfilme zeichnen sich nicht durch narrative Spannung, sondern durch ihr analytisches Verhältnis zu räumlicher und zeitlicher Wahrnehmung aus. Der Bereich der bildenden Kunst, in dem sich die Spannung des Krimis am angemessensten übersetzt wiederfindet, ist die Installationskunst, die sich mit physisch erfahrbaren Räumen befaßt. Deutlicher noch als in Schwerfels opulentem, das umfangreich recherchierte Material verständlich ausbreitendem Buch wurde das in einer Ausstellung, die 1999 anläßlich von Hitchcocks 100. Geburtstag im Berliner Haus am Waldsee stattfand.

Film und Video waren dort nicht ausgeklammert, aber vorwiegend wurden Installationen oder Sammlungen von Objekten vorgeführt, mit denen die Kuratoren die Vergleichbarkeit von kriminologischen und künstlerischen Verfahrenstechniken zur Diskussion stellten. Die irritierende »Konfrontation von konzeptueller Kunst und Kuriositäten aus dem Kriminalmuseum« (Barbara Straka) hat Vorbilder in raumbezogen arbeitenden Kunsttendenzen der letzten Jahrzehnte. So schreibt Michael Glasmeier: »Die ›Spurensicherung‹, Anfang der siebziger Jahre als künstlerische Methode ... ins Spiel gebracht, bezog ihren Impetus vor allem aus der Kriminologie.«

Dies läßt sich für Marcel Duchamps berühmtes, zwischen 1946 und 1966 entstandenes Spätwerk »Étant donnés« nicht so ohne weiteres behaupten, auch wenn es den Tatort eines Verbrechens inszeniert. Durch ein Guckloch in einer Holztür sieht man in einer sorgfältig arrangierten Landschaft eine weibliche Leiche im Gras, die in der linken Hand eine Gaslampe hält. Ohne Duchamp zu erwähnen, liefert Martin Kemps *Bilderwissen* einen Hinweis auf die visuelle Inszenierungstechnik, derer sich Duchamp bediente. Es handelt sich um das »Habitat-Diorama«, das um 1900 populär und zu einer gängigen Einrichtung in naturgeschichtlichen Museen wurde: »Malerische Tableaus von ausgestopften Tieren posieren lebensecht in und vor Panoramen voller biologischer und geologischer Details, deren ›reale‹ Vordergründe unmerklich mit den von Spezialisten in flache Nischen gemalten Hintergründen von erstaunlicher Tiefenwirkung verschmelzen.« Der Illusionismus, mit dem die Habitat-Dioramen eingerichtet wurden, findet sich wieder in der minutiösen Ausstattung von Studio-Filmsets. Wenn *on location* gedreht wird, braucht man keine gemalten Hintergründe und künstlichen Staffagen mehr. Nur die Leichen sind immer noch nicht echt.

Heinz Peter Schwerfel: *Kino und Kunst. Eine Liebesgeschichte*. DuMont, Köln 2003, 287 Seiten, 29,90 Euro

Martin Kemp: *Bilderwissen. Die Anschaulichkeit naturwissenschaftlicher Phänomene*. DuMont, Köln 2003, 280 Seiten, 39,90 Euro

Die Vilhelm-Hammershøi-Ausstellung ist in der Hamburger Kunsthalle bis 29. Juni zu sehen (Katalog, 166 Seiten, 23 Euro)

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 5/03 über groteske Kunst

Konkret 06/03, S. 62

Alexander Kasbohm

Melodie & Rh□ thmus

Madonna: American Life. Wea

Das ganze Gewese um das zurückgezogene »Antikriegsvideo« minimierte schon vorab jegliche eventuell vorhandene Lust auf diese Platte. Madonna hat ihr Leben lang nicht nur darauf geschissen, ob sie moralische, religiöse oder ästhetische Gefühle verletzt, sie hat ihre Karriere auf Verletzungen aufgebaut. Das war auch weitgehend in Ordnung so. Aber jetzt zog sie zu Beginn des Irakkrieges ein Video zurück, in dem Models in Stella-McCartney-Kampfanzügen Granaten ins Modenschaupublikum werfen, aus Angst, es könnte als Antikriegsstatement mißverstanden werden und die Gefühle der Truppe, für die sie betet, verletzen. Soviel Realitätsverlust ist beeindruckend, aber vielleicht bringt das die Ehe mit einem schlechten Regisseur ebenso mit sich, wie sie abgeschmackte Videos mit sich bringt.

Amerikaner, die an Amerika Kritik üben, beeilen sich ja immer zu beteuern, daß sie in Wirklichkeit die besseren Patrioten sind. Und als solche sind sie mit der entsprechenden Portion Dummheit gesegnet: »Ich bin nicht gegen den Krieg, aber ich bin gegen Witwen und Waisen.« Das muß man den Witwen und Waisen erst einmal erklären.

Madonna ist stolz, Amerikanerin zu sein. »Einer der Gründe, aus denen ich stolz bin ist, daß ich meine Meinung frei äußern kann.« So frei, daß sie aus Angst vor ein paar nicht verkauften Platten ihr dummes, mit den falschen Zeichen kokettierendes Video zurückzieht.

Das Album-Cover soll an das berühmte Che-Guevara-Portrait erinnern. Doch auch das ist kein Statement. Das Bildnis ist politisch so aufgeladen wie Micky Maus. Che ist der Harlekin an den Zimmerwänden anpolitisierter Studenten.

Als wäre das alles noch nicht Grund genug für einen vollkommenen Credibility-Absturz dieser über zehn Jahre künstlich schlaugeredeten Pop-Ikone, ließ sie es sich auch nicht nehmen, ihrer Plattenfirma den Satz »what the fuck do you think you are doing« ins Titanium-Powerbook zu sprechen, damit diese ihn als als Albumtracks getarnte MP3-Files ins Netz stellt. So schimpft sie dann höchstpersönlich ihre Fans aus. Um es den bösen Musiksaugern aber mal so richtig zu zeigen. Bzw. ihnen zu zeigen, wer hier die uncoole alte Tante ist.

Über die Platte selbst läßt sich weniger sagen: Die wurde von Mirwais wie erwartet sehr schön produziert, ohne der letzten irgendwas Entscheidendes hinzufügen zu können. Die mancherorts bereits als extrem persönlich gelobten Texte sind unterirdisch. Über die Erkenntnis, daß auch in Hollywood nicht alles Gold ist, was glänzt, und man es als Prominenter nicht immer leicht hat, kommt sie nicht hinaus. Omahafte Lebensweisheiten à la »Glück kann man sich nicht kaufen«. Haltung auch nicht, Baby.

Konkret 06/03, S. 62

Ren Martens

Melodie & Rh thmus

The Matthew Herbert Big Band: Goodb e Swingtime Accidental/Zomba

Wenn sich Protagonisten der elektronischen Musik auf Jazz beziehen, dann zitieren sie zwar sehr gewissenhaft, aber meistens kommt nicht mehr dabei heraus als schickes Design. Den ursprünglichen Spirit des Sounds zu transportieren, gelingt ihnen nicht.

Für Matthew Herberts neues Projekt trifft dies nicht zu, und insofern könnte »Goodbye Swingtime« zu einem Wendepunkt im Umgang mit Jazz-Traditionen werden. Mit einem 15köpfigen Jazzorchester haben Herbert und der Arrangeur Pete Wraight einen Sound erschaffen, dessen Bezüge bis in die vierziger Jahre zurückreichen. The Matthew Herbert Big Band bezieht sich auf einen Jazz, der noch nicht von seinen Konventionen befreit wurde, noch nicht bürgerrechtspolitisch aufgeladen ist auf vorrevolutionären Jazz sozusagen.

Dennoch versteht Matthew Herbert »Goodbye Swingtime« als »eine schamlos politische Platte«. Die Politik ist hier im Detail versteckt; wer in Bildern denkt, sollte sich ein opulentes Hollywooddrama vorstellen, in das sich ein paar anarchische, verstörende Bilder eingeschlichen haben: Die Grundklangfarbe, die auf Orchesterleiter wie Duke Ellington oder Gil Evans verweist, wird immer wieder leicht angekratzt von dissonanten Elementen. Herbert hat dafür Alltagsklänge verschiedener Art bearbeitet, die eine politische Bedeutung implizieren. Zeitungsartikel zum Irakkrieg läßt er rascheln und knistern, auf ähnliche Weise bringt er Seiten linker Sachbuch-Gassenhauer (Chomsky, Moore) zum Klingen, und gesamplet hat er sogar den Klang seines Druckers, als der gerade Seiten einer Website auswarf, auf der die Lateinamerikapolitik der USA attackiert wird (www.soaw.org). Mag Herberts Bibliothek auch ergänzungsbedürftig sein: Die Vorstellung, daß diese Art, Platten politisch zu codieren, Nachahmer findet und wir künftig mit etwas weniger Parolenmusik konfrontiert sein werden die ist verlockend.

Konkret 06/03, S. 62

Michael Saager

Melodie & Rhythmus

Maximilian Hecker: Rose. Kitty-Yo/Pias Coloma: Finery. Ware/Efa

Bei Fischmob hieß es einmal: »Männer können seine Gefühle nicht zeigen.« Natürlich konnten die Hamburger Spaßvögel ihr Album nur deshalb so nennen, weil sie Rob Taylor und Maximilian Hecker nicht kannten: Beide Künstler haben so viele Gefühle, ganze Platten wollten daraus gepreßt werden.

Hecker ist ein trauriger Romantiker. Seine Lieder handeln von unglücklicher Liebe: vom unermeßlichen Herzensleid, vom hoffnungslosen Sehnen. So war es schon auf seinem Debüt »Infinite Love Songs« aus dem Jahre 2001. Und so ist es auch auf »Rose«, seinem jüngsten Album. Der Wahl-Berliner hält, wie man weiß, einigermaßen große Stücke auf sein wimphaftes Künstlerdasein. In Interviews erscheint er abgeklärt und naiv, empfindlich und narzißtisch, schüchtern und arrogant zugleich. Ironie indes ist seine Sache nicht. »Ein in sich geschlossenes Werk darf nicht ironisch sein«, sagte Hecker der »Welt«.

In sich geschlossen ist »Rose« in zweifacher Hinsicht. Erstens kommt hier alles, so sieht es jedenfalls der Musiker, aus ihm allein. Zweitens geht es auf »Rose« um Pop als minimal-orchestrales Epos, um Schönheit in Reinform. Am überzeugendsten geraten sind dabei ausgerechnet Heckers unpathetischere Songs, jene, die selbstverloren verspielt und mit Leichtigkeit schwungvolle Kreise ziehen und ein bißchen an Stereolab oder The Sea And Cake erinnern und weniger an Nick Drake. Leider haben selbst diese diskreteren Stücke einen Haken. Denn Hecker seufzt und heult in einem fort und haucht dabei derart viel zerbrechlich süßliche Zärtlichkeit in seine Worte, daß einem bisweilen vor peinlicher Berührung glatt die Beine wegsacken könnten, würde man nicht schon sitzen.

Anders »Finery« – das zweite Album des in Köln ansässigen britischen Elektronik-Pop-Duos Coloma, das mir trotz des theatralischen Gesangs Rob Taylors Momente lustvoller Melancholie schenken konnte. Alex Paulick sorgt für eine entspannte Atmosphäre aus clickenden Cuts, behutsamen Schichtungen, hübschen 4/4tel-Grooves und sparsam getupften Klängen allerlei handgespielter Instrumente. Dazu schildert er Sehnsüchte, gelebte Teenage-Ängste und bittersüße Elogen auf die Liebe in einem Vortrag von geradezu verschwenderischer Sinnlichkeit. Er geht dabei das Risiko ein, daß ein zwischen Liebe, Angst und großer glamouröser Geste pendelnder Vortrag am Ende womöglich nichts weiter ist als kitschig. Doch erstaunlicherweise bleibt dieser Eindruck aus. Was mit seiner weltentrückt sonoren Stimme und der vergleichsweise kühlen Soundumgebung zusammenhängen mag. Oder mit Taylors poetischer Gewandheit: »I'll need you sometimes to hold me together and sometimes you'll need to unravel me too / whatever, whereever, whoever, however / I will do the same thing for you.«

Konkret 06/03, S. 63

Alexander Kasbohm

Platte des Monats

Paddy McAloon: I Trawl The Megahertz. Emi

Ich weiß, ich bin wahrscheinlich der beste Songschreiber auf dem Planeten. Im Ernst, ich weiß es einfach. Es ist schrecklich das zu sagen, und ich sag es eigentlich auch nie, aber ich weiß ... – Wer sind meine Rivalen?« Sagte Paddy McAloon 1985, und es klang tatsächlich schrecklich, aber er hatte tatsächlich recht. Paddy war 28 und hatte gerade das beste Album aller Zeiten geschrieben.

»Steve McQueen«, die zweite Platte seiner Band Prefab Sprout läßt auch heute noch junge Menschen mit Herz und Verstand ganz melancholisch werden und verklärt schauen. Musik von berührendem Realismus und ergreifender Lebensnähe. Atemberaubende Schönheit, die die Kraft hat, einen besseren Menschen aus dir zu machen. Und »Steve McQueen« war der ideale Name für dieses Album über Nachdenklichkeit und Verletzungen. Steve McQueen war kein von den Medien ausgelutschter Jet-Setter, er hatte in jedem seiner Filme eine Aura von Traurigkeit und Verlorenheit.

Prefab Sprout erzählten auch in den folgenden Jahren Geschichten von Autos und Mädchen, von Unsicherheit und Skrupeln, von Beziehungen, dem Alltag und dem ständigen Versuch, das Leben zu verstehen. Platten, zu denen man eine persönliche Verbindung aufbaut. Zeilen voller Wahrheit und Schmerz. Musik, die man oft jahrelang nicht mehr hören kann, weil sie zu eng mit eigenem Leid verbunden ist, aber irgendwann siegt die Schönheit über den Schmerz.

Die Musik wurde im Laufe der Zeit immer komplizierter, Songstruktur und Klänge wurden elaborierter, so wie die Texte einfacher wurden. Paddy McAloon war nie der Schnellste, er ist ein pedantischer Perfektionist in der Umsetzung seiner Ideen. Wie Alfred Hitchcock hat er jedes Detail im Kopf, bevor er mit den Aufnahmen beginnt. Doch nach »Jordan: The Comeback« 1990 wurden die Pausen immer länger.

Es wurden sieben Jahre ohne neues Album, in denen es immer wieder Ankündigungen und Gerüchte gab. Ein neues Album sei fertig, aber Paddy habe die Bänder gelöscht und wolle alles mit neuem Equipment noch mal aufnehmen, die Plattenfirma habe kalte Füße bekommen, Paddy McAloon habe eine Schreibblockade und ähnliche Gründe für die Wartezeit kursierten.

Doch es war keine kreative Blockade, die ihn zu der Pause zwang, es war kreativer Wahn. Paddy schrieb wie ein Besessener, entrückte der physischen Welt zusehends, verschwand hinter einem Rauschebart, entwickelte einen umfangreichen Bauch und seltsame Konzepte. Konzepte, die niemand außer ihm verwirklichen kann. Auf die wohl auch nie jemand außer ihm kommen würde.

Ein Album über Michael Jackson, eines über Prinzessin Diana, eine Weihnachtsplatte, ein Album unter dem Titel »Let's Change the World with Music« und ein, nun ja, ambitioniertes Projekt mit dem Arbeitstitel »Earth: The Story so far«. Obskure Ideen, die er jetzt nach und nach umsetzt, wenn sie jemand bezahlt. Paddy McAloon ist der Orson Welles der Musik. Genial, immer Ärger mit der Industrie, ein einmaliges Gespür für seine Kunst und ein Haufen unveröffentlichter Werke, die meisten davon vermutlich Meisterwerke, manche vermutlich blanker Spinnkram.

Paddy McAloon hat eine Kammer mit bezaubernden Melodien drin. Einen Schrank, den nur er öffnen kann. Er ist eines der letzten wirklich verschrobenen Songwritergenies in einer Klasse mit Brian Wilson, immer an der Grenze zum Irrsinn. Nur im Gegensatz zu Wilson pflegt er einen sehr diesseitigen und »vernünftigen« Irrsinn, er ist kein Fall für die Psychiatrie. Und doch lebt er nicht in der Welt der Dinge, die wir normalen Menschen bevölkern, er lebt in einer Welt aus Klängen und Worten.

1997 erschien dann endlich »Andromeda Heights«, der Nachfolger von »Jordan: The Comeback«. Eine Platte über die Liebe, immer hart an der Grenze zum Kitsch, aber mit Melodien, die zum Schönsten zählen, was selbst Paddy McAloon je geschrieben hat, und Arrangements, wie sie die Welt noch nicht gehört hat. Streicher, Harfen, Vibraphon und Mundharmonika schufen eine Gleichzeitigkeit von Vergangenheit und Zukunft. Prefab Sprout wurden zu einem virtuellen Orchester. Manche Stücke waren etwas flach, aber wen interessiert das, wenn auf »Andromeda Heights« ein halbes Dutzend Minidramen und weltliche Erweckungslieder von ehrfurchtgebietender Erhabenheit und Eleganz sind. Nur drei Jahre später folgte »The Gunman and Other Stories«, eine vergleichsweise schlichte Platte über den Wilden Westen bzw. über Paddy McAloons Idee von Country Musik.

Zwischen diesen beiden Platten mußte er sich einer Augenoperation unterziehen und war gezwungen, längere Zeit in vollständiger Dunkelheit zu verbringen. Der optischen Dimension beraubt, war er auf seine Welt der Sounds zurückgeworfen. Die Geräusche der anderen, die körperlosen Klänge und Gesprächsfetzen, und die eigene Musik, die in seinem Kopf das Hintergrundgeräusch bildet. In dieser Zeit entstand »I Trawl The Megahertz«. Ein Werk, das weitgehend ohne Gesang auskommt. Das 22minütige Titelstück wird von einer weiblichen Stimme erzählt, der Rest ist instrumental, bis auf »Sleeping Rough«, in dem Paddy ein paar Zeilen singt, und »I'm 49«, das beste Stück der Platte. Der Text dieses

tieftraurigen Stückes besteht aus Samples von Radio-Call-In-Shows, bei denen verzweifelte Menschen Rat suchen. Im Zusammenspiel mit der Musik vermitteln banale Zeilen wie »I'm 49 and divorced« einen Eindruck von Einsamkeit und Verlorenheit.

Paddy McAloon ist inzwischen meilenweit entfernt von den einfachen Popsongs, die wortreich über das Leben echter Menschen reflektieren. Er spielt in seinem ganz eigenen Genre. Dort gibt es niemanden außer ihm selbst. Auf »I Trawl The Megahertz« hat Paddy McAloon sich vollständig vom Songformat verabschiedet, ebenso wie von der Bandstruktur. Dies ist ein Mann mit seiner Musik, und die ist wunderschön. Obwohl die Schönheit von McAloons Ideen vielleicht noch heller strahlt, wenn er innerhalb der Grenzen der Popmusik arbeitet. Wenn er sich zwingt, seine Ideen zu fokussieren, in diamantene Songs von vier Minuten zu komprimieren. Doch an »I Trawl The Megahertz« kann man nicht die Maßstäbe anlegen, die man an Popmusik anlegt.

Angeblich kommt noch dieses Jahr eine neue Platte mit richtigen Prefab-Sprout-Songs raus. Leider heißt »angeblich« so gut wie gar nichts bei diesem Mann. Vielleicht spielt das Label nicht mit. Vielleicht macht er ganz was anderes. Oder vielleicht verändert er doch die Welt mit Musik.

Eines Tages wird Paddy McAloon sich auflösen und in Musik übergehen. Den ersten Schritt hat er mit »I Trawl The Megahertz« gemacht.

Konkret 06/03, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Liebe KONKRET-Leserin, lieber KONKRET-Leser, ich bitte Sie: legen Sie KONKRET mal kurz aus der Hand und hörn Sie mir ein paar Minuten zu. Danke. Also: »Nach den ersten hundert Tagen der neuen alten Bundesregierung« wollte Randolf Rodenstock, der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) und des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM), dem »Attentismus« des Cunctatorenduos Gerhard/Joschka nimmer zuschaun. Er unterbrach Brotzeit, Sexualität, Kirchgang, Geldzähln und Golfspiel und beschloß, nach Sichtung der Agitpropkriegskasse, das »Kurieren an Symptomen zu bekämpfen« und zwar: »aktiv«. In der der sogenannten Presse zugesteckten Erklärung vom 27. Jänner 03 hieß es, live: »Wir geben Rot-Grün nochmals 100 Tage, um es besser zu machen. Diese Zeit wird für die Bundesregierung jedoch deutlich unbequemer, denn Tag für Tag erlebt sie den Protest und den Unmut der Bürgerinnen und Bürger schwarz auf weiß. Es geht aber nicht um billige Politikschelte, sondern um eine echte wirtschaftspolitische Wende für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. In hundert Anzeigen in ›Bild‹ und ›Bild am Sonntag‹ wird ab 29. Januar deutliche Kritik geübt, gleichzeitig werden aber auch konstruktive Vorschläge für wirksame Reformen präsentiert. Täglich kommt ein Vertreter aus Wirtschaft, Kultur oder Gesellschaft zu Wort, vom Unternehmer bis zum Auszubildenden, vom Professor bis zur Studentin. Die Protestbewegung setzt sich im Internet fort. Unter www.aufbruch-jetzt.de wird täglich aktualisiert, jeder einzelne Vorschlag erläutert. Ein frei verfügbares Modul macht es möglich, die Demonstration auf jeder Homepage darzustellen. Damit soll Aufbruch jetzt! zur größten virtuellen Demonstration Deutschlands werden, wie Sebastian Turner, Vorstandsvorsitzender der Agentur Scholz & Friends, bei der Präsentation betonte. ›Die Menschen in Deutschland erwarten, daß sich etwas ändert. Sie sind bereit zu Reformen, auch zu solchen, die anfangs schmerzlich sein können, weil Gewohnheiten und Besitzstände verändert werden müssen. Diese Bereitschaft wollen wir der Regierung vor Augen führen‹, betont der Verbandspräsident.«

Ihr Einverständnis, liebe KONKRET-Leser/innen vorausgesetzt, habe ich mit Klaus Dittko von Scholz & Friends folgendes Gespräch geführt:

Grüßgott, die Aufbruchjetztkampagne ist beendet?

Anzeigenmäßig beendet, ja, es gibt möglicherweise noch eine zusätzliche Anzeige, aber die Hunderterserie ist durch.

Und, schon ein Echo?

Es gibt noch die Überlegung, daß wir zu all diesen Fragen noch eine Pressekonferenz machen, da wird jetzt gerade geguckt, wann das bei Herrn Rodenstock passen würde.

Das ganze waren Einzelgeschichten ...

Die Fotografien waren immer Einzelgeschichten, in der »Bild« auf der letzten Seite in der Ecke unten rechts, und dann wurden alle bisherigen Testimonials auf einer ganzen Seite in der »Bams« zusammengefaßt, und die wurden dann auch technisch da jeweils montiert, die sind nicht gemeinsam fotografiert worden, da hätte man ja noch hundert Extrafotos machen müssen, die sind montiert worden.

Kommen die Demonstranten alle aus München?

Nein, die sind bundesweit, es gibt zwar einen Schwerpunkt bayerischer Teilnehmer, aber die sind aus allen Teilen des Landes und allen Bevölkerungsschichten und -gruppen.

Wer hat die Auswahl getroffen?

Also wir haben als Agentur die entsprechenden Vorschläge gemacht, sofern es nicht ohnedies schon Mitglieder des Verbandes, also eigentlich Unternehmer gab etcetera, unter anderm Personen, die sich direkt gemeldet haben, haben wir Personen vorgeschlagen, und dann mit dem Verband abgestimmt.

Darf man fragen, ob das honorarfrei war?

Wie bitte?

Darf man fragen, ob das honorarfrei war?

Was, die Arbeit der Agentur?

Neinnein, ich meine ...

Die Teilnahme der Testimonials?

Ja, der Demomodels ...

Die haben alle ehrenamtlich an der Kampagne teilgenommen, also da ist nach keinem Honorar gefragt worden, das hätte auch dem Charakter der Aktion nicht entsprochen.

Wie kommt es, daß fast alle Demonstranten so ein ernstes Gesicht machen?

Also die Gesichtsausdrücke haben wir den Leuten nicht vorgeschrieben, die sind so fotografiert worden, wie sie das selber gern wollten, mag sein, daß aufgrund der Situation, nämlich dort fotografiert zu werden, bei einzelnen Leuten der Gesichtsausdruck eher ernst geworden ist, es ist eben häufig so, daß man, wenn man das nicht gewöhnt ist, vor der Kamera eine gewisse Scheu hat, wir haben auch eine Reihe anderer, die freundlicher gucken, also es war keine feste Absicht, daß die also grimmig gucken sollen.

Haben die Leute die Schilder selbst beschriftet?

Die Inhalte sind natürlich alle mit den entsprechenden Leuten abgestimmt worden, die Einmontage ist dann aber am Computer gemacht worden.

Also die Abgebildeten sind nicht die Autoren der Schriftzüge auf dem Schild?

Die Handschrift stammt nicht von denen, weil dann hätte man ganz viele Schilder noch mal versuchsweise machen müssen, das haben wir dann direkt am Computer gemacht.

Was ist denn das für eine Holzlatte, ist das Fichte oder Kiefer oder ...?

Die Holzart?

Ja.

O Gott.

War das immer dasselbe Holz, oder?

Ja, ich kann Ihnen aber nicht aus dem Kopf sagen, was das war.

Halten die jetzt also bloß das Holz hoch und wurde das Schild dann dranmontiert, oder?

Nee, die haben ein ganzes Schild hochgehalten, es wurde nur der Schriftzug nachher einmontiert.

Und die waren zufrieden damit?

Ja, ja. Nee, also die Kampagne hat bei den Testimonials große Unterstützung gefunden, die haben sich ja auch zum Teil freiwillig gemeldet und waren ansonsten sehr schnell bereit, sich daran zu beteiligen, und die Resonanz ansonsten, das kann man generell sagen, war auch sehr positiv, ohne daß ich jetzt Einzelheiten, die wir gegebenenfalls auf der Pressekonferenz vorstellen werden, schon vorweg nehmen möchte.

Die Losung auf dem Schild wird jeweils in drei Zeilen noch mal erläutert, von wem?

Vom Verfahren her ist das so gewesen, daß wir ausführlich mit den entsprechenden Demonstranten telefoniert oder persönlich gesprochen haben, je nachdem, und daß wir dann auf Basis dieser ausführlichen Gespräche die Textabstimmung gemacht haben, also es sind alles Formulierungen, die sich aus den Gesprächen ergeben haben, die wir dann aufgeschrieben haben und entsprechend von den Demonstranten haben abstimmen lassen, und es gibt ja neben den reinen Anzeigentexten auch immer eine Langfassung, die im Internet veröffentlicht wurde, von jedem Demonstranten, die erläutert, vor welchem Hintergrund diese Reformforderung gestellt wird, wie die persönliche Betroffenheit von der jeweiligen Situation ist, und insofern ist das also vom Kontext her noch wesentlich anschaulicher als nur in den kurzen Zeilen, für die auf der Anzeige Platz war.

So weit, so gut. Indes: Sollten wir uns, liebe KONKRET-Leser/innen nicht ruhig einmal fragen, ob wir Testimonials von Eltern abstammen, die lediglich Vertreter waren, Vertreter von so unterschiedlichen Staubsaugerherstellern wie Wirtschaft, Kultur oder gar Gesellschaft? Und die Sache mit dem frei verfügbaren Modul? Also ich weiß nicht ... Bitte geigen Sie mir Ihre Meinung hiezu, möglichst massenhaft. Danke.

Konkret 06/03, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Vor sein »Weltgericht«, das mit den Worten beginnt:

In dieser großen Zeit, die ich noch gekannt habe, wie sie so klein war; die wieder klein werden wird, wenn ihr dazu noch Zeit bleibt …

hatte Karl Kraus auch Umdichtungen gestellt, die deutsche Patridioten an Goethes »Über allen Gipfeln ist Ruh« vorgenommen hatten, wie diese:

Lied des englischen Kapitäns
(frei nach Goethe)

Unter allen Wassern ist – »U«!
Von Englands Flotte spürest du
Kaum einen Hauch …
Mein Schiff ward versenkt, daß es knallte –
Warte nur balde
Versinkt deins auch!
Ludwig Riecker (München)

Erster Weltkrieg, Ewigkeiten her. Inzwischen ist diese Gesellschaft mehrfach gründlich zivilisiert worden. Joachim Rohloff macht in diesem Zusammenhang auf eine Rede aufmerksam, die der Professor Christoph Stölzl, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit gehalten hat:

An diesem scheinbar großen Tag der Sozialdemokratie, den wir noch gekannt haben, als er ganz klein angefangen hat mit Wortbruch und Wankelmut, an diesem Tag, den wir einmal wiedersehen werden, wenn er wieder ganz klein ist, wonach fragen wir heute? Wir fragen nicht nach der menschlich-allzumenschlichen Dialektik von Ethik und Ehrgeiz, von Leichtsinn und Versorgungsdenken bei den Akteuren. Uns ist es heute wie gestern gleichgültig, ob die Spielmacher aus Damen- oder Herrenschuhen trinken, wenn sie einmal über die Stränge schlagen. Wir fragen nicht einmal nach Namen, weil das Auge der Geschichte, das auf Berlin blickt, mit anderen Dimensionen mißt als aufgeregte Zuschauer. Wonach wir fragen, das ist der historische Sinn des Moments. Was geschieht heute? Die Zuschauer aus der Welt antworten: Heute sperrt die Sozialdemokratie dem Kommunismus die Tür zur Macht in Deutschland wieder auf.

Stölzl hat – im Gegensatz zu seinen Kollegen Steffel, Landowsky und Diepgen – ein Buch gelesen, die Gedichte darin als Anregung verstanden, selbst einmal unter allen Wassern »U« zu machen und die Sätze des Dichters als günstige Gelegenheit wahrzunehmen. Wie Riecker seine Freude über die ertränkten Engländer mit Goethe, hat Professor Stölzl seine homophoben Witzchen mit Kraus garniert. Und so stellt sich denn heraus, daß der Fortschritt von Landowsky zu Stölzl, vom Troglodyten, der dem Staat in die Taschen greift, zum Feingeist, der dem Dichter ins Werk spuckt, einer war, auf den man hätte verzichten können.

Wer erinnert sich noch, wie die PDS-Politikerin Petra Sitte, nachdem sie beim Klauen eines Schminkstifts im Wert von neun Mark erwischt worden war, ihre Tat erklärt hatte?:

Natürlich sind die Meinungen über den Fakt sehr unterschiedlich. Es gibt Bürger, die sagen, mein Verhalten sei untragbar. Es gibt aber Leute, auch in der PDS, die sagen, man müsse überhaupt über Eigentumsfragen nachdenken, und für die das deswegen überhaupt keine Rolle spielt. Irgendwo dazwischen liegt die Wahrheit. Ich würde es mir zu einfach machen, wenn

ich mit dem Problem, dessen ich mir bewußt bin, kokettieren würde. Man kann unterschiedlich damit umgehen, auch ich bin da innerlich gespalten. Aber es ist das Gefährlichste, sich jetzt auf die einfachste Variante zu verlegen. Irgend jemand hat gestern in der Fraktion gesagt, wir müssen uns davon verabschieden, uns für edel und für Übermenschen zu halten. Viele Superlative, die ich mal für die PDS als eine neue Partei formuliert habe, gehen am Ende doch nicht auf.

Acht Jahre später braucht die »Berliner Zeitung« sehr viel weniger Worte. Sie nennt Petra Sitte einfach

die sachsen-analtinische Fraktionschefin

und trifft den psychoanhaltinischen Nagel direkt auf Frau Sittes Bubikopf.

Die »Welt«:

Im Osten geht jetzt die Börsensonne auf

Wenn sie, wie Sonnen tun, wieder untergeht, wird sie ein paar Millionen Menschen reich gemacht haben, und zwar sowohl an Erfahrung als auch an profunden Sprachkenntnissen, denn sie werden nie mehr vergessen, was Crash auf Russisch heißt.

Der Literaturredakteur meldet, der nach Georg Büchner benannte sei

der angesehendste deutsche Literaturpreis.

Darum erhalten ihn auch nur die, von denen der Literaturredakteur sagt, sie seien die Gutschreibensten.

Der Trainer von Juventus Turin soll seine Spieler mit den Worten gelobt haben:

Ihr ward alle großartig.

Springers Sportreporter hat den Satz aus der italienischen Sprache übersetzt. Wüßte man bloß, in welche.

Von allen Experten die bestangesehenen sind solche, die jederzeit Gewähr bieten, das Gegenteil dessen vorherzusagen, was eintreten wird: also der Knopp, der Kienzle, der Steinbach und, als Top of the Flops, der Scholl-Latour. Über sie wäre ein Mann der zweiten Garnitur fast in Vergessenheit geraten, und es ist der »Bildzeitung« nicht hoch genug anzurechnen, daß sie ihm die Gelegenheit, sich zu blamieren, im letzten Augenblick nicht versagt hat:

Wie der NS-Diktator vor seinem Tod sitzt jetzt Saddam in der Falle. Der berühmte Hitler-Biograph Prof. Joachim C. Fest zieht den historischen Vergleich:

Und der berühmte Biograph zog:

Schon Hitler hat jede Kapitulation immer ausgeschlossen. Stattdessen beging er im Bunker Selbstmord.

»Bild« schubste ein bißchen:

Droht dieses Schicksal auch Saddam?

Und schon zog Fest noch fester:

Ja. Saddam wird erst aufgeben, wenn US-Panzer vor seinem Palast stehen und ihn zur Aufgabe zwingen. Dann wird er sich selbst töten, vielleicht auch einen Getreuen bitten, ihn zu erschießen, oder hinausgehen, um im Kugelhagel des Feindes zu

sterben.

So ist es gekommen. Und wir können sagen, wir seien dabeigewesen – wenn nicht wie Saddam im Kugelhagel auf die Treppe seines Palastes fiel, so doch der berühmte Biograph in der Redaktion der »Bildzeitung« auf den Kopf.

Die Wochenzeitung »Freitag« druckt einen schwer ironischen »Offenen Brief« einer in Köln lebenden iranischen Schriftstellerin namens Fahimeh Farsaie an den Präsidenten der USA, worin Sätze stehen wie diese:

In dieser Zeit stand ich morgens immer gegen fünf Uhr auf. Zuerst machte ich meine damals achtmonatige Tochter fertig, dann mußte ich stundenlang Schlange stehen …

Nachdem sie aber ihre Tochter fertig gemacht hat, kommt sie zur Sache, sie weiß selbst nicht wie ihr geschieht:

Nun feiern Sie Ihren Sieg, und fast die ganze Welt freut sich ungemein, während Sie nebenbei mit den anderen Mächten um die Verteilung der Kriegsbeute schachern.

Hätte Frau Farsaie auch schreiben können, daß der US-Präsident mit den anderen Mächten um die Kriegsbeute streite, verhandle, balge, raufe, sich schlage? Sie hätte nicht. Von allen Verben nämlich, die auf den Vorgang gepaßt hätten, sagt nur »schachern«, was Frau Farsaie und Herr »Freitag« sagen wollen, denn es kommt vom Hebräischen »sakar« (Erwerb) und bedeutet deshalb im Arischen ein »von kleinlichem, hartnäckigen Streben nach dem größtmöglichen Vorteil bestimmtes Aushandeln von Preisen« (Duden), ist also das einzige der genannten Verben, das zwar auf den Vorgang nicht paßt, weil Frau Farsaie Herrn Bush ja keineswegs ein kleinliches Streben vorwerfen wollte, sondern einen großen Raub, aber unverzichtbar war, weil nur mit ihm die Weisen von Zion, ohne sie zu nennen, als die Kriegsgewinnler ausgemacht werden konnten.